



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der moderne amerikanische Vizepräsident
Zwischen „Standby Equipment“ und „Imperial Vice President“

Verfasser

Christian Berger, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2010

Studienkennzahl:	A 300
Studienrichtung:	Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner

Meinen Eltern

„The President giveth and taketh away.”
(Hubert Humphrey, 38. Vizepräsident der USA)

INHALTSVERZEICHNIS:

1.0 Einleitung	6
1.1 Aufbau der Arbeit, Methodik	7
2.0 Rechtliche Rahmenbedingungen des Vizepräsidentenamtes	8
2.1 Verfassung und Verfassungszusätze	8
2.1.1 Die Wahl des Vizepräsidenten	8
2.1.2 Nachfolger des Präsidenten	15
2.1.3 Präsident des Senats	29
2.1.4 Absetzung des Vizepräsidenten	35
2.1.5 Warum es einen amerikanischen Vizepräsidenten gibt.....	35
2.2 Bestimmungen des amerikanischen Bundesrechts	37
2.3 Der Vizepräsident in Executive Orders.....	41
2.4 Der Vizepräsident im Regierungssystem der USA	47
3.0 Evolution der Vizepräsidentschaft	49
3.1 Entwicklung des Aufgabenbereichs	50
3.1.1 Kommissionsmitglied.....	50
3.1.2 Diplomatischer Gesandter	58
3.1.3 Hochrangiger Berater des Präsidenten	65
3.1.4 Lobbyist des Präsidenten im Kongress	80
3.1.5 Sprecher der Administration	86
3.1.6 Oberster Wahlkämpfer der Partei.....	88
3.2 Entwicklung der Ressourcen	92
4.0 Der Vizepräsident als „Running Mate“	98
4.1 Auswahl des Vizepräsidentschaftskandidaten – Kriterien	100
4.1.1 Ticket-Balancing	101
4.1.2 Home State Advantage.....	116
4.1.3 Weitere politische, staatsmännische Auswahlkriterien.....	122
4.2 Auswahl des Vizepräsidentschaftskandidaten - Prozess	128
4.3 Der Vizepräsidentschaftskandidat im Präsidentschaftswahlkampf.....	135
4.3.1 Einfluss der Vizepräsidentschaftskandidaten auf das Wahlergebnis	145
5.0 Vizepräsidenten und Außenpolitik – 3 Fallbeispiele.....	147
5.1 Fallbeispiel 1: Biden und die Afghanistan-Strategie der Administration Obama.....	150
5.2 Fallbeispiel 2: Cheney und der Weg zum Irakkrieg.....	156
5.3 Fallbeispiel 3: Cheney und die Truppenaufstockung im Irak von 2007	160
6.0 Resümee.....	165
7.0 Quellenverzeichnis	167
8.0 Anhang	180
8.1 Abstract (Deutsch & Englisch)	180
8.2 Curriculum Vitae.....	182

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

- Abb. 1: „Tie-breaking-votes“ von Vizepräsidenten seit Beginn des 20. Jahrhunderts, S. 30
- Abb. 2: Kongress-Laufbahnen von Vizepräsidenten, S. 33
- Abb. 3: Der Vizepräsident im Regierungssystem, S. 47
- Abb. 4: Der moderne Vizepräsident ist in verschiedenen Bereichen tätig; S. 92
- Abb. 5: Budgetmittel Büro des Vizepräsidenten in den Budgetjahren 1997-2009, S. 97
- Abb. 6 Herkunft republikan. Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten, S. 102
- Abb. 7: Herkunft demokrat. Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten, S. 103
- Abb. 8: Alter und Washington-Erfahrung (Republikaner), S. 104
- Abb. 9: Alter und Washington-Erfahrung (Demokraten), S. 106
- Abb. 10: Ideologie von republikanischen Kandidaten, S. 110
- Abb. 11: Ideologie von demokratischen Kandidaten, S. 111
- Abb. 12: Religionsbekenntnisse demokratischer Kandidaten, S. 112
- Abb. 13: Religionsbekenntnisse republikanischer Kandidaten, S. 113
- Abb. 14: Demokratische, republikanische Tickets - Balancing-Faktoren, S. 114
- Abb. 15: Republikanische Vizepräsidentschaftskandidaten – Heimatstaaten, S. 117
- Abb. 16: Demokratische Vizepräsidentschaftskandidaten – Heimatstaaten, S. 118
- Abb. 17: Auswahlkriterien bei der Entscheidung für einen VP-Kandidaten, S. 128
- Abb. 18: Bekanntgabe des Running Mates, Beginn des Parteikonvents, S. 136
- Abb. 19: Seherzahlen der Debatten zwischen Vizepräsidentschaftskandidaten, S. 140
- Abb. 20: Wahlkampfveranstaltungen, unterteilt nach Regionen, S. 144
- Abb. 21: Artikel über Kandidaten auf der Titelseite der „New York Times“, S. 146
- Abb. 22: Hochrangige Außenpolitischer Berater Administration Obama, S. 150
- Abb. 23: Hochrangige Außenpolitischer Berater Administration Bush (2001/03), S. 156
- Abb. 24: Hochrangige Außenpolitischer Berater Administration Bush (2006/07), S. 160

1.0 Einleitung

Die amerikanische Vizepräsidentschaft, geschaffen durch die Verfassung von 1787, war bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein Amt mit nur wenig Prestige.

Die Verfassungsgebende Versammlung stattete den Vizepräsidenten mit keinen weitreichenden Kompetenzen aus. Amtsträger äußerten sich immer wieder kritisch über die Vizepräsidentschaft, trugen zu ihrem „schlechten Image“ bei.

Bereits der erste Vizepräsident, John Adams, beklagte sich über sein Amt: „My country has in it's wisdom contrived for me the most insignificant office that ever the invention of man contrived or his imagination conceived.“ (The White House o. J., online)

Vizepräsident John Nance Garner hielt die Vizepräsidentschaft für „den Ersatzreifen am Automobil der Regierung“. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 3)

Vizepräsident Thomas Marshall verarbeitete seine Erfahrungen in einer Kurzgeschichte: „Once upon a time there was a farmer who had two sons. One of them ran away to sea, the other was elected Vice President of the United States. Nothing was heard of either of them again.“ (Silberdick-Feinberg 1996, S.9)

Vizepräsidenten sorgten des Öfteren für Skandale. Spiro Agnew musste 1973 zurücktreten, nachdem gerichtlich Anklage wegen Annahme von Bestechungsgeldern gegen ihn erhoben worden war.

Bereits im 19. Jahrhundert sorgten mehrere „Zweite Männer im Staat“ für Negativschlagzeilen. Daniel D. Tompkins geriet in Verdacht Kriegsgelder veruntreut zu haben. Richard M. Johnson verbrachte wenig Zeit in Washington – er betrieb eine Taverne im seinem Heimatstaat Kentucky. Andrew Johnson legte seinen Amtseid betrunken ab. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 58-62)

Dem Spott über „die Machtlosigkeit“ des Amtes und den Skandalen seiner Amtsträger steht die Tatsache gegenüber, dass Vizepräsidenten oft „nur einen Herzschlag“ von der Präsidentschaft entfernt waren. Acht Vizepräsidenten traten die Nachfolge von Präsidenten an, die während ihrer Amtszeit verstorben waren.

Ab der Mitte des vorigen Jahrhunderts erhielten Vizepräsidenten vermehrt Aufgaben im Bereich der Exekutive. Die Ressourcen des Amtes wuchsen an.

Insbesondere die Vizepräsidentschaft Walter Mondales (1977-1981) brachte einen „Entwicklungssprung“. Seither verfügen Vizepräsidenten über ein Büro im Westflügel des Weißen Hauses, gehören zu den wichtigsten Beratern des Präsidenten. Vizepräsidenten der

jüngeren Vergangenheit, Al Gore und Richard Cheney, erlangten nationale und internationale Aufmerksamkeit. Vizepräsident Gore führte wichtige Verhandlungen mit dem russischen Premier Tschernomyrdin. Richard Cheney soll die „eigentliche treibende Kraft“ in der Administration Bush gewesen sein. Wobei diese Behauptung kritisch zu hinterfragen ist.

Die wissenschaftliche Beachtung der amerikanischen Vizepräsidentschaft stieg nicht proportional zu Einfluss und Prestige des Amtes an.

Die Deutsche Nationalbibliothek führt in ihrem Katalog lediglich ein wissenschaftliches Werk, das sich der amerikanischen Vizepräsidentschaft widmet. (Deutsche Nationalbibliothek 2010, online)

Die vorliegende Diplomarbeit wurde im Bestreben verfasst einen Beitrag zur deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Beschreibung und Analyse der amerikanischen Vizepräsidentschaft zu leisten. Wichtige Aspekte des Amtes werden beleuchtet. Besonderes Augenmerk wird dabei der Phase der (Weiter)-Entwicklung der „modernen amerikanischen Vizepräsidentschaft“ geschenkt – Ära Mondale (1977-1981) bis zur Gegenwart. Wobei auch wesentliche vorherige Entwicklungsschritte Beachtung finden.

1.1 Aufbau der Arbeit, Methodik

Im ersten Kapitel werden die rechtlichen Rahmenbedingungen der amerikanischen Vizepräsidentschaft erläutert und analysiert. Das zweite Kapitel widmet sich der „Evolution der Vizepräsidentschaft“ – d. h. der Entwicklung von Aufgabenbereichen und Ressourcen des Vizepräsidenten. Kapitel 3 beleuchtet die Auswahl von Vizepräsidentschaftskandidaten durch die Präsidentschaftskandidaten der Partei, befasst sich mit der Rolle der Vizepräsidentschaftskandidaten im Präsidentschaftswahlkampf. Das vierte Kapitel hat die Positionierung des Vizepräsidenten im Feld der Außenpolitik der Administration zum Gegenstand (3 Fallstudien dienen der Veranschaulichung).

Um die prozesshafte Entwicklung der amerikanischen Vizepräsidentschaft herauszuarbeiten, wird die Methode des Vergleichs angewandt, werden Fallstudien verwendet.

2.0 Rechtliche Rahmenbedingungen des Vizepräsidentenamtes

Die amerikanische Verfassung bildet das Fundament der Entwicklung der Vizepräsidentschaft. Sie gibt grundlegende Rahmenbedingungen vor. Davon ausgehend haben weitere gesetzliche Bestimmungen, Bundesgesetze und Verordnungen, Aspekte des Amtes definiert, seinen Aufgabenbereich ausgebaut.

2.1 Verfassung und Verfassungszusätze

Zunächst werden diejenigen Bestimmungen der US-Verfassung und ihrer Zusätze, die für die Vizepräsidentschaft relevant sind, betrachtet.

2.1.1 Die Wahl des Vizepräsidenten

„The executive Power shall be vested in a President of the United States of America. He shall hold his Office during the Term of four Years, and, together with the Vice President, chosen for the same Term, be elected, as follows: Each State shall appoint, in such Manner as the Legislature thereof may direct, a Number of Electors...The Electors shall meet in their respective States, and vote by Ballot for two Persons, of whom one at least shall not be an Inhabitant of the same State with themselves. And they shall make a List of all the Persons voted for, and of the Number of Votes for each; which List they shall sign and certify, and transmit sealed to the Seat of the Government of the United States, directed to the President of the Senate. The President of the Senate shall, in the Presence of the Senate and House of Representatives, open all the Certificates, and the Votes shall then be counted. The Person having the greatest Number of Votes shall be the President, if such Number be a Majority of the whole Number of Electors appointed; and if there be more than one who have such Majority, and have an equal Number of Votes, then the House of Representatives shall immediately chuse by Ballot one of them for President; and if no Person have a Majority, then from the five highest on the List the said House shall in like Manner chuse the President...In every Case, after the Choice of the President, the Person having the greatest Number of Votes of the Electors shall be the Vice President. But if there should remain two or more who have equal Votes, the Senate shall chuse from them by Ballot the Vice President...No Person except a natural born Citizen, or a Citizen of the United States, at the time of the Adoption of this Constitution, shall be eligible to the Office of President; neither shall any Person be eligible to that Office who shall not have

attained to the Age of thirty five Years, and been fourteen Years a Resident within the United States.” (US Const., art. II, sec. 1)

Demnach war in der Originalversion der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika im Regelfall die Ermittlung von Präsident und Vizepräsident in einer einzigen Abstimmung durch die Wahlmänner vorgesehen. Das heißt, es gab formal keine Vizepräsidentschaftskandidaten, denn derjenige unterlegene Präsidentschaftskandidat mit den meisten Stimmen nach dem Wahlsieger wurde zum Vizepräsidenten. Die von den einzelnen Bundesstaaten nominierten Wahlmänner durften zwei Präsidentschaftskandidaten wählen. Einer davon musste aus einem anderen Bundesstaat als dem jeweiligen Heimatstaat des Wahlmannes stammen. So wollte man dem Szenario vorbeugen, dass jeder Bundesstaat einen Kandidaten aufstellen würde und dessen Wahlmänner nur diesen wählen würden. Als Konsequenz käme keiner der Kandidaten auf die erforderliche absolute Mehrheit, das heißt auf mehr als 50 Prozent der Wahlmännerstimmen. Wie sich bereits wenige Jahre nach der ersten Präsidentschaftswahl im Jahr 1789 zeigte, führte der Wahlmodus zu Effekten bzw. Wahltaktiken, die von den Schöpfern der amerikanischen Verfassung nicht antizipiert worden waren.

Bei der ersten Präsidentschaftswahl im Jahr 1789 verursachte die Wahlregelung keine Probleme. Politische Parteien hatten noch nicht richtig Fuß gefasst, begannen sich jedoch zu formieren. George Washington wurde mit allen Wahlmännerstimmen zum Präsidenten gewählt. John Adams wurde als Kandidat mit der nächsthöchsten Stimmenanzahl erster Vizepräsident. Beide Politiker waren föderalistisch gesonnen. Auch der drittplatzierte Kandidat, John Jay, war Föderalist. Bei der Wahl von 1792 wurde wiederum Washington zum Präsidenten gewählt und Adams erhielt abermals die zweithöchste Stimmenanzahl und konnte eine zweite Amtszeit als Vizepräsident antreten. Diesmal jedoch war der drittplatzierte Kandidat Anti-Föderalist – George Clinton lag mit 50 erhaltenen Wahlmännerstimmen um 27 Stimmen hinter Adams. Hätte Clinton mehr Stimmen als Adams erhalten, wäre es für Washington schwierig geworden seine politische Programmatik aus der ersten Amtszeit fortzusetzen. 1796 weigerte sich Washington für eine dritte Amtszeit anzutreten. Bei der darauffolgenden Wahl konnte sich John Adams knapp gegen den Anti-Föderalisten Thomas Jefferson durchsetzen – mit 71 zu 68 Stimmen. Somit gehörten Präsident und Vizepräsident unterschiedlichen Parteien an. Zu diesem Ergebnis kam es sich nicht zuletzt durch eine Wahltaktik des Föderalisten Alexander Hamilton. Dieser wollte einen Wahlerfolg seines innerparteilichen Rivalen Adams vereiteln. Hamilton bestärkte diejenigen Wahlmänner, die den Föderalisten nahe

standen, darin, beiden Stimmen für die föderalistischen Kandidaten John Adams und Thomas Pinckney abzugeben. Den Wahlmännern aus dem Bundesstaat South Carolina, dem Heimatstaat Pinckneys, empfahl er jedoch ihre Zweistimme, anstatt Adams, einem anderen Kandidaten zu geben. Nach Hamiltons Kalkulation hätte sich Pinckney auf diesem Wege knapp durchgesetzt und wäre Präsident geworden. Adams jedoch steuerte erfolgreich entgegen, indem er einige Wahlmänner, letztlich aber zu viele, überzeugte ihre zweite Stimme nicht an Pinckney zu vergeben. So kam es zur Konstellation Adams-Jefferson. Vizepräsident Jefferson weigerte sich föderalistische Politikinhalt mitzutragen und zog sich auf seinen Aufgabenbereich in der Legislative zurück. Bei der Wahl von 1800 setzten sich mit Jefferson (Präsident) und Aaron Burr (Vizepräsident) wieder zwei Kandidaten durch, die einer Partei angehörten. Jedoch lief auch dies nicht ohne Komplikationen ab. Die beiden politischen Gruppierungen hatten aus der Erfahrung von 1792 gelernt, dass „political games“ mit Wahlmännerstimmen zu unerwarteten Ergebnissen führen können. Die föderalistisch gesonnenen Wahlmänner gaben ihrem präferierten Präsidentschaftskandidaten John Adams genau eine Stimme mehr als ihrem Favoriten für das Amt des Vizepräsidenten, Cotesworth Pinckney (Bruder von Thomas). Die Anti-Föderalisten agierten weniger diszipliniert. Thomas Jefferson, von der Partei für das Präsidentenamt vorgesehen, und Aaron Burr, vorgesehen als Vizepräsident, erhielten die gleiche Stimmenanzahl. Beide Anwärter lagen vor Adams und Pinckney. Jefferson und Burr gleich viele Wahlmännerstimmen erhalten hatten, musste das von den Föderalisten dominierte Repräsentantenhaus entscheiden. Da sich die Föderalisten darüber uneinig waren, welchen der beiden Kandidaten der anderen Partei sie wählen sollten, erhielt Jefferson erst nach 36 Wahlgängen die erforderliche Mehrheit. Dieser Ablauf führte zu einem schlechten persönlichen Verhältnis zwischen Präsident Jefferson und Vizepräsident Burr, der dem eigentlichen Präsidentschaftskandidaten nicht den Vortritt gelassen hatte. Jefferson schloss Burr weitgehend von den Staatsgeschäften aus, Burr agierte als Präsident des Senats nicht zugunsten der Regierung, tötete während seiner Amtszeit Alexander Hamilton in einem Duell. (Vgl. Witcover 1992, S. 18-22)

Die Verfassungsväter sahen die Schwierigkeit der Wahl eines Präsidenten, der über die Einzelinteressen der Bundesstaaten der noch jungen Vereinigten Staaten hinaus agieren würde, voraus. Sie befürchteten, dass Partikularinteressen die Erreichung der Mehrheit der Wahlmännerstimmen durch einen Kandidaten sehr erschweren würden. Daher kam es zur Lösung mit den zwei Stimmen pro Wahlmann. Wie bereits erwähnt, wurde jedoch die Entstehung von Parteien im in der Verfassung verankerten Wahlrecht nicht berücksichtigt.

Die Parteien unterminierten das Wahlsystem auch dadurch, indem die Wahlmänner realiter keineswegs zwei gleichwertigen Präsidentschaftskandidaten ihre Stimmen gaben, sondern mit der Erststimme den von der jeweiligen Partei vorgeschlagenen Präsidentschaftskandidaten, mit der Zweitstimme den Vizepräsidentschaftskandidaten wählten, der offiziell als Präsidentschaftskandidat auftrat, aber darum wusste, dass er um mindestens eine Stimme weniger erhalten sollte, als der eigentliche Präsidentschaftskandidat der Partei. Jedoch traten Probleme in der Koordinierung der Stimmabgabe der der jeweiligen Partei nahe stehenden Wahlmänner auf.

Anfangs schien das Wahlsystem dazu zu führen, dass die Vizepräsidentschaft mit überaus fähigen Männern besetzt wurde – Adams und Jefferson. Der politische Wandel verursachte jedoch eine Funktionsstörung. Die Wahl von 1800 weckte die Befürchtung, dass Personen, die nicht für das Präsidentschaftsamt vorgesehen waren durch den Wahlmodus trotzdem Präsident werden könnten. Eine der Manipulationsmöglichkeiten, die das System ermöglichte, war folgende – Wahlmänner der einen Partei konnten den Kandidaten für die Vizepräsidentschaft der anderen Partei wählen und diesen so zum Präsidenten machen und die Wahl des eigentlichen Präsidentschaftskandidaten der anderen Partei so verhindern. (Vgl. Goldstein 1982, S. 6)

Die Regelung, dass der Präsident des Senates, also der Vizepräsident, die Auszählung der Wahlmännerstimmen leitet, bedeutet bis heute, dass Vizepräsidenten, die sich einer Wiederwahl stellen, ihren Sieg oder ihre Niederlage selbst verkünden müssen. Da es offiziell nur Kandidaten für die Präsidentschaft gab, erfüllte diejenige Person, die nach der Wahl zum Vizepräsidenten wurde, automatisch die altersmäßigen und biografischen Voraussetzungen für die Präsidentschaft – geborener US-Bürger, mindestens 35 Jahre alt, seit mindestens 14 Jahren in den USA wohnhaft. Wie weiter unten verdeutlicht wird, gilt nach wie vor die Regelung, dass der Senat Entscheidungsbefugnis hat, wenn die Wahlmänner-Abstimmung keinen siegreichen Vizepräsidentschaftskandidaten hervorbringt. Die gemeinsame Funktionsperiode von Präsident und Vizepräsident beträgt seit jeher vier Jahre.

Der zwölfte Zusatz zur Verfassung, „12th Amendment“, veränderte den Wahlmodus, konnte aufgetretene Probleme beheben. Die Konsequenzen für das Amt des Vizepräsidenten, die aus den neuen Wahlregelungen erwuchsen, waren weitreichend.

„The Electors shall meet in their respective states and vote by ballot for President and Vice-President, one of whom, at least, shall not be an inhabitant of the same state with themselves; they shall name in their ballots the person voted for as President, and in distinct ballots the person voted for as Vice-President, and they shall make distinct lists of all persons voted for as President, and of all persons voted for as Vice-President, and of the

number of votes for each...The person having the greatest number of votes for President, shall be the President, if such number be a majority of the whole number of Electors appointed; and if no person have such majority, then from the persons having the highest numbers not exceeding three on the list of those voted for as President, the House of Representatives shall choose immediately, by ballot, the President...The person having the greatest number of votes as Vice-President, shall be the Vice-President, if such number be a majority of the whole number of Electors appointed, and if no person have a majority, then from the two highest numbers on the list, the Senate shall choose the Vice-President; a quorum for the purpose shall consist of two-thirds of the whole number of Senators, and a majority of the whole number shall be necessary to a choice. But no person constitutionally ineligible to the office of President shall be eligible to that of Vice-President of the United States.” (US Const., amend. XII)

Nach dem Inkrafttreten dieses Verfassungszusatzes im Jahr 1804 gab es getrennte Wahlgänge zur Ermittlung von Präsident und Vizepräsident. Die Wahlmänner können nicht mehr zwei Stimmen für zwei verschiedene Präsidentschaftskandidaten abgeben, sondern vergeben auf getrennten Stimmzetteln eine Stimme für einen Präsidentschaftskandidaten und eine Stimme für einen Vizepräsidentschaftskandidaten. Es ist nicht erlaubt, dass die Wahlmänner eines Bundesstaates einen Präsidentschafts- und einen Vizepräsidentschaftskandidaten ihres Bundesstaates wählen. Dies musste Vizepräsidentschaftskandidat Richard „Dick“ Cheney im Jahr 2000 berücksichtigen.

Cheney lebte als Vorstandsvorsitzender des Unternehmens „Halliburton“, mit Zentrale in Dallas, in Texas, wie Präsidentschaftskandidat und Gouverneur des Bundesstaates George W. Bush.

Grundsätzlich dürfen Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat aus dem selben Bundesstaat kommen. Cheney jedoch ließ sich schließlich als Wähler in Jackson Hole, im Bundesstaat Wyoming – dort lag sein Nebenwohnsitz – eintragen. (Vgl. Gellman 2008, S. 17)

Cheney stammte aus Wyoming und hatte den Bundesstaat auch im Kongress vertreten. Wäre Cheney 2000 und 2004 als Kandidat aus Texas angetreten und die Wahlmänner dieses Staates hätten, wie anzunehmen ist, Präsidentschaftskandidat Bush ihre Stimmen gegeben, hätten sie somit nicht für Cheney stimmen dürfen. Als Konsequenz hätte Cheney bei beiden Wahlen nicht die nötige Mindestmehrheit von 270 Wahlmännerstimmen erreicht.

Um in das Amt des Vizepräsidenten gewählt zu werden, ist seit 1804 eine absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen nötig. Erreicht diese keiner der Kandidaten, muss der Senat mit absoluter Mehrheit (bei Zweidrittel-Anwesenheit) den künftigen Vizepräsidenten ermitteln, das heißt mehr als 50 Prozent der Senatoren müssen für einen der beiden

Vizepräsidentschaftskandidaten, die der nötigen Anzahl an Wahlmännerstimmen am nächsten gekommen sind, stimmen. Dies macht unter Umständen mehrere Wahlgänge erforderlich. Die Bestimmung, dass Vizepräsidenten bezüglich Alter, Staatsbürgerschaft und Wohnsitz in den USA die selben Voraussetzungen erfüllen müssen als der Präsident, erscheint konsequent. Würden diese Kriterien für den Vizepräsidenten nicht gelten, könnte etwa ein Vizepräsident ausländischer Herkunft nach Tod oder Rücktritt des Präsidenten zum Präsidenten werden.

Die Bestimmung, dass der Vizepräsident die absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen benötigt, ist als Vorsichtsmaßnahme gegen die Wahl einer überaus ungeeigneten Person zu sehen. Der Zwölfte Verfassungszusatz beeinträchtigt eine Idealvorstellung der Verfassungsväter merklich. Jeder Wahlmann sollte zwei Stimmen an zwei seiner Meinung nach für die Präsidentschaft qualifizierte Kandidaten vergeben. Die Person mit den zweitmeisten Stimmen, das heißt der kommende Vizepräsident, wäre demnach von einem nicht unerheblichen Teil der Wahlmänner als für die Präsidentschaft befähigt beurteilt worden und hätte in Zukunft den Präsidenten kompetent ersetzen können. Dies wurde durch die Verfassungsänderung zunichte gemacht. Zeitgenössische Kritiker des Verfassungszusatzes haben dessen Konsequenzen korrekt prognostiziert. Ab der formalen Abkoppelung der Vizepräsidentschaftswahl von der Präsidentschaftswahl im Jahr 1804 spielte nicht das Befinden darüber, in welchem Maße der künftige Vizepräsident qualifiziert für das Präsidentenamt ist die entscheidende Rolle. Vielmehr sollten Vizepräsidentschaftskandidaten mit ihren Beziehungen und Ressourcen dem Präsidentschaftskandidaten dienlich sein, ihm zum Wahlsieg in umkämpften Bundesstaaten verhelfen, enttäuschte Parteiflügel „befrieden“. Das Rivalitätsdenken von Präsidentschaftskandidaten verhinderte, dass beliebte und talentierte Politiker Vizepräsidenten wurden. Der Zwölfte Verfassungszusatz wurde seinem Anspruch in einem wichtigen Punkt nicht gerecht. Er wurde unter dem Eindruck der Wahl von 1800, bei der beinahe jemand zum Präsidenten geworden wäre, der nie für dieses Amt vorgesehen war, verabschiedet. Gerade dies kann der Verfassungszusatz jedoch keineswegs verhindern. Vizepräsidenten, die von den Wählern nicht als künftiger Präsident gesehen wurden, übernahmen nach dem Tod des Präsidenten dessen Amt. (Vgl. Wilmerding 1953, S. 28-31) Anzufügen ist, dass oben skizzierter Wunschvorstellung der Verfassungsväter schon vor Inkrafttreten des Zwölften Verfassungszusatzes nicht Folge geleistet wurde. Gab es doch, wie bereits erwähnt, „echte“ und „unechte“ Präsidentschaftskandidaten.

Die Wahrscheinlichkeit dass Präsident und Vizepräsident unterschiedlichen Parteien angehören, konnten zwar minimiert werden, doch wurde ein neues Problem geschaffen. Fähige Politiker hatten keinen Anreiz für ein Amt mit geringen Gestaltungsmöglichkeiten zu kandidieren. In weiterer Folge wurde die Abschaffung der Vizepräsidentschaft diskutiert, der Kongress stimmte jedoch dagegen. Nach Adams und Jefferson besetzte im 19. Jahrhundert eine Reihe fragwürdiger Persönlichkeiten das Amt des Vizepräsidenten. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 12-14)

Im Laufe des 19. Jahrhunderts etablierte sich die Praxis, dass die Wahlmänner eines Bundesstaates von dessen Bürgern gewählt werden, das heißt Präsident und Vizepräsident werden indirekt durch das Wahlvolk gewählt. Als der Zwölfte Verfassungszusatz beschlossen wurde, ernannten etliche Bundesstaaten die Wahlmänner noch über ihre Legislativorgane.

Anders als die Wahlmänner können die wahlberechtigten Bürger nicht getrennt Präsident und Vizepräsident wählen – sie wählen mit ihrer Stimme ein „Ticket“ – bestehend aus Präsident und Vizepräsident bzw. wählen die Wahlmännergruppe ihres Bundesstaates, die dem jeweils präferierten Ticket nahe steht.

Eine gebräuchliche Rechtfertigung dafür, dass der Vizepräsident Erster in der Linie der Nachfolger des Präsidenten ist, ist, dass er ein gewählter Amtsträger ist. Allerdings ist dieses Argument zu hinterfragen. Denn es ist unklar, ob und in welchem Maße Vizepräsidentschaftskandidaten den Ausgang der Präsidentschaftswahl bzw. das Ergebnis des „election day“ beeinflussen. Welches Gewicht die Person des Vizepräsidentschaftskandidaten im Verhältnis zu anderen Faktoren (z. B. Parteipräferenz) in der Entscheidung für ein Ticket hat, bleibt umstritten. Die Annahme dass die meisten Wähler den Präsidentschaftskandidaten bei der Wahlentscheidung größere Beachtung schenken, scheint aber gerechtfertigt zu sein. (Goldstein 1982, S. 113 f.)

Auf Zusammenhänge zwischen Vizepräsidentschaftskandidat und Wahlkampf wird in Kapitel 4 näher eingegangen.

„The terms of the President and the Vice President shall end at noon on the 20th day of January...” (US Const., amend. XX, sec.1)

Bis 1933 endete die Amtszeit von Präsident und Vizepräsident am 4. März. Durch die Vorverlegung auf den 20. Januar wurde der Abstand zwischen Wahltag (Wahl der Wahlmänner Anfang November) und Amtsantritt deutlich verringert.

Kurz bevor der kommende Präsident zur Mittagszeit vor dem oder im Kapitol vereidigt wird, schwört der Vizepräsident einen Amtseid.

“I do solemnly swear (or affirm) that I will support and defend the Constitution of the United States against all enemies, foreign and domestic; that I will bear true faith and allegiance to the same; that I take this obligation freely, without any mental reservation or purpose of evasion; and that I will well and faithfully discharge the duties of the office on which I am about to enter: So help me God.” Bis 1937 legte der Vizepräsident diesen Eid (verwendet seit 1884), dessen Inhalt nicht durch die Verfassung vorgegeben ist, im Sitzungssaal des Senates ab. (Vgl. Joint Congressional Committee on Inaugural Ceremonies, online)

„No person shall be a Senator or Representative in Congress, or elector of President and Vice-President, or hold any office, civil or military, under the United States, or under any State, who, having previously taken an oath, as a member of Congress, or as an officer of the United States, or as a member of any State legislature, or as an executive or judicial officer of any State, to support the Constitution of the United States, shall have engaged in insurrection or rebellion against the same, or given aid or comfort to the enemies thereof. But Congress may by a vote of two-thirds of each House, remove such disability.” (US Const., amend XIV, sec. 3)

Dieser Passus des 14. Verfassungszusatzes, der 1868 ratifiziert wurde, verhindert u. a., dass ein US-Bürger, der einen Amtseid geschworen hat, sich aber gegen die Vereinigten Staaten gewendet hat, Vizepräsident wird. Dabei dürfte es sich um Anlassgesetzgebung handeln, inspiriert durch die Sezessions-Bewegung und den darauffolgenden Bürgerkrieg.

2.1.2 Nachfolger des Präsidenten

Stirbt der Präsident oder tritt er zurück, wird der Vizepräsident als neuer Präsident vereidigt - „eine allgemein bekannte Tatsache“. Jedoch schreibt die US-Verfassung in ihrer Originalversion dies keineswegs als Automatismus fest. Erst ein Präzedenzfall führte zu dieser Regelung. Bisher folgten neun Vizepräsidenten Präsidenten nach, die ihre Amtszeit nicht vollenden konnten. Dies geschah zuletzt 1974 – Vizepräsident Gerald Ford wurde nach Präsident Richard Nixons Rücktritt neuer Präsident.

„In Case of the Removal of the President from Office, or of his Death, Resignation, or Inability to discharge the Powers and Duties of the said Office, the Same shall devolve on the Vice President, and the Congress may by Law provide for the Case of Removal, Death, Resignation or Inability, both of the President and Vice President, declaring what Officer

shall then act as President, and such Officer shall act accordingly, until the Disability be removed, or a President shall be elected.” (US Const., art. II, sec. 1)

Dieser Originalabschnitt der Verfassung ließ die Frage offen, ob der Vizepräsident bei Amtsenthebung, Tod, Rücktritt des Präsidenten oder der Unfähigkeit (nicht näher definiert) des Präsidenten das Amt auszuüben, zum Präsidenten wird oder „nur“ Rechte und Pflichten des Präsidentenamtes übernimmt.

Es ist nahezu sicher, dass die Delegierten zur „Constitutional Convention“, der verfassungsgebenden Versammlung, nur eine zeitweilige Nachfolgerrolle für den Vizepräsidenten im Sinn hatten – bis zur Abhaltung einer „special presidential election“, das heißt einer erneuten, vorzeitigen Präsidentschaftswahl. Dem „Committee of Style“, dessen Aufgabe es war, die Vielzahl der durch die Delegiertenversammlung getroffenen Beschlüsse für die Endfassung der Verfassung aufzubereiten, unterlief ein Schreibfehler. Es galt zwei Resolutionen, welche sich mit der Nachfolge des Präsidenten befassten, zu vereinen. Die erste lautete folgendermaßen: „In case of his [the president’s] removal as aforesaid, death, absence, resignation, or inability to discharge the powers or duties of his office the Vice President shall exercise those powers and duties until another President be chosen, or until the inability of the President be removed.“ Die zweite Resolution sollte die erstgenannte ergänzen, indem sie den Gang der Nachfolge festlegte, falls kein Vizepräsident im Amt ist. „The Legislature may declare by law what officer of the United States shall act as President in the case of death, resignation, or disability of the President and Vice President; and such Officer shall act accordingly, until such disability be removed, or a President shall be elected.“ Die Bemühung diese beiden Resolutionen zu einer zu komprimieren, mündete in den bekannten Abschnitt der Verfassung, mit dessen grammatikalischen Interpretationsspielraum. Als Präsident William Henry Harrison im Jahr 1841 kurz nach Amtsantritt starb, legte Vizepräsident John Tyler den Amtseid des Präsidenten ab, gab eine Amtsantrittsrede, bezog das Weiße Haus und wurde für den verbleibenden Rest von Harrisons Amtszeit Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Somit handelte Tyler zwar vermutlich gegen den Willen der Verfassungsväter, schuf aber einen nachhaltig wirkenden Präzedenzfall. (Vgl. Nelson 1988a, S. 79-81)

Es ist anzunehmen, dass die Geschichte der USA anders verlaufen wäre, wenn die Verfassung den ursprünglichen Willen der verfassungsgebenden Versammlung deutlicher wiedergeben würde. Auch die Entwicklung des Vizepräsidentenamtes wäre wohl anders verlaufen.

Problematisch erscheint auch die fehlende Definierung von „inability“, also der Unfähigkeit des Präsidenten sein Amt auszuüben. Es ist eine Vielzahl an Szenarien denkbar, in denen dies der Fall sein könnte.

Bereits während der Constitutional Convention fragte John Dickinson, Delegierter aus Pennsylvania, nach einer Definition für „inability“ und wollte eine Entscheidung darüber, wer über die Amtsfähigkeit des Präsidenten entscheiden sollte. Er erhielt jedoch keine Antwort. Es wurde kein Prozedere für eine zeitweilige Amtsübergabe geschaffen. (Vgl. Nelson 1988a, S. 86)

Im Laufe der Geschichte der Vereinigten Staaten kam es zu Situationen, in denen die Amtsfähigkeit des amtierenden Präsidenten zumindest in Frage stand.

In der Vergangenheit wurden Erkrankungen des Präsidenten bzw. ihr Ausmaß vor der Bevölkerung immer wieder geheim gehalten. Mit einem erkrankten Präsidenten wurden die Arbeitsfortschritte im Bereich der Exekutive merklich gebremst. Gelegentlich übernahmen Regierungsmitglieder Aufgaben des Präsidenten. Bis zur Präsidentschaft Eisenhowers geschah dies nur selten durch den Vizepräsidenten. Beispielsweise war der republikanische Vizepräsident Chester A. Arthur im Jahr 1881 nicht daran interessiert, die Amtsgeschäfte Präsident James A. Garfields zu übernehmen, der nach einem Attentat über zwei Monate, letztlich vergeblich, mit dem Tod rang. Arthur vertrat andere politische Auffassungen als Garfield, zudem befand er sich in einer unangenehmen Situation, da der Attentäter öffentlich bekundet hatte eine Präsidentschaft Arthurs zu wünschen. Der Vizepräsident war darauf bedacht den Eindruck zu vermeiden, das Präsidentenamt usurpieren zu wollen. Im Herbst 1919 erlitt Präsident Woodrow Wilson einen Schlaganfall. Wilson hielt Vizepräsident Thomas R. Marshall für keinen Mann „von großem Kaliber“. Marshall wurde, wie die Öffentlichkeit, über das Ausmaß von Wilsons Erkrankung nicht informiert. Außenminister Robert Lansing forderte vergeblich, dass der Vizepräsident die Amtsgeschäfte übernehmen solle. Schließlich beschlossen Wilsons Ehefrau Edith, die dem Vizepräsidenten den Zugang zu ihrem Mann verwehrte, und die behandelnden Ärzte Marshall über den Schlaganfall in Kenntnis zu setzen. Marshall agierte in weiterer Folge äußerst zögerlich. Er beschloss, dass er erst nach ausdrücklichem Wunsch von Kongress, Wilsons Ehefrau, sowie der Ärzte die Amtsgeschäfte übernehmen würde. Außenminister Lansing agierte als Vertreter des Präsidenten und leitete die Treffen des Kabinetts, obwohl Marshall diese Aufgabe bereits während der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg, Wilson weilte zu diesem Anlass in Europa, übernommen hatte. Der Vizepräsident beschränkte sich auf den Empfang ausländischer Würdenträger. Erst rund

ein halbes Jahr nach seinem Schlaganfall konnte Wilson die Amtsgeschäfte wieder übernehmen. Anders als Marshall erhielt der republikanische Vizepräsident Richard Nixon ausreichende Informationen über den Gesundheitszustand Präsident Dwight D. Eisenhowers und erhielt die Möglichkeit eine aktivere Rolle während der drei Erkrankungen Eisenhowers auszuüben. Im September 1955 erlitt Eisenhower einen Herzanfall. Nixon beschloss vorsichtig in der Öffentlichkeit aufzutreten, denn seine Eignung für das Präsidentenamt wurde angezweifelt. Eisenhower gab vom Krankenbett aus die Order, dass sich Nationaler Sicherheitsrat und Kabinett unter Nixons Leitung treffen sollten. Bei diesen Treffen behielt Nixon seinen angestammten Sitzplatz und nutzte auch das Büro des Präsidenten nicht – er wollte sicherstellen, dass er weiterhin als Vizepräsident wahrgenommen wurde. Es hat den Anschein, als ob der Präsident, sein Stab und Mitglieder des Kabinetts Nixon nicht uneingeschränkt vertrauten. Denn die maßgeblichen Staatsgeschäfte wurden vom Krankenbett Eisenhowers in Denver geführt. Eisenhower wurde ständig von seinem Stabschef Sherman Adams über Entwicklungen in Washington informiert. Zudem entschied der Präsident schließlich, dass Außenminister John Foster Dulles die „Dinge in Washington in die Hand nehmen solle“. Die zwei weiteren Erkrankungen während der achtjährigen Amtszeit Eisenhowers waren weniger schwerwiegend und stellten somit für den Vizepräsidenten geringere Herausforderungen dar. Eisenhower, besorgt wegen seiner körperlichen Konstitution, forderte vom Kongress einen Verfassungszusatz, der es ermöglichen sollte Situationen handzuhaben, in denen der Präsident gesundheitlich nicht in der Lage ist seine Amtsunfähigkeit zu bekunden. Ein zur Auswahl stehendes Prozedere sah vor, dass der Vizepräsident und das Kabinett die Unfähigkeit des Präsidenten seine Aufgaben auszuführen zertifizieren sollten. Da der Kongress nicht handelte, schloss Eisenhower mit Nixon eine informelle Vereinbarung. Diese besagte, dass der Präsident den Vizepräsidenten, wenn möglich, über seine Handlungsunfähigkeit informieren würde. Falls der Präsident nicht kommunizieren konnte, sollte Nixon, nach Beratungen, über die Amtsfähigkeit des Präsidenten entscheiden. Falls notwendig sollte der Vizepräsident als amtsführender Präsident agieren, bis zur Entscheidung des Präsidenten die Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Diese Vereinbarung wurde veröffentlicht. John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson schlossen mit den jeweiligen Vizepräsidenten ähnliche Agreements ab. 1967 trat der Fünfundzwanzigste Verfassungszusatz („25th Amendment“) in Kraft, der solche informellen Vereinbarungen ersetzen sollte. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 120-133)

Über einen verhältnismäßig langen Zeitraum der Entwicklungsgeschichte des amerikanischen politischen Systems stand dem Vizepräsidenten im Fall einer schwerwiegenden Erkrankung des Präsidenten keine gesetzlich verankerte Handlungsanweisung zur Verfügung. Wie die angeführten historischen Beispiele zeigen, war der Vizepräsident auf kooperatives Verhalten des Beraterkreises um den Präsidenten angewiesen. Etwaige Machtkämpfe mit diesen Personen hätten einen ungewissen Ausgang gehabt. Es soll auch darauf verwiesen werden, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Präsident und Vizepräsident noch immer eine bedeutsame Rolle spielt. Eine zeitweilige Amtsübergabe an eine Vertrauensperson dürfte einem erkrankten Präsidenten wesentlich leichter fallen als eine Übergabe an einen politischen Rivalen. Die Art und Weise wie der Vizepräsident vor der Wahl ausgewählt wurde - als persönlicher Favorit des Präsidenten, als Kompromisskandidat rivalisierender Parteiflügel, oder auf Geheiß der Delegierten des Parteitages – dürfte von Bedeutung sein für das Vertrauensverhältnis im Fall einer Krisensituation. Auf die Auswahlkriterien für Vizepräsidentenskandidaten wird in Kapitel 4 eingegangen.

Ein „schockbedingter“ Stillstand der Regierungsarbeit kann die Vereinigten Staaten in eine prekäre außenpolitische Lage versetzen.

Inwiefern die Bestimmungen des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes Handlungsklarheit im Fall der Amtsunfähigkeit des Präsidenten bringen, wird in diesem Kapitel noch erörtert.

„And if the House of Representatives shall not choose a President whenever the right of choice shall devolve upon them, before the fourth day of March next following, then the Vice-President shall act as President, as in case of the death or other constitutional disability of the President.” (US Const., amend. XII)

Dieser Teil des Zwölften Verfassungszusatzes besagt, dass der Vizepräsident als Präsident amtierend soll, falls Abstimmungen im Repräsentantenhaus bis zum 4. März keine Entscheidung über den künftigen Präsidenten bringen - erringt kein Kandidat die absolute Mehrheit an Wahlmännerstimmen, wählt das Repräsentantenhaus unter den drei Präsidentschaftskandidaten mit den meisten, zweitmeisten und drittmeisten Wahlmännerstimmen den Präsidenten. Zuletzt entschied das Repräsentantenhaus auf diesem Weg 1825 die Präsidentschaftswahl, jedoch vor dem 4. März. Zur Situation dass die Person des Präsidenten der kommenden Amtsperiode bis zum 4. März nicht feststand, kam es nie. Eine Bestimmung, die die Vorgehensweise festlegt, falls bis zum 4. März kein künftiger Vizepräsident bestimmt werden konnte – kein Kandidat erringt eine absolute

Mehrheit an Wahlmännerstimmen, Abstimmungen im Senat bringen keine Entscheidung oder der gewählte, künftige Vizepräsident ist mittlerweile verstorben oder handlungsunfähig - fehlt im Zwölften Verfassungszusatz. Auch ist der Satzteil „the Vice-President shall act as President“ vage formuliert. Es fehlt die Festlegung für welche Zeitspanne der Vizepräsident als Präsident amtieren soll. Auch ist die inhaltliche Differenz zwischen „shall act as President“ und der möglichen Alternativformulierung „shall become President“ zu beachten. Bestimmungen des Zwanzigsten Verfassungszusatzes („20th Amendment“) führten zu Modifikationen.

„If, at the time fixed for the beginning of the term of the President, the President elect shall have died, the Vice President elect shall become President. If a President shall not have been chosen before the time fixed for the beginning of his term, or if the President elect shall have failed to qualify, then the Vice President elect shall act as President until a President shall have qualified; and the Congress may by law provide for the case wherein neither a President elect nor a Vice President shall have qualified, declaring who shall then act as President, or the manner in which one who is to act shall be selected, and such person shall act accordingly until a President or Vice President shall have qualified.“ (US Const., amend. XX, sec. 3)

Die weiter oben zitierte erste Sektion des Zwanzigsten Verfassungszusatzes besagt ja, dass die vierjährige Amtsperiode des Präsidenten am 20. Januar endet bzw. eine neue Amtsperiode an diesem Tag beginnt. „The time fixed for the beginning of the term of the President“ bezieht sich also auf den 20. Januar, nicht mehr auf den 4. März. Obiger Abschnitt des 20th Amendment besagt, dass, falls der „President elect“ – der gewählte Präsident – vor Beginn seiner Amtszeit, d. h. vor dem 20. Januar, verstirbt, der „Vice President elect“ Präsident wird. Weiters wird bestimmt, dass der Vice President elect die Amtsgeschäfte für den Fall, dass bis zum 20. Januar kein Präsident gewählt wurde, oder dass der President elect daran gescheitert ist, sich zu qualifizieren, solange übernehmen soll bis ein „qualifizierter“ Präsident zur Verfügung steht. Für den Fall, dass weder ein qualifizierter President elect, noch ein qualifizierter „Vice President elect“ zur Verfügung stehen, soll der Kongress mittels Gesetz einen Lösungsweg beschließen.

Im Jahr 1947 löste der bis heute gültige „Presidential Succession Act“ das Nachfolgegesetz von 1886 ab, welches den Außenminister als zweites Glied der Nachfolgekette festgelegt hatte. Dieses Gesetz regelt die Nachfolgeordnung, falls sowohl das Amt des Präsidenten als auch das des Vizepräsidenten, seines ersten Nachfolgers, vakant ist.

Sollte durch Tod, Rücktritt, Entfernung aus dem Amt, Unfähigkeit oder Nichterfüllung der Qualifikationsbedingungen sowohl das Amt des Präsidenten, als auch das des Vizepräsidenten nicht besetzt sein, dann soll der Sprecher des Repräsentantenhauses („Speaker of the United States House of Representatives“) bis zum Ablauf der Amtszeit als Präsident agieren. Sollte dieser dazu nicht in der Lage sein (oder es ist kein Sprecher im Amt) wird der Präsident pro tempore des Senats („President pro tempore of the United States Senate“) Acting President. An dritter Stelle dieser Nachfolgekette steht der Außenminister, an vierter der Finanzminister, an fünfter der Verteidigungsminister usw. (Anm.: die Minister werden gereiht nach der Dauer des Bestehens ihres Ministeriums, daher steht der Heimatschutzminister an letzter Stelle). Allerdings gilt es zu beachten, dass nur eine solche Person als Präsident amtieren kann, die die Qualifikationsbedingungen für die Präsidentschaft (Staatsbürgerschaft, Alter, Aufenthaltsdauer) erfüllt. Gelingt es dem President elect oder dem Vice President elect sich zu qualifizieren, gibt der Interimspräsident die Amtsgeschäfte wieder ab. Es findet generell eine Amtsübergabe statt, falls eine in der Nachfolgereihe weiter vorne gereichte Person wieder in der Lage ist als Präsident zu agieren. Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte des Präsidenten erfolgt der Rücktritt vom jeweiligen Kongress- oder Ministeramt. (Vgl. 3 USC sec. 19, 2006)

Beispielsweise war Henry Kissinger, Außenminister unter den Präsidenten Nixon und Ford (1973-1977), aus der Nachfolgelinie ausgeschlossen, da er kein geborener US-Bürger ist.

Die Bezeichnungen „President elect“ und „Vice President elect“ sind im 20. Verfassungszusatz nicht definiert, dies führt zu Interpretationsproblemen. Auch wird nicht erläutert, welche Qualifikationsbedingungen erfüllt werden müssen.

Der „elect“- Status existiert nur während der zweiwöchigen Periode zwischen dem 6. Januar, dem Tag, an dem der Kongress die für Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten abgegebenen Wahlmännerstimmen auszählt und die Wahlsieger verkündet, und dem 20. Januar, dem Beginn der neuen Amtszeit. Das Nachfolgeprozedere für die Zeitspanne von den Nominierungsparteitagen im Sommer bis zum 6. Januar ist daher mangelhaft formuliert. Stirbt der von einer Partei nominierte Präsidentschaftskandidat vor dem Election Day (Anfang November) würde vermutlich der Vizepräsidentschaftskandidat der Partei zum Präsidentschaftskandidaten werden. Noch wahrscheinlicher wäre dieser Verlauf, falls der Präsidentschaftskandidat des am Election Day siegreichen Parteitickets vor dem Tag, an dem die Wahlmänner ihre Stimmen abgeben (Mitte Dezember), verstirbt. Denn der Vizepräsidentschaftskandidat könnte dann auf landesweite Unterstützung verweisen. An beide Lösungswege sind die Parteien jedoch

nicht verfassungsrechtlich gebunden. Die Eventualität, dass der siegreiche Präsidentschaftskandidat zwischen dem Tag der Stimmabgabe durch die Wahlmänner und dem 6. Januar verstirbt, würde die schwierigste Lage hervorrufen. Der Kongress stünde vor der problematischen Wahl zwischen dem verstorbenen Kandidaten, der Präsidentschaft seines „running mate“ ab dem 20. Januar und dem Präsidentschaftskandidaten der unterlegenen Partei. (Vgl. Nelson 1988a, S. 86)

Es muss jedoch erwähnt werden, dass obige Interpretation der Dauer des President-elect-Status nicht unumstritten ist.

Es gibt eine alternative Lesart, die besagt, dass sobald ein Präsidentschaftskandidat bzw. ein Vizepräsidentschaftskandidat die Mehrheit an Wahlmännerstimmen erhalten hat – am Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember – Elect-Status besteht, auch wenn das Wahlergebnis erst am 6. Januar offiziell verlautbart wird. (Vgl. Neale 2004, S. 12)

Die Qualifikationsbedingungen, die ein gewählter Präsident und ein gewählter Vizepräsident erfüllen müssen, um das jeweilige Amt anzutreten, werden nicht näher erläutert. In der US-Verfassung wird, wie bereits angeführt, bestimmt, dass Präsident und Vizepräsident mindestens 35 Jahre alt, geborene US-Bürger und seit 14 Jahren in den USA wohnhaft sein müssen. Es erscheint jedoch zweifelhaft, dass Personen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, als Präsidentschafts- oder Vizepräsidentschaftskandidat nominiert werden. Es gibt weiterführende Interpretationen was „failure to qualify“ implizieren könnte.

Möglicherweise werden damit die Szenarien angesprochen, dass der President elect oder der Vice President elect zurücktreten oder nicht dazu in der Lage sind ihr Amt anzutreten. (Vgl. Neale 2008, S.1)

Anders als der Zwölfte Verfassungszusatz hält der Zwanzigste dezidiert fest, dass der gewählte Vizepräsident zum Präsidenten wird, sollte der gewählte Präsident vor dem Tag der Angelobung versterben. Umstritten bleibt jedoch, welchen Zeitraum vor dem Tag der Angelobung die Bestimmungen des „Twentieth Amendment“ abdecken.

„The Congress may by law provide for the case of the death of any of the persons from whom the House of Representatives may choose a President whenever the right of choice shall have devolved upon them, and for the case of the death of any of the persons from whom the Senate may choose a Vice President whenever the right of choice shall have devolved upon them.“ (US Const., amend. XX, sec. 4)

Dieser Abschnitt überträgt dem Kongress die Aufgabe eine gesetzliche Regelung für den Fall, dass keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit an

Wahlmännerstimmen erhält, und es zu einer Wahl im Repräsentantenhaus kommt und einer der Präsidentschaftskandidaten stirbt, festzulegen. Gleichmaßen soll für den Fall, dass der Senat den Vizepräsidenten wählt und einer der zwei in Frage kommenden Kandidaten verstirbt, vorgesorgt werden.

„In case of the removal of the President from office or of his death or resignation, the Vice President shall become President.” (US Const., amend. XXV, sec. 1)

Section 1 besagt demnach, dass falls der Präsident des Amtes enthoben wird, zurücktritt oder stirbt, der Vizepräsident Präsident wird, also nicht nur die Amtsgeschäfte des Präsidenten stellvertretend führt. Die mit dem Präzedenzfall Tyler begonnene Praxis wird also ausdrücklich verfassungsrechtlich verankert.

„Whenever there is a vacancy in the office of the Vice President, the President shall nominate a Vice President who shall take office upon confirmation by a majority vote of both Houses of Congress.” (US Const., amend. XXV, sec. 2)

Der Präsident erhält das Recht einen neuen Vizepräsidenten zu nominieren, falls das Amt nicht mehr besetzt ist. Vor der Amtsübernahme ist eine Bestätigung per Mehrheitsvotum von Senat und Abgeordnetenhaus notwendig.

Bis 1967 gab es keine rechtlichen Regelungen zur Nachbesetzung der Vizepräsidentschaft. Bis 1967, das heißt bis zur Ratifikation des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes, war das Amt des Vizepräsidenten insgesamt über 37 Jahre vakant. Zuletzt regierte Lyndon B. Johnson, nach der Ermordung John F. Kennedys, mehr als ein Jahr ohne Vizepräsidenten. Es gab unterschiedliche Pläne zur Behebung einer solchen Situation. So wurde eine Wahl des Vizepräsidenten in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern des Kongresses vorgeschlagen. Eine weitere Variante sah vor, dass der Präsident, unter Zustimmung des Senats, eine Liste von Kandidaten nominieren sollte, aus der das Abgeordnetenhaus den Vizepräsidenten wählen sollte. Diese Vorschläge erschienen nicht zufriedenstellend. Die Wahl durch den Kongress wäre mit dem Risiko verbunden gewesen, dass der Vizepräsident persönlich und/oder politisch nicht kompatibel mit dem Präsidenten gewesen wäre. Eine Kandidatenliste wäre leicht manipulierbar durch den Präsidenten, indem er sie aus einem seriösen und mehreren unplausible Kandidaten zusammenstellt. Schließlich setzte sich der Vorschlag von Senator Birch Bayh durch – Wahl durch beide Kammern, nach Nominierung durch den Präsidenten. Einerseits erhält der Präsident die Führungsrolle in der Auswahl des neuen Vizepräsidenten – dies soll zu Kompatibilität führen. Andererseits wird durch die nötige Zustimmung des Kongresses ein Element demokratischer Kontrolle eingebaut. (Vgl. Goldstein 1982, S. 228-234)

1973 kam das Prozedere unter Section 2 erstmals zum Tragen – der von Präsident Richard Nixon nominierte Vizepräsident Gerald Ford wurde vom Kongress bestätigt (zuvor war Vizepräsident Spiro Agnew zurückgetreten). 1974 nominierte Ford (inzwischen nach Rücktritt Nixons Präsident) Nelson Rockefeller als Vizepräsidenten. Auch dieser wurde vom Kongress bestätigt.

Der Kongress kann zwar keine Person gegen den Willen des Präsidenten zum Vizepräsidenten machen, jedoch ist der Präsident von der Zustimmung des Kongresses abhängig. Es kann zur Situation kommen, dass der Präsident einem Kongress gegenübersteht, der von der anderen Partei dominiert wird. Dadurch kann die Bestätigung des nominierten Vizepräsidenten zu einer heiklen, zeitaufwendigen Angelegenheit werden. Die beiden republikanischen Präsidenten Nixon und Ford waren mit Mehrheitsverhältnissen zugunsten der Demokraten in beiden Kammern des Kongresses konfrontiert.

Gerald Ford war nach dem Rücktritt Spiro Agnews nicht Präsident Nixons erste Wahl als neuer Vizepräsident. Nixon favorisierte John Connally, ehemals Gouverneur von Texas und Finanzminister. Aber sowohl führende Kongressmitglieder der Demokratischen, als auch der Republikanischen Partei wiesen den Präsidenten darauf hin, dass Connally keine mehrheitliche Zustimmung erhalten würde. Gerald Ford, der erste Präsident, der nicht in das Amt gewählt wurde (Anm.: auch nicht als Vizepräsident gewählt), wollte einen erfahrenen Innenpolitiker mit internationaler Erfahrung als Vizepräsident nominieren. Seiner Meinung nach erfüllte Nelson Rockefeller diese Voraussetzungen. Der Prozess der Bestätigung Rockefellers durch den Kongress verlief jedoch problematisch. Die legitime Suche nach Interessenskonflikten auf Seiten Rockefellers vermischte sich mit Neugier über einen der reichsten Männer Amerikas. Die penible Untersuchungsarbeit des Kongresses gipfelte in der Forderung der genauen Bekanntgabe der Vermögensstrukturen von Rockefellers Familie. Dies verweigerte der zukünftige Vizepräsident. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden – nur Rockefeller musste seine Vermögenswerte detailliert bekannt geben, seine Familienmitglieder lediglich pauschal. Es dauerte vier Monate bis Rockefeller die Bestätigung durch Repräsentantenhaus und Kongress erhielt. (Vgl. Cannon 1997, S. 135-139)

Durch Abschnitt 2 des Verfassungszusatzes kann also keine rasche Nachbesetzung des Vizepräsidenten garantiert werden. Parteipolitisches Kalkül kann während des Bestätigungsprozesses im Kongress eine entscheidende Rolle spielen. Nachforschungen über einen als Vizepräsident nominierten Politiker der anderen Partei, der möglicherweise

Präsidentschaftsambitionen hat, können dazu genutzt werden, um diesen gezielt öffentlich zu diskreditieren.

„Whenever the President transmits to the President pro tempore of the Senate and the Speaker of the House of Representatives his written declaration that he is unable to discharge the powers and duties of his office, and until he transmits to them a written declaration to the contrary, such powers and duties shall be discharged by the Vice President as Acting President.” (25th Amendment, Section 3)

Sollte der Präsident dem Präsidenten pro tempore des Senats und dem Sprecher des Abgeordnetenhauses eine schriftliche Erklärung zukommen lassen, die besagt, dass er nicht mehr dazu in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes wahrzunehmen, übernimmt der Vizepräsident die Amtsgeschäfte. Dies gilt bis zu dem Zeitpunkt, wenn der Präsident in einer erneuten schriftlichen Erklärung an Präsident pro tempore und Sprecher seine Unfähigkeit widerruft. Dieses Prozedere ist nur durchführbar, wenn der Präsident gesundheitlich dazu in der Lage ist die schriftliche Erklärung bereitzustellen. So erscheint es unwahrscheinlich, dass ein durch ein Attentat lebensgefährlich verletzter Präsident dazu in der Lage ist. Zudem muss der Präsident willens sein die schriftliche Erklärung abzugeben.

Präsident Ronald Reagan wurde am 30. März 1981 bei einem Schussattentat verletzt. Eine Operation unter Narkose war unumgänglich. Die internationale Lage war angespannt – die Sowjetunion drohte in Polen einzumarschieren. Dennoch beschlossen Berater des Präsidenten, bei einem privaten Treffen im Krankenhaus, Reagan nicht vorzuschlagen, seine Macht unter Section 3 des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes auf Vizepräsident George Bush zu übertragen. Trotz der zeitweiligen Verschlechterung von Reagans Gesundheitszustand in den darauffolgenden Tagen blieb der Stab des Weißen Haus bei dieser Haltung – die Öffentlichkeit sollte nicht weiter beunruhigt werden. Im Jahr 1985 sandte Reagan vor einer Krebsoperation Briefe an den Sprecher des Abgeordnetenhauses und an den Präsidenten pro tempore des Senats, in denen er die zeitweilige Übergabe der Amtsgeschäfte an Bush bekannt gab. Merkwürdigerweise berief sich der Präsident jedoch nicht auf Section 3. Er schrieb, dass er nicht davon überzeugt sei, dass der Verfassungszusatz „für so kurze und temporäre Perioden von Unfähigkeit wie seine Operation“ gedacht sei. (Vgl. Nelson 1988a, S. 89 f.)

Am 29. Juni 2002 und am 21. Juli 2007 übergab Präsident George W. Bush jeweils für kurze Zeit die Amtsgeschäfte unter Abschnitt 3 an Vizepräsident Richard Cheney. In

beiden Fällen unterzog sich der Präsident einer Koloskopie (Darmspiegelung) unter Narkose. (Vgl. Stolberg 2007, online)

Durch einen weiteren Abschnitt des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes wurde versucht den Situationen Rechnung zu tragen, dass der Präsident gesundheitlich nicht dazu in der Lage ist, oder nicht willens ist die Amtsgeschäfte an den Vizepräsidenten zu übertragen.

„Whenever the Vice President and a majority of either the principal officers of the executive departments or of such other body as Congress may by law provide, transmit to the President pro tempore of the Senate and the Speaker of the House of Representatives their written declaration that the President is unable to discharge the powers and duties of his office, the Vice President shall immediately assume the powers and duties of the office as Acting President. Thereafter, when the President transmits to the President pro tempore of the Senate and the Speaker of the House of Representatives his written declaration that no inability exists, he shall resume the powers and duties of his office unless the Vice President and a majority of either the principal officers of the executive department or of such other body as Congress may by law provide, transmit within four days to the President pro tempore of the Senate and the Speaker of the House of Representatives their written declaration that the President is unable to discharge the powers and duties of his office. Thereupon Congress shall decide the issue, assembling within forty-eight hours for that purpose if not in session. If the Congress, within twenty-one days after receipt of the latter written declaration, or, if Congress is not in session, within twenty-one days after Congress is required to assemble, determines by two-thirds vote of both Houses that the President is unable to discharge the powers and duties of his office, the Vice President shall continue to discharge the same as Acting President; otherwise, the President shall resume the powers and duties of his office.” (US Const., amend. XXV, sec. 4)

Der Vizepräsident kann demnach zusammen mit der Mehrheit des Kabinetts Schreiben an den Sprecher des Abgeordnetenhauses und den Präsidenten pro tempore des Senats übermitteln, in denen erklärt wird, dass der Präsident nicht mehr dazu in der Lage ist Rechten und Pflichten seines Amtes nachzukommen. Geschieht dies, übernimmt der Vizepräsident die Amtsgeschäfte. Der Präsident kann durch Schreiben an Sprecher und Präsidenten pro tempore, in denen er seine Amtsfähigkeit erklärt, die Amtsgeschäfte wieder übernehmen. Allerdings können Vizepräsident und Mehrheit des Kabinetts innerhalb von vier Tagen den Präsidenten in an Sprecher und Präsident pro tempore gesandten Schriftstücken erneut für amtsunfähig erklären. Geschieht dies, übernimmt der Vizepräsident abermals die Amtsgeschäfte. Nun kommt der Kongress zum Zug, der sich innerhalb von 48 Stunden versammeln muss. Entscheiden Abgeordnetenhaus und Senat binnen 21 Tagen (nach erstmaliger Behandlung der Causa) jeweils mit Zweidrittelmehrheit, dass der Präsident amtsunfähig ist, führt der Vizepräsident weiterhin die Amtsgeschäfte, ansonsten übernimmt der Präsident wieder. Anzumerken ist noch, dass der Kongress per Gesetz auch ein anderes Gremium bestimmen kann, dass gemeinsam mit

dem Vizepräsidenten über die Amtsfähigkeit des Präsidenten befindet (anstatt des Kabinetts).

Bisher wurde obiges Prozedere noch nicht angewendet. Durch die Abschnitte 3 und 4 des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes wird die Rolle des Vizepräsidenten als „Erster Stellvertreter“ verfassungsrechtlich ausgebaut – mit Einschränkungen. Wie bereits angeführt, übernahm, als Präsident Eisenhower erkrankte, letztlich Außenminister Dulles die Rolle des Stellvertreters, nach anfänglichem Aktionsspielraum für Vizepräsident Nixon. Seit 1967 kann der Vizepräsident mit dem Verfassungsrecht argumentieren, falls ein Machtvakuum durch die Handlungsunfähigkeit des Präsidenten entsteht. Wie das Beispiel der Reaktion Reagans und seiner Berater nach dem Attentat zeigt, ist der Vizepräsident nach wie vor wesentlich auf die Kooperationsbereitschaft des Präsidenten, welche signifikant vom persönlichen Vertrauensverhältnis abhängen dürfte, und der des Stabes im Weißen Haus abhängig. Gesetzlich nicht verbindliche Agreements zwischen Präsidenten und Vizepräsidenten für den Fall der Amtsunfähigkeit des Präsidenten wurden durch verfassungsrechtliche Regelungen ersetzt. Der 4. Abschnitt erlaubt theoretisch eine Machtübernahme des Vizepräsidenten gegen den Willen des Präsidenten. Allerdings erscheint dies eine Extremsituation zu sein. Eher dürften die betreffenden Regelungen für den Fall gedacht sein, dass der Präsident gesundheitlich nicht dazu in der Lage ist die Amtsgeschäfte formal an den Vizepräsidenten zu übergeben. Ein Vizepräsidenten-Putsch erscheint unwahrscheinlich. Zum einen müsste dafür die Mehrheit des Kabinetts überzeugt werden, wobei die Minister ihr Amt dem Präsidenten verdanken, zum anderen müssten große Teile der Mitglieder beider Kammern des Kongresses zustimmen. Das wiederholte Beharren von Vizepräsident und Kabinett auf die Amtsunfähigkeit des Präsidenten, gefolgt von Beteuerungen der Amtsfähigkeit des Präsidenten, könnte das politische System der USA jahrelang blockieren – mit schwer abzusehenden Konsequenzen.

In den Bestimmungen von Section 4 findet sich keine nähere Definition von Amtsunfähigkeit, wie schon in den älteren Abschnitten der Verfassung und ihrer Zusätze. Dies erschwert eine Evaluierung des Gesundheitszustandes des Präsidenten durch Vizepräsidenten und Kabinett. Zudem gilt es noch einmal anzumerken, dass die Mitglieder des Entscheidungsgremiums – Vizepräsident und Minister –vom Präsidenten in ihre Ämter eingesetzt wurden. Der Kongress hat jedoch die Möglichkeit per Gesetz andere Personen, neben dem Vizepräsidenten, über die Amtsfähigkeit des Präsidenten befinden zu lassen.

Der Kongress entschied das Wort „inability“ nicht näher zu definieren, um künftige Entscheidungen über den Gesundheitszustand des Präsidenten nicht an veraltete

medizinische Kenntnisse zu binden. Aus Kongressdebatten geht jedoch hervor, dass Unpopularität, Inkompetenz oder Faulheit nicht darunter fallen. Eine Entscheidung über den Gesundheitszustand des Präsidenten ist subjektiv. Eine vermutete geistige Erkrankung würde beispielsweise breiten Raum für Diskussionen lassen. Weiters ist problematisch, dass der Fünfundzwanzigste Verfassungszusatz davon ausgeht, dass ein fähiger Vizepräsident zur Verfügung steht. Regelungen zu Amtsunfähigkeit des Vizepräsidenten finden sich keine. (Vgl. Nelson 1988a, S. 88-90)

Durch die Nachfolgeregelungen des 25. Amendments, durch jene vorheriger Verfassungszusätze, und nicht zuletzt durch die Originalverfassung wird ein Handlungsrahmen für den Vizepräsidenten gesteckt. Berücksichtigt man Unterschiede zwischen Formal- und Realverfassung, ist jedoch anzunehmen, dass persönliche Eigenschaften des jeweiligen Vizepräsidenten, wie Selbstvertrauen, Entschluss- und Überzeugungskraft, Dialogfähigkeit (v.a. mit dem Präsidentenstab), in der Wahrnehmung rechtlicher Möglichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt sollte ein tragfähiges Vertrauensverhältnis mit dem Präsidenten und seinen wichtigsten Beratern bestehen.

Vizepräsident George Bush blieb 1985 während der Operation Reagans, er war zu diesem Zeitpunkt Acting President, zuhause, um keine öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 136)

„No person shall be elected to the office of the President more than twice, and no person who has held the office of President, or acted as President, for more than two years of a term to which some other person was elected President shall be elected to the office of President more than once. But this Article shall not apply to any person holding the office of President when this Article was proposed by Congress, and shall not prevent any person who may be holding the office of President, or acting as President, during the term within which this Article becomes operative from holding the office of President or acting as President during the remainder of such term.” (US Const., amend. XXII, sec. 1)

Dieser Verfassungszusatz erwähnt die Vizepräsidentschaft mit keinem Wort. Dennoch kann er für die politische Zukunft von Vizepräsidenten von sehr großer Bedeutung sein. Der jeweilige Vizepräsident weiß durch diese Bestimmung wann die Amtszeit des Präsidenten unwiderruflich endet. Gäbe es die Begrenzung auf zwei Amtszeiten nicht, könnte ein Vizepräsident mit Präsidentschaftsambitionen darüber im Unklaren gelassen werden, ob der Präsident für eine weitere Amtszeit kandidieren möchte. Beginnt der Vizepräsident gegen Ende der zweiten Amtszeit des Präsidenten seine Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten und der Präsident beschließt gleichzeitig für eine

weitere Amtszeit zu kandidieren, könnte dies zu einem schwerwiegenden Interessensgegensatz und zu einer gravierenden Verschlechterung des Arbeitsklimas führen. Zudem besagt der Verfassungszusatz, dass Vizepräsidenten maximal zehn Jahre das Präsidentschaftsamt innehaben können. Stirbt beispielsweise der Präsident nach exakt zweijähriger Amtszeit, übernimmt der Vizepräsident für die verbleibenden zwei Jahre sein Amt und kann sich im Anschluss zweimal der Präsidentschaftszahl stellen, um zwei volle Amtsperioden regieren zu können. Vizepräsident Lyndon B. Johnson wurde nach der Ermordung Präsident John F. Kennedys 1963 Präsident – mit einer verbleibenden Amtszeit von weniger als zwei Jahren. Nach dem darauffolgenden Wahlsieg von 1964 hätte sich Johnson verfassungskonform 1968 noch einmal der Wahl stellen können, jedoch verzichtete er aus eigenem Entschluss darauf.

Es gibt keine Amtszeitbeschränkung für das Vizepräsidentenamt. Zudem könnte ein ehemaliger Präsident Vizepräsident werden.

Im Jahr 1980 erwog der republikanische Präsidentschaftskandidat Ronald Reagan mit dem ehemaligen Präsidenten Gerald Ford (1974-1977) als Running Mate in die Wahl zu gehen. (Vgl. Witcover 1992, S. 308 f.)

2.1.3 Präsident des Senats

„The Vice President of the United States shall be President of the Senate, but shall have no Vote, unless they be equally divided.“ (US Const., art .I, sec. 3)

Das Abgeben von „tie breaking votes“ ist eine Aufgabe, die dem Vizepräsidenten in seiner Funktion als Präsident des Senates durch die Verfassung zugewiesen wird. Das heißt der Vizepräsident kann bei Gleichstand in einer Abstimmung im Senat, zum Beispiel 50 „Ja-Stimmen“ versus 50 „Nein-Stimmen“, durch die Abgabe seiner Stimme eine Mehrheitsentscheidung herbeiführen. Ausdrücklich festgehalten wird, dass der Vizepräsident nur in einer solchen Situation abstimmen darf.

„The Senate shall chuse their other Officers, and also a President pro tempore, in the Absence of the Vice President, or when he shall exercise the Office of President of the United States.“ (US Const., art. I, sec. 3)

Der Senat soll weitere Amtsträger, sowie einen Präsidenten pro tempore, der den Präsidenten des Senats, also den Vizepräsidenten, während dessen Abwesenheit vertritt, bestimmen.

Der Präsident pro tempore erhält dadurch Gewicht, dass er nach Vizepräsident und Sprecher des Repräsentantenhauses der dritte Anwärter auf die Nachfolge des Präsidenten ist. Zudem spielt er, wie erwähnt, eine Rolle in Abschnitt 3 und 4 des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes.

Abb. 1: „Tie-breaking-votes“ von Vizepräsidenten seit Beginn des 20. Jahrhunderts

Vizepräsident	Amtszeit	Anzahl Tie-Breaking-Votes“
Theodore Roosevelt	1901	0
Charles W. Fairbank	1905-1909	0
James S. Sherman	1909-1912	4
Thomas R. Marshall	1913-1921	8
Calvin Coolidge	1921-1923	0
Charles G. Dawes	1925-1929	2
Charles Curtis	1929-1933	3
John N. Garner	1933-1941	3
Henry A. Wallace	1941-1945	4
Harry S. Truman	1945	1
Alben W. Barkley	1949-1953	8
Richard M. Nixon	1953-1961	8
Lyndon B. Johnson	1961-1963	0
Hubert H. Humphrey	1965-1969	4
Spiro T. Agnew	1969-1973	2
Gerald R. Ford	1973-1974	0
Nelson A. Rockefeller	1974-1977	0
Walter Mondale	1977-1981	1
George Bush	1981-1989	7
Dan Quayle	1989-1993	0
Albert Gore, Jr.	1993-2001	4
Richard B. Cheney	2001-2009	8
Joseph R. Biden, Jr.	seit 2009	0 (1.7.2009)

(modifiziert nach Senate Historical Office 2008, S. 6 ff.)

Kein Vizepräsident hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts mehr als acht Tie-Breaking-Votes abgegeben. Einige Amtsinhaber, zuletzt James Danforth „Dan“ Quayle, gaben keine

solchen Stimmen ab. Zu beachten sind die unterschiedlich langen Amtszeiten. Zudem hat sich die Anzahl der Senatoren mit der Aufnahme weiterer Bundesstaaten vergrößert. Um 1900 gab es 90 Senatoren, seit 1959 sind es 100. Es ist anzunehmen, dass mit der Erhöhung der Mitgliederzahl eines Entscheidungsgremiums die Wahrscheinlichkeit von Stimmengleichheit sinkt. Auch die Mehrheitsverhältnisse im Senat spielen eine wichtige Rolle. Verfügt eine der beiden Parteien über eine komfortable Mehrheit an Senatoren, wird es seltener zu Stimmengleichheit bei Abstimmungen über Gesetze kommen.

Die bloße Anzahl der von den einzelnen Vizepräsidenten abgegebenen Tie-Breaking-Votes scheint zudem kein ausreichender Indikator zu sein. Passiert beispielsweise ein Gesetzesentwurf, der auf der Agenda der Regierung oben rangiert durch die Stimme des Vizepräsidenten den Senat, hat dies besonderes Gewicht. Gleichmaßen kann der Vizepräsident den Beschluss eines Gesetzes verhindern, dass dem Präsidenten misslieblich ist.

Spiro Agnews Stimmabgabe führte 1969 dazu, dass ein Raketenabwehrsystem zum Schutz von Silos mit Interkontinentalraketen bewilligt wurde und 1973 ermöglichte er den Baubeginn einer Pipeline durch Alaska. Vizepräsident Bush entschied mit drei „Votes“ zugunsten der Wiederaufnahme der Produktion von chemischen Waffen. Al Gore sorgte 1993 dafür, dass ein Budgetgesetz, das für Präsident Bill Clinton höchste Priorität besaß, den Senat passieren konnte. Im Jahr 1999 ermöglichte Gore ein Verkaufsverbot für Feuerwaffen bei „gun shows“. Vizepräsident Richard Cheney hatte 2001, nach seiner Angelobung, für einige Monate theoretisch die Möglichkeit jederzeit im Senat ein Tie-Breaking-Vote abzugeben – es gab 50 republikanische und 50 demokratische Senatoren. Bis dass der republikanische Senator James Jeffords aus Vermont im Mai beschloss als parteiunabhängig aufzutreten und Sitzungen der demokratischen Senatoren zu besuchen. Bis dahin konnte Cheney helfen die „marriage penalty tax“¹ abzuschaffen und die von den Demokraten geforderte Verwendung von Budgetüberschüssen zur Finanzierung der Versorgung von Personen im „Medicare-System“ (öffentliche Krankenversicherung für Ältere und Behinderte) mit verschreibungspflichtigen Medikamenten zu verhindern. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 114 f.)

Die Möglichkeit der Abgabe eines Tie-Breaking-Votes kann eine schwierige Situation für den Vizepräsidenten hervorrufen. Möglicherweise führt politischer Druck durch den Präsidenten und dessen Stab dazu, dass er gegen seine persönliche Überzeugung abstimmt.

¹ Dabei handelte es sich um eine Eigenart des amerikanischen Steuersystems, die darin bestand, dass bestimmte Ehepartner mehr Steuern zahlen mussten, als sie als Singles hätten zahlen müssen. (Chait 2000, online)

Es stellt sich die Frage, ob sich weitere Aufgabenbereiche bzw. Handlungsmöglichkeiten für den Präsidenten des Senates herausgebildet haben.

In der jüngeren Geschichte haben Vizepräsidenten selten den Vorsitz über Sitzungen des Senats übernommen. Vizepräsidenten konnten niemals signifikante Macht im Gesetzgebungsprozess erreichen, obwohl es einige versucht haben. Die meisten folgten dem Beispiel von John Adams, der sich aus den Tagesgeschäften des Senats heraushielt. Vizepräsidenten übernehmen den Vorsitz nur mehr zu zeremoniellen Anlässen oder wenn eine enge Abstimmung bevorsteht. Wobei anzumerken ist, dass der Vizepräsident auch durch Verweigerung der Abgabe eines Tie-Breaking-Votes verhindern kann, dass ein Gesetz den Senat passiert. Als Vorsitzender muss der Präsident des Senats vor allem darauf achten, dass Ordnung und Anständigkeit im Plenarsaal und auf den Galerien gewahrt bleiben. Zudem erteilt er grundsätzlich dem Senator, der sich zuerst meldet das Wort, urteilt über Geschäftsordnungsfragen (der Senat kann dagegen Berufung einlegen), weist Gesetzesvorlagen nach Beratung mit dem „Parliamentarian“ (Anm.: Beamter des Senats mit Beratungsfunktion) den Ausschüssen zu. Lediglich ein einstimmiger Beschluss des Senats würde es dem Vizepräsidenten erlauben Senatoren für Abgeordnetenhaus-Senat-Vermittlungsausschüsse oder Sonderausschüsse zu nominieren. (Vgl. Campbell 2003, S. 1-3)

Als Vorsitzender des Senats unterzeichnet der Vizepräsident Gesetzesentwürfe, nachdem diese mehrheitliche Zustimmung von Senat und Repräsentantenhaus erhalten haben und von der Bundes-Druckerei („Government Printing Office“) übermittelt wurden (für das Repräsentantenhaus geschieht dies durch den Sprecher), bevor der Gesetzesentwurf schließlich dem Präsidenten vorgelegt wird. (Vgl. Dove 1997, online)

Der Präsident des Senats ernennt die 18 Mitglieder bzw. Senatoren des „Select Committee² on Indian Affairs“ – 10 auf Empfehlung des Mehrheitsführers („Majority Leader“) im Senat, 8 auf jener des Minderheitsführers, des „Minority Leaders“ (U.S. Government Printing Office, online)

² Ein „select committee“ ist eine spezielle Ausschussform – gebildet vom Senat für eine bestimmte Zeitspanne und eine bestimmte Aufgabe. (Vgl. U.S. Senate o. J. a, online)

Abb. 2: Kongress-Laufbahnen von Vizepräsidenten

Vizepräsident	Dienstjahre Senat	Dienstjahre Repräsentantenhaus
Rockefeller	-	-
Mondale	12	-
Bush	-	4
Quayle	8	4
Gore	8	8
Cheney	-	10
Biden	36	-

(eigene Darstellung)

Einige Vizepräsidenten der jüngeren Vergangenheit verfügten bereits über Erfahrung im Senat, bevor sie ex officio zum Präsidenten des Senats wurden. Insbesondere Joseph Biden diente 36 Jahre als Senator, bevor er zum Vizepräsidenten gewählt wurde. George Bush und Dick Cheney waren nie Senator, aber Mitglied des Repräsentantenhauses. Dan Quayle und Albert Arnold „Al“ Gore dienten in Senat und Repräsentantenhaus. Lediglich Nelson Rockefeller verfügte über keinerlei Erfahrung im Kongress.

Es ist anzunehmen, dass insbesondere Vizepräsidenten, die in ihrer Karrierelaufbahn Senator waren, mit den Gepflogenheiten des Senats vertraut sind. Zudem kann das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von beruflicher Erfahrung im Kongress die Gestaltung der Rolle als Vorsitzender des Senats beeinflussen.

Nelson Rockefeller, Walter Mondales Vorgänger, verfügte über keinerlei Erfahrung im Bereich der Legislative, begeisterte sich aber für die Traditionen des Senats. Als Rockefeller 1975 in seiner Funktion als Vorsitzender nach seiner Meinung in einer Geschäftsordnungsfrage gefragt wurde, verstrickte er sich in Konflikte. Wie mehrere seiner Amtsvorgänger sollte er darüber befinden, welche Stimmanzahl nötig ist, um Filibuster³ in Debatten über „Rule 22“ zu beenden. Bei Rule 22 des Senats handelt es sich um jene Regel, die festlegt durch welche Anzahl an Stimmen ein Filibuster beendet werden kann⁴. Rockefeller entschied, dass eine einfache Mehrheit an Senatoren Entscheidungen über

³ Dabei handelt es sich eine um durch die Geschäftsordnung des Senats ermöglichte Taktik – eine Minderheit an Senatoren versucht durch Dauerreden die Abstimmung über einen Gesetzesvorschlag zu verhindern. (Vgl. Patterson 2007, S. 388 f.)

⁴ Seit 1975 sind die Stimmen von 60 Senatoren (bzw. 3/5 aller Senatoren) nötig, um ein Filibuster zu beenden, vorher waren die Stimmen von zwei Dritteln der anwesenden Senatoren nötig. (Vgl. Senate Historical Office o. J., online))

Regeln des Senats treffen könne. Die Mehrheit der anwesenden Senatoren stützte in einer darauf folgenden Abstimmung die Auffassung des Vizepräsidenten. In den folgenden Debatten benützte Rockefeller mehrmals den Hammer⁵ des Vorsitzenden bei Wortmeldungen von Gegnern seiner Entscheidung und weigerte sich James Allen, dem demokratischen Senator aus Alabama, das Wort zu erteilen. Somit handelte er gegen eine Gepflogenheit des Senats. Spiro Agnew, der auch über keine Legislativverfahren verfügte und sich im Senat deplaziert fühlte, hatte einige Jahre davor ebenfalls für Aufregung gesorgt. Er fragte im Jahr 1969, während einer laufenden Debatte, Senator Len Jordan aus Idaho, ob dieser seine Stimme im Sinne der Regierung abgeben würde. (Vgl. Light 1984, S. 42-44)

Lyndon B. Johnson war vor seiner Wahl zum Vizepräsidenten Mehrheitsführer des Senats. Als Präsident des Senates wollte er den Vorsitz über die Versammlung („Caucus“) der demokratischen Senatoren beibehalten. Liberale demokratische Senatoren fürchteten jedoch eine Fortführung von Johnsons Dominanz im Senat – Senator Mike Mansfield (Montana), Johnsons Nachfolger als Mehrheitsführer, war diesem treu ergeben. Aufgrund der parteiinternen Widerstände musste Johnson seinen Anspruch aufgeben. (Vgl. Witcover 1992, S. 164 f.)

Vizepräsident Cheney scheint bestrebt gewesen zu sein, seine Rolle als Vorsitzender des Senats über vorwiegend zeremonielle Aufgaben hinaus zu erweitern.

Nach der Wiederwahl von Präsident Bush im Jahr 2004 leisteten demokratische Politiker in Abgeordnetenhaus und Senat verstärkt Widerstand gegen Gesetzesvorschläge der Administration. Bestätigungsverfahren zu Postenbesetzungen des Präsidenten wurden in die Länge gezogen. Vizepräsident Cheney wollte mit Ordnungsrufen dagegen vorgehen. Dazu kam es schließlich nicht, da Senatoren einen Kompromiss aushandelten. (Vgl. Gellman 2008, S. 328)

Im Frühjahr 2005 bekundete Cheney seine Unterstützung für die Abschaffung von Filibustern bei Sitzungen zur Bestätigung von durch den Präsidenten nominierten Amtsträgern. Zu dieser Zeit blockierten die Demokraten Abstimmungen zur Bestätigung von Personen, die von Präsident Bush für Posten im Bereich der bundesstaatlichen Gerichtsbarkeit nominiert worden waren. Die Republikaner reagierten, indem sie drohten Filibuster-Regelungen zu verändern. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden. Cheney

⁵ Der Klang des Hammers des Vorsitzenden signalisiert den Beginn oder die Vertagung einer Sitzung des Senats. Zudem kann während einer Sitzung mit dem Hammer zur Ordnung gerufen werden. (Vgl. Office of the Senate Curator o. J., online)

hatte aber mit der Gepflogenheit gebrochen, dass sich der Präsident des Senats, der ja kein Senator ist, aus Kontroversen im Senat heraushält. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 115)

2.1.4 Absetzung des Vizepräsidenten

The President, Vice President and all civil Officers of the United States, shall be removed from Office on Impeachment for, and Conviction of, Treason, Bribery, or other high Crimes and Misdemeanors. (US Const., art. II, sec. 4)

Demnach stellen das Begehen von Hochverrat, Bestechung oder anderer hoher Verbrechen und Vergehen (nicht näher definiert) Gründe für die Amtsenthebung von Präsident, Vizepräsident, sowie anderer Träger öffentlicher Ämter dar.

„The Senate shall have the sole Power to try all Impeachments. When sitting for that Purpose, they shall be on Oath or Affirmation. When the President of the United States is tried, the Chief Justice shall preside: And no Person shall be convicted without the Concurrence of two thirds of the Members present.” (US Const, art. I, sec. 3)

Durch obige Regelung wird die Situation ausgeschlossen, dass der Vizepräsident als Präsident des Senats in einem Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten den Vorsitz führt. Jedoch wird der theoretische Fall, dass der Vizepräsident in einem Amtsenthebungsverfahren gegen sich selbst den Vorsitz führt, nicht ausgeschlossen.

Spiro Agnew, von 1969 bis 1973 Vizepräsident unter Präsident Richard Nixon, trat nach behördlichen Ermittlungen gegen seine Person zurück, es kam zu keinem Amtsenthebungsverfahren.

2.1.5 Warum es einen amerikanischen Vizepräsidenten gibt

Warum die Schöpfer der Verfassung, die „Founding Fathers“ das Amt des Vizepräsidenten geschaffen haben, lässt sich ohne nähere Betrachtung ihrer damaligen Beweggründe nur schwer beantworten. Nach Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod des Präsidenten könnte beispielsweise der Außenminister („Secretary of State“) oder ein anderer ranghoher Amtsträger der Exekutive die Nachfolge antreten. Zudem dürfte die verfassungsgebende Versammlung ja die Abhaltung von „Special Elections“, also die rasche Neuwahl eines Präsidenten, favorisiert haben, ohne dies jedoch deutlich in der Verfassung zu verankern. Auch der Vorsitz über den Senat, die einzige tagesgeschäftliche, durch die Verfassung vorgegebene Tätigkeit des Vizepräsidenten, hätte sich auf andere Weise regeln lassen. So

übernehmen in verschiedenen Staaten gewählte Abgeordnete den Vorsitz über parlamentarische Kammern⁶, wie ja auch der Sprecher des Repräsentantenhauses gewählter Abgeordneter ist. Zudem wurde bereits in der Originalverfassung die Bestimmung eines Präsidenten pro tempore (aus dem Kreis der Senatoren) zur Vertretung des Präsidenten des Senates festgelegt.

Die Absicht das Vizepräsidentenamt zu schaffen, ergab sich erst in den letzten Tagen der Constitutional Convention. Die Delegierten beabsichtigten also keineswegs von Beginn an eine solche Position in die Verfassung zu schreiben. Verschiedene Delegierte äußerten sich kritisch darüber. Elbridge Gerry, ein späterer Vizepräsident, und George Mason fürchteten eine Schwächung des Prinzips der Gewaltenteilung. Warum die Verfassungsväter das Amt schließlich schufen, lässt sich nicht mehr einwandfrei nachvollziehen. In der Regel werden drei Motive angeführt. Zunächst wäre die empfundene Notwendigkeit einen Vorsitzenden über den Senat zu bestimmen, anzuführen. Es bestand die Befürchtung, dass falls einer der Senatoren die Vorsitzführung übernehmen müsste, dieser deshalb nicht an Abstimmungen teilnehmen könnte und sein Bundesstaat somit unterrepräsentiert wäre. Jedoch ist anzumerken, dass die Stimmenthaltung des Vorsitzenden alleine noch keine faire Vorsitzführung garantieren kann. Alexander Hamilton prognostizierte Situationen der Entschließungsunfähigkeit des Senats – aufgrund der geraden Mitgliederzahl. Dies lässt sich jedoch nicht nur über einen Vizepräsidenten mit Tie-Breaking-Vote, sondern auch über eine Vielfalt an weiteren Bestimmungen lösen. Letztlich entsteht der Eindruck, dass die Position des Präsidenten des Senats eher geschaffen wurde, um dem Vizepräsidenten eine Aufgabe zu geben, als um Probleme zu lösen. Ein zweiter Argumentationsstrang fokussiert auf die Schaffung der Vizepräsidentschaft als Weg die Präsidentschaft im Fall einer auftretenden Vakanz nachzubersetzen. Frühe Vorschläge sahen u. a. vor, dass der Vorsitzführende des Senats (Anm.: dessen Bestimmung war noch unklar), oder der Vorsitzende des Obersten Bundesgerichtshofs oder ein Staatsrat im Bedarfsfall Aufgaben eines gewählten Oberhauptes der Exekutive übernehmen sollten. Insgesamt schenken die Delegierten der Nachfolgefrage jedoch keine große Aufmerksamkeit. Als drittes Motiv wird angeführt, dass das Vizepräsidentenamt geschaffen wurde, um die Wahl eines Präsidenten mit bundesweiter Stimmmehrheit zu ermöglichen – hätten die Wahlmänner nur eine Stimme abgeben dürfen, hätten sie diese dem Kandidaten ihres jeweiligen Bundesstaates gegeben (eine nationale Identität war noch nicht verankert). Jedoch zieht die

⁶ Als Beispiele sind der Sprecher des britischen Unterhauses, der Präsident des französischen Senats zu nennen.

Möglichkeit der Abgabe einer zweiten Stimme nicht unbedingt die Schaffung eines zweiten Amtes nach sich. (Vgl. Goldstein 1982, S. 3-5)

Jedes der angeführten Argumente mag zwar zur Schaffung des Amtes beigetragen haben, ein kohärentes Gesamtbild, ein starkes Fundament für die Vizepräsidentschaft ergibt sich daraus nicht. Möglicherweise liefert die Vorstellung, dass das Amt mehr oder minder zufällig entstanden ist, als Behelfsmittel um verschiedene Probleme zu lösen, nur eine Teilerklärung.

Zur Kolonialzeit und in den gerade unabhängig gewordenen Staaten gab es „Lieutenant Governors“, Gouverneur-Stellvertreter, deren Aufgabe es war im Bedarfsfall die Amtsgeschäfte zu übernehmen. Jedoch gibt es keine Aufzeichnung, die belegen würde, dass die Delegierten daraus das Vizepräsidentenamt abgeleitet haben. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 6)

Die Verfassung enthält den „genetischen Code“ der Vizepräsidentschaft. Historische Veränderungen politischer Rahmenbedingungen und die Aktionen einzelner Präsidenten und Vizepräsidenten haben die Entwicklung des Amtes nachhaltig geprägt, doch der grundlegende Rahmen wird durch die Verfassung vorgegeben. (Vgl. Nelson 1988a, S. 25)

2.2 Bestimmungen des amerikanischen Bundesrechts

Abseits der Verfassung und ihrer Zusätze formulieren diverse gesetzliche Regelungen Aufgabenbereiche des Vizepräsidenten, berühren Aspekte des Amtes und seiner Führung. Es folgt eine Auswahl an relevanten Gesetzen.

Zunächst wird auf gesetzlich verankerte Mitgliedschaften des Vizepräsidenten in Gremien eingegangen. Wobei dies eher die Ausnahme darstellt – in der Regel berufen Präsidenten den Vizepräsidenten über Verordnungen in Kommissionen und Räte.

Seit 1949 ist der Vizepräsident ständiges, gesetzlich verankertes Mitglied des 1947 geschaffenen Nationalen Sicherheitsrates („National Security Council“), der sich unter dem Vorsitz des Präsidenten trifft. Der Präsident kann für den Fall seiner Abwesenheit einem Mitglied des Gremiums den Vorsitz erteilen. (Vgl. 50 USC sec. 402, 2007)

Vizepräsident, Außenminister, Finanzminister, Verteidigungsminister und der Nationale Sicherheitsberater (nicht alle gesetzlich verankert) sind die ständigen Teilnehmer des Nationalen Sicherheitsrates, der das vorrangige Forum des Präsidenten zur Erörterung von

Belangen der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik darstellt und den Präsidenten beraten und unterstützen soll. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs („Chairman of the Joint Chiefs of Staff“) berät den Nationalen Sicherheitsrat in militärischen Belangen, der Direktor der Nationalen Nachrichtendienste („Director of National Intelligence“) in nachrichtendienstlichen. Stabschef („White House Chief of Staff“) und Rechtsberater („Counsel“) des Weißen Hauses, sowie der Nationale Wirtschaftsberater („Assistant to the President for Economic Policy“) sind dazu eingeladen regelmäßig an den Treffen teilzunehmen, der Justizminister („Attorney General“) und der Direktor des „Office of Management and Budget“⁷ (OMB) dann, wenn ihre jeweiligen Tätigkeitsbereiche betroffen sind. Falls nötig nehmen weitere Minister und ranghohe Amtsträger der Exekutive an Sitzungen teil. (Vgl. The White House o. J. b, online)

Demnach ist es dem Vizepräsidenten möglich an regelmäßigen Treffen ranghoher Mitglieder der Exekutive zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik teilzunehmen, dort unterschiedliche Positionen kennen zu lernen, eventuell eigene Standpunkte einzubringen. Es ist anzunehmen, dass die Mitgliedschaft im Nationalen Sicherheitsrat einen „Trainings-Effekt“ im Hinblick auf eine unerwartete Übernahme des Präsidentenamts bringt.

Oft übernimmt der Vizepräsident in Abwesenheit des Präsidenten den Vorsitz über den Nationalen Sicherheitsrat. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 116)

Es ist jedoch anzumerken, dass die Teilnahme an Treffen zu bedeutenden Politikinhalten alleine noch keine Einflussnahme garantiert. Es ist weiters nicht ausgeschlossen, dass wichtige Entscheidungen zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht im formalen Gremium Nationaler Sicherheitsrat, sondern in informellen Gesprächen des Präsidenten mit Mitarbeitern getroffen werden.

Hubert Humphrey, Vizepräsident unter Lyndon B. Johnson, konnte nur geringen Einfluss auf die Vietnampolitik der Administration nehmen. Humphrey befürwortete eine politische Lösung, war gegen die Bombardierung Nordvietnams. Er wurde jedoch nur selten zum „Dienstags-Lunch“ eingeladen – dort wurden wichtige Entscheidungen zum Vietnamkrieg getroffen. (Vgl. Goldstein 1982, S. 170 f.)

Im Jahr 2002 verankerte der Kongress einen Nationalen Heimatschutz-Rat („National Homeland Security Council“) gesetzlich. Aufgabe dieses Rates ist es, die Programme und Maßnahmen der Regierung im Hinblick auf den Heimatschutz zu koordinieren, sowie dem

⁷ Das „Office of Management and Budget“, Bestandteil des „Executive Office of the President“, übernimmt u. a. die Vorbereitung der jährlichen Budgetvorschläge des Präsidenten, überprüft Entwicklung, Budgets und Programmanschläge der einzelnen Departments und Behörden der bundesweiten Exekutive, analysiert Gesetzesvorschläge. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 302)

Präsidenten Empfehlungen zu geben. Dem National Homeland Security Council gehören Präsident, Vizepräsident, sowie die Minister für Heimatschutz, Justiz und Verteidigung an. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs fungiert als militärischer Berater. (Vgl. 6 USC sec. 493-494, 2006)

Die Mitgliedschaft im Heimatschutz-Rat wird sich jedoch, anders als jene im nationalen Sicherheitsrat, nicht zu einem „nachhaltigen exekutiven Standbein“ des Vizepräsidenten entwickeln⁸

Seit 1846 ist der Vizepräsident Mitglied des Vorstandes („Board of Regents“) des „Smithsonian Institute“⁹. (20 USC sec. 42, 1998)

Weitere gesetzliche Regelungen geben dem Vizepräsidenten (als Präsident des Senats) diverse Ernennungsvollmachten in Bezug auf parlamentarische Gruppen.

Die „Canada-United States Interparliamentary Group“ (1959 gegründet) trifft sich zumindest einmal im Jahr, um Probleme, die die Vereinigten Staaten und Kanada betreffen zu diskutieren, bzw. um die zwischenstaatlichen Beziehungen zu fördern. Auf US-amerikanischer Seite besteht die Delegation aus zwölf Mitgliedern des Repräsentantenhauses und zwölf Senatoren, die vom Vizepräsidenten, auf Empfehlung von Mehrheits- und Minderheitsführer im Senat, ernannt werden, acht davon nur für das nächste anstehende Treffen der Gruppe. (Vgl. 22 USC sec. 276d, 1994)

Auch ernennt der Vizepräsident, als Präsident des Senats, aus den Reihen der Senatoren (nach Rücksprache mit dem Mehrheitsführer und dem Minderheitsführer) neun der 21 Mitglieder der „Commission on Security and Cooperation in Europe“. Die übrigen Kommissionsmitglieder werden vom Sprecher des Repräsentantenhauses, Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium ernannt. (Vgl. 22 USC sec. 3003, 1985)

Die Commission on Security and Defense in Europe (auch als „Helsinki Commission“ bekannt) besteht seit 1976. Ihr Ziel ist es, die Einhaltung der Vereinbarungen der Schlussakte von Helsinki (1975) und anderer Beschlüsse der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) zu beobachten und zu fördern. (Vgl. Commission on Security and Defense in Europe o. J., online)

Zudem ernennt der Präsident des Senats Senatoren zu Mitgliedern von „Joint Committees“, dabei handelt es sich um Ausschüsse, die aus Mitgliedern von Repräsentantenhaus und Senat gebildet werden. Er tut dies beim „Joint Economic Committee“, welches Studien zu

⁸ Präsident Obama gab nach einer angeordneten Überprüfung der Heimatschutz-Strukturen bekannt, dass der Heimatschutz-Rat in den Nationalen Sicherheitsrat integriert wird. (Cooper 2009, online)

⁹ Das „Smithsonian Institute“ besteht aus 19 Museen, 9 Forschungszentren und dem „National Zoo“. (Vgl. Smithsonian o. J., online)

Wirtschaftsthemen erarbeitet (15 USC sec. 1024, 1974), beim „Joint Committee on Printing“ (Vgl. 44 USC sec. 102, 1968) – beaufsichtigt die Bundesdruckerei - „Government Printing Office“ (Vgl. Committee on House Administration, o. J., online), sowie beim „Joint Congressional Committee on Inaugural Ceremonies“, verantwortlich für Planung und Durchführung der Angelobungen von Präsident und Vizepräsident. (36 USC Sec. 507)

Im Bereich des militärischen Ausbildungswesens hat der Vizepräsident begrenzte Patronage-Möglichkeiten.

Er nominiert jeweils fünf Kadetten für die „U.S. Military Academy“ in West Point (Vgl. 10 USC sec. 4342, 2008), für die „U.S. Airforce Academy“ in Colorado Springs (Vgl. 10 USC sec. 9342, 2008) und die „U.S. Naval Academy“ in Annapolis. (Vgl. 10 USC sec. 6954, 2008)

Verschiedene weitere Aspekte der Amtsführung sind in Gesetzen geregelt, es folgt eine Auswahl.

Gesetzlich geregelt ist das Gehalt¹⁰ des Vizepräsidenten bzw. dessen jährliche Anpassung. (Vgl. 3 USC sec. 104, 1994)

Präsident Washington erhielt in den 1790ern 25.000 Dollar, während Vizepräsident Adams lediglich 5.000 Dollar bekam. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 15)

Dies kann als Hinweis darauf interpretiert werden, welche Wertschätzung das Vizepräsidentenamt in der Anfangsphase der Entwicklung des politischen Systems genoß.

Der Vizepräsident erhält 20.000 Dollar zur Abdeckung von Kosten, die bei der Ausübung seiner öffentlichen Pflichten entstehen. (3 USC sec. 111, 2003)

Der Vizepräsident besitzt „franking privilege“, wie die Mitglieder des Kongresses. Das bedeutet, dass er Briefe (in offiziellen Angelegenheiten) nicht mit Briefmarken versehen muss, seine Unterschrift genügt. (Vgl. 39 USC sec. 3210, 1996)

Der Vizepräsident ist bevollmächtigt Amtseide, die gesetzlich vorgesehen sind, abzulegen. (5 USC sec. 2903, 1966)

Es besteht daher die Möglichkeit, dass der Vizepräsident die Angelobung von hochrangigen Amtsträgern, wie z. B. Ministern, vornimmt.

¹⁰ Das Jahresgehalt von Vizepräsident Biden betrug für 2009 \$ 227.300. Präsident Obama (wie auch Präsident Bush während seiner gesamten Amtszeit) erhielt 2009 ein jährliches Gehalt von \$ 400.000. (Vgl. Longley 2009, online)

Vizepräsident Joseph „Joe“ Biden nahm Außenministerin Hillary Clinton den Eid zum Amtsantritt ab. (Vgl. Mitchell; Leist 2009, online)

Der „Presidential Records Act“ von 1978 befasst sich mit Aufbewahrung und Veröffentlichung von Dokumenten, die vom jeweiligen Präsidenten und dessen Mitarbeitern dienstlich geschaffen oder empfangen wurden – u. a. Bücher, Dokumente, Memoranden, Bilder und Filme. Der Präsident ist dazu verpflichtet die Ausübung seiner Amtsgeschäfte zu dokumentieren. Nach dem Ende der Amtszeit geht der „presidential record“ in den Besitz der Vereinigten Staaten über. Der Präsident hat die Möglichkeit einzelne Dokumente für bis zu zwölf Jahre zu sperren und sie so der öffentlichen Einsicht zu entziehen. Diese Regelungen gelten auch für relevante Dokumente des Vizepräsidenten und dessen Berater, für den „vice presidential record“. (44 USC sec. 2201-2207, 1996)

Gegen Ende der Amtszeit von Vizepräsident Dick Cheney sorgten unterschiedliche Auslegungen des Records Act für Kontroversen.

Die Organisation „Citizens for Responsibility and Ethics in Washington“ zweifelte vor Gericht an, dass Vizepräsident Cheney seiner Verpflichtung nachkommen würde alle nach dem Records Act relevanten Dokumenten an die Nationalen Archive zu übermitteln. Das Gericht konnte jedoch kein Fehlverhalten Cheneys feststellen. (Ginsberg 2009, S. 6)

Vizepräsident Cheneys Stabschef David Addington vertrat, im Bemühen den Umfang der unter dem Presidential Records Act zu übergebenden Dokumente möglichst gering zu halten, die Position, dass die Vizepräsidentschaft kein Bestandteil der Exekutive sei. (Vgl. Associated Press 2008a, online)

2.3 Der Vizepräsident in Executive Orders

Der amerikanische Präsident besitzt die Möglichkeit auf dem Verordnungsweg Verfügungen und Regelungen zu erlassen. Diese „executive orders“ haben die Wirkung von Gesetzen, das heißt sie können große Veränderungen auf der politikinhaltlichen Ebene bewirken. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 302)

In der Vergangenheit haben Präsidenten Gremien mit Beratungsfunktion durch Verordnungen geschaffen bzw. die Mitgliedschaft des Vizepräsidenten in solchen Gremien festgelegt.

So ist der Vizepräsident Mitglied des in der Ära Clinton gegründeten Nationalen Wirtschaftsrates („National Economic Council“), neben Kabinettsmitgliedern (u. a. Außen- und Finanzminister), sowie hochrangigen Beratern des Präsidenten. Der Rat soll wirtschaftspolitische Maßnahmen der Exekutive zu koordinieren, eine Übereinstimmung von Programmen mit Zielvorgaben des Präsidenten zu gewährleisten, die Implementierung der wirtschaftspolitischen Agenda des Präsidenten überwachen, den Präsidenten in Belangen der Wirtschaftspolitik beraten. In Abwesenheit des Präsidenten übernimmt der Vizepräsident den Vorsitz. (Vgl. EO 12835, 1993)

Mit einer weiteren Executive Order schuf Präsident Clinton den Rat für Innenpolitik („Domestic Policy Council“) und machte den Vizepräsidenten auch in diesem Gremium zum ständigen Mitglied. Dieser Rat, dem neben weiteren Kabinettsmitgliedern und Beratern die Minister für Gesundheit, Bildung und Arbeit angehören, soll innenpolitische Maßnahmen der Exekutive koordinieren, eine Übereinstimmung von Programmen mit Zielvorgaben des Präsidenten zu gewährleisten, die Implementierung der innenpolitischen Agenda des Präsidenten überwachen, den Präsidenten in Belangen der Innenpolitik beraten. Auch bei Sitzungen dieses Gremiums übernimmt der Vizepräsident in Abwesenheit des Präsidenten den Vorsitz. (Vgl. EO 12859, 1993)

Ebenfalls 1993 initiierte Clinton den Nationalen Rat für Wissenschaft und Technologie („National Science and Technology Council“). Neben dem Präsidenten, der den Vorsitz innehat, gehören Vizepräsident, die Minister für Verteidigung, Wirtschaft, Energie und Gesundheit, sowie weitere Kabinettsmitglieder und hochrangige Beamte und Berater dem Rat an. Zielsetzungen sind unter anderem die Koordinierung der Politikgestaltung im Bereich Wissenschaft und Technologie, die Förderung internationaler Zusammenarbeit. Weiters beaufsichtigt der Rat Behörden, die im wissenschaftlich-technischen Bereich angesiedelt sind – u. a. die Nationale Luft- und Raumfahrtbehörde NASA. (Vgl. EO 12881, 1993)

Präsidenten haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Kommissionen, Räte und Arbeitsgruppen mit Beteiligung des Vizepräsidenten über Verordnungen initiiert. Diese Gremien existieren zum Teil nicht mehr, bzw. waren nur auf bestimmte Arbeitsperioden ausgerichtet.

Am 9. November 2001 rief Präsident Bush eine Arbeitsgruppe ins Leben, die sich mit der Vorbereitung der US-Bürger auf den „Krieg gegen den Terror“ befasste („Presidential Task Force on Citizen Preparedness in the War on Terrorism“). Aufgabe der Arbeitsgruppe war es binnen vierzig Tagen einen Bericht zu erstellen. Der Gruppe gehörten

Vizepräsident, Heimatschutzminister, die Minister für Justiz und Gesundheit, sowie andere Kabinettsmitglieder und Leiter weiterer Einheiten der Exekutive - u. a. die Direktoren des Rates für Innenpolitik und des Office of Management and Budget bzw. Vertreter dieser Personen - an.“ (Vgl. EO 13234, 2001)

Im Jahr 2002 schuf Bush das „USA Freedom Corps“ und einen damit befassten Rat („USA Freedom Corps Council“). Aufgabe des „Freedom Corps“ war es US-Bürger für gemeinnützige Tätigkeiten zu mobilisieren und Gelegenheiten zur Mitarbeit anzubieten. Dem „Council“ unter dem Vorsitz des Präsidenten, dem der Vizepräsident und diverse Minister (u. a. Außen- Justiz- und Bildungsminister), der Direktor des Friedenscorps („Peace Corps“) und die Leiter weiterer Bundesbehörden angehörten, kam die Führungsrolle zu. (Vgl. EO 13254, 2002)

Die von Präsident Clinton 1993 erlassene „Executive Order 12866“ behandelt Planung und Überprüfung von Regulierungsmaßnahmen bundesstaatlicher Behörden. Die Gestaltung eines effizienten Ablaufs des Regulierungsprozesses soll dazu führen, dass Regulierungsmaßnahmen, d. h. Eingriffe in den freien Markt durch Behörden im Einklang mit gesetzlichen Bestimmungen und Prioritäten des Präsidenten stehen, sowie ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Dem OMB kommt hierbei eine Überprüfungsfunktion zu. Aber auch der Vizepräsident erhält eine wichtige Position. Die Verordnung bestimmt den Vizepräsidenten als wichtigsten Berater des Präsidenten in Bezug auf Regulierungspolitik, deren Planung und Überprüfung. Der Direktor des OMB, der Vorsitzende des Rates der Wirtschaftsberater („Council of Economic Advisers“), der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates und andere Funktionsträger sollen den Vizepräsidenten dabei unterstützen. Jährlich soll dieser ein Treffen mit Vertretern der Behörden abhalten, dessen Ziel es ist, bundesstaatliche Regulierungsmaßnahmen zu koordinieren. Laufend wird der Vizepräsident über regulierungspolitische Entwicklungen informiert – u. a. über eingereichte Regulierungspläne, über Prüfentscheidungen des OMB, über Auffassungsunterschiede zwischen Behörden oder einer Behörde und dem OMB. Mit Erlaubnis des Präsidenten kann der Vizepräsident im vorhergehenden Satz erwähnte Konflikte lösen bzw. entscheiden. (Vgl. EO 12866, 1993)

Eine von Präsident Bush 2002 erlassene Executive Order, eine Ergänzung zur vorherigen Verordnung, entfernte den Vizepräsidenten wieder aus dem Regulierungsprozess (Vgl. EO 13258, 2002)

Die „Verordnung 12866“ stattete Cheney mit Macht aus. Doch der Vizepräsident war nicht an „öffentlicher Zurschaustellung“ interessiert. Sämtliche Bezüge auf den Vizepräsidenten

wurden auf Cheneys Wunsch vom Präsidenten aus der Verordnung entfernt. Dies bedeutete keinen Machtverlust. Denn Cheney konnte Regulierungsprozesse über Verbündete im nun zuständigen OMB weiter beeinflussen. Zudem konnte er auf beflissene Kontaktpersonen in Ministerien und Behörden zurückgreifen. (Vgl. Gellman 2008, S. 198 f.)

Präsident George Bush ernannte Vizepräsident Dan Quayle im Jahr 1989, während der ersten Monate seiner Amtszeit, per Verordnung zu seinem obersten Berater für Weltraumpolitik. Gemäß „Executive Order 12675“ übernimmt der Vizepräsident den Vorsitz über einen Nationalen Weltraumrat¹¹ („National Space Council“), dem weiters u. a. Außen- Verteidigungs- und Finanzminister, Nationaler Sicherheitsberater, Stabschef des Weißen Hauses und der Administrator der NASA angehören. Zu den Aufgaben des „Councils“ gehören die Beratung des Präsidenten in Fragen der Weltraumpolitik, die Evaluierung der Weltraumpolitik der Regierung, die Entwicklung einer Strategie für Aktivitäten im Weltraum, Förderung der Zusammenarbeit verschiedener im Weltraumbereich tätiger Sektoren. Der Vorsitzende, das heißt der Vizepräsident, ist oberster weltraumpolitischer Berater des Präsidenten. Der Vizepräsident ernennt die Mitglieder des „Vice President's Space Policy Advisory Board“¹². Dieser Ausschuss berät ihn in Weltraumfragen. (EO 12675, 1989)

Der Bereich der Weltraumpolitik entwickelte sich nach dem Ende der Vizepräsidentschaft Quayles jedoch nicht zu einem dauerhaften Betätigungsfeld des amerikanischen Vizepräsidenten.

Der Nationale Weltraumrat, unter der Leitung von Vizepräsident Quayle, geriet in Kompetenzstreitigkeiten mit der Führung der Weltraumbehörde NASA. Die Ablösung des Administrators der NASA durch Präsident Bush war eine Konsequenz. Obwohl unter Präsident Clinton, dem Nachfolger von Bush, der Weltraumrat nicht formal aufgelöst wurde, wurden dessen Aufgabenbereiche auf andere Gremien übertragen. 2004 schlug eine Expertenkommission die erneute Schaffung eines weltraumpolitischen Rates unter Vorsitz des Vizepräsidenten, oder eines ranghohen Amtsträgers im Weißen Haus, vor. (Vgl. Day 2004, online).

¹¹ Mit dem Nationalen Rat für Luftfahrt und Weltraum („National Aeronautics and Space Council“) existierte von 1958 bis 1973 ein Vorgänger-Gremium. 1961 wurde auf Bestreben Präsident Kennedys der Vizepräsident per Gesetzesänderung zum Vorsitzenden des Rates. Lyndon B. Johnson, Vizepräsident unter Kennedy, hatte sich als Mehrheitsführer des Senates für die Schaffung dieses Gremium engagiert. (Vgl. Day 2004, online) Die Einbindung des Vizepräsidenten in die Weltraumpolitik hat demnach in den USA Tradition.

¹² Durch eine Verordnung Präsident Clintons wurde dieser Ausschuss 1993 annulliert. (Vgl. EO 12869, 1993)

Das Beispiel der Vorsitzführung über den Nationalen Weltraumrat zeigt, dass der Vizepräsident im Zuge der Betätigung in einem spezifischen Politikfeld in Kompetenzstreitigkeiten mit weiteren in diesem Feld tätigen Akteuren involviert werden kann. Es ist weiters festzuhalten, dass Vizepräsidenten über Verordnungen des Präsidenten immer wieder in, mit bestimmten Themenbereichen befassten, Gremien berufen wurden. Somit wurden die jeweiligen Vizepräsidenten in spezifische Politikbereiche miteingebunden. Daraus resultierte jedoch keineswegs zwangsläufig eine permanente Erweiterung des Aufgaben- und Tätigkeitsbereichs des Vizepräsidentenamtes. Präsidenten können Vizepräsidenten über Abänderungen von Verordnungen von der Beschäftigung mit bestimmten Politikfeldern wieder abberufen, dem Vizepräsidenten Aufgabenbereiche wieder entziehen.

Präsident Nixon schuf 1969 eine Behörde, deren Aufgabe es war die Beziehungen zwischen den drei Regierungsebenen - Bund, Einzelstaaten, Kommunalebene - zu pflegen („Office of Intergovernmental Relations“). Die Leitung über diese Behörde erhielt Vizepräsident Agnew. (Vgl. EO 11455, 1969)

Nixon baute dabei auf Agnews Erfahrung als früherer Gouverneur. Der Vizepräsident verhielt sich jedoch in Gesprächen mit Gouverneuren undiplomatisch. Dadurch wurde die Behörde weitgehend irrelevant. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 117)

Als Konsequenz löste der Präsident die Behörde 1972 wieder auf. (Vgl. EO 11690, 1972)

Das heißt Nixon entzog Agnew einen zugeteilten Aufgabenbereich wieder.

Auf die Übertragung von Aufgabenbereichen an den Vizepräsidenten durch den Präsidenten wird in Kapitel 3 ausführlicher eingegangen. Im Folgenden werden weitere Verordnungen, die die Vizepräsidentschaft betroffen haben und betreffen, präsentiert.

Präsident Ronald Reagan schuf 1987 einen Ausschuss für Nationale Drogenpolitik unter dem Vorsitz des Justizministers („National Drug Policy Board“). Neben mehreren Ministern (u. a. für Gesundheit, Finanzen und Äußeres), und weiteren ranghohen Amtsträgern der Exekutive – z. B. Direktor des OMB, Nationaler Sicherheitsberater – gehört auch der Stabschef des Vizepräsidenten dem Ausschuss an. (Vgl. EO 12590, 1987)

Eine weitere Reihe präsidentialer Verordnungen gaben dem Vizepräsidenten die Befugnis Personen für Räte und Kommissionen zu nominieren.

Präsident Carter ermöglichte Vizepräsident Walter Mondale die Ernennung von drei¹³ Senatoren zu Mitgliedern des Exportsrates des Präsidenten („President’s Export Council“).

¹³ Carters Nachfolger Reagan erhöhte die Zahl 1986 auf fünf Senatoren. (Vgl. EO 12551, 1986)

Mondale war in seiner Funktion als Präsident des Senats dazu befugt Mitglieder einer Reihe weiterer von Carter eingesetzter Kommissionen zu nominieren – z. B. der Kohleindustrie-Kommission - „President’s Commission on the Coal Industry“ (Vgl. EO 12062, 1978), der Welthunger-Kommission bzw. „Presidential Commission on World Hunger“ (Vgl. EO 12078, 1978).

Präsident Reagan verordnete 1984 die Schaffung einer zeitlich befristeten Nationalen Weltraumkommission („National Commission on Space“). Der Vizepräsident, als Präsident des Senats, erhielt die Befugnis 2 der insgesamt 28 Mitglieder der Kommission aus den Reihen der Senatoren zu bestimmen. (Vgl. EO 12490, 1984)

Präsidenten können über den Verordnungsweg auch formal erklären, dass der Vizepräsident Zugang zu den Arbeitsergebnissen von Gremien erhält.

Präsident Bush etablierte per Executive Order im Jahr 2004 die Nationale Stelle für Terrorismusbekämpfung („National Counterterrorism Center“) und legte dabei fest, dass der Vizepräsident durch den den einzelnen Geheimdiensten übergeordneten Direktor¹⁴, dem die Stelle untersteht, Informationen zu transnationalem Terrorismus, insbesondere aktuelle Bedrohungsanalysen erhalten soll. (Vgl. EO 13354, 2004)

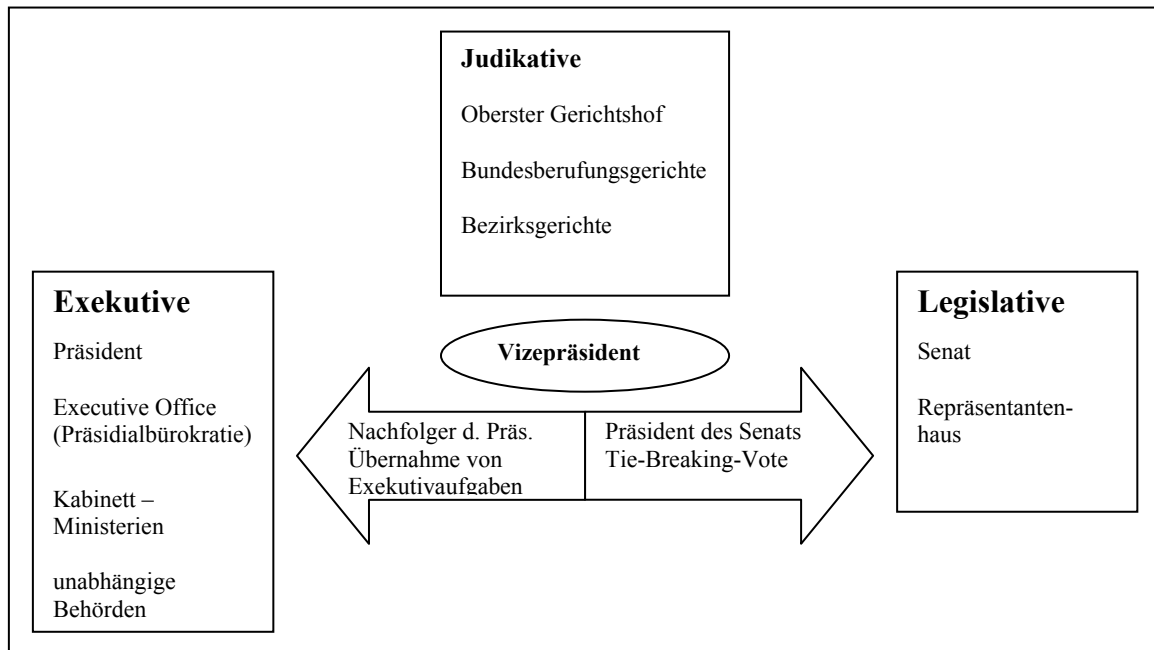
Präsident Clinton bestimmte 1999, dass eine von ihm ins Leben gerufene, hochrangig besetzte Arbeitsgruppe zur ökonomischen Entwicklung der Bundesstaaten an der südwestlichen Staatsgrenze („Interagency Task Force on the Economic Development of the Southwest Border“) dem Vizepräsidenten direkt Bericht erstatten sollte. (Vgl. EO 13122, 1999)

Verschiedene weitere Aspekte des Vizepräsidentenamtes wurden über Verordnungen des Präsidenten behandelt. So bestimmte Präsident Ford 1975 die Gestaltung von Wappen, Siegel und Fahne des Vizepräsidenten. (Vgl. EO 11884, 1975)

¹⁴ Bis 2005 wurde dieser als „Director of Central Intelligence“ titulierte, seither lautet die Stellenbezeichnung „Director of National Intelligence“.

2.4 Der Vizepräsident im Regierungssystem der USA

Abb. 3: Der Vizepräsident im Regierungssystem



(eigene Darstellung)

Obige Grafik soll die Sonderstellung der Vizepräsidentschaft im amerikanischen Regierungssystem verdeutlichen. Nimmt man die Gewaltentrennung als bestimmendes Prinzip des politischen Systems der USA an, erscheint die Vizepräsidentschaft als „Ausnahme von der Regel“. Bewusst wurde das Amt in obiger Darstellung keiner der drei Gewalten – Exekutive, Legislative und Judikatur - zugeordnet.

Wie bereits dargelegt wurde, übernehmen Vizepräsidenten sowohl Aufgaben im Bereich der Legislative, in der Funktion als Präsident des Senates, als auch im Bereich der Exekutive. Wobei Vizepräsidenten nur mehr selten den Vorsitz über den Senat übernehmen. Vorwiegend tun sie dies, um Tie- Breaking-Votes abzugeben. Für den Bereich der Exekutive ist anzufügen, dass der Vizepräsident Nachfolger des Präsidenten in Ausnahmesituationen ist. Wobei diese Rolle erst im Laufe der Zeit durch Verfassungszusätze (v.a. durch den Fünfundzwanzigsten) konkretisiert wurde. Tätigkeiten des Vizepräsidenten im Bereich der Exekutive, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft im Nationalen Sicherheitsrat, das Leiten von Arbeitsgruppen, diplomatische Reisen, sind nicht in der Verfassung festgehalten.

Eine mögliche Interpretation ist, dass es sich bei der Vizepräsidentschaft um eine „hybride“ Institution handelt – mit exekutiven und legislativen Elementen, um ein Amt das

zwischen den Gewalten steht. Im Laufe der Geschichte der Institution haben Amtsinhaber und deren Zeitgenossen die Vizepräsidentschaft unterschiedlich verortet. Dabei ist der jeweilige Stand der Entwicklung des politischen Systems im Allgemeinen, die Entwicklung des Amtes im Besonderen zu beachten.

Thomas Jefferson, der zweite Vizepräsident, nahm andere politische Standpunkte als Präsident John Adams ein. Daher wollte er sich an der Umsetzung der Programme der Administration nicht beteiligen. Als Konsequenz versuchte Adams den Vizepräsidenten von den Regierungsgeschäften fernzuhalten, indem er ihn als Diplomat nach Frankreich schicken wollte. Jefferson lehnte das Angebot mit der Begründung, dass sein Amt nicht der Exekutive, sondern der Legislative angehöre, ab. (Vgl. Witcover 1992, S. 20)

Eisenhower war davon überzeugt, dass der Vizepräsident kein Mitglied der Exekutive sei und daher keine Weisungen vom Präsidenten erhalten könne. Vizepräsident Nixons Bemühungen im Namen der Regierung seien „Freiwilligenarbeit“. Nixon schätzte, dass er 90 Prozent seiner Arbeitszeit mit exekutiven Tätigkeiten verbrachte. (Vgl. Nelson 1988a, S.64)

Das Büro für Rechtsberatung im Justizministerium („Office of Legal Counsel“) kam 1962 zu der Schlussfolgerung, dass der Vizepräsident der Legislative angehöre. Mit Hinweis darauf, dass das Amt durch Artikel II der Verfassung kreiert wurde und dass der Vizepräsident zusammen mit Amtsträgern der Exekutive im Passus zum Amtsenthebungsverfahren („impeachment clause“) erwähnt wird, spricht das entsprechende Memorandum des Büros dem Vizepräsidenten eine „Sonderstellung innerhalb der Legislative“ zu. Vizepräsident Ford sah sein Amt als „Verletzung des Prinzips der Gewaltentrennung durch die Schöpfer der Verfassung“. Ungefähr ab der Mitte des 20. Jahrhunderts änderte sich die Stellung des Amtes – Präsidenten banden Vizepräsidenten zunehmend stärker in die Exekutive mit ein. Unter anderem erhielt der Vizepräsident Räumlichkeiten beim und im Weißen Haus, sowie einen eigenen Posten im Budget der Exekutive und wurde zu einem wichtigen Berater des Präsidenten. Die Bestimmungen des Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatzes stärkten die Stellung des Vizepräsidenten im Bereich der Exekutive. (Vgl. Myers 2009, S. 902-907)

Während der Vizepräsidentschaft von Richard Cheney erhielt die Frage der verfassungsrechtlichen Einordnung des Amtes politische Relevanz.

Während seiner Amtszeit verfocht Cheney die Position, dass die Vizepräsidentschaft gemäß Verfassung außerhalb der Exekutive positioniert sei. Gleichzeitig übte er als Vizepräsident ein bisher ungekanntes Maß an Exekutivmacht aus. Ab 2002 verweigerte

das Büro des Vizepräsidenten die Herausgabe von Geheimakten an das „Information Security Oversight Office“¹⁵, das sich auf eine entsprechende Exekutivverordnung berief. Das Büro des Vizepräsidenten („Office of the Vice President“) tat dies mit der Begründung, dass die Vizepräsidentschaft aufgrund ihrer „Hybridstellung“ nicht von der Verordnung erfasst werde. Cheney konnte durchsetzen, dass das Büro des Vizepräsidenten nicht mehr im „Blum Book“, einem alle vier Jahre erscheinenden Stellenverzeichnis der Bundesregierung, aufgelistet wurde. (Vgl. Myers 2009, S. 907-909)

3.0 Evolution der Vizepräsidentschaft

Im vorigen Kapitel wurde auf das rechtliche Fundament der amerikanischen Vizepräsidentschaft eingegangen, wobei insbesondere die Verfassung und ihre Zusätze im Mittelpunkt der Analyse standen. Daraus ging hervor, dass die primären Pflichten des Vizepräsidenten das Antreten der Nachfolge des Präsidenten, im Fall von dessen Tod, Rücktritt oder Absetzung, und das Präsidieren über den Senat sind. Wobei letztere Aufgabe gemäß Verfassung die einzig fortlaufende des Vizepräsidenten ist. Wie bereits erläutert wurde, hat sich der Aufgabenbereich des Vizepräsidenten erweitert. Sei es vor allem über Übertragung von Aufgaben durch den Präsidenten auf dem Verordnungsweg (meist Festlegung der Mitgliedschaft in Kommissionen) oder seltener durch Gesetzesbeschlüsse des Kongresses (vor allem Mitgliedschaft im Nationalen Sicherheitsrat). An diese Erkenntnisse soll angeknüpft, und auf die Entwicklung des Aufgabenportfolios des Vizepräsidenten eingegangen werden – insbesondere auch auf informelle Rollen, die der Amtsträger einnimmt. Parallel zur Betrachtung der Herausbildung des Aufgabenbereichs wird auf die Entwicklung der Ressourcen eingegangen, die dem Vizepräsidenten zur Verfügung stehen. Es werden materielle Aspekte (u. a. Höhe des zur Verfügung stehenden Budgets), personelle (u. a. Größe des Stabs des Vizepräsidenten) und räumliche Aspekte (Räumlichkeiten des Vizepräsidenten und seiner Mitarbeiter) berücksichtigt.

¹⁵ Dieses Amt ist Bestandteil der Nationalen Archive und ist mit Verschluss, Aufbewahrung und Freigabe von Informationen aus den Bereichen Bundesregierung und Industrie, die für die nationale Sicherheit relevant sind, befasst. (Vgl. The National Archives o. J., online)

3.1 Entwicklung des Aufgabenbereichs

3.1.1 Kommissionsmitglied

Es wurden bereits einige Beispiele für die Einbindung des Vizepräsidenten in den Exekutivbereich durch den Präsidenten genannt – z. B. stellvertretende Übernahme des Vorsitzes über den Nationalen Sicherheitsrat, Teilnahme an diversen Beratungsgremien (z. B. Nationaler Wirtschaftsrat). Dazu kam es vor allem ab der Mitte des 20. Jahrhunderts. Erste rudimentäre, keineswegs kontinuierliche Ansätze von Kommissionsarbeit durch den Vizepräsidenten finden sich aber bereits im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

So informierten die Präsidenten Andrew Jackson (1829-1837) und James Polk (1845-1849) die Vizepräsidenten Martin van Buren (1833-1837) bzw. George Dallas (1845-1849) stets über ihre politischen Absichten. Abraham Lincoln (1861-1865) beteiligte „seinen“ ersten Vizepräsidenten Hannibal Hamlin (1861-1865) an der personellen Zusammenstellung des Kabinetts. Präsident William McKinley (1897-1901) lud Vizepräsident Garret Hobart, der 1899 im Amt verstarb, zu Kabinettsitzungen ein. Erst seit Beginn der Dreißigerjahre nehmen Vizepräsidenten regelmäßig an Kabinettsitzungen teil, zuerst John Nance Garner, der von 1933 bis 1941 im Amt war. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 141-145)

James S. Sherman, Vizepräsident von 1909 bis 1912 (verstarb im Amt), leitete 1911 eine Kommission, die sich mit der Erweiterung des zum Kapitol gehörigen Grundstücks befasste, wie dies auch spätere Vizepräsidenten taten. Die Vizepräsidenten Thomas R. Marshall (1913 – 1921), Calvin Coolidge (1921-1923), der nach dem Tod Präsident Warren G. Hardings Präsident wurde, Charles G. Dawes (1925-1929), Charles Curtis (1929-1933) und John Nance Garner waren Mitglieder der Kommission zur „Arlington Memorial Bridge“. Dawes, Curtis und Garner waren zudem Mitglieder einer Kommission zur Feier des Zweihundertsten Geburtstages von George Washington - „Commission for the Celebration of the 200th Anniversary of the Birth of George Washington“. Obwohl Vizepräsident Garner kein formales Mitglied war, gibt es Hinweise darauf, dass er an einigen Treffen des „National Emergency Councils“, eines Gremiums, welches sich mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die USA befasste, teilnahm. (Vgl. Relyea; Arja 2002, S. 12-14)

Henry Wallace, Vizepräsident unter Präsident Franklin D. Roosevelt von 1941 bis 1945, erhielt eine, im Vergleich zu obigen Beispielen, gewichtigere Aufgabe. Dadurch wurde ein

Präzedenzfall geschaffen, der Nachteile, die dem Vizepräsidenten aus der Übernahme maßgeblicher Verantwortlichkeiten in der Exekutive erwachsen können, verdeutlicht.

Präsident Roosevelt band den Vizepräsidenten in die Kriegsplanungen mit ein. Wallace übernahm den Vorsitz über die 1941 gegründete Behörde zur Wirtschaftlichen Verteidigung („Econmic Defense Board“), die nach dem Angriff auf Pearl Harbour in Behörde zur Wirtschaftlichen Kriegsführung („Board of Economic Warfare“) umbenannt wurde. Im Laufe des Zweiten Weltkrieges wuchs die Mitarbeiterzahl auf über 4000 an... Die Behörde war damit beauftragt die Versorgung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten mit kriegswichtigen Gütern sicherzustellen und die Versorgungswege der Achsenmächte zu blockieren. Wallace geriet dabei jedoch in Kompetenzstreitigkeiten mit Außenminister Cordell Hull und Wirtschaftsminister Jesse Jones. Dies bewog den Präsidenten schließlich 1943 dazu die Behörde aufzulösen. Die politische Karriere von Wallace wurde nachhaltig geschädigt. (Vgl. Kirkendall 1997, S. 55-58)

Die Betrachtung relevanter Executive Orders zeigte, dass Präsidenten Vizepräsidenten immer wieder in Kommissionen, Räte und Arbeitsgruppen berufen haben. Auf die Rolle des Vizepräsidenten als Kommissionsmitglied soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Die Teilnahme des Vizepräsidenten an (meist einflusslosen) Kommissionen war vorwiegend ein Produkt der Sechzigerjahre. Die Präsidenten Kennedy und Johnson waren jeweils mit „aktivistischen“ Vizepräsidenten konfrontiert. Sie reagierten darauf, indem sie diese mit wenig substanziellen Aufgaben beschäftigten. So war Johnson als Vizepräsident unter anderem im Weltraum-Rat und in einem Rat, der sich mit dem Friedenscorps befusste („Peace Corps National Advisory Council“) tätig. Es handelte sich dabei in erster Linie um symbolische Aufgaben. Dies frustrierte den einst mächtigen Mehrheitsführer im Senat. Hubert Humphrey arbeitete in einer beachtlichen Anzahl von Kommissionen und Arbeitsgruppen mit. So war er Vorsitzender von Räten, die sich mit Perspektiven für die Jugend und für die Indianer befassen („Council on Youth Opportunity“, „Council on Indian Opportunity“), sowie eines Rates für Meereswissenschaften – „Council on Marine Sciences“. Humphrey, der nicht dem Beraterkreis um den Präsidenten angehörte und von der Gestaltung wesentlicher Politikinhalt ausgeschlossen war, „flüchtete sich“ als Ausgleich in Kommissionsmitgliedschaften. (Vgl. Light 1984, S. 31 f.)

Die Namensbezeichnungen von Kommissionen sagen wenig darüber aus, welche Relevanz ihnen tatsächlich im Exekutivapparat zugebilligt wird. Es ist aber anzunehmen, dass etwa

der Rat für Meereswissenschaften kein politisches Kernthema der Administration Johnson adressierte. Nelson Rockefeller, Vizepräsident von 1974 bis 1977, rechnete zu Beginn seiner Amtszeit damit, in eine maßgebliche Position in der Präsidentialbürokratie berufen worden zu sein.

Präsident Ford bat Rockefeller als Vizevorsitzender des Innenpolitischen Rates („Domestic Council“) zu fungieren. Dem Vizepräsidenten gelang es, Ford davon zu überzeugen ihm zu erlauben den Direktor des Rates auszuwählen – gegen den Widerstand von Mitgliedern des Stabes im Weißen Haus. James Cannon, auf den die Wahl fiel, war zwar Rockefeller verantwortlich, berichtete aber direkt dem Präsidenten. Der Wunsch des Vizepräsidenten den Innenpolitischen Rat als Vehikel für langfristige politische Planungsarbeit nützen zu können, erfüllte sich nicht. Donald Rumsfeld (Anm.: damals Stabschef im Weißen Haus) teilte dem Gremium lediglich kurzfristig zu erledigende Aufträge zu. Hauptsächlich kanalisierte der Rat den Fluss von Papieren in das und aus dem Weißenhaus. Im letzten Jahr seiner Amtszeit wurde Rockefeller, auf eigenen Wunsch, seiner Aufsichtspflichten im Innenpolitischen Rat enthoben. (Vgl. Goldstein 1982, S. 156)

Ebenfalls am Beispiel von Rockefeller soll gezeigt werden, dass die Berufung in Kommission den Vizepräsidenten vor eine schwierige Situation stellen kann, in Bezug auf die Außenwahrnehmung durch Parteiflügel und die breitere Öffentlichkeit.

Rockefeller nahm den Vorsitz über eine Untersuchungskommission zu Aktivitäten des Geheimdienstes CIA ein. In dieser Position sah er sich unterschiedlichen Erwartungshaltungen von liberaler und von konservativer Seite ausgesetzt. Zum einen wollte der Vizepräsident den Geheimdienst nicht von Vorwürfen des Fehlverhaltens während des Vietnamkriegs und der Watergate-Affäre pauschal freisprechen, zum anderen wollte er konservative Politiker nicht durch die Formulierung harscher Kritik befremden. Beide Seiten kritisierten den kompromissbetonten Abschlussbericht der Untersuchungskommission. (Vgl. Light 1984, S. 184 f.)

Das Szenario des aus dem „inneren Kreis“ im Weißen Haus ausgeschlossenen Vizepräsidenten, der als „Trostpreis“ in Kommissionen berufen wird, hat sich nicht bis in die Gegenwart gehalten. Weitere Entwicklungen, auf die noch näher eingegangen wird, sprechen zudem dafür, dass der Vizepräsident nicht auf die Mitgliedschaft in Kommissionen angewiesen ist, um Entscheidungsfindungsprozesse im Weißen Haus beeinflussen zu können.

Vor allem die Vizepräsidentschaft Walter Mondales hat sich (wie auch in anderen Bereichen) hierbei als richtungsweisend erwiesen.

Walter Mondale vermied die Vorsitzführung über Kommissionen. Er versuchte so Probleme zu vermeiden, mit denen mehrere seiner Vorgänger konfrontiert waren. Vizepräsidenten gerieten durch die Annahme operationaler Tätigkeiten in Kompetenzstreitigkeiten mit Akteuren der Bürokratie. Zudem mussten sie als Leiter von Ausschüssen darauf achten, nicht den Absichten des Präsidenten zuwider zu handeln. Zudem fehlte es Vizepräsidenten an Autorität. So hatte Agnew Schwierigkeiten in Verhandlungen mit Gouverneuren. Auch minderten einige übernommene Aufgaben durch ihre vergleichsweise mangelnde Gewichtigkeit (wie „Reiseverkehr im Innland“) das Ansehen der Vizepräsidentschaft. Zudem nehmen auch wenig bedeutende Aufgaben Zeit in Anspruch. Sie füllten den Tagesplan der Vizepräsidenten, verhinderten die Beschäftigung mit bedeutenderen Projekten. Schließlich bleibt anzumerken, dass die mangelnde Größe des Stabs des Vizepräsidenten der Übernahme wichtiger operationaler Verantwortlichkeiten entgegensteht. (Vgl. Goldstein 1982, S. 157 f.)

Walter Mondale ließ sich von seinem Bekenntnis, nicht die Leitung von Kommissionen übernehmen zu wollen, nicht davon abhalten dies dennoch während seiner Amtszeit zu tun. Mondale erklärte sich bereit kurzfristig angelegte Verantwortlichkeiten zu akzeptieren. So übernahm er den Vorsitz über einen von Präsident Carter 1977 geschaffenen Ausschuss, der sich mit der Gestaltung der Agenda der Administration befusste („White House Executive Management Committee“). Politikvorhaben wurden überprüft und nach Wichtigkeit gereiht. Dieser Prozess nahm nur die letzten drei Monate des Jahres in Anspruch und kostete Mondale nicht viel Zeit. Er erhielt dadurch jedoch Zugang zu Informationen. Ein Mitarbeiter Mondales berichtete, dass der Vizepräsident diesen Aufgabenbereich nur übernommen habe, weil er ihn für essentiell hielt und er keine Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Akteuren fürchten musste. (Vgl. Light 1984, S. 48)

Auch in den Jahrzehnten nach der Ära Mondale haben Vizepräsidenten immer wieder an Sitzungen von Kommissionen teilgenommen, haben in Arbeitsgruppen mitgearbeitet. Doch es soll die Hypothese aufgestellt werden, dass sich die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere im Vergleich zur Ära Humphrey, merklich gesteigert haben und dass die Anzahl der Kommissionsmitgliedschaften zurückgegangen ist.

George Bush leitete als Vizepräsident Arbeitsgruppen, die sich mit Regulierungsreformen, dem internationalen Terrorismus und Drogenimport in Florida befassten. Zwar erinnert dies an ähnliche Tätigkeiten von Vizepräsidenten vor der Ära Mondale, doch waren die

genannten Themen Anhängern der Republikanischen Partei wichtig. So konnte sich Bush für die Präsidentschaftswahl 1988 empfehlen. (Vgl. Goldstein 2008, S. 383)

Zudem leitete Bush die „Special Situation Group“, ein Komitee des Nationalen Sicherheitsrates, welches die Aufgabe hat im Bedarfsfall Krisenmanagement zu betreiben. Niemals zuvor hatte ein Vizepräsident eine derartig große Verantwortung im außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess erhalten. In dieser Funktion war Bush unter anderem 1983 in die Planung einer militärischen Intervention auf Grenada eingebunden. (Vgl. Kengor 2000a, S. 130-135)

Dan Quayle leitete einen Rat für Wettbewerbsfähigkeit („Council on Competitiveness“). Dies knüpfte an die Arbeit seines Vorgängers Bush im Bereich der Regulierungspolitik an. Zudem leitete Quayle den Nationalen Weltraum-Rat. Beide Themenbereiche gehörten zur zentralen Agenda der Administration. Al Gore nahm eine Reihe von Arbeitsaufträgen an – in den Bereichen Reformierung der Regierungsarbeit („Reinventing Government“), Umwelt- und Telekommunikationspolitik. Zudem war er auf amerikanischer Seite Vorsitzender von bilateralen Kommissionen mit Spitzenpolitikern aus Russland, Ägypten und Südafrika. Der Vizepräsident war in etliche wichtige Angelegenheiten der Administration Clinton involviert, genoss dabei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Vor allem Reinventing Government war dem Präsidenten ein wichtiges Anliegen. (Vgl. Goldstein 2008, S. 383 f.)

Weiters setzte Präsident Clinton Vizepräsident Gore als Vorsitzenden eines Rates zur Beaufsichtigung und Koordinierung diverser Verbrechensbekämpfungs-Programme der Administration ein („Ounce of Prevention Council“). Auch schuf der Vizepräsident im Auftrag Clintons eine Arbeitsgruppe, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der amerikanischen Ureinwohner befasste. Weitere Bereiche, in denen Gore eine wichtige Rolle übernahm, sind u. a. Umwelt, Telekommunikation und elektronische Informationsinfrastruktur, sowie Flugsicherheit. (Vgl. Relyea; Arja 2002, S. 32)

Dick Cheney war nicht nur in der Außenpolitik einflussreich. Er saß einem Ausschuss vor, der Berufungen gegen Entscheidungen des Office of Management and Budget anhörte. (Vgl. Goldstein 2008, S. 384)

Minister deren Ausgabevorhaben vom OMB abgelehnt wurden, hätten Cheneys „Budget Review Board“ übergehen und sich direkt an den Präsidenten wenden können. Laut Mitch Daniels, OMB-Direktor unter Bush, sei es jedoch nie dazu gekommen. Die einzelnen Akteure hätten das Gefühl gehabt, dass wenn die Gruppe um Cheney einer Forderung nicht zustimmen würde, dies auch der Präsident nicht tun würde. Ein Mitglied des Gremiums

meinte, dass es die Zielsetzung gegeben habe Budgetstreitigkeiten vom Präsidenten „fern zu halten.“ In der Regel wurden Entscheidungen des OMB beibehalten. Doch in einigen Fällen intervenierte Cheney zugunsten von Vorhaben, beispielsweise befürwortete er zusätzliche Ausgaben für den Heimatschutz. (Vgl. Gellman 2008, S. 259 f.)

Bereits vor Amtsantritt von George W. Bush übernahm Dick Cheney eine einflussreiche Aufgabe. Er leitete die Organisierung der Amtsübernahme. Hierzu ist anzumerken, dass nach der Wahl vom 7. November 2000 keineswegs klar war, ob Bush der zukünftige Präsident der USA sein würde.

Als Zentrale diente Cheneys Haus in der Nähe von Washington. Es war keineswegs ungewöhnlich, dass künftige Vizepräsidenten Personen für Ministerposten vorschlugen, doch die Dominanz, die Cheney bei der Entscheidung über wichtige Postenbesetzungen ausübte, war außergewöhnlich. So überzeugte er Colin Powell, den designierten Außenminister, Vertrauten, wie John R. Bolton, wichtige Posten zu geben. Donald Rumsfeld, der Verteidigungsminister werden sollte, war Cheneys Mentor und enger Freund. Mit Paul O' Neill, dem zukünftigen Finanzminister, hatte Cheney in der Administration Ford zusammengearbeitet. Der künftige Vizepräsident schenkte jedoch nicht nur der Besetzung von Posten im Kabinett Aufmerksamkeit, sondern auch der Vergabe von Ämtern der „zweiten und dritten Reihe“. So wurden Sean O'Keefe und Stephen J. Hadley, die einst unter Cheney im Verteidigungsministerium gearbeitet hatten, Direktor des OMB bzw. Stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater. Cheney besetzte insbesondere Posten in Politikbereichen, die ihm ein persönliches Anliegen waren, mit Personen seines Vertrauens. So erhielt Paul Hoffman, der in Cheneys Büro während dessen Zeit als Kongressabgeordneter gearbeitet hatte, die Zuständigkeit für „Fische und Wildtiere“ im Innenministerium und war somit für die Erstellung von Listen gefährdeter Tierarten verantwortlich. Freunde von George Bush aus der Vereinigung Republikanischer Gouverneure („Republican Governors Association“) erhielten hingegen keine Posten in der künftigen Administration. (Vgl. Gellman 2008, S. 32-40)

Weitere Personen, die einst unter Cheney im Verteidigungsministerium gearbeitet hatten und Posten in der Administration Bush erhielten, sind Paul Wolfowitz, der Stellvertretender Verteidigungsminister wurde, Lewis Libby, der neben seiner Tätigkeit als Cheneys Stabschef auch Mitglied des Stabs des Präsidenten wurde („Special Assistant“), und Zalmay Khalilzad, der eine Stelle im Nationalen Sicherheitsrat mit Arbeitsschwerpunkt Irak und Afghanistan erhielt. Vor allem aber soll Cheney die

Nominierung von Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister beeinflusst haben. (Vgl. Montgomery 2009, S. 108)

Barack Obama beauftragte, anders als Bush im Jahr 2000, nach der Wahl 2008 den zukünftigen Vizepräsidenten Joseph Biden nicht mit der Organisierung der Amtsübernahme. Biden scheint aber durchaus in die Vorbereitungsarbeiten eingebunden gewesen zu sein.

Biden berichtete in einem Zeitungsinterview, dass Obama ihn gebeten habe eine Liste mit Vorschlägen für die Besetzung hochrangiger Posten zusammenzustellen. Laut Biden habe Obama, dessen Personenliste sogar der seinen geglichen habe, sämtliche Vorschläge akzeptiert. (Vgl. Baker 2009a, online)

Die Gepflogenheit den Vizepräsidenten mit der Leitung von Ausschüssen, Cheney's Einbindung in einen „Budget-Ausschuss“ wurde bereits angesprochen, und Arbeitsgruppen zu betrauen, wurde in der Administration Bush fortgesetzt. Ein Beispiel ist Cheney's Leitung einer Arbeitsgruppe zu Energiefragen.

Zu Beginn seiner Amtszeit übernahm Cheney den Vorsitz über eine Arbeitsgruppe zu energiepolitischen Fragen („National Energy Policy Development Group“). Dieses Gremium sorgte für Kontroversen – zum einen arbeiteten Personen mit, die zuvor Arbeitskollegen von Cheney bei der Firma „Haliburton“ gewesen waren, zum anderen wurden Arbeitsergebnisse geheim gehalten. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 119)

Bereits zu Beginn der Administration Obama wurde klar, dass die Praxis den Vizepräsidenten mit der Leitung von Arbeitsgruppen zu betrauen, fortgesetzt wird.

Präsident Barack Obama beauftragte Vizepräsident Joseph Biden mit der Leitung einer Arbeitsgruppe, die sich mit Fragestellungen bezüglich arbeitender amerikanischer Familien der Mittelklasse auseinandersetzt („Middle Class Working Families Task Force“). Neben dem Vizepräsidenten besteht die Gruppe aus weiteren hochrangigen Mitgliedern der Administration – u. a. sind die Minister für Arbeit, Gesundheit, Bildung, Finanzen, die Direktoren des Nationalen Wirtschaftsrates und des Office of Management and Budget zu nennen. Zu den festgelegten Zielen gehören der Ausbau von Möglichkeiten lebenslangen Lernens, die Steigerung der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, der Ausbau des Arbeitnehmerschutzes, die Erhaltung der Einkommenshöhe von Mittelklassefamilien, die finanzielle Absicherung nach Antritt der Pension. Empfehlungen der Gruppe sollen in Verordnungen des Präsidenten und Gesetzesvorschläge münden. (Vgl. The White House 2009a, online)

Im Februar veröffentlichte die Arbeitsgruppe einen Report, der sich mit der Förderung der Mittelklasse durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Produktion umweltfreundlicher Technologien, so genannter „green jobs“, auseinandersetzte. (Vgl. Middle Class Task Force 2009a, online)

Im Juli wurde ein Bericht präsentiert, der sich mit Zusammenhängen zwischen Mittelklasse und einer Reform des Gesundheitssystems befasst. (Vgl. Middle Class Task Force 2009b, online)

Die tatsächliche Relevanz der Arbeitsergebnisse der Gruppe für die Gestaltung der Politikinhalt der Regierung lässt sich noch nicht beurteilen. Anzumerken ist jedoch, dass die ersten beiden veröffentlichten Berichte Aspekte von politischen Kernthemen der Administration Obama behandelt haben – Reform des Gesundheitssystems, Förderung von Umwelttechnologien.

Übernimmt der Vizepräsident Aufgaben, muss dies keineswegs immer auf formalem Wege, wie der Übernahme des Vorsitzes über ein spezielles Gremium, geschehen.

Cheney übernahm im Januar 2002 öffentlich die Verantwortung für die Verfolgung eines Vorhabens der Administration Bush – der Erweiterung der Befugnisse des Präsidenten. In einem Fernsehinterview sprach Cheney von Beschränkungen, die der Präsidentschaft nach der Ära Nixon auferlegt worden seien und die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft schwächen würden. (Vgl. Montgomery 2009, S. 110)

Präsident Obama beauftragte Vizepräsident Biden im Juni 2009 damit, sich mit der amerikanischen Irakpolitik zu befassen. Woraufhin Biden mehrmals nach Bagdad reiste, um sich mit dem irakischen Premier Nuri al-Maliki und weiteren Führungspersonlichkeiten zu treffen. (Vgl. Traub 2009, online)

Vizepräsidenten, die die maßgeblichen Politikinhalt der Administration mitgestalten wollen, stehen vor einem Dilemma wenn Zeitaufwand für die Arbeit in Kommissionen und Gestaltungsmöglichkeiten, die mit diesen Tätigkeiten verbunden sind, in einem ungünstigen Verhältnis stehen. Der Präsident steht vor einem anderen Dilemma, will er dem Vizepräsidenten bedeutende Exekutiv-Aufgaben übertragen.

Die Verfassung legt die Vizepräsidentschaft als unabhängiges Amt fest. Ihr Amtsträger wird für vier Jahre gewählt. Unabhängig davon in welchem Ausmaß der Vizepräsident in die Strukturen der Administration eingebunden ist, grundsätzlich kann der Präsident dem Vizepräsidenten nichts befehlen, er kann ihn auch nicht entlassen. Gemäß Verfassung hat der Präsident sämtliche Macht im Bereich der Exekutiv inne, er kann aber Machtbefugnisse delegieren, vorausgesetzt er tut dies an von ihm abhängige Amtsträger,

die er entlassen kann. Die Unabhängigkeit des Vizepräsidenten limitiert die fortlaufenden Verantwortlichkeiten im Bereich der Exekutive, die ihm der Präsident überantworten kann. (Vgl. Nelson 1988a, S. 64)

Grundsätzlich ist anzunehmen, dass das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Präsident und Vizepräsident die Gewichtigkeit der übertragenen Verantwortlichkeiten im Bereich der Exekutive maßgeblich beeinflusst.

3.1.2 Diplomatischer Gesandter

Der folgende Bereich der Arbeit widmet sich der Rolle des Vizepräsidenten als Gesandter. Das heißt es geht um dienstliche Reisen ins Ausland, die verschiedene Zwecke haben können.

Im Jahr 1935 reiste Vizepräsident Garner mit einer Delegation des Kongresses auf die Philippinen, anlässlich der dortigen Einsetzung eines Präsidenten, und weiter nach Japan, um Kaiser Hirohito einen Besuch abzustatten. Später reiste der Vizepräsident im Auftrag Präsident Roosevelts nach Mexiko. (Vgl. Relyea; Arja 2002, S. 14)

Demnach unternehmen Vizepräsidenten seit den Dreißigerjahren Dienstreisen ins Ausland. Analog zu der Übernahme von Kommissionsarbeit entstehen für den Vizepräsidenten bei der Übernahme von diplomatischen Aufträgen Vor- und Nachteile. Darauf wird noch näher eingegangen. Es wurde bereits angesprochen, dass Auslandsreisen des Vizepräsidenten unterschiedliche Zwecke haben können, wie die historische Entwicklung dieses Aufgabenbereiches zeigt.

Auslandsreisen des Vizepräsidenten schienen oft nicht nutzbringend gewesen zu sein für die amerikanische Außenpolitik, es gab aber Ausnahmefälle. Immer wieder ermöglichten Auslandsaufenthalte bedeutende Gespräche mit ausländischen Politikern. Vizepräsident Nixon besuchte 1959 die Sowjetunion, um mehrere Gespräche mit Premier Nikita Chruschtschow zu führen. Es kam zu Diskussionen über zentrale Themen des Kalten Krieges. Oft überbrachten Vizepräsidenten wichtige Botschaften des Präsidenten. So reiste Lyndon B. Johnson im Auftrag Kennedys 1962 nach Südeuropa und in den Nahen Osten, um die militärischen Bedürfnisse der dortigen Verbündeten zu besprechen und die Kürzung von amerikanischer wirtschaftlicher und militärischer Hilfe zu begründen. Etwa fünf Jahre später schickte Johnson Vizepräsident Humphrey nach Westeuropa, um dort zur Nonproliferation von Nuklearwaffen Stellung zu nehmen und um mit dem britischen Premierminister Harold Wilson, dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle, und

dem deutschen Kanzler Kurt Georg Kiesinger die Zukunft der NATO zu besprechen. Präsident Carter sandte Vizepräsident Mondale weniger als 72 Stunden nach dessen Amtseinführung auf eine zehntätige Mission zu maßgeblichen verbündeten Staaten, mit dem Auftrag die Koordinierung von politischen Maßnahmen im Rahmen der NATO, die Positionen der Administration zum Mittleren Osten, Südafrika und Zypern und diverse wirtschaftliche Themen zu erörtern. Carter wollte durch diesen Reiseauftrag seine Intention den Rat befreundeter Nationen zu suchen, anstatt unilateral zu handeln, unterstreichen. 1977 unternahm Mondale eine neuntätige Reise durch fünf europäische Staaten. Er lobte dabei Spanien für seine Demokratisierungsbemühungen, diskutierte Menschenrechtsfragen mit Marshall Tito in Jugoslawien und traf sich insbesondere mit dem südafrikanischen Premierminister John Vorster in Wien. Dabei warnte er vor einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen durch die Apartheid, und errang Konzessionen von Vorster bezüglich der Abhaltung von Wahlen in Rhodesien. (Vgl. Goldstein 1982, S. 160-162)

Zudem reiste Mondale 1978 nach China. Dort sprach er unter anderem die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, sowie das Thema der vietnamesische Flüchtlinge an. Zudem versprach er amerikanischen Unternehmen Hilfe bei Investitionen in China, kündigte einen Kredit der amerikanischen Export-Import Bank für das Land an. Fazit ist, dass Mondale einen wichtigen Beitrag zur Glättung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen leistete. (Vgl. Lechelt 2009, S. 62 f.)

George Bush besuchte 1986 Saudi-Arabien und weitere Staaten der Golfregion. Diese Reise ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass es den Vereinigten Staaten 1985 gelungen war Saudi-Arabien von einer massiven Erhöhung seiner Ölproduktion zu überzeugen. Ziel war es den Welthandelspreis für Öl abzusenken. Dies schädigte die sowjetische Exportwirtschaft massiv. Saudi-Arabien fürchtete die Reaktion der Sowjetunion und militärische Angriffe von Staaten der Region. Vizepräsident Bush, der gute Kontakte zum saudischen Königshaus hatte, erhielt den Auftrag, den Saudis amerikanische Unterstützung zuzusichern. In der Ölpreis-Frage handelte Bush, der in der texanischen Ölindustrie „verwurzelt“ war, jedoch gegen die Linie der Administration Reagan. In einem Gespräch mit dem saudischen König Fahd äußerte er sich gegen die Politik der Ölpreis-Senkung. Als Konsequenz wies Präsident Reagan den Vizepräsidenten scharf zurecht. Während seiner Amtszeit als Vizepräsident unternahm Bush weiters einige Reisen nach Südamerika. Unter anderem erhielt er 1983 den Auftrag Alvaro Magana, dem Präsidenten von El Salvador, mitzuteilen, dass dieser die Aktivitäten der „Todesschwadronen“ beenden solle und

Menschenrechte respektieren solle, um weiterhin amerikanische Hilfe zu erhalten. Ebenfalls 1983 reiste Bush nach Westeuropa, um europäische Regierungschefs von der umstrittenen Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in ihren Staaten zu überzeugen. Dabei traf er sich in Genf mit sowjetischen Verhandlern, um die Position der Regierung Reagan weiter zu verdeutlichen. Die USA waren bereit, die Raketenstationierung aufzuschieben, sollten die Sowjets ihrerseits Raketen aus Europa abziehen. (Vgl. Kengor 2000a, S. 138-149)

Diese Beispiele zeigen, dass Bush, der vor seiner Vizepräsidentschaft u. a. amerikanischer Botschafter bei den Vereinten Nationen und Gesandter in China gewesen war, bedeutende diplomatische Aufträge erhielt.

Dan Quayle entwickelte sich zum Lateinamerika-Spezialisten der Administration Bush. Er unternahm mehrere Reisen in diese Region, die sich keineswegs auf zeremonielle Anlässe beschränkten. Während der Golfkrise gelang es dem Vizepräsidenten die venezolanische Regierung davon zu überzeugen die Ölproduktion zu steigern. Brasilien und Argentinien drängte er erfolgreich dazu dem Irak keine Raketentechnologie mehr zu liefern. (Vgl. Kengor 2000 b, S.178)

Al Gore wurde zu einem führenden Akteur der Clinton-Administration im Bereich der Beziehungen zu Russland. Gemeinsam mit dem russischen Premierminister Viktor Tschernomyrdin leitete er eine bilaterale Kommission. Zweimal jährlich fanden Treffen zwischen den beiden Spitzenpolitikern statt. Die Kommission hatte den Auftrag die Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Energie und Weltraum zu koordinieren. Zudem diente sie als Gesprächsplattform für weitere Themen – u. a. Nonproliferation, Erweiterung der NATO, Balkan. Im Dezember 1993 reiste Gore nach Moskau. Dort verurteilte er Äußerungen des ultra-nationalistischen Politikers Wladimir Schirinowsky und forderte den Internationalen Währungsfonds dazu auf den Kreditzugang für Russland zu erleichtern. Gore verband die Reise nach Russland mit dem Besuch weiterer Staaten. Insbesondere begab er sich nach Kasachstan, wo der dortige Präsident sich bereit erklärte, das aus Zeiten der Sowjetunion stammende Nukleararsenal abzubauen, und den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Die Medien berichteten positiv über Gores Reise, er konnte sich als „Macher“ profilieren. (Vgl. Lechelt 2009, S. 209-213)

Nach seiner Vizepräsidentschaft begann sich Al Gore als Umweltschutz-Aktivist zu positionieren. 2007 erhielt er für sein Engagement in diesem Bereich den Friedensnobelpreis. Doch bereits während seiner Zeit als Vizepräsident scheint dieses Themenfeld Gore ein besonderes Anliegen gewesen zu sein.

Gore flog „in letzter Minute“ zum Umweltgipfel nach Kyoto¹⁶ und verkündete dort eine Veränderung der bisherigen amerikanischen Position. Er versprach, dass die USA ihre CO₂-Emissionen absenken würden. Das Abkommen von Kyoto war jedoch höchst unpopulär in amerikanischen Wirtschaftskreisen. Trotz Gores Engagement ratifizierten die USA das Kyoto-Protokoll nicht, denn die dafür nötige Mehrheit im Senat kam nicht zustande. (Vgl. Senate Historical Office o. J., S. 12)

Auch Al Gores Nachfolger Richard Cheney wurde in Regionen entsandt, die für die amerikanische Außenpolitik als äußerst relevant bezeichnet werden können.

Cheney unternahm 2002 eine Reise in den Mittleren Osten. Im Auftrag des Präsidenten verfolgte er dort zwei ambitionierte, aber wenig aussichtsreiche Ziele – Abbau der Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern, Gewinnung von Unterstützung für einen Regimewechsel im Irak. Im Jahr 2004 traf sich Cheney in China zu Gesprächen mit hochrangigen Amtsträgern. In einer öffentlichen Ansprache, die jedoch nur zensiert in die chinesische Medienberichterstattung Eingang fand, rief der Vizepräsident China dazu auf, dabei zu helfen die Entwicklung eines nordkoreanischen Nuklearwaffenarsenals zu verhindern, zudem bekannte er sich zu „persönlicher Freiheit als Bedürfnis“. (Vgl. Lechelt 2009, S. 273)

Im März 2008 reiste Cheney zu einem Gespräch mit König Abdullah nach Saudi-Arabien. Eines der Themen war der hohe Ölpreis. Präsident Bush hatte zwei Monate zuvor ebenfalls Saudi-Arabien besucht und dabei vergeblich einen Anstieg der Ölproduktion gefordert. (Vgl. Associated Press 2008b, online)

Joseph Biden besuchte im Juli 2009 die Ukraine und Georgien. In Kiew traf er sich mit Premierministerin Julia Tymoschenko und Präsident Wiktor Juschtschenko. Biden bekräftigte, dass die USA weiterhin einen NATO-Beitritt der Ukraine nachdrücklich unterstützen würden und meinte, dass die Ukraine Energie-Unabhängigkeit anstreben solle - in Anspielung auf die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. (Vgl. Downie 2009, online)

Zweitens kann Auslandsreisen von Vizepräsidenten auch symbolische Bedeutung zukommen. Es soll Unterstützung für Regierungen oder politische Maßnahmen kommuniziert werden. Zum Beispiel reiste Vizepräsident Nixon anlässlich des zweijährigen Bestehens der Regierung Diem nach Südkorea. 1956 besuchte er Österreich, um die Sympathie Amerikas für die Flüchtlinge aus Ungarn zu demonstrieren. 1961 sandte Präsident Kennedy Johnson anlässlich des Mauerbaus nach Berlin. Johnson signalisierte

¹⁶ Der Gipfel dauerte vom 1. bis zum 11.12. 1997

Unterstützung Amerikas für die verängstigten Bürger. Dabei sprach er vor etwa 250.000 Zuschauern. Hubert Humphrey reiste nach Westeuropa, um die Sorge der Europäer, dass die Regierung Johnson nicht mehr an ihren Belangen interessiert sei, zu zerstreuen. Walter Mondale besuchte Portugal und Spanien während der dortigen Demokratisierungsprozesse. (Vgl. Goldstein 1982, S. 162 f.)

Im Sommer 1991 besuchte Vizepräsident Quayle, während des Zusammenbruchs der Sowjetunion, mehrere osteuropäische Staaten. In Bulgarien unterzeichnete er einen Vertrag, der die Lieferung von 200.000 Tonnen amerikanischen Getreides zusicherte. Rückblickend meinte Quayle jedoch, dass das „Nähren der Demokratie“ der Hauptzweck seiner Reise gewesen sei. 1992 besuchte der Vizepräsident die unabhängig gewordenen baltischen Staaten. Insgesamt dauerte der Aufenthalt nur zwei Tage. Quayle gedachte unter anderem in Vilnius gefallener Freiheitskämpfer, versprach am Unabhängigkeitsplatz einer Menschenmenge amerikanische Unterstützung. (Vgl. Quayle 1994, S. 174-176)

Der weiter oben angesprochene China-Besuch von Cheney ist ein Beispiel dafür, dass Besuche im Ausland zum „Setzen von Zeichen“ genützt werden können – Cheney plädierte in einem diktatorisch geführten Staat für persönliche Freiheit.

Wie bereits erwähnt, besuchte Biden im Sommer 2009 Georgien.

Der Besuch fand etwa ein Jahr nach dem Krieg zwischen Georgien und Russland statt. Menschenmengen bereiteten Biden einen freundlichen Empfang, Präsident Micheil Saakaschwili verlieh ihm einen Orden. (Vgl. Downie 2009, online)

Der Besuch des Vizepräsidenten sollte zweifelsohne die Unterstützung für die Regierung Saakaschwili durch die USA verdeutlichen, vor dem Hintergrund fortbestehender Spannungen zwischen Georgien und Russland.

Ein dritter Zweck, der einigen Reisen von Vizepräsidenten zugeordnet werden kann, ist das Sammeln von Informationen, „fact-finding missions“. Beispielsweise analysierte Johnson vor Ort die politische Lage in Südvietnam. Humphrey reiste 1966 ebenfalls nach Südostasien, um Informationen über die Kriegslage in Vietnam zu erhalten. (Vgl. Goldstein 1982, S. 164)

Joseph Biden besuchte im Jänner 2009, noch vor seiner Angelobung als Vizepräsident, im Auftrag des gewählten Präsidenten Barack Obama Afghanistan, Pakistan und den Irak. Bidens Auftrag war es, mit in diesen Ländern stationiertem militärischem und zivilem amerikanischem Personal, sowie örtlichen politischen Führern Gespräche zu führen, um Obama über die jeweilige Situation vor Ort informieren zu können. (Vgl. Kruzel 2009, online)

Solche Reisen von Vizepräsidenten müssen keineswegs ausschließlich dem Sammeln von Informationen dienen, sie können auch eine symbolische Komponente innehaben. Durch das Entsenden eines ranghohen Amtsträgers in einen Krisenherd kann der Präsident amerikanisches Problemlösungs-Engagement signalisieren.

Die Unterteilung der diplomatischen Tätigkeiten im Zuge von Auslandsreisen des Vizepräsidenten in die obigen drei Bereiche – „diplomatischer Auftrag“, „symbolischer Aufenthalt“, „Fact-Finding-Mission“ – dient der besseren Übersichtlichkeit, selbstverständlich kann das Programm einer Reise allen drei Zwecken dienlich sein.

Es gibt auch diverse zeremonielle Anlässe, die zu Auslandsreisen von Vizepräsidenten führen – z. B. Beerdingungen oder Amtseinführungen von Staatsoberhäuptern, Jubiläumsfeierlichkeiten.

Vizepräsident Bush kommentierte diesen Tätigkeitsbereich folgendermaßen: „You die, I fly.“ Der Besuch von Begräbnissen im Ausland, wie auch im Inland, ist eine traditionelle Aufgabe des Vizepräsidenten. So wurde Johnson zu den Begräbnissen von Dag Hammarskjöld (Anm.: 1961), des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, und von Papst Johannes XXIII. (Anm.: 1963) geschickt. Mondale nahm 1980 am Begräbnis des jugoslawischen Präsidenten Josip Tito teil, Cheney 2005 am Begräbnis des saudischen Königs Fahd. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 120)

Zwar werden Vizepräsidenten, wenn sie als Abgesandte des Präsidenten an zeremoniellen Anlässen teilnehmen, mit entsprechenden Ehren bedacht, doch gehen Ressourcen (Anm.: wie z. B. Zeit) verloren, die alternativ genutzt werden könnten, um den Präsidenten zu beraten. Die bedeutendsten Auslandsaufenthalte Rockefeller als Vizepräsident dienten dem Besuch von Begräbnissen – jenen von Chiang Kai-shek und König Faisal von Saudi-Arabien. Ein Mitarbeiter Rockefeller meinte, dass es nichts anderes zu tun gegeben habe als Trauer zu zeigen. (Vgl. Light 1984, S. 28 f.)

Es ist jedoch keineswegs so, dass Auslandsreisen aus zeremoniellem Anlass per se mit weitgehender Tatenlosigkeit verbunden sind. Es gibt Beispiele dafür, dass Vizepräsidenten vordergründig zeremonielle Anlässe für diplomatische Aktivitäten nutzen konnten.

Walter Mondale, der in der amerikanisch-jüdischen Gemeinde hohes Ansehen genoss, war ein wichtiger Akteur im Bereich der Nahostpolitik der Regierung Carter. Im Sommer 1978 reiste er anlässlich des dreißigjährigen Bestehens des Staates Israel in die Region. Offiziell waren keine Verhandlungen geplant. Doch hatten sich in den zwei Wochen vor Mondales Besuch die Beziehungen zwischen Israel und Ägypten weiter verschlechtert, die Aussichten auf Friedensverhandlungen sanken. Mondale erhielt jedoch schließlich die

Zusage von Premierminister Begin an Friedensverhandlungen teilnehmen zu wollen. Der Vizepräsident beschloss kurzfristig sich auch mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat zu treffen, der sich ebenfalls kompromissbereit zeigte. Monate später war Mondale in die Camp-David-Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel involviert. (Vgl. Lechelt 2009, S. 64-72)

Besuchen Vizepräsidenten Beerdigungen von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs, haben sie die Möglichkeit erste persönliche Eindrücke von den jeweiligen Nachfolgern zu sammeln. In der Regel geschieht dies vor deren Antrittsbesuch in Washington.

George Bush nahm während seiner Amtszeit als Vizepräsident an drei Begräbnissen von Generalsekretären der Kommunistischen Partei der Sowjetunion teil (Leonid Breschnew, Juri Andropow, Konstantin Tschernenko). Bush und Außenminister George Shultz hatten dadurch die Möglichkeit erste Eindrücke von den jeweiligen Nachfolgern zu gewinnen. Beim Begräbnis Tschernenkos traf Bush Michail Gorbatschow. Damit gehörte er zu den Ersten die Gorbatschow als sowjetische Führungspersönlichkeit neuen Typs wahrnahmen. Donald Gregg, damals Berater des Vizepräsidenten für Nationale Sicherheit, ist der Auffassung, dass Bushs Bericht an Reagan über das Treffen mit Gorbatschow neue Perspektiven in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eröffnet habe. (Vgl. Lechelt 2009, S. 119-121)

Al Gore besuchte anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Aufstands im Warschauer Ghetto Polen (April 1993). Der Vizepräsident nutzte diese Gelegenheit, um die Vorstellungen der Clinton-Administration zur Zukunft der amerikanisch-polnischen Beziehungen mitzuteilen. Er traf Lech Walesa und den israelischen Premierminister Yitzhak Rabin. (Vgl. Kengor 2000a, S. 227)

Wie bereits erwähnt, können Auslandsreisen, insbesondere solche mit „lediglich“ zeremoniellem Charakter, dem Vizepräsidenten auch Nachteile bringen – Überbeanspruchung von Ressourcen. Doch können daraus ebenso Vorteile erwachsen.

Vizepräsidenten geraten durch Auslandsreisen in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Medien, die den täglichen Arbeitsplan des Vizepräsidenten ansonsten für wenig berichtenswert erachten, messen Aktivitäten im Ausland Nachrichtenwert zu. Zudem kann der Vizepräsident durch Auslandsreisen sein Profil im Bereich der Außenpolitik schärfen, fleißig wirken, und so einem etwaigen Eindruck der Untätigkeit im Amt entgegenwirken. Absolvierte Reisen können später als Beleg für außenpolitische Erfahrung herangezogen werden. (Vgl. Goldstein 1982, S. 160)

Insbesondere wenn Vizepräsidenten sich schließlich selbst um das Amt des Präsidenten bewerben, oder wenn sie gemeinsam mit dem Präsidenten eine Wiederwahl anstreben und sich deshalb mit dem Vizepräsidentenskandidaten der anderen Partei auseinandersetzen müssen, ist das glaubhafte Vorweisen außenpolitischer Erfahrung von Vorteil.

Vizepräsident Bush war im September 1987 Gast in der Fragestunde eines Radiosenders. Ohne danach gefragt worden zu sein, berichtete er von anstehenden Treffen mit Margaret Thatcher, Helmut Kohl und Francois Mitterrand in Europa. Zu diesem Zeitpunkt übten verschiedene republikanische Politiker, die wie Bush die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 1988 anstrebten, durch ihre Wahlkampfanstrengungen zusehends Druck auf den Vizepräsidenten aus. (Vgl. Hoffman 1987, online)

Der Präsident hat Anreize den Vizepräsidenten auf Auslandsreisen zu schicken.

Präsident und Außenminister können nicht alle diplomatischen Ansuchen befriedigen. Vizepräsidenten können helfend einspringen. Zudem wäre für den Präsidenten die fortlaufende öffentliche Wahrnehmung, dass sein möglicher Nachfolger ohne Beschäftigung ist, nicht angenehm. Richard Nixon schickte Vizepräsident Agnew auf eine einen Monat dauernde Reise nach Afrika, Asien und Europa, um ihn aus dem „innenpolitischen Schussfeld“ zu nehmen. (Vgl. Goldstein 1982, S. 160-166)

3.1.3 Hochrangiger Berater des Präsidenten

Eine weitere Rolle, die der Vizepräsident einnehmen kann, ist die eines Beraters des Präsidenten. Jedoch muss dies vom Vizepräsidenten angestrebt werden.

Alben Barkley, Vizepräsident unter Präsident Harry S. Truman (Anm.: 1949-1953), war zu Amtsantritt 71 Jahre alt. Er bevorzugte die Vertretung des Präsidenten bei zeremoniellen Anlässen. Barkley nahm an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates teil, schien dabei aber Gleichgültigkeit an den Tag zu legen. Da er keine Ambitionen zeigte am Prozess der Politikgestaltung mitzuarbeiten oder den Präsidenten zu beraten, brachten seine Teilnahmen an Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates und des Kabinetts wenig Substanzielles hervor. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 147 f.)

Andererseits muss der Präsident, der ja grundsätzlich über den Grad der Einbindung des Vizepräsidenten in die Geschäfte der Exekutive entscheidet, dem Vizepräsidenten die Beraterrolle zubilligen.

Spiro Agnew wurde, noch bevor er zwei Jahre im Amt war, vom Prozess der Politikgestaltung ausgeschlossen. Der Vizepräsident hatte zuvor einige Aufgaben nicht zur Zufriedenheit des Präsidenten erfüllt. So plädierte er als Vorsitzender des Weltraumrates energisch für eine bemannte Mission zum Mars, obwohl der Präsident diese für zu kostspielig hielt. Weiters sprach sich Agnew während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats ausdrücklich für die Bombardierung von Rückzugsbasen des Vietcong in Laos und Kambodscha aus. Nixon vertrat zwar den selben Standpunkt, doch fühlte er sich vom Vizepräsidenten an den Rand gedrängt. Als Konsequenz lud er Agnew nicht zu jenem Treffen ein, in dem er die weitere Vorgehensweise in Kambodscha verkündete. (Vgl. Greene 1997, S. 127)

Es stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit der Vizepräsident dem Beraterkreis des Präsidenten angehört.

Vizepräsidenten benötigen bestimmte Ressourcen, um die Rolle des Beraters erfüllen zu können. Wobei es diesbezüglich eine günstige Entwicklung gegeben hat. Zeit ist die grundlegende Voraussetzung. Sie wird benötigt, um Informationen zu verarbeiten, Gespräche mit dem Präsidenten zu führen, Argumente und Politikinhalte zu entwickeln, Beraternetzwerke aufzubauen, den Mitarbeiterstab anzuleiten. Vor allem die Übernahme von Aufgaben im Exekutivbereich kostet dem Vizepräsidenten Zeit. Mondale vermied diese, um zeitlich flexibel zu bleiben. Weiters ist Energie eine wichtige Ressource für die Beraterrolle. Zwar sind Vizepräsidenten nicht dem Stress ausgesetzt, der mit dem Treffen endgültiger Entscheidungen verbunden ist, doch üben sie durchaus beanspruchende Tätigkeiten aus, wie die Teilnahme an Wahlkampagnen. Dies traf insbesondere zu jenen Zeiten zu, als dem Stab des Vizepräsidenten noch keine Spezialisten für die diversen Aufgabenbereiche angehörten. Drittens ist der Zugang zu Informationen von Bedeutung. Will der Vizepräsident in einem bestimmten Politikfeld an der Gestaltung auf der inhaltlichen Ebene teilnehmen, braucht er dieselben Ausgangsinformationen wie die übrigen beteiligten Akteure. So erhielten die Vizepräsidenten vor Mondale und Bush keinen unmittelbaren Zugang zu den außenpolitischen Informationen, die im täglichen Briefing, das der Präsident erhält, enthalten sind. Zudem müssen Vizepräsidenten über den Entscheidungsfindungsprozess Bescheid wissen. Insbesondere gilt es zu wissen, wo Entscheidungen getroffen werden. So war Rockefeller nicht über budgetpolitische Entscheidungen Fords informiert, da er bei relevanten Vorbereitungstreffen nicht anwesend war. Auch gilt es Informationen über die Standpunkte der jeweiligen Gegenseite zu sammeln, um erfolgreich dagegen argumentieren zu können. Vizepräsident Mondale

hatte Zugang zu Papieren zu innen- und außenpolitischen Fragestellungen, bevor sie den Schreibtisch von Präsident Carter erreichten. So war Mondale bereits vor seinen vertraulichen Gesprächen mit Carter über Stärken und Schwächen der Argumentationslinien hochrangiger Mitarbeiter des Präsidenten informiert. Eine weitere wichtige Ressource ist Sachwissen. Verschiedene Vizepräsidenten hatten Expertenwissen in bestimmten Politikfeldern – zum Beispiel Humphrey in der Sozialpolitik, Ford und Mondale in der Budgetpolitik. Auch das Wissen um Abläufe in der Bürokratie, Kenntnisse in den Bereichen Rhetorik, Wahlkampf und Lobbying unterstützen den Vizepräsidenten in seiner Funktion als Berater. Die nächste bedeutende Ressource ist die räumliche Nähe zum Präsidenten und dessen Mitarbeitern. So erhielt Walter Mondale ein Büro in unmittelbarer Nähe des „Oval Office“, während seine Vorgänger Arbeitsräume in einem Gebäude neben dem Weißen Haus hatten. Zuletzt hängt die Beraterrolle des Vizepräsidenten vom Willen des Präsidenten ab seinen Ratschlägen zuzuhören. (Vgl. Light 1984, S. 141-155)

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass die Aufnahme in den Kreis hochrangiger Präsidentenberater dem Vizepräsidenten noch keine einflussreiche Position in der Politikgestaltung der Administration garantiert. Regelmäßiger Zugang zum Präsidenten, Einbindung in die bürokratischen Abläufe im Weißen Haus, Zugang zu Informationsflüssen, die Teilnahme an wichtigen Sitzungen, ein quantitativ und qualitativ geeigneter Mitarbeiterstab, sowie ein ausreichendes Zeitvolumen sind aber wichtige Voraussetzungen, um Einfluss nehmen zu können. Es mag für den Vizepräsidenten und andere hochrangige Berater ein wichtiges Privileg sein dem Präsidenten regelmäßig persönlich die eigenen Standpunkte mitteilen zu können, doch die letztliche Entscheidungskompetenz liegt beim Präsidenten.

Es gibt wissenschaftliche Vorstellungen darüber, welche Faktoren erfüllt sein müssen, damit der Vizepräsident nicht nur Berater, sondern einflussreicher Berater des Präsidenten sein kann.

Vizepräsidenten haben nur soviel Einfluss, wie der Präsident erlaubt. Das Ausmaß der Macht des Vizepräsidenten hängt vor allem davon ab, in welchem Maß der Präsident gewillt ist, diesem Macht zu verleihen. Zudem muss der Präsident seinen Stab ausdrücklich über die Stellung des Vizepräsidenten ins Bild setzen. Als weitere Bedingung muss der Vizepräsident Loyalität gegenüber dem Präsidenten demonstrieren. Ratschläge sollten vertraulich erfolgen, öffentliche Aussagen des Vizepräsidenten bekannten Positionen des Präsidenten nicht widersprechen. Nimmt der Präsident einen Ratschlag an, sollte sich der Vizepräsident dies nicht „an die Fahnen heften“. Präsident und Vizepräsident sollten

bereits vor Amtsantritt ein Arbeitsübereinkommen abschließen. Der Präsident soll hierbei definieren, was er sich vom Vizepräsidenten erwartet. Im Gegenzug soll der Vizepräsident erfahren, was er sich vom Staatsoberhaupt in Bezug auf Zugang und Möglichkeit Inputs zu geben erwarten kann. Das Treffen solcher Vereinbarungen wurde mittlerweile zur Praxis. Weiters soll der Vizepräsident bereit sein „Schmutzarbeit“ zu erledigen – er soll vor Kongressabgeordneten und der breiten Öffentlichkeiten die politischen Maßnahmen des Präsidenten vertreten, er soll versuchen die Agenda der Administration voranzutreiben. Je mehr der Vizepräsident dem Präsidenten auf diesem Weg hilft, desto mehr wird dieser seine Ratschläge zu schätzen wissen. Schließlich sollten Präsident und Vizepräsident einander ergänzen. Der Umstand dass verschiedene Präsidenten nur über wenig Washington Erfahrung verfügten – z. B. Jimmy Carter, Ronald Reagan, Bill Clinton, George W. Bush – gab deren Vizepräsidenten eine gute Ausgangsposition, um Politikinhalte zu beeinflussen. Persönliche Kompatibilität der beiden Amtsträger fördert ein gutes Arbeitsklima und vergrößert somit die Chance des Vizepräsidenten an Entscheidungsfindungsprozessen partizipieren zu können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Präsidentschaftskandidaten die Auswahl der Vizepräsidentschaftskandidaten mittlerweile selbst bestimmen können. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 127 f.)

Da die genannten Faktoren von Administration zu Administration variieren können, ist auch von unterschiedlich ausgeprägten Einflussmöglichkeiten verschiedener Vizepräsidenten einzugehen. Die Konstellation „Präsident mit wenig Washington-Erfahrung und Washington-Insider als Vizepräsident“ trifft auch auf Obama-Biden zu. Auf Faktoren, die die Auswahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten (und damit des möglichen späteren Vizepräsidenten) beeinflussen, wird noch ausführlicher eingegangen.

Ab der Mitte des 20. Jahrhunderts konnten sich diverse Vizepräsidenten zumindest phasenweise als Berater etablieren, konnten bestimmte Politikbereiche erfolgreich besetzen.

Richard Nixon fand eine Nische als politischer Berater während der ersten Amtszeit von Eisenhower. Er beriet den Präsidenten und hochrangige Angehörige der Administration in Bezug auf Verhandlungen mit dem Kongress. Lyndon B. Johnson wurde zu einem wichtigen Berater in Bürgerrechtsfragen. So leistete er 1963 einen maßgeblichen Beitrag zur Erarbeitung diesbezüglicher Gesetzesvorschläge. Hubert Humphrey hatte von Zeit zu Zeit die Möglichkeit am Entscheidungsfindungsprozess teilzunehmen. Johnson konsultierte ihn oftmals zu Bürgerrechtsfragen. Richard Nixon war nicht sonderlich an

Ratschlägen der Vizepräsidenten Spiro Agnew und Gerald Ford interessiert. Nelson Rockefeller beriet Präsident Ford in innenpolitischen Angelegenheiten. Rockefeller konnte häufig persönliche Gespräche mit dem Präsidenten führen. Er erarbeitete programmatische Vorschläge und beriet den Vizepräsidenten in einer Vielzahl von Problemstellungen. Ford nahm einige Vorschläge des Vizepräsidenten auf, so zum Beispiel eine Gesetzesinitiative zur Schaffung einer öffentlichen Gesellschaft zur Steigerung der Energie-Unabhängigkeit der USA. (Vgl. Goldstein 1982, S. 168-172)

Die Vizepräsidentschaft Walter Mondales prägte die Beraterrolle des amerikanischen Vizepräsidenten nachhaltig. Die Vereinbarungen, die Carter und Mondale noch vor Amtsantritt trafen, können als Prototyp eines durchdachten Arbeitsvertrages zwischen Präsident und Vizepräsident angesehen werden.

Mondale sah seine grundlegende Rolle in der kommenden Administration als jene eines allgemeinen Beraters an. Er führte an, dass er als der einzig andere bundesweit gewählte Amtsträger keinen bestimmten Zwängen unterliege und das Regierungssystem als Ganzes betrachten könne. Das größte Problem vergangener Administrationen sei es gewesen, dass der Präsident keine unabhängigen Analysen erhalten habe. Mondale nannte Carter mehrere Voraussetzungen, um seine angestrebte Rolle erfüllen zu können. Er forderte häufige, inhaltsreiche und rechtzeitige Briefings durch die Geheimdienste – vergleichbar mit jenen des Präsidenten, kooperatives Verhalten der hochrangigen Mitglieder der Exekutive ihm gegenüber - in Bezug auf den Zugang zu wichtigen Informationen, Teilnahmemöglichkeit an Sitzungen wichtiger Gremien – u. a. Kabinett, Nationaler Sicherheitsrat, Innenpolitik-Rat (mit Eingliederung von Mitarbeitern des Vizepräsidenten in den Stab der beiden letztgenannten Gremien). Zudem wünschte sich Mondale die Teilnahme von Mitarbeitern seines Büros an Sitzungen des Stabes im Weißen Haus, um über Aktivitäten im Weißen Haus informiert zu sein und gute Beziehungen zwischen den Stäben von Präsident und Vizepräsident zu fördern. Zudem bot er dem Präsidenten an, seinen Mitarbeitern Aufträge zu erteilen. Auch schlug Mondale ein Treffen pro Woche (für mindestens 30 Minuten) zwischen ihm und Präsident Carter vor. (Vgl. Mondale 1976, S. 2-5)

Carter war mit Mondales Vorschlägen einverstanden. Doch reagierte er nicht nur bloß auf die Anregungen des künftigen Vizepräsidenten, er brachte eigene Ideen ein. Er bot Mondale ein Büro im Westflügel des Weißen Hauses an. Der künftige Präsident erkannte den Wert der räumliche Nähe zu seinem Büro und den Räumlichkeiten seiner hochrangigen Mitarbeiter. Weiters war es Carter ein Anliegen, die Mitarbeiter Mondales möglichst in seinen Stab zu integrieren. Zu Beginn seiner Amtszeit verkündete der

Präsident seinem Stab und den Angehörigen des Kabinetts, dass Anliegen des Vizepräsidenten wie seine eigenen zu behandeln seien. (Vgl. Moe 2008, S. 395)

Ausgehend von diesen Abmachungen zwischen Mondale und Carter stellt sich die Frage, ob der Vizepräsident die Rolle des allgemeinen, in die Abläufe im Weißen Haus integrierten Beraters während seiner vierjährigen Amtszeit tatsächlich wahrnehmen konnte.

Bereits vor der Amtseinführung ermöglichte Carter dem künftigen Vizepräsidenten Mondale eine Schlüsselrolle bei den Planungsarbeiten für die kommende Administration. Mondale beriet Carter bei der Vergabe hochrangiger Posten, führte Bewerbungsgespräche und traf Personalentscheidungen. Als Leiter einer Gruppe, die die Amtsübernahme vorbereitete, war er für die Erstellung von Arbeitsplänen des Präsidenten für die ersten zwei Monate von dessen Amtszeit verantwortlich. (Vgl. Witcover 1992, S. 299)

In der Zeit zwischen dem Wahlsieg Carters gegen Präsident Gerald Ford und der Amtsübernahme zu Beginn des Jahres 1977 ging demnach Mondales Rolle über jene eines Beraters hinaus. Carter gab ihm die Möglichkeit „Weichen zu stellen“. Hierbei ist anzumerken, dass Carter, anders als Mondale, zuvor kein politisches Amt in Washington innegehabt hatte.

Der Vizepräsident war an der Planung von Präsident Carters langfristiger Agenda beteiligt. Er partizipierte an Entscheidungsfindungsprozessen zur Neuorganisation der Geheimdienste, zur Schaffung eines Ministeriums für Bildung, zur Rückgabe des Panamakanals an Panama, zur Expansion wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für Kinder. Mondale zog es vor dem Präsidenten seine Ansichten in persönlichen Gesprächen mitzuteilen. Bei Treffen von Beratungsgremien beschränkte er sich auf die Rolle des Zuhörers, brachte keine Vorschläge vor. Da er sich so im Hintergrund hielt, wurden Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten nicht publik. Mondale gab schließlich 1984 zu, dass er unter anderem gegen den Verkauf von Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien und die Verhängung eines Getreide-Embargos gegen die Sowjetunion gewesen war. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 157)

Die Amtszeit Walter Mondales liefert ein anschauliches Beispiel dafür, dass die Rolle des hochrangigen Beraters mit Schwierigkeiten für den Vizepräsidenten verbunden sein kann. Die Grenzen der Einflussmöglichkeiten des Vizepräsidenten werden aufgezeigt.

Mondale befasste sich insbesondere mit Fragen der Budgetpolitik. Carter hatte zu seinem Amtsantritt die Aufstockung finanzieller Mittel für sozialpolitische Programme angekündigt. Doch ein wachsendes Budgetdefizit und die Sorge vor einem

Inflationsanstieg bewogen ihn zu einem Kurswechsel – Reduzierung des Defizits durch Kürzung von Sozialausgaben. Der Präsident und die Mehrheit seiner Berater hielten dies für ökonomisch und politisch sinnvoll. Mondale hingegen vertrat eine gegensätzliche Ansicht. Er wollte traditionell den Demokraten nahestehende Bevölkerungsschichten nicht durch Ausgabenkürzungen befremden und so die Wiederwahl gefährden. Ausgehend von den vor Amtsantritt getroffenen Vereinbarungen zwischen ihm und Mondale konnte Carter die Meinung des Vizepräsidenten jedoch nicht ohne weiteres ignorieren. Mondale, der eine wichtige Rolle bei den Budgetplanungen spielte, gelang es immer wieder den Präsidenten von beabsichtigten Kürzungen bestimmter Programme wieder abzubringen. Dies führte jedoch zu einem Dilemma – einerseits bekannte sich Carter öffentlich zu einem Sparkurs, andererseits kam es jedoch nur zu moderaten Kürzungen. In der Öffentlichkeit trug dies zur Wahrnehmung, dass Carter eine „schwache Führungspersönlichkeit“ sei, bei. Berater, die Carter aus Georgia mitgebracht hatte, lehnten Mondales Position ab, goutierten seinen Einfluss auf den Präsidenten nicht. Dem Vizepräsidenten wiederum gelang es nicht zu seiner Zufriedenheit an der Politikgestaltung in Themenbereichen wie Arbeitsmarkt, Bürgerrechte, Bildung und Armut, denen er sein „politisches Leben gewidmet hatte“, mitzuwirken. Im Sommer 1979, als eine Inflationserhöhung zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte, lehnte Präsident Carter den Großteil der budgetpolitischen Ratschläge Mondales ab. (Vgl. Gillon 1997, S. 147-150)

Insgesamt war die Ära Mondale jedoch ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der amerikanischen Vizepräsidentschaft. Insbesondere war die Etablierung des Vizepräsidenten als nicht auf bestimmte Politikbereiche limitierter Berater des Präsidenten angeht. Die durch die Mondale-Carter-Vereinbarungen geschaffenen Voraussetzungen sicherten auch den folgenden Vizepräsidenten eine Beraterrolle.

Vergleiche zwischen den einzelnen Vizepräsidenten, was den Grad der Einbindung in wichtige Entscheidungsfindungsprozesse angeht, sind schwierig. Denn Vizepräsidenten geben ihre Ratschläge in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Die Vizepräsidenten Bush und Quayle dürften eine weniger wichtige Beraterrolle als Mondale eingenommen haben. Ein Faktor, der Bush hemmte, war der Führungsstil von Präsident Reagan, der ihm nahestehenden Personen weitgehende Handlungskompetenzen zubilligte. Somit musste Bush versuchen diese Personen zu beeinflussen. Dies gestaltete sich jedoch schwierig, da es im „inneren Kreis“ um Reagan Zweifel daran gab, ob Bush tatsächlich die selben politischen Ziele wie Reagan verfolgen würde. Bush gelang es eine gute Beziehung zu Reagan aufzubauen. Bei den wöchentlichen Treffen mit dem Präsidenten

verhielt er sich zurückhaltend, tendierte dazu eher Fragen zu stellen, als persönliche Standpunkte zu vertreten. Bushs Verhalten nach dem Attentat auf Reagan brachte ihm Anerkennung im Weißen Haus ein. Generell agierte der Vizepräsident umsichtig. Während seiner ersten Amtszeit beschäftigte er weitgehend „unpolitisch agierende“ Mitarbeiter. Zudem fungierte James Baker, ein enger Vertrauter von Bush, in den ersten Jahren der Reagan-Administration als Stabschef im Weißen Haus. Bush widersprach bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit, als er sich um die Präsidentschaft bewarb, niemals öffentlich Positionen von Reagan. (Vgl. Goldstein 2008, S. 381)

Bush führte die Aufträge des Präsidenten aus, gab sich nach Außen hin loyal. Dies macht es schwer, seinen Anteil an konkreten politischen Maßnahmen der Administration oder an der Bewältigung diverser Krisen einzuschätzen, obwohl er Vorsitzender des Krisenmanagement-Teams des Präsidenten war. Bush wurde immer wieder für sein zurückhaltendes Agieren kritisiert. Die gute Beziehung zu Reagan, seine Loyalität, die häufigen Gesprächsmöglichkeiten mit dem Präsidenten sicherten Bush einen gewissen Einfluss im Weißen Haus. Der Vizepräsident nahm an den Sitzungen der Planungsgruppe zur Nationalen Sicherheit („National Security Planning Group“), der nur der Präsident und hochrangige außen- und sicherheitspolitische Berater angehörten, teil. Beispielsweise hatte Bush einen wichtigen Anteil an der Ausarbeitung einer langfristigen Strategie zur Erreichung von Abrüstungsvereinbarungen mit der Sowjetunion. (Vgl. Kengor 2000a, S. 128-131)

Dan Quayle hatte eine andere Ausgangsposition als George Bush. Er verfügte über weniger Washington-Erfahrung. Zudem war Quayles Expertise in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik wenig gefragt, da der Administration Bush einige herausragende, willensstarke Experten auf diesen Gebieten angehörten – Außenminister James Baker, Verteidigungsminister Richard Cheney, der Nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft, General Colin Powell. (Vgl. Goldstein 2008, S. 381)

Wie Bush zuvor versuchte Quayle dem Präsidenten seine Standpunkte vorwiegend in persönlichen Gesprächen nahe zu bringen. Präsident Bush gewährte dem Vizepräsidenten Zugang zu wichtigen Sitzungen und Treffen im Weißen Haus, traf sich Donnerstags regelmäßig zum Essen mit ihm. Quayle zufolge hätten ihn immer wieder andere Mitglieder der Administration gebeten dem Präsidenten ihre Anliegen zu übermitteln. (Vgl. Kengor 2000a, S. 168)

Den auf Bush und Quayle folgenden Vizepräsidenten, Al Gore und Richard Cheney, wird nachgesagt, besonders einflussreiche Berater der jeweiligen Präsidenten gewesen zu sein.

Beide Vizepräsidenten hatten das Amt für acht Jahre inne. Es ist zu beachten, dass nur ein Ausschnitt der Abläufe von Entscheidungsfindungsprozessen im Weißen Haus publik wird. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass Gore und Cheney bedeutende Positionen im Machtgefüge des Weißen Hauses innehatten. Dies soll näher erläutert werden.

Präsident Clinton, der zuvor Gouverneur von Arkansas gewesen war und noch kein politisches Amt in der Hauptstadt innegehabt hatte, und Vizepräsident und „Washington Insider“ Al Gore entwickelten eine enge Arbeitsbeziehung. Clinton und Gore waren etwa gleich alt und stammten beide aus dem Süden der USA. Um eine gute Zusammenarbeit ihrer Stäbe zu garantieren, fungierte der Stabschef des Vizepräsidenten auch als hochrangiger Mitarbeiter des Präsidenten („Assistant to the President“). Gore kannte, anders als Clinton, die politischen Prozesse in Washington. Zudem ergänzte sich sein Zugang zum Lösen von Problemstellungen mit jenem Clintons. Während Clinton dazu tendierte sich mit sämtlichen Aspekten eines Themas auseinander zu setzen, ohne zu einer Entscheidung zu kommen, forcierte Gore das Treffen von Entscheidungen. Präsident und Vizepräsident waren keineswegs immer einer Meinung. So befürwortete Gore Luftschläge gegen Serben in Bosnien, um Friedensverhandlungen zu erzwingen. Dies wurde jedoch von Clinton abgelehnt. Gore äußerte keine öffentliche Kritik am Präsidenten. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 162 f.)

Gore brachte Fachwissen in den Bereichen Umwelt-, Verteidigungs- und Wissenschaftspolitik mit ein. Er wurde zum wichtigsten Berater des Präsidenten und konnte Politikinhalte mitgestalten. Clinton suchte u. a. den Rat des Vizepräsidenten bei der Besetzung von Ministerposten. Aufgrund der Wahrnehmung, dass Clinton Gores Meinung schätzte, versuchten andere Personen wiederum Gores Standpunkte zu beeinflussen. Präsident und Vizepräsident trafen sich oft mehrmals pro Tag. Clinton traf häufig Entscheidungen nach Rücksprache mit Gore. Der Vizepräsident verhielt sich generell respektvoll gegenüber dem Präsidenten, argumentierte bei persönlichen Gesprächen mit Clinton jedoch durchaus energisch. (Vgl. Goldstein 2008, S. 381 f.)

Gore dürfte sich keineswegs auf die Rolle eines „ehrerbietigen“ Beraters beschränkt haben. Der Vizepräsident riet Clinton immer wieder zu mehr Selbstdisziplin. Wenn andere Mitglieder der Administration befürchteten, dass Clinton „von der Spur abwich“, wendeten sie sich an Gore. Clinton meinte öfters, dass er „den mächtigsten Vizepräsidenten der Geschichte“ habe. Der Politologe James McGregor Burns sprach von einer Troika an der Spitze der Administration - Bill Clinton-Hillary Clinton-Al Gore. (Vgl. Senate Historical Office o. J., S. 9 f.))

Gores Einfluss scheint sich auch auf den Bereich der Außenpolitik erstreckt zu haben. Seine Rolle im Bereich der amerikanisch-russischen Beziehungen wurde bereits erwähnt.

In den ersten Monaten der Administration Clinton geriet Außenminister Warren Christopher in die Kritik. Neben Präsident Clinton wurde er für „fehlende Führungsarbeit“ in den internationalen Beziehungen verantwortlich gemacht. Christopher selbst soll eine stärkere Einbindung Gores in die Außenpolitik angeregt haben. Da es wiederholt zu Schwierigkeiten bei der Vereinbarung regelmäßiger Treffen zwischen Präsident und Außenminister gekommen war, traf sich Christopher anstatt dessen jeden Freitag mit Gore. Leon Fuerth, Nationaler Sicherheitsberater des Vizepräsidenten, nahm an Sitzungen der außen- und sicherheitspolitischen Experten im Weißen Haus teil. Insbesondere nahm er an Treffen der „zwei- oder dritthöchsten“ Vertreter der einzelnen Abteilungen des Stabes des Nationalen Sicherheitsrates teil. Dort wurden sicherheitspolitische Handlungsoptionen vorbereitet. (Vgl. Kengor 2000a, S. 223-225)

Somit war Fuerth (und damit auch Gore) in eine relativ frühe Phase des sicherheitspolitischen Entscheidungsfindungsprozess involviert.

Es wäre oberflächlich anzunehmen, dass die Beraterrolle des Vizepräsidenten im Laufe der Amtszeit keine Entwicklung durchläuft. Es kann „Höhen und Tiefen“ in der Beziehung zum Präsidenten geben.

Nachdem die Republikaner 1994 die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses übernommen hatten, schien es so, als ob Al Gores „politischer Stern“ steigen und der von Bill Clinton sinken würde. Es gab Gerüchte, dass Gore der Kandidat der Demokratischen Partei bei der Präsidentschaftswahl 1996 sein würde. Um seine Position als wichtiger Berater zu wahren, zerstreute Gore diese Gerüchte rasch. Während der zweiten Amtszeit Clintons nahmen dessen Top-Berater Dick Morris, George Stephanopoulos und Leon Panetta ihren Abschied. Dies vergrößerte Gores Einfluss auf den Präsidenten noch. Doch nach dem Bekanntwerden des „Lewinsky-Skandals“ begann Gore sich von Clinton zu distanzieren, um seine Chancen auf die Präsidentschaft nicht zu schmälern, und um seiner persönlichen Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. Die wöchentlichen Treffen zwischen Präsident und Vizepräsident wurden in weiterer Folge seltener, aber Gore äußerte sich nicht öffentlich darüber. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 132)

Die Amtszeit von Vizepräsident Cheney, die auf jene Gores folgte, wird von einigen politischen Kommentatoren, wie zum Beispiel Sidney Blumenthal, als „imperial vice

presidency“ bezeichnet, um der Annahme, dass Cheney über eine bisher unvergleichbare Fülle an Macht verfügt hätte, Ausdruck zu verleihen. (Vgl. Blumenthal 2007, online)

In weiterer Folge soll insbesondere Cheneys Rolle als Berater von Präsident Bush beleuchtet werden.

Richard Cheney setzte Mondales und Gores Rolle des Obersten Beraters fort. Doch unterschied sich seine Amtsführung deutlich, insbesondere von jener Mondales. Oberflächlich betrachtet vermied Cheney, wie Mondale, die formale Übernahme eingegrenzter, dauerhafter Aufgabenbereiche, doch besaß er weitreichende Handlungskompetenzen in Innen- und Außenpolitik. (Vgl. Goldstein 2008, S. 384)

Darüber in welchem Maße Cheney die Politik der Administration Bush beeinflusste, gibt es unterschiedliche Ansichten. Wie weiter unten zu lesen ist, weisen einige politische Beobachter Cheney eine weit über jene des hochrangigen Präsidentenberaters hinausgehende Rolle zu.

Barton Gellman führt ein Interview mit Josuah Bolten, der 2006 Stabschef im Weißen Haus wurde, an. Bolten habe dabei die Auffassung vertreten, dass der Präsident Cheney als Berater, nicht als „Alter Ego“ ansehen würde. Bush nehme Cheneys Ratschläge ernst, würde aber sie aber oft nicht befolgen. Der Präsident verhalte sich zwar gegenüber dem Vizepräsidenten höflicher als gegenüber den meisten Personen, aber letztlich nicht zurückhaltender. Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministern würde nicht von Cheney gelöst, vom Präsidenten zu treffende Entscheidungen würde von diesem auch getroffen. (Vgl. Gellman 2008, S. 365)

Joel K. Goldstein ist der Auffassung, dass die Feststellung Präsident Bushs, dass er die wichtigen Entscheidungen getroffen habe, zutrifft, doch habe Cheney laut Goldstein maßgeblich die Argumente, auf deren Grundlage der Präsident entschieden hat, beeinflusst. (Vgl. Goldstein 2008, S. 384)

Bruce Montgomery bezeichnet Cheneys Amtszeit als Vizepräsident ebenfalls als „imperial vice presidency“. Er verweist darauf, dass Al Gore in den Jahren vor Cheneys Amtsantritt die Vizepräsidentschaft zu „ungeahnten Höhen“ geführt habe. Gore sei neben Hillary Clinton der wichtigste Berater des Präsidenten gewesen und habe eine wichtige Rolle in der Außenpolitik gespielt. Richard Cheney jedoch habe Gore an Macht und Einfluss noch bei weitem übertroffen, da Bush dazu geneigt habe „breite Streifen“ seiner Macht als Präsident an den erfahreneren „Stellvertreter“ Cheney zu delegieren. Nach den Anschlägen des 11. September sei Cheney bei den Themen „Nationale Sicherheit“ und „Machtentfaltung der Exekutive“ federführend gewesen. (Vgl. Montgomery 2009, S. 13 f.)

John Nichols vergleicht das Verhältnis zwischen Bush und Cheney mit jenem zwischen der Königin von England und ihrem jeweiligen Premierminister. Wobei er Cheney in der Rolle des Premiers sieht. Cheney habe anlässlich wichtiger Entscheidungen stets mit dem Präsidenten Rücksprache gehalten, doch habe dies lediglich einen „oberflächlichen Charakter“ gehabt, so als ob der britische Premierminister die Königin über seine Vorhaben informiert. (Nichols 2004, S. 179)

Jody C. Baumgartner ist der Auffassung, dass das Verhältnis Bush-Cheney dem Reagan-Ford „Dream-Team-Modell“, das vor der Wahl von 1980 im Gespräch war, das heißt ein „Co-Präsident“ neben dem Präsidenten, nahe komme. Mitglieder von Cheneys Stab hätten zu Beginn der Administration Bush einen Vergleich zu Wirtschaftsunternehmen gezogen – Bush als Vorstandsvorsitzender, Cheney als Geschäftsführer. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 133)

Lou Dubose und Jake Bernstein verweisen bereits im Titel eines 2006 von ihnen publizierten Buches auf ihre Annahme, dass Dick Cheney die amerikanische Präsidentschaft „entführt“ habe. Die Präsidentschaft Bushs sei durch Außenpolitik definiert, wobei Cheney wiederum die Außenpolitik definiert habe. (Vgl. Dubose; Bernstein 2006, S. X)

George Edwards und Lawrence R. Jacobs sind der Ansicht, dass Cheney (etwa im Bereich der Nationalen Sicherheit) mitunter auch ohne Instruktionen des Präsidenten gehandelt habe. Der Vizepräsident und seine Berater hätten eigene Ziele verfolgt. (Vgl. Edwards; Jacobs 2008, S. 371)

Bob Woodward analysiert in seinem 2002 erschienen Buch „Bush at War“ den mit den Anschlägen des 11. September beginnenden „Krieg gegen den Terror“ der Administration Bush. Er sieht dabei den Präsidenten umgeben von einer Riege von „Chefs“. Zu diesen gehören neben Cheney, Außenminister Colin Powell, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, CIA-Direktor George Tenet, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs General Richard Myers und Andrew Card, Stabschef des Weißen Hauses. Vizepräsident Cheney habe Bush am 12. September vorgeschlagen, dass einer aus der Riege der Chefs eine Art Kriegskabinetten leiten solle, das dem Präsidenten Handlungsoptionen unterbreiten solle. Bush habe, im Bestreben unmissverständlich auszudrücken, dass er das Sagen habe, abgelehnt. Er habe Cheney als wichtigsten Berater angesehen. Ohne ein Ministerium, wie das State Department oder das Pentagon, sei der Vizepräsident ein Minister ohne Portefeuille. Möglicherweise sei Cheneys Rolle weniger gewichtig gewesen, als dieser erwartet habe. Der Vizepräsident habe die

Bedingungen eines Dienstes unter einem Präsidenten gekannt – „Salutieren und Befehle befolgen“. (Vgl. Woodward 2003, S. 59 f.)

Die Vorstellung eines über sämtliche acht Jahre seiner Amtszeit hinweg gleichermaßen einflussreichen Vizepräsidenten Cheney wirkt statisch. Es scheint, als ob Cheney während der zweiten Amtszeit von Bush an Einfluss verloren hat. Personalveränderungen in der Administration waren hierfür ein wichtiger Faktor.

Am 28. Oktober 2005 trat Lewis „Scooter“ Libby, Stabschef des Vizepräsidenten, zurück. Nachdem am selben Tag gerichtlich in mehreren Punkten Anklage gegen ihn erhoben worden war. Libby stand unter dem Verdacht, die Geheimagentin Valerie Plame vor Medienvertretern enttarnt zu haben und beim folgenden Ermittlungsverfahren der Justiz unter Eid die Unwahrheit gesagt zu haben. Cheney verlor seinen fähigsten und erfahrendsten Berater. (Vgl. Gellman 2008, S. 361-364)

Im November 2006 trat Verteidigungsminister Rumsfeld, ein langjähriger Bekannter Cheneys, nach der Wahlniederlage der Republikanischen Partei bei den Kongresswahlen zurück. Bereits zuvor, zu Beginn der zweiten Amtszeit von Präsident Bush im Januar 2005, hatte Condoleezza Rice, während der ersten Amtszeit Bushs Nationale Sicherheitsberaterin, Colin Powell als Außenminister abgelöst.

Die Annahme, dass Rice im Laufe der Jahre gelernt habe Cheney zu „besiegen“, erscheint nicht zutreffend. Vielmehr wuchs ihr Einfluss, weil Präsident Bush, unter dem Eindruck der Lage im Irak, eine neue Linie probieren wollte. Am 24. Juni 2008 schien Cheney auf einer Pressekonferenz uninformiert über die Entscheidung der Administration Nord Korea von der Liste „terrorunterstützender Staaten“ zu streichen gewesen zu sein. (Vgl. Gellman 2008, S. 371-374)

Cheney selbst scheint der Auffassung zu sein, dass er während seiner zweiten Amtszeit an Einfluss verloren hat.

Der ehemalige Vizepräsident, der 2011 seine Memoiren publizieren will, soll in Gesprächen, die er dafür mit Politikexperten geführt hat, die Ansicht geäußert haben, dass sich Präsident Bush in der zweiten Amtszeit von ihm weg bewegt habe, „gefesselt“ von der Kritik der Öffentlichkeit. (Vgl. Associated Press 2009, online)

Nach dieser Darstellung unterschiedlicher Einschätzungen zu Cheneys Einfluss als Vizepräsident soll auf einige Punkte eingegangen werden, die als Basis für die Annahme einer zumindest einflussreichen Beraterrolle Cheneys angesehen werden können.

Bush begann sich bereits vor seiner Präsidentschaft auf Cheney zu stützen. Er beauftragte ihn die Suche nach einem Running Mate zu leiten. Cheney wurde schließlich selbst

Vizepräsidentschaftskandidat. Nach der Wahl wurde Cheney mit der Organisierung der Amtsübernahme beauftragt. Er hatte beträchtlichen Einfluss auf die Vergabe der Posten in der kommenden Administration. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 132).

Cheney konnte somit Personen seines Vertrauens in einflussreiche Positionen „hieven“. Dies kann als Vorbedingung einer einflussreichen Rolle Cheneys im Entscheidungsfindungsprozess des Weißen Hauses interpretiert werden.

Während seiner Amtszeit als Präsident traf George W. Bush Vizepräsident Cheney mehrmals pro Tag, nicht nur zu den morgendlichen Treffen des Nationalen Sicherheitsrates wie frühere Vizepräsidenten. Bush übernahm gemeinsam mit Cheney den Vorsitz über innen- und außenpolitische Beratungsgremien. Zudem traf sich der Vizepräsident regelmäßig mit ausländischen Würdenträgern. Der britische Premier Tony Blair suchte Cheney einmal auf, bevor er sich später mit Bush traf. Als Senator John McCain das Weiße Haus aufsuchte, um mit Bush über das Thema Wahlkampffinanzierung zu sprechen, sah er sich Bush und Cheney gegenüber. Ein republikanischer Senator berichtete, dass Bush ihm mitgeteilt habe, dass er, wenn er mit Cheney sprechen würde, gleichermaßen mit ihm sprechen würde. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 132 f.)

Wie bereits angeführt, ist der Zugang zu relevanten Informationen, neben dem Zugang zum Präsidenten, eine Bedingung für eine wirkungsvolle Beraterrolle des Vizepräsidenten. Anders als die Vizepräsidenten vor ihm erhielt Cheney das tägliche morgendliche Briefing des Präsidenten durch den Geheimdienst CIA noch vor dem Präsidenten. Somit kannte Cheney, als er eine Stunde später am Briefing des Präsidenten teilnahm, in der Regel die dort vermittelten Inhalte bereits und hatte zudem bereits die Möglichkeit gehabt sich in einzelne Punkte zu vertiefen. (Vgl. Gellman 2008, S. 244 f.)

Joseph Biden versuchte seine Rolle als Berater des Präsidenten bereits vor Amtsantritt zu definieren.

In der Debatte der Vizepräsidentschaftskandidaten vor der Wahl 2008 meinte Biden, er habe in einem ausführlichen Gespräch mit Obama die Übernahme eines Portefeuilles abgelehnt. Er werde aber bei jeder wichtigen Entscheidung, die der Präsident zu treffen habe, im Raum sein, um diesen bestmöglich zu beraten. Obama habe jemanden mit unabhängigem Urteilsvermögen gesucht. (Vgl. The American Presidency Project 2008, online)

Im Januar 2009, einige Tage vor Amtsantritt, verkündete Biden in einem Zeitungsinterview, dass er an einem wöchentlichen Treffen von Obamas Experten zu Fragen der Nationalen Sicherheit teilnehmen werde und sich zudem regelmäßig mit

hochrangigen innenpolitischen Beratern treffen werde. Im Vergleich zwischen dem Amtsstil seines Vorgängers Cheney und seine eigenen Vorstellungen meinte Biden, dass er „das Gleichgewicht wiederherstellen wolle“. (Baker 2009a, online)

Michael Berman, einst Mitarbeiter von Vizepräsident Mondale, ist der Auffassung, dass auch Biden, der Erfahrung miteinbringe, das Grundmodell der modernen Vizepräsidentschaft befolge – er fungiere als Berater des Präsidenten in sämtlichen Angelegenheiten. Er nehme jedoch auch „Anleihen“ bei Al Gore, indem er an der Verwirklichung einer begrenzten Anzahl wichtiger Arbeitsvorhaben auf der Agenda des Präsidenten führend beteiligt sei – z. B. der Implementierung eines Konjunkturprogramms zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise („American Recovery and Reinvestment Act“¹⁷), der Nominierung eines Richters für den Obersten Gerichtshof¹⁸. (Vgl. Washington Post 2009, online)

Biden scheint jederzeit Zugang zum Büro des Präsidenten zu haben. Mitarbeiter des Vizepräsidenten meinten, dass dieser nicht mit unbedeutenden Angelegenheiten befasst werden und kein „Ja-Sager“ sein wolle. Ein hochrangiges Mitglied der Administration gab an, dass Biden stets darauf bedacht sei, dass bei Besprechungen verschiedene Standpunkte Beachtung finden. Der Vizepräsident scheint seine Ansichten intern energisch zu verfechten. (Vgl. Walsh 2009, online)

Biden nimmt am morgendlichen Briefing des Präsidenten teil, wohnt wichtigen Sitzungen zu Fragen der nationalen Sicherheit bei, trifft sich einmal wöchentlich zu einem Geschäftsessen mit dem Präsidenten, seine Mitarbeiter sind in die Abläufe im Weißen Haus eingebunden, nehmen wichtige Positionen im Stab des Präsidenten ein. So ist Anthony J. Blinken, Bidens Nationaler Sicherheitsberater, einer der Direktoren des Nationalen Sicherheitsrates. (Vgl. Traub 2009, online)

Wichtige Voraussetzungen für eine einflussreiche Beraterrolle des Vizepräsidenten blieben somit auch nach Beginn der Ära Biden erhalten.

Verschiedene weitere Aufgabenbereiche des Vizepräsidenten drehen sich darum die Politik der Administration zu „verkaufen“ bzw. mitzuhelfen deren Agenda durchzusetzen - sei es gegenüber der breiten Öffentlichkeit, der Partei, oder gegenüber dem Kongress.

¹⁷ Wurde am 13. Februar 2009 vom Kongress beschlossen.

¹⁸ Obama nominierte am 26. Mai 2009 Sonia Sotomayor.

3.1.4 Lobbyist des Präsidenten im Kongress

Zunächst soll auf die Rolle als Lobbyist des Präsidenten bzw. der Regierung im Kongress eingegangen werden. Der Vizepräsident erfüllt diese traditionell. Dies ist zum einen dadurch zu erklären, dass der Vizepräsident, als Präsident des Senats, mit der Legislative verbunden ist, auch wenn er die Vorsitzführung nur mehr selten wahrnimmt. Wie bereits dargestellt, dienten seit Mondale alle Vizepräsidenten vor Amtsantritt im Senat oder im Repräsentantenhaus, in einigen Fällen in beiden Kammern. Daraus lässt sich schließen, dass diese Vizepräsidenten mit Gepflogenheiten und Persönlichkeiten zumindest einer der beiden parlamentarischen Kammern vertraut waren.

Weiters besitzt der Vizepräsident, als Präsident des Senats, ein Büro in der Nähe des Sitzungssaales des Senats. (Vgl. Light 1984, S. 40)

Dies sind gute Ausgangsbedingungen, um Überzeugungsarbeit im Kongress leisten zu können, bzw. um als Verbindungsmann zwischen Weißem Haus und Kapitol fungieren zu können.

Der Vizepräsident kann sich möglicherweise besser in die Lage der gewählten Mitglieder des Kongresses versetzen, als viele Minister und Beschäftigte des Weißen Hauses. Denn er führt ebenfalls Wahlkampf, um in sein Amt gewählt zu werden. In der Vergangenheit konnten Vizepräsidenten, als sie die Anliegen des Weißen Hauses gegenüber Parlamentariern vertraten, Erfolge verbuchen. So überzeugte Vizepräsident Nixon Senator Joseph McCarthy davon, von Untersuchungen gegen den Geheimdienst CIA abzusehen und den Widerstand gegen einige Nominierungen von Präsident Eisenhower aufzugeben. Lyndon B. Johnson nutzte freundschaftliche Beziehungen zu führenden Mitgliedern des Kongresses, um Vorhaben Kennedys voranzutreiben. So warb er für den Vorschlag des Präsidenten Getreide an die Sowjetunion zu verkaufen. Die Administration Johnson war in ihren ersten Regierungsjahren insbesondere daran interessiert, dass innenpolitische Maßnahmen den Kongress passierten. Vizepräsident Humphrey berichtete, dass er 1965 vorwiegend damit beschäftigt gewesen sei Lobbying für Teile des „Great Society“-Programms zu betreiben – u. a. für Gesetzesvorschläge zu den Bereichen Immigration und Landwirtschaftsbetriebe. (Vgl. Goldstein 1982, S. 178 f.)

Spiro Agnew und Nelson Rockefeller waren vor ihrer Amtszeit als Vizepräsident weder Mitglied des Abgeordnetenhauses noch des Senates gewesen.

Dies wirkte sich unterschiedlich aus. Während sich Agnew im Senat „Fehl am Platze“ fühlte, lobbyierte Rockefeller dort aktiv für Vorhaben der Regierung, wie z. B. für Hilfsleistungen für die Türkei. Ein Berater Agnews und Rockefellers berichtete, dass sich

Rockefeller überaus geschickt bei Verhandlungen mit Senatoren verhalten habe und dieser Tätigkeit gern nachgegangen sei, während sich Agnew nur äußerst selten im Sitzungssaal des Senats und in den angrenzenden Aufenthaltsräumen aufgehalten habe. (Vgl. Light 1984, S. 40-43)

Wie bereits im Abschnitt zum Vizepräsidenten als Präsident des Senats erwähnt, dürfte sich jedoch auch Rockefellers fehlende Kongress-Erfahrung problematisch ausgewirkt haben.

Gerald Ford, Agnews Nachfolger und Rockefellers Vorgänger als Vizepräsident, verfügte über parlamentarische Erfahrung als Mitglied des Abgeordnetenhauses. Dort hatte er bis zu seinem Amtsantritt als Minderheitsführer der Republikanischen Partei fungiert. Zu beachten sind jedoch die Kürze seiner Vizepräsidentschaft, diese dauerte weniger als ein Jahr, und die Entwicklung der „Watergate-Affäre“, die tiefgreifende Auseinandersetzungen zwischen Präsident Nixon und Kongress mit sich brachte.

Viele Beobachter erwarteten, dass Vizepräsident Ford zwischen Präsident Nixon und dem Kongress vermitteln würde. Doch Ford folgte dem Rat von Kollegen diese „heikle“ Rolle zu vermeiden. Er hielt sich selten in der Hauptstadt auf. (Vgl. Goldstein 1982, S. 180)

Walter Mondale war vor Amtsantritt zwölf Jahre Mitglied des Senats gewesen. Im bereits zitierten, vor Amtsantritt verfassten Memorandum an Carter, geht Mondale auch auf seinen möglichen Beitrag im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Weißem Haus und Kongress ein.

Mondale weist darin auf seine Erfahrung im Senat hin, die ihn dazu befähige Positionen der beiden Kammern zu wichtigen Themen vorherzusehen, Aktionen des Kongresses richtig zu interpretieren und dem Präsidenten geeignete Vorgehensweisen vorzuschlagen. Eine formale Rolle als Lobbyist lehnt Mondale aber ab. Er schlägt eine informelle Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro des Weißen Hauses zum Kongress vor. Für Ausnahmesituationen, das heißt im Falle bedeutender Gesetzesinitiativen der Administration, bietet er an „Schlüsselgespräche“ zu führen. (Vgl. Mondale 1976, S. 8)

Mondale half Carters „angespannte Beziehung“ zum Kongress zu glätten und warb bei ehemaligen Kollegen im Senat für entscheidende Vorhaben der Regierung, wie z. B. für die Verträge zum Panamakanal. (Vgl. Gillon 1997, S. 147)

Der Vizepräsident brachte sich auch in weiteren Aspekten der Beziehungspflege Weißes Haus-Kongress ein.

Mondale brachte Beratern des Präsidenten Strukturen, Handlungsweisen und Gepflogenheiten des Kongresses näher. Zudem diente er einigen Mitgliedern der

Legislative als vertrauenswürdiges Sprachrohr zum Präsidenten. (Vgl. Relyea; Arja 2002, S. 27)

George Bush, Mondales Nachfolger, hatte mehrere Ämter im Bereich der Exekutive ausgeübt, aber auch für zwei Amtszeiten als Kongressabgeordneter gedient - dies lag bei Amtsantritt als Vizepräsident etwa zehn Jahre zurück.

Wie seine Vorgänger fungierte auch Bush als Verbindungsmann zum Kongress. Er traf sich zu Einzelgesprächen mit Senatoren, um den Ausgang von Abstimmungen zu beeinflussen. Zudem legte er Wert darauf mit Bekannten aus seiner Zeit als Kongressabgeordneter in Kontakt zu bleiben. Allgemein hörte er sich viel um und sammelte wertvolle Informationen für das Weiße Haus. (Vgl. Kengor 2000a, S. 134)

Chase Untermeyer, einst Berater von Vizepräsident Bush, berichtet, dass dieser sein „prächtiges Büro im Kapitol, seine Flugzeuge, seinen Amtssitz, seine Auftritte bei Spendenaktionen, das Telefon, den Tennisplatz, und sogar das Dampfbad in der Trainingshalle des Abgeordnetenhauses“ genutzt habe, um um entscheidende Stimmen zu werben. (Vgl. Untermeyer 1997, S. 163)

Dan Quayle, Vizepräsident unter George Bush, war vor seiner Vizepräsidentschaft Mitglied des Senats, sowie des Repräsentantenhauses. Er kannte demnach die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln und Mitglieder beider Kammern des Kongresses. Gesetzesvorschläge des Weißen Hauses benötigen die Zustimmung von Senat und Repräsentantenhaus.

Quayle hatte enge Beziehungen zu einer „breiten Palette“ an Parlamentariern beider Parteien geknüpft. Er verfügte als einziges Mitglied des Kreises um den Präsidenten über Erfahrung in beiden Kammern, die er nutzte um für nahezu jedes wichtige Vorhaben der Administration zu lobbyieren. John H. Sununu, Stabschef des Weißen Hauses, meinte, dass Quayles Kontakte von „unschätzbarem Wert“ gewesen seien. Mitarbeiter von Bush beschrieben den Vizepräsidenten als eine Art „Legislativ-Berater“. So warb Quayle im Senat um Unterstützung für den von Präsident Bush als Richter des Obersten Gerichtshofs nominierten Clarence Thomas. Während der Golfkrise 1990/91 setzte sich Quayle in einem von den Demokraten kontrollierten Kongress für eine gemeinsame Resolution beider Kammern zur Autorisierung des Einsatzes militärischer Mittel gegen den Irak ein. Diese kam schließlich zustande. Quayle dürften den Präsidenten maßgeblich dazu bewogen haben überhaupt die Zustimmung des Kongresses zu suchen. (Kengor 2000a, S. 190-192)

Einer der Gründe für die Wahl Quayles als Vizepräsidentschaftskandidat war die Besänftigung des konservativen Flügels der Republikanischen Partei. Als Vizepräsident

fungierte Quayle als Verbindungsmann zu dessen Mitgliedern. (Vgl. Goldstein 2008, S. 382 f.)

Während der „Budget-Schlacht“ von 1990, in der Präsident Bush sein Wahlkampfversprechen keine Steuern zu erhöhen brach, trug der Vizepräsident maßgeblich dazu bei Bush die Unterstützung konservativer Mitglieder des Kongresses zu sichern. Generell arbeitete Quayle dienstags- und mittwochnachmittags als Verbindungsmann und Lobbyist des Präsidenten am Kapitol. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 125)

Al Gore ist, neben Quayle, der zweite Amtsträger in dem mit der Ära Mondale beginnenden Abschnitt der amerikanischen Vizepräsidentschaft, der auf Erfahrungen als Senator und Abgeordneter im Repräsentantenhaus zurückgreifen konnte (jeweils 8 Jahre).

Al Gore war als Vizepräsident weniger aktiv am „Capitol Hill“ tätig als Walter Mondale. 1995 war er einer der wenigen Teilnehmer bei einem Treffen mit republikanischen Spitzenpolitikern, in dem es um die Frage ging, ob der Kongress fortlaufend Resolutionen beschließen würde, um die Regierung „am Laufen zu halten“. Dabei soll er Präsident Clinton dazu angehalten haben eine „härtere Verhandlungsposition“ zu verfechten. (Vgl. Goldstein 2008, S. 383)

Zu Beginn der Amtszeit von Clinton und Gore war der Staatshaushalt bzw. das wachsende Defizit das vordringliche Problem. Sowohl im Senat, als auch im Repräsentantenhaus stellte die Demokratische Partei die Mehrheit. Präsident Clinton hatte im Wahlkampf Steuererleichterungen für die Mittelklasse versprochen. Doch einige Berater, darunter auch Gore, beriefen sich auf das steigende Defizit und brachten Clinton schließlich von seinem Vorhaben ab. Stattdessen wurde eine Steuererhöhung für vermögende Personen angekündigt. Dies stieß auf entschiedenen Widerstand bei Republikanern und konservativen demokratischen Politikern. Gore und Clinton warben energisch bei Kongressmitgliedern ihrer Partei für das Vorhaben. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag wurde mit einer Stimme Mehrheit im Repräsentantenhaus angenommen, im Senat gab Gore ein Tie-Breaking-Vote ab. Ein weiteres im Kongress umstrittenes Projekt der Administration war das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA). Gore gelang es zumindest die öffentliche Meinung durch eine Diskussion mit Ross Perot zugunsten von NAFTA zu beeinflussen. (Vgl. Senate Historical Office o. J., S. 9 f.).

Richard Cheney war von 1979 bis 1989 Abgeordneter des Staates Wyoming. Wie Amtsvorgänger George Bush war er nie Senator, verfügte aber über Kongress-Erfahrung.

Cheney nahm, anders als seine Vorgänger, an den wöchentlichen Versammlungen der republikanischen Senatoren teil, genannt „Caucus“. Dieser Zugang zu den Senatoren machte Cheney zu Bushs wichtigster „Quelle“ in Bezug auf zu erwartende Reaktionen im Senat auf Vorhaben der Administration. Für Cheneys Büro im Senatsbereich bürgerte sich die Bezeichnung „Star Chamber“ ein, nach einem Gericht des mittelalterlichen Englands, vor dem Fälle von Verrat verhandelt wurden. Der Kongressabgeordnete Bill Thomas, Republikaner aus Kalifornien und Vorsitzender des „Ways and Means Committee“ verschaffte Cheney, auf dessen Bitte, ein Büro in dem Bereich des Kapitols, in dem sich die Räumlichkeiten des Repräsentantenhauses befinden. Thomas borgte dem Vizepräsidenten sein an den Sitzungssaal angrenzendes Büro. Somit verfügte Cheney über zwei Arbeitsräume im Kapitol. (Vgl. Gellman 2008, S. 56-70)

Joseph Biden war vor Amtsantritt 36 Jahre im Senat der Vereinigten Staaten. Bis auf Alben Barkley konnte kein Vizepräsident seit Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf eine längere Zeit im Kongress zurückblicken.

Harry Reid, der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, gab vor Bidens Amtsantritt bekannt, dass dieser nicht regelmäßig an den Treffen der demokratischen Senatoren teilnehmen werde. Zwar war Biden in seiner ersten Woche als Vizepräsident beim „Democratic Caucus“ anwesend, doch laut seines Büros lediglich als „geladener Gast“. (Vgl. O'Brien 2009, online)

Die von Cheney begründete Einbindung des Vizepräsidenten in die regelmäßigen Besprechungen der Senatoren der Partei dürfte also in der Ära Biden nicht fortgesetzt werden.

Biden verfügt jedoch über gute Kontakte zu seinen einstigen Amtskollegen, hält sich regelmäßig im Fitnessstudio des Senats auf. Biden lobbyierte u. a. für die von der Administration Obama angestrebte Reformierung des Krankenversicherungssystems. (Vgl. Traub 2009, online)

Die Vizepräsidenten seit Walter Mondale hatten in der Regel eine gute Ausgangsposition, um als Lobbyist am Kapitol tätig zu werden. Sie konnten auf zumindest ein Büro im Kapitol zurückgreifen, verfügten über Erfahrungen als Senator und/oder Abgeordneter des Repräsentantenhauses, mit entsprechender Kenntnis der Abläufe im Kongress und persönlichen Beziehungen zu dessen Mitgliedern. Mit der Aufnahme des Vizepräsidenten in den Kreis der hochrangigen Berater des Präsidenten ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür gegeben, dass der Vizepräsident als Sprachrohr zwischen Kongress und der Spitze der Administration tätig werden kann. Es wurden einige Fälle genannt, in

denen Vizepräsidenten für Pläne des Weißen Hauses im Kongress geworben haben. Dies passiert jedoch in der Regel „hinter den Kulissen“. Wie erfolgreich Vizepräsidenten im Kongress lobbyierten, bzw. wie groß ihr Anteil an Abstimmungsmehrheiten zugunsten des Präsidenten war, lässt sich daher kaum evaluieren.

Jedoch ist davon auszugehen, dass der Vizepräsident in der Rolle des Lobbyisten seinen Beitrag zu politischen Erfolgen der jeweiligen Administration leisten kann. Dabei sind ihm Grenzen gesetzt. Die Lobbyisten-Rolle kann Nachteile für den Amtsträger bringen.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Vizepräsident dabei helfen kann Programme der Administration voranzutreiben. Doch arbeitet er dabei stets für den Präsidenten, der die Anerkennung für zu Gesetzen gewordene Vorhaben erhält. Der Kongress ist grundsätzlich keine „gefügige“ Institution. Bei den meisten politischen Themen sind nur wenige seiner Mitglieder für Beeinflussung durch die Exekutive empfänglich. Viele Senatoren und Abgeordnete verfügen über „sichere Sitze“, müssen keine Abwahl befürchten. Dies macht es auch für Präsidenten und ihre zuständigen Mitarbeiter schwierig Abstimmungsergebnisse zu beeinflussen. Der Vizepräsident bringt zudem wenig Verhandlungsmacht mit, er alleine kann keine großen Gegengefallen in Aussicht stellen. Zudem muss er seine politische Zukunft miteinkalkulieren. Auch verfolgen Präsidenten und Vizepräsidenten nicht zwangsläufig die selben Interessen. Der Präsident beauftragt bewährte Mitarbeiter damit, im Kongress Lobbying-Arbeit zu betreiben. Der Vizepräsident kann ergänzende Arbeit leisten. Er muss die Gepflogenheiten im Kongress beachten, um seine Rolle als Lobbyist nicht „aufs Spiel zu setzen“. (Vgl. Goldstein 1982, S. 181-183)

Obige Feststellung dass der Vizepräsident keine Gegengefallen leisten kann, ist möglicherweise nicht mehr zur Gänze zeitgemäß. Denn als mittlerweile enger Berater des Präsidenten kann er diesem Wünsche und Anregungen von Mitgliedern des Kongresses nahe bringen.

Wird der Vizepräsident vom Präsidenten damit beauftragt für Vorhaben, die er persönlich nicht unterstützt, im Kongress zu werben, bringt ihn dies in eine schwierige Situation. Verweigert er den Auftrag, kann er sich den Unmut des Präsidenten und dessen Mitarbeiter zuziehen. Erfüllt er den Auftrag, kann er zwischen die Fronten geraten - in dem Fall dass ein Vorhaben des Weißen Hauses im Kongress umstritten ist. Eine solche Situation kann das Ende guter Beziehungen zu Senatoren und Abgeordneten bedeuten und Präsidenschaftspläne des Vizepräsidenten gefährden.

3.1.5 Sprecher der Administration

Vizepräsidenten dienen nicht nur als Sprachrohr des Präsidenten im Hinblick auf den Kongress, sondern wenden sich auch in Reden (unterschiedliche Formate) an die Öffentlichkeit bzw. vermitteln Standpunkte der Administration.

Aufgrund ihrer landesweiten Prominenz werden Vizepräsidenten oftmals damit beauftragt als Redner, als Verteidiger von und Werber für Maßnahmen der Administration aufzutreten. (Vgl. Light 1984, S. 35).

Dies kann auch dazu führen, dass der Vizepräsident Gegner von politischen Maßnahmen der Administration öffentlich kritisiert.

Spiro Agnew griff 1969, vor dem „Vietnam Moratorium“, einer großen Demonstration gegen die Beteiligung der USA am Vietnamkrieg, Mitglieder der Antikriegs-Bewegung, bei denen es sich in der Regel Studenten um Studenten handelte, bei mehreren Auftritten scharf an. Dabei verwendete er Redewendungen wie „parasites of passion“ oder „ideological eunuchs“. (Vgl. Witcover 1992, S. 235-237)

Die Vizepräsidentschaft Al Gores bietet ein Beispiel für eine weniger kontroverielle öffentliche Auseinandersetzung mit politischen Gegnern.

Präsident Clinton war mit Opposition aus der eigenen Partei gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) konfrontiert – vor allem von Seiten der Arbeitnehmervertreter. Vizepräsident Gore debattierte¹⁹ mit Ross Perot²⁰ in der Fernseh-Talkshow „Larry King Live“ über NAFTA. Sein Auftreten drehte die öffentliche Meinung zugunsten der Administration. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 125)

Wie Spiro Agnew setzten sich auch Dan Quayle und Dick Cheney öffentlich mit Kriegsgegnern auseinander bzw. warben für den Kriegskurs ihrer Administration.

So attackierte Quayle am 10. Dezember 1990²¹ in einer Rede vor der Vereinigung Republikanischer Gouverneure in New York Mitglieder des Kongresses aus den Reihen der demokratischen Partei. Er warf ihnen dabei vor „politische Spielchen“ zu betreiben und die „Position der USA in der Krise zu unterminieren“. Insbesondere bezog er sich dabei auf den Verlauf von Anhörungen der Senatsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten („Committee on Foreign Relations“) und für Streitkräfte („Committee on Armed Services“), die sich mit dem möglichen Einsatz militärischer Mittel gegen den Irak befassten. (Vgl. Kengor 2000a, S. 193)

¹⁹ Die Debatte fand am 9. November 1993 statt.

²⁰ Der Geschäftsmann war 1992 als parteiloser Präsidentschaftskandidat angetreten.

²¹ Die USA traten am 17. Januar 1991 in den Golfkrieg ein.

Dick Cheney erklärte am 26. August 2002 in einer Rede bei einer Veranstaltung der Organisation „Veteranen Auswärtiger Kriege“ („Veterans of Foreign Wars“), dass Saddam Hussein ohne Zweifel Massenvernichtungswaffen besäße und diese anhäufe, um sie gegen Freunde und Verbündete der USA, sowie gegen die USA selbst einzusetzen. (Vgl. Montgomery 2009, S. 149).

Es gibt eine Vielzahl weiterer Themen und Maßnahmen, zu denen sich Vizepräsidenten öffentlich geäußert haben bzw. welche sie angekündigt haben.

Vizepräsident Bush kündigte am 22. Juli 1982 eine staatliche Unterstützungszahlung in der Höhe von 2,6 Millionen Dollar für die medizinische Universität „Morehouse School“ (vorwiegend afroamerikanische Studenten) in Atlanta an. Er tat dies während er der Eröffnung eines neuen Universitätsgebäudes beiwohnte. (Associated Press 1982, online)

Vizepräsident Biden verteidigte in einer Rede am Forschungsinstitut „Brookings Institution“ das Konjunkturpaket der Administration Obama. Unter anderem argumentierte der Vizepräsident, dass die Ausgaben in Höhe von 787 Millionen Dollar eine weitere Abschwung der amerikanischen Wirtschaft verhindert hätten. (Vgl. Cooper 2009, online)

Die Rolle des Regierungssprechers kann dem Vizepräsidenten „Auftritte im Rampenlicht“ bescheren, jedoch auch Nachteile im Hinblick auf die weitere berufliche Zukunft bringen.

Die Gefahr der Sprecherrolle liegt darin, zu eng mit der Politik der Administration in Zusammenhang gebracht zu werden. Vizepräsident Ford hatte während der ersten Monate seiner Amtszeit den durch das Aufkommen des Watergate-Skandals in Bedrängnis geratenen Präsidenten Nixon energisch verteidigt (die betreffenden Reden waren von Mitarbeitern Nixons verfasst worden). Nach dem Rücktritt Nixons und seiner darauffolgenden, umstrittenen Pardonierung durch den nunmehrigen Präsidenten Ford, wurden Archivaufnahmen besagter Reden als Beweis für einen „Deal“ zwischen den beiden Politikern herangezogen. Als Walter Mondale 1983 seine Präsidentschaftskandidatur angekündigte, erwiesen sich seine Verbindungen zur Administration Carter als problematisch. Mondale hatte nach Außen hin das Getreide-Embargo gegen die Sowjetunion mitgetragen, obwohl er persönlich dagegen gewesen war. Vor Beginn der Vorwahlsaison im Agrarstaat Iowa²² bereute er die einstmals getroffene Entscheidung. (Vgl. Light 1984, S. 36 f.)

Eine weitere Spielart der Sprecherrolle ist jene des Ansprechpartners bzw. Vertreters der Administration vor Ort, vor allem im Fall von Naturkatastrophen.

²² Dennoch gewann Mondale den „Iowa Caucus“ deutlich vor Gary Hart. (Vgl. The Iowa Caucus o. J., online)

Dan Quayle reiste nach einer Ölkatastrophe nach Alaska, reiste nach San Francisco nach dem Erdbeben von 1989 und absolvierte 1992, aufgrund von Rassenunruhen, einen Aufenthalt in Los Angeles. Al Gore besuchte während seiner Amtszeit Überschwemmungsgebiete im Mittleren Westen der USA, sowie von Tornados verwüstete Teile der Bundesstaaten Kentucky, Ohio und West Virginia. Dick Cheney wurde 2005 nach dem „Hurricane Katrina“ in die betroffenen Gebiete an der Golfküste entsandt. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 120 f.)

3.1.6 Oberster Wahlkämpfer der Partei

Eine weitere Rolle, die Vizepräsidenten übernehmen, ist jene des Wahlkämpfers – sei es als Helfer für Senatoren und Abgeordnete der Partei vor den Kongresswahlen, zur Mitte seiner Amtszeit, als Helfer für Kandidaten für Gouverneursposten (u. U. auch für Posten auf Lokalebene) oder als Unterstützer des Präsidenten, so dieser eine Wiederwahl anstrebt, was in der Regel auch eine erneute Vizepräsidentschaftskandidatur des amtierenden Vizepräsidenten bedeutet. Auf Aufgaben und Rollen beim erstmaligen Antreten als Running Mate im Präsidentschaftswahlkampf wird in Kapitel 4 eingegangen.

Als Prototyp des wahlkämpfenden Vizepräsidenten gilt Richard Nixon.

Im Wahlkampf vor den Kongresswahlen 1954 vertrat Nixon Präsident Eisenhower, der sich als „Präsident aller Leute“ sah sich daher nicht in Parteipolitik einmischen wollte, als „obersten Wahlkämpfer“ der Republikaner. Nixon besuchte 95 Städte in 31 Bundesstaaten, hielt über 200 Reden und reiste 26.000 Meilen. Dabei griff er die Demokratische Partei an - so bezeichnete er sie als „Partei von Korea, Kommunismus und Korruption“. Nixons Bemühungen scheinen nahezu wirkungslos gewesen zu sein, denn die Demokraten gewannen die Kontrolle über beide Kammern des Kongresses zurück. Nixon bekräftigte seinen Ruf ein „politischer Holzhacker“ zu sein. (Vgl. Witcover 1992, S. 125)

Als weiteres Beispiel eines energischen Wahlkämpfers lässt sich Vizepräsident Spiro Agnew anführen. Wobei anzumerken ist, dass er unter Richard Nixon Vizepräsident war.

Im Herbst 1970 beauftragte Präsident Nixon Vizepräsident Agnew ihn im Wahlkampf für die anstehenden Kongresswahlen zu vertreten, obwohl einige republikanische Kandidaten bekannt gegeben hatten, keine Unterstützung durch den Vizepräsidenten zu wünschen. Nixon wollte die Hauptstadt nicht verlassen. Weiters sollte der Vizepräsident dafür sorgen, dass republikanische (wie auch demokratische) Kandidaten, die die Vietnampolitik der Administration kritisiert hatten, nicht wiedergewählt würden. Agnew ging dabei „rüde“

vor. Seine Attacken gegen Charles Goodell, republikanischer Senator aus New York, waren so „stechend“, dass sich Gerald Ford, republikanischer Minderheitsführer im Repräsentantenhaus, darüber im privaten Rahmen beschwerte. Goodell, wie auch andere Kandidaten, die den Vietnamkurs der Administration Nixon nicht unterstützt hatten, wurden nicht in den Kongress gewählt. Im Präsidentschaftswahlkampf 1972 folgte Agnew dem demokratischen Vizepräsidentschaftskandidaten Sargent Shriver von Stadt zu Stadt, um vor Ort auf dessen vorherige Reden reagieren zu können. (Vgl. Greene 1997, S. 129 f.) Vizepräsident Quayle bereiste im Wahlkampf zu den Kongresswahlen 1990 sämtliche 50 Bundesstaaten und sammelte über 15 Millionen Dollar an Wahlkampfspenden. Quayle machte „eine gute Figur“, obwohl die Republikaner Sitze im Kongress verloren. Im Präsidentschaftswahlkampf 1992 bemühte sich der Vizepräsident das Thema „Familienwerte“ einzubringen. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 160)

Wahlkämpfende Vizepräsidenten sind keine „republikanische Spezialität“.

Bei den Kongresswahlen 1978 standen beide Senatssitze von Minnesota, dem Heimatstaat von Vizepräsident Mondale, zur Wahl. Robert Short, der sich gegen Abtreibung aussprach, setzte sich in der Vorwahl der Demokratischen Partei durch. Daraufhin sprach ihm Mondale, der an sich als liberal angesehen wurde, seine Unterstützung aus. Dies brachte dem Vizepräsidenten die Kritik des liberalen Parteiflügels ein. Bei den folgenden Wahlen gewannen die Republikaner beide Senatssitze Minnesotas, zudem verloren bundesweit liberale Kandidaten massiv an Unterstützung. Dies verringerte Mondales Ansehen im Weißen Haus, sein Können als Wahlkämpfer wurde angezweifelt. Dennoch spielte Mondale eine wichtige Rolle im Präsidentschaftswahlkampf 1980. Im Jahr zuvor hatte Senator Edward Kennedy angekündigt Präsident Carter in den Vorwahlen der demokratischen Partei herausfordern zu wollen. Mondale setzte seine Verbindungen zum liberalen Flügel der Partei zugunsten Carters ein, der versuchte sich möglichst aus dem Vorwahlkampf herauszuhalten und sich schließlich gegen Kennedy behaupten konnte. (Vgl. Light 1984, S. 216 f.)

Al Gore sammelte beinahe 9 Millionen Dollar für die Wiederwahl-Kampagne Bill Clintons von 1996 und war dafür bei 39 Veranstaltungen zugegen. Jedoch geriet er dabei in den Verdacht gegen gesetzliche Regelungen verstoßen zu haben. Er wurde beschuldigt von seinem Büro im Weißen Haus aus, per Telefon, um Spendengelder geworben zu haben (es ist Bundesbediensteten untersagt innerhalb eines bundesstaatlichen Gebäudes Spendengelder zu sammeln), zudem soll Gore in einem buddhistischen Tempel illegale Wahlkampfspenden erhalten haben. Das Justizministerium stellte zwar schließlich fest,

dass sich der Vizepräsident in beiden Fällen nicht ungesetzlich verhalten habe, dennoch warfen die Anschuldigungen „einen Schatten“ auf Gores Präsidentschaftskampagne von 2000. Richard Cheney setzte sich im Sommer 2002 das Ziel für die anstehenden Kongresswahlen 10 Millionen Dollar, für etwa 60 Kandidaten der republikanischen Partei zu sammeln. Bei diesen „midterm elections“ konnten die Republikaner, entgegen historischer Trends, in beiden Kammern Sitze dazugewinnen. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 125 f.)

Am Beispiel der Präsidentschaftswahl 2008 zeigt sich, dass amtierende Vizepräsidenten keineswegs stets willkommene Wahlhelfer sind.

In den Vorwahlen der Republikanischen Partei wollte bis auf Rudy Giuliani keiner der Kandidaten mit Vizepräsident Cheney, der in die öffentliche Kritik geraten war, in Verbindung gebracht werden. John McCain, der schließlich als Präsidentschaftskandidat der Partei nominiert wurde, machte Cheney für den seiner Meinung nach „furchtbar falsch gehandhabten“ Krieg im Irak verantwortlich. (Vgl. Gellman 2008, S. 387)

Für den Herbst 2009 kündigte Vizepräsident Biden Auftritte in New Jersey an. Jon Corzine, amtierender demokratischer Gouverneur des Bundesstaates, bewarb sich um eine Wiederwahl²³. Wobei er in Umfragen vor der Wahl hinter seinem republikanischen Herausforderer Christopher Christie lag. (Vgl. Halbfinger; Kocieniewski 2009, online)

Stellt sich der Vizepräsident bei Erfüllung der vorher genannten Aufgaben, z. B. als Lobbyist im Kongress oder als Gesandter, vor allem in den Dienst der Administration, so stellt er sich als Wahlkämpfer in den Dienst der Partei, vor allem in den von Kandidaten seiner Partei für Sitze im US-Kongress. Es ist anzunehmen, dass sich erfolgreiche Kandidaten, die im Wahlkampf vom Vizepräsidenten Unterstützung erhielten, sei es über Reden oder Spendensammelaktionen, sich diesem zu Dank verpflichtet fühlen. Gleiches kann auch für wiedergewählte Präsidenten und deren Mitarbeiter gelten. Dies kann wiederum dem Vizepräsidenten für seine weitere politische Karriere dienlich sein. Wahlkampfauftritte können unter Umständen auch eine Trainingsfunktion für spätere Präsidentschaftskandidaturen haben. Andererseits kann sich der Vizepräsident durch die Unterstützung bestimmter Kandidaten die Kritik eines Flügels seiner Partei zuziehen, wie erwähnt passierte dies Walter Mondale vor den Kongresswahlen 1978. Es kann auch dazu kommen, dass sich der Vizepräsident durch energischen Wahlkampfeinsatz für Kandidaten seiner Partei den Ruf des „parteiischen Hardliners“ erwirbt. Dies könnte es ihm erschweren bei späterem Antritt als Präsidentschaftskandidat „independent voters“, das heißt Personen,

²³ Die Wahl fand am 3. November 2009 statt. Der republikanische Kandidat Christie gewann.

die keine Stammwähler einer der beiden großen Parteien sind, anzusprechen. Verlieren Kandidaten zugunsten derer sich der Vizepräsident öffentlich engagiert hat, „haftet“ die Niederlage auch an ihm. Möglicherweise ist der Vizepräsident gar nicht bei allen Kandidaten seiner Partei als öffentlichkeitswirksamer Unterstützer erwünscht, insbesondere nicht bei solchen Kandidaten, die politische Ansichten des Vizepräsidenten nicht teilen. Vizepräsidenten können während Wahlkämpfen auch zu „Zielscheiben“ von Kandidaten der eigenen Partei werden, so sich diese erhoffen bei den Wählern damit punkten zu können (siehe zum Beispiel Vorwahlen der Republikanischen Partei zu den Präsidentschaftswahlen 2008).

Eine weitere Rolle des Vizepräsidenten ist jene des hochrangigen Parteifunktionärs, die durchaus mit der des Wahlkämpfers verknüpft ist. Parteiarbeit von Vizepräsidenten ist jedoch nicht auf die Beteiligung an Wahlkämpfen beschränkt.

Grundsätzlich hängen die Gestaltungsmöglichkeiten des Vizepräsidenten in diesem Tätigkeitsbereich davon ab, wie sehr der Präsident an Parteiarbeit interessiert ist. So überließ Präsident Eisenhower Vizepräsident Nixon die Rolle des Parteiführers. Während der Kongresswahlen von 1954 fungierte Nixon nicht nur als Wahlkämpfer, er versuchte auch die Flügel der Republikanischen Partei zu einen. Präsident Kennedy hingegen war an parteipolitischen Aktivitäten interessiert und behielt die Kontrolle über den Parteiapparat und über die Erarbeitung von Strategien. Vizepräsident Agnew war während seines ersten Amtsjahres darum bemüht seine Partei im Süden der USA noch weiter zu verankern. Walter Mondale organisierte Briefings für erstmals in den Kongress gewählte demokratische Politiker. (Vgl. Goldstein 1982, S. 184-189)

Es folgen einige Beispiele für parteipolitisches Engagement von Vizepräsidenten, welches vielfältige Formen annehmen kann.

1998 kam es zu Spannungen zwischen weißen und afroamerikanischen Mitgliedern der demokratischen Parteiorganisation Floridas. Alcee L. Hastings, Abgeordneter des Bundesstaates im US-Repräsentantenhaus, bat Vizepräsident Gore schlichtend einzugreifen, worauf dieser seine Hilfe zusagte. (Vgl. Ayres 1998, online))

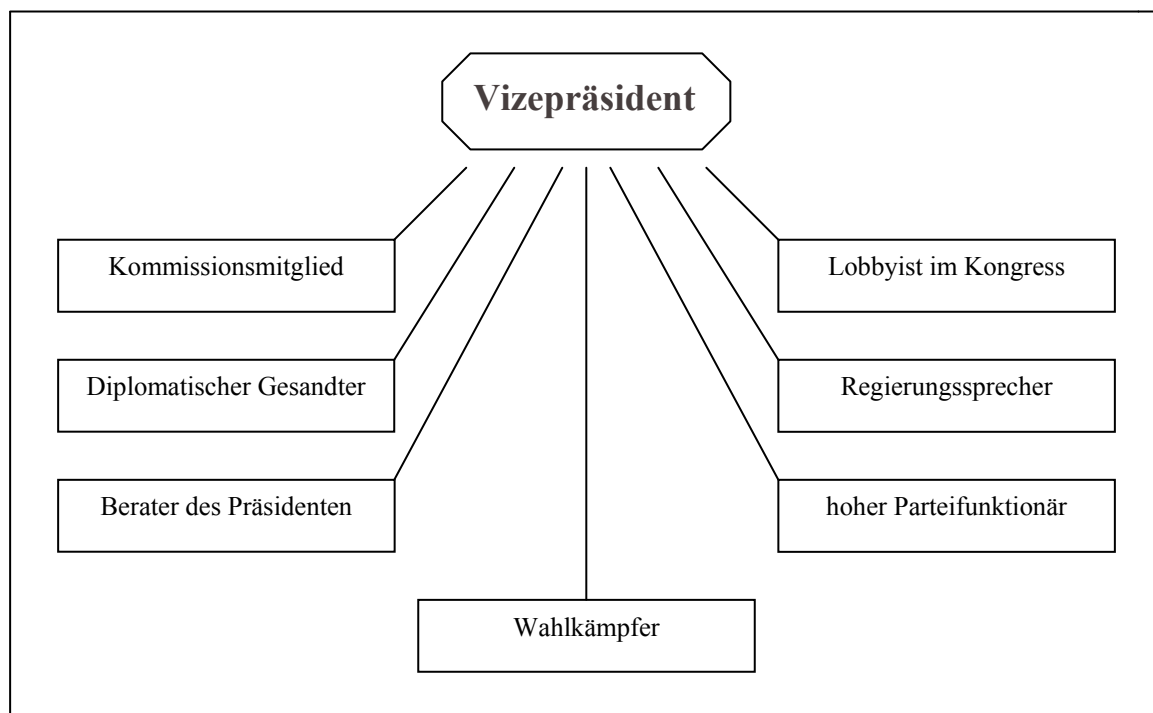
Im April 2001 überzeugte Vizepräsident Cheney Tim Pawlenty, den damaligen Mehrheitsführer im Abgeordnetenhaus des Bundesstaates Minnesota, sich nicht um einen Sitz im U.S. Senat zu bewerben bzw. bei den Vorwahlen der Republikanischen Partei nicht gegen den von Cheney favorisierten Norm Coleman, Bürgermeister von St. Paul, anzutreten. (Vgl. Nichols 2004, S.194)

Vizepräsident Biden versuchte, nach Angaben von Mitarbeitern des Weißen Hauses, bereits vor Amtsantritt, sowie in den ersten Monaten seiner Amtszeit, Arlen Specter, den republikanischen Senator von Pennsylvania, zu einem Parteiwechsel zu bewegen. Im April 2009 kündigte Specter schließlich an, sich der Demokratischen Partei anschließen zu wollen (Vgl. Hulse; Nagourney 2009, online)

Ähnlich wie bei der Rolle des Vizepräsidenten als Wahlkämpfer ist anzunehmen, dass die Übernahme von Aufgaben eines hochrangigen Parteifunktionärs dem Vizepräsidenten Vorteile für seine weitere politische Karriere bringen kann (z. B. Aufbau eines Netzwerks in der Partei), aber auch Nachteile – z. B. Schwierigkeiten bei späteren Wahlen nicht parteigebundene Wähler anzusprechen.

Die folgende Grafik stellt abschließend die verschiedenen Aufgabenbereiche des Vizepräsidenten, die sich entwickelt haben, dar.

Abb. 4: Der moderne Vizepräsident ist in verschiedenen Bereichen tätig



(eigene Darstellung)

3.2 Entwicklung der Ressourcen

Zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben benötigt der Vizepräsident Mitarbeiter. Größe und Struktur des Stabes des Vizepräsidenten haben sich seit den Sechzigerjahren des

Zwanzigsten Jahrhunderts signifikant entwickelt. Wobei die Größe des Budgets, das dem Vizepräsidenten für die Anstellung von Mitarbeitern zugeteilt wird, eine entscheidende Rolle spielt.

In Zusammenhang mit Personalressourcen stehen Arbeitsräume, die dem Vizepräsidenten bzw. seinen Mitarbeitern zur Verfügung stehen.

Seit der Eröffnung jenes Flügels des Kapitols, in dem sich die Räumlichkeiten des Senats befinden, im Jahr 1859, besitzt der Vizepräsident dort ein Büro, direkt hinter dem Sitzungssaal des Senats. Besucher konnten sich in früheren Zeiten frei durch das Kapitol bewegen. Thomas R. Marshall, Vizepräsident unter Woodrow Wilson, beschwerte sich, dass er sich „wie ein Zootier“ fühle und erhielt schließlich als erster Vizepräsident einen Raum im „Russell Senate Office Building“ beim Kapitol. Richard Nixon war der letzte Vizepräsident, der ein Büro in diesem Gebäude hatte. (Vgl. U.S : Senate 2009, S. 15)

Seit der Eröffnung des „Dirksen Senate Office Building“ im Jahr 1958, ebenfalls beim Kapitol, verfügen der Vizepräsident und seine Mitarbeiter dort über eine Zimmerflucht. (Vgl. U.S: Senate o. J. b, online)

Der Vizepräsident und seine Mitarbeiter verfügten demnach über Arbeitsräume im und beim Kapitol. Dies ist ein Anzeichen dafür, dass das Amt des Vizepräsidenten über eine weite Strecke seiner Geschichte eher dem Bereich der Legislative zugeordnet wurde. Ab Beginn der Sechzigerjahre ist ein Wandlungsprozess feststellbar.

Vizepräsident Johnson erhielt eine Zimmerflucht mit sechs Büroräumen im „Executive Office Building“ beim Weißen Haus. Seither nutzen Vizepräsidenten Räume in diesem Gebäude, vorwiegend für feierliche Anlässe. Auch die „Second Ladies“, das heißt die Gattinnen der Vizepräsidenten, verfügen über Räume in diesem Gebäude. Spiro Agnew hatte für kurze Zeit ein Büro im Weißen Haus. Seit Walter Mondale hat der amerikanische Vizepräsident dauerhaft ein Büro im Westflügel des Weißen Hauses, in unmittelbare Nähe des „Oval Office“. Diese Nähe zum Präsidenten erhöht die Chance, dass der Vizepräsident in bedeutende Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezogen wird. Im Juli 1974 beschloss der Kongress ein Gebäude am Gelände des „Naval Observatory“, eines astronomischen Forschungsinstitutes in Washington, zum offiziellen Wohnsitz des Vizepräsidenten zu machen. Denn die Kosten für die Sicherung der privaten Wohnhäuser der Vizepräsidenten und ihrer Familien waren im Laufe der Jahre beträchtlich angestiegen. „Number One Observatory Circle“ war einst als Haus für den Superintendenten des Instituts gebaut worden. Walter Mondale bewohnte es als erster Vizepräsident. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 110 f.)

Somit rückte der Vizepräsident räumlich, wie politisch, mit Beginn der Sechzigerjahre deutlich in Richtung Exekutive. Wobei sich dieser Trend bereits während der Vizepräsidentschaft Nixons abzeichnete (siehe z. B. Nixons Vertreter-Rolle während der Erkrankungen Präsident Eisenhower). Die Schaffung eines offiziellen Wohnsitzes des Vizepräsidenten kann als Verleihung zusätzlicher Amtswürde interpretiert werden.

Neben der Erweiterung der räumlichen Ressourcen des Vizepräsidenten kam es auch zu einer Expansion der personellen, wie finanziellen Ressourcen.

Richard Nixon verfügte 1960 über einen Stab von 16 Personen, verteilt über drei verschiedene Standorte am „Capitol Hill“. Mangels eigener Arbeitsräume im Weißen Haus musste der Vizepräsident, wenn notwendig, dortige Konferenzräume nutzen. (Vgl. David 1967, S. 733)

Vizepräsident Johnson verfügte über einen Stab von 20 Mitarbeitern, die er mit dem Budget, das ihm in seiner Funktion als Präsident des Senats zur Verfügung stand, einstellte oder von Behörden der Exekutive „auslieh“. (Vgl. Schlesinger 1987, S. 350)

Johnson nutzte seinen Vorsitz über den Weltraum-Rat, um zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. (Vgl. Light 1984, S. 8)

Die Leitung von Kommissionen und Arbeitsgruppen bot demnach einen Weg, um den Mitarbeiterstab zu vergrößern. Dies nutzte insbesondere Humphrey. Die dadurch dazu gewonnenen Mitarbeiter arbeiteten zwar formal nicht für den Vizepräsidenten, sondern z. B. für Ministerien, waren ihm gegenüber aber loyal eingestellt. (Vgl. ebd., S. 32)

Somit war nach wie vor kein „Büro des Vizepräsidenten“ innerhalb der Exekutive verankert. Vizepräsidenten beschäftigten Mitarbeiter entweder über Mittel des Senats, über die Leitung diverser Gremien, oder „borgten“ sie von verschiedenen Ministerien und Behörden. Während der Vizepräsidentschaft Spiro Agnews kam es zu einer entscheidenden Änderung.

Seit dem Budgetjahr 1970 hat das Büro des Vizepräsidenten (Office of the Vice President) einen Posten im Haushaltsplan der Exekutive (unter der Bezeichnung „Special Assistance to the President“). Genauer gesagt erhält es Mittel aus dem Budget des Präsidenten. Dies war gleichbedeutend mit der Eingliederung des Büros des Vizepräsidenten in das Executive Office of the President. Daneben erhalten Vizepräsidenten weiterhin finanzielle Mittel vom Senat, diese machen jedoch nicht den größten Teil des Budgets aus. Im Jahr 1973 wurde

das Büro des Vizepräsidenten erstmals im „United States Government Organization Manual“²⁴ aufgelistet. (Vgl. Light 1984, S. 69 f.)

Die Miteinbeziehung in das Budget der Exekutive war ein weiterer Schritt in Richtung Eingliederung des Amtes in diesen Zweig des amerikanischen Regierungssystems. Die zusätzlichen finanziellen Mittel stellten die notwendige Basis für die quantitative Expansion und qualitative Verbesserung des Stabes dar und führten zu mehr institutioneller Unabhängigkeit. Die Vizepräsidenten Ford und Rockefeller konnten die neuen finanziellen Möglichkeiten nutzen.

Ford schuf den eigenständigen Verwaltungsstab des amerikanischen Vizepräsidenten, mit der Möglichkeit Mitarbeiter einzustellen und zu entlassen. Sein Vorgänger Agnew hatte zwar über einige persönliche Mitarbeiter verfügt (z. B. für die Bereiche Presse und Beziehungen zum Kongress) war aber dennoch auf die Unterstützung durch Mitarbeiter des Präsidenten angewiesen gewesen, die für ihn beispielsweise Reden verfassten und die Terminplanung übernahmen. Ford hingegen beschäftigte eigene Redenschreiber, Verwaltungskräfte, erweiterte die Zahl seiner Politikberater und verfügte als erster Vizepräsident über einen Rechtsberater und einen Berater für Themen der Nationalen Sicherheit. Beginnend mit der Ära Ford entwickelte das Büro des Vizepräsidenten Organisationsstrukturen, die jenen von Behörden der Exekutive ähneln – Befehlsketten und Aufgabenverteilungen. Dies verbesserte die Kommunikation mit dem Stab des Weißen Hauses. Die Zahl der Mitarbeiter des Vizepräsidenten stieg in der Ära Rockefeller auf 70 an. (Vgl. Light 1984, S. 70-73)

Dies bedeutet eine beachtliche Expansion der Personalressourcen in einem Zeitraum von nur ca. 15 Jahren (siehe Nixons Stab von 16 Personen im Jahr 1960). Eine weitere relevante Entwicklung fand während der Vizepräsidentschaft Mondales statt – wie bereits erwähnt wurden Mondales Mitarbeiter in den Stab des Weißen Hauses integriert. Die unter Rockefeller erreichte Stabsgröße von 70 Personen konnte von den folgenden Vizepräsidenten in etwa gehalten werden.

Walter Mondale hatte einen Stab, der sich zwischen 60 und 70 Personen bewegte, seither hat der Stab des Vizepräsidenten ungefähr diese Größe beibehalten (Vgl. Baumgartner 2006, S. 110)

Es ist anzunehmen, dass ein Stab von wenigen Personen, die verschiedene Aufgabenbereiche gleichzeitig bewältigen müssen, weniger effizient arbeitet, als ein größerer Stab mit Spezialisten für bestimmte Arbeitsbereiche. So können Personen, die

²⁴ Dieses Handbuch bietet Informationen zu den einzelnen Dienststellen von Legislative, Exekutive und Judikative auf Bundesebene. (Vgl. <http://www.gpoaccess.gov/gmanual/>)

sich in ihrer Arbeit ganz auf die Erarbeitung sicherheitspolitischer Vorschläge oder innenpolitischer Programme konzentrieren können, dem Vizepräsidenten wertvolle Inputs liefern, die dieser in seiner Funktion als Berater des Präsidenten nützen kann.

Vizepräsidenten können den Aufbau ihres Stabes ändern, es haben sich aber organisatorische Kernbereiche entwickelt. Zum einen gibt es den Verwaltungsbereich. Dort tätige Mitarbeiter kümmern sich um das „Tagesgeschäft“ – das heißt um die Buchhaltung, die Besorgung von Ausstattung, den „Papierfluss“, den Terminplan des Vizepräsidenten und die Organisation von Reisen. Ein weiterer Kernbereich kümmert sich um politische Belange. Darunter fallen die Behandlung von Anfragen von Bürgern an den Vizepräsidenten, das Verfassen von Reden, Kommunikation mit dem Kongress, Pressearbeit. Als dritten Kernbereich gibt es den Beratungsbereich. Vizepräsidenten haben Berater für Nationale Sicherheit, innenpolitische Belange, Rechtsfragen. Der Stabschef des Vizepräsidenten kümmert sich um auftretende Probleme, leitet die Mitarbeiter, vertritt den Vizepräsidenten in Sitzungen hochrangiger Mitglieder des Stabes des Präsidenten. (Vgl. Light 1984, S. 79-97)

Der Stab des Vizepräsidenten hat sich zu einer Replik jenes des Präsidenten entwickelt. Die Beschäftigung von Experten für Außen- und Sicherheitspolitik hat die Beteiligung von Vizepräsidenten an außenpolitischen Vorhaben ermöglicht, in die sie ansonsten kaum involviert gewesen wären – zum Beispiel Quayles Beitrag zur Lateinamerika-Politik der Administration Bush, Gores Involvierung in die Balkanpolitik der Administration Clinton. (Vgl. Kengor 2000, S. 21)

Vizepräsidenten und ihre Mitarbeiter erhielten beginnend mit der Ära Mondale eine Reihe weiterer Vergünstigungen, denen vor allem auch symbolische Bedeutung zukommt. So stehen Vizepräsidenten mittlerweile gut ausgestattete Flugzeuge, die die Mitreise von Journalisten erlauben, und Limousinen zur Verfügung. Zudem bekamen Mitarbeiter des Vizepräsidenten Zutritt zur Messe des Weißen Hauses, d. h. den Speiseräumen des Stabs des Präsidenten. (Vgl. Light 1984, S. 73 f.)

Abb. 5: Budgetmittel für das Büro des Vizepräsidenten in den Budgetjahren 1997-2009 (in \$)

Budgetjahr	Mittel aus Budget der Exekutive²⁵	Mittel aus Budget des Senats	Gesamtbudget
1997	3604000	1580000	5184000
1998	3712000	1591000	5303000
1999	3846000	1669000	5515000
2000	3962000	1731000	5693000
2001	4027000	1795000	5822000
2002	4210000	1877000	6087000
2003	4243000	1959000	6202000
2004	4792000	2044000	6836000
2005	4904000	2126000	7030000
2006	4780000	2201000	6981000
2007	4669000	2253000	6922000
2008	4752000	2266000	7018000
2009	4819000	2433000	7252000

(eigene Darstellung, Daten entnommen aus Government Printing Office 2009, online)

Die Haushaltspläne von 1997 bis 2001 entstanden unter der Präsidentschaft Bill Clintons, die weiteren unter der Präsidentschaft von George W. Bush. Über den Zeitraum von 13 Jahren ist ein Anstieg des Budgets des Büros des Vizepräsidenten festzustellen, sowohl was die Mittel aus dem Haushalt der Exekutive, als auch jene aus dem Etat des Senats (bzw. der Legislative) angeht.

Am Ende dieses Kapitels stellt sich die Frage, warum Vizepräsidenten Aufgabenbereiche und Ressourcen der Amtsvorgänger übernehmen können. So hat der Vizepräsident keineswegs Rechtsansprüche auf ein Büro im Westflügel des Weißen Hauses, auf die Rolle eines hochrangigen Beraters des Präsidenten, auf die Integration seiner Mitarbeiter in den Stab des Weißen Hauses usw. Er ist auf das Wohlwollen des Präsidenten und auf die Kooperationsbereitschaft dessen Mitarbeiter angewiesen. Es gibt jedoch Gründe, warum die Vizepräsidentschaft erhaltene Rollen, Ressourcen, Privilegien beibehält.

Es ist Usance, dass sich Vizepräsidenten bei Antritt mit Vorgängern über kommende Erfordernisse des Amtes und Verbesserungsmöglichkeiten unterhalten. Dies passiert über Parteigrenzen hinweg, so sprach Al Gore mit Dan Quayle. Das „institutionelle Gedächtnis“

²⁵ Mittel für Erhaltung und Betrieb der offiziellen Residenz des Vizepräsidenten sind enthalten.

hat zu höheren Erwartungen an die Vizepräsidentschaft geführt, macht es unwahrscheinlich, dass sich das Amt in Richtung seines Zustandes von vor dem 20. Jahrhundert zurückentwickelt. Entzieht der Präsident dem Vizepräsidenten Ressourcen und Zugangsmöglichkeiten riskiert er, dass der Vizepräsident und in weiterer Folge die gesamte Administration „das Gesicht verlieren“ bzw. Glaubwürdigkeit einbüßen. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 109-112)

4.0 Der Vizepräsident als „Running Mate“

Wie bereits in Kapitel 2 erläutert, verknüpft die amerikanische Verfassung die Wahl von Präsident und Vizepräsident miteinander (die selben Wahlmänner wählen die künftigen Inhaber der beiden Ämter). Eine gebräuchliche Bezeichnung für amerikanische Vizepräsidentschaftskandidaten lautet „Running Mate“.

Ein „Running Mate“ ist ein Nominierter für das „weniger bedeutende“ von zwei eng verbundenen politischen Ämtern. (Vgl. WordNet - 3.0 o. J., online)

Die Republikanische und die Demokratische Partei nominieren auf ihren Parteitag vor Präsidentschaftswahlen einen Präsidentschafts- und einen Vizepräsidentschaftskandidaten. Wobei der Vizepräsidentschaftskandidat in der Regel, vor seiner Nominierung durch die Partei, vom Präsidentschaftskandidaten ausgewählt wurde. Diese zwei Personen bilden das „Ticket“ der Partei – z. B. nominierten die Demokraten 2008 Obama als Präsidentschaftskandidaten und Biden als Vizepräsidentschaftskandidaten – Ticket Obama/Biden.

Dieses Kapitel befasst sich mit dem amerikanischen Vizepräsidentschaftskandidaten²⁶, d. h. genau genommen nicht zwingend mit dem amerikanischen Vizepräsidenten.

In der Regel entscheidet die Wahl darüber, wer das Vizepräsidentschaftsamt annimmt. Doch haben Wahlsieger (und auch Wahlverlierer) zuvor Selektionsprozesse durchlaufen, haben Wahlkampf geführt. Diese „Weichenstellungen“ sollen näher erörtert werden, da sie die amerikanische Vizepräsidentschaft entscheidend geprägt haben – dadurch indem sie

²⁶ Kandidaten „dritter Parteien“ werden nicht berücksichtigt.

festlegten, welche Personen sich der Wahl stellten und in weiterer Folge zum Vizepräsidenten gewählt wurden. Insbesondere wird die Periode von 1976 bis 2008 betrachtet.

Seit 1976 bewarb sich jeder amtierende Vizepräsident um eine zweite Amtszeit und erhielt die dafür nötige abermalige Nominierung durch die Partei. In den folgenden Ausführungen werden ausschließlich Prozesse bzw. Kriterien, die zur erstmaligen Auswahl einer Person als Vizepräsidentschaftskandidat führten, berücksichtigt.

Der erste Abschnitt befasst sich mit für die Nominierung maßgeblichen Auswahlkriterien. Häufig wird das „Ausbalancieren des Tickets“ als Leitfaden, der zur Auswahl eines bestimmten Politikers als Vizepräsidentschaftskandidat führt, angenommen. (Vgl. Sigelman; Wahlbeck 1997, S. 855; Goldstein 1982 S. 68)

Nach dieser Vorstellung soll der Vizepräsidentschaftskandidat den Präsidentschaftskandidaten ergänzen. Kommt beispielsweise der Präsidentschaftskandidat aus „Region A“, soll der Vizepräsidentschaftskandidat aus „Region B“ kommen, um dem Präsidentschaftskandidaten auch dort Wählerstimmen zu sichern. Oder ist der Präsidentschaftskandidat „jung“, sollte der Vizepräsidentschaftskandidat „alt“ sein und umgekehrt. Um herauszuarbeiten, ob und welche „Ausbalancierungs-Faktoren“ zum Tragen kamen, werden biografische Details der Vizepräsidentschaftskandidaten des Zeitraums 1976 bis 2008 berücksichtigt (Herkunftsregion, Alter, vorherige Dienstzeit in der Bundeshauptstadt, vormalige Bewerbung um Präsidentschaftskandidatur, Ideologie) bzw. werden zu den entsprechenden biografischen Details der jeweiligen Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei in Beziehung gesetzt. Durch die Betrachtung der Heimatstaaten der Vizepräsidentschaftskandidaten (Anzahl der Wahlmänner, Anzahl der Wahlsiege der Partei des Kandidaten in den Wahlen davor) wird auf eine weitere verbreitete Annahme Bezug genommen – der des „Home State Advantage“. Diese geht davon aus, dass Personen, die aus einem Bundesstaat stammen, der keiner der beiden Parteien eindeutig zuzuordnen ist, das heißt sowohl demokratische, als auch republikanische Präsidentschaftskandidaten haben in den Wahlen davor dort gesiegt („Swing States“²⁷), mit noch dazu einer möglichst großen Anzahl an Wahlmännerstimmen, bevorzugt als Vizepräsidentschaftskandidaten ausgewählt werden bzw. deswegen in den engeren Kreis der möglichen Vizepräsidentschaftskandidaten aufgenommen werden. Verschiedene Politologen bezweifeln jedoch, dass

²⁷ Andere Bezeichnungen lauten „Battleground States“ oder „Purple States“. Diese Bundesstaaten lassen sich keiner der beiden Parteien eindeutig zuordnen. (Vgl. <http://books.google.at/books?id=jK-0NPoMiYoC&pg=PA614&dq=swing+states+are+states&lr=#v=onepage&q=swing%20states%20&f=false>)

Vizepräsidentenskandidaten das Wahlergebnis in ihrem Heimatstaat signifikant beeinflussen oder dass sie generell einen signifikanten Einfluss auf das bundesweite Wahlergebnis haben. (Vgl. Dudley; Rapoport 1989)

Ein weiterer Abschnitt befasst sich mit dem Auswahlprozess. Generell ist für den Zeitraum 1976 bis 2008 anzunehmen, dass die Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen und Demokratischen Partei die Auswahl des Vizepräsidentenskandidaten entschieden, dass diese lediglich formal von der Partei „abgesegnet“ wurden (auf vorher gängige „Mechanismen“ wird kompakt eingegangen).

Der „modus operandi“ kann jedoch variieren – z. B. hinsichtlich der in den Entscheidungsprozess miteinbezogen Berater, der Überlegungszeit vor der endgültigen Festlegung auf einen Kandidaten, der Art und Anzahl der geführten Kandidatengespräche. Hierzu werden einige Fallbeispiele angeführt. Neben der Wahl des Vizepräsidentenskandidaten durch den Präsidentschaftskandidaten, wird eine weitere Perspektive eröffnet. Es ist kein Automatismus, dass demokratische und republikanische Politiker passiv darauf warten vom Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei „auserkoren“ zu werden – es gibt „Kampagnen um die Nominierung als Vizepräsidentenskandidat.“

Der dritte Abschnitt behandelt den Zeitabschnitt zwischen der Bekanntgabe der Entscheidung für einen bestimmten Vizepräsidentenskandidaten durch den Präsidentschaftskandidaten und dem Wahltag am Dienstag nach dem ersten Montag im November (präziser: Tag der Wahl der Wahlmänner). Es werden verschiedene Fallbeispiele herangezogen. Insbesondere werden die Auftritte des Kandidaten am Nominierungs-Parteitag und in der Debatte der Vizepräsidentenskandidaten beachtet. Am Ende des Kapitels wird auf die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Auswahl eines bestimmten Vizepräsidentenskandidaten den Ausgang der Präsidentschaftswahl beeinflusst, eingegangen.

4.1 Auswahl des Vizepräsidentenskandidaten – Kriterien

Die Auswahl eines Vizepräsidentenskandidaten wird grundsätzlich von zwei Hauptmotiven geleitet. Zum einen wollen Präsidentschaftskandidaten durch die Wahl eines, aus ihrer Sicht geeigneten, Running Mates die Chancen auf einen Wahlsieg erhöhen oder zumindest nicht verschlechtern. Zum anderen steht das Szenario im Raum, dass der

auszuwählende Vizepräsidentschaftskandidat später als Vizepräsident unerwartet die Nachfolge des Präsidenten antreten oder zumindest die Amtsgeschäfte zeitweilig übernehmen muss. Zudem übernehmen Vizepräsidenten eine Reihe von Aufgaben in der Regierungsarbeit.

Ist das erste Motiv ausschlaggebend, steht die „Wahlkampf-Eignung“ im Mittelpunkt der Erwägungen. Ist das zweite Motiv ausschlaggebend, steht die Qualifikation für das etwaige Ausüben des Präsidentenamtes im Mittelpunkt. Wobei keineswegs davon auszugehen ist, dass die beiden Motive nicht miteinander vereinbar sind. Das heißt Vizepräsidentschaftskandidaten können sowohl „wahlkampftauglich“, als auch „präsidentiabel“ sein (u. U. das Zweitere das Erstere).

Betrachtungsweisen, die „Ticket Balancing“ als vorrangige Perspektive wählen, sehen das Erreichen des Wahlsieges als „Leitstern“ bei der Auswahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten an. Die entsprechenden Auswahlkriterien sind danach ausgerichtet, nicht an der Gestaltung einer kommenden Amtszeit. Wobei anzuführen ist, dass sich ohne Wahlsieg das Denken an eine spätere Präsidentschaft erübrigt.

4.1.1 Ticket-Balancing

Um das Ticket „auszubalancieren“, sollte der Vizepräsidentschaftskandidat den Präsidentschaftskandidaten möglichst gut ergänzen (je nach dessen persönlichen Eigenschaften und biografischem Hintergrund).

Demnach versuchen Präsidentschaftskandidaten üblicherweise primär über die Auswahl des Vizepräsidentschaftskandidaten ihre Kernwählerschichten zu erweitern. Die pluralistisch geprägte amerikanische Gesellschaft macht für Präsidentschaftskandidaten, die nur über eine „schmale Wählerbasis“ verfügen, einen Wahlerfolg aussichtslos. Bemühungen des Ticket-Balancings berücksichtigen geografische Herkunft, Ideologie, Religionsbekenntnis und Art der Erfahrung als wichtige Faktoren. (Goldstein 1982, S. 68) Zunächst wird der Faktor „geografische Herkunft“ betrachtet. Das demokratische Ticket von 1960, Kennedy/Johnson, ist das „Paradebeispiel“. John F. Kennedy, aus dem Neuengland-Staat Massachusetts, trat mit dem „Südstaatler“ Lyndon B. Johnson aus Texas an.

Für die geografische Einordnung der Heimatstaaten der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten wird die Unterteilung der USA in vier Regionen durch die

amerikanische Volkszählungsbehörde – „U.S. Census Bureau“ herangezogen. (Vgl. U.S: Census Bureau o. J., online)

Abb. 6: Herkunft republikan. Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten (1976-2008)

Jahr	Kandidat P	Herkunftsregion	Kandidat VP	Herkunftsregion
1976	Ford	MW	Dole	MW
1980	Reagan	W	G. H. W. Bush	S
1988	G. H. W. Bush	S	Quayle	MW
1996	Dole	MW	Kemp	NO
2000	G. W. Bush	S	Cheney	W
2008	McCain	W	Palin	W

Anmerkung: MW = Mittlerer Westen, NO = Nordosten, S = Süden, W = Westen

(eigene Darstellung)

Zwei von Sechs republikanischen Tickets kamen aus derselben Region der USA. Wobei zu McCain/Palin anzumerken ist, dass Arizona und Alaska zwar derselben Region zugerechnet werden, die geografische Distanz zwischen den beiden Bundesstaaten jedoch beträchtlich ist. Das Ticket wird daher als geografisch ausbalanciert gewertet.

Daher kamen im engeren Sinne lediglich Ford/Dole aus derselben Region. Jeweils vier republikanische Kandidaten kamen aus dem Mittleren Westen und dem Westen, drei kamen aus dem Süden. Lediglich ein Kandidat kam aus dem Nordosten (im Kontrast zu vier demokratischen Kandidaten aus dieser Region).

Verschoob sich der Süden von der Demokratischen zur Republikanischen Partei, verschob sich der Nordosten von der Republikanischen zur Demokratischen Partei. Durch einen Rechtsruck der Republikanischen Partei, ausgelöst dadurch, dass Konservative aus dem Süden in ansteigenden Zahlen Republikaner wurden, verlor der moderate Parteiflügel, vorwiegend im Nordosten beheimatet, an Einfluss. Aufgrund der veränderten sozialpolitischen Positionen konnten die Republikaner Wähler aus dem Nordosten nur mehr in verringertem Maße ansprechen. (Vgl. Patterson 2007, S. 258 f.)

Abb. 7: Herkunft demokrat. Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten (1976-2008)

Jahr	Kandidat P	Herkunftsregion	Kandidat VP	Herkunftsregion
1976	Carter	S	Mondale	MW
1984	Mondale	MW	Ferraro	NO
1988	Dukakis	NO	Bentsen	S
1992	Clinton	S	Gore	S
2000	Gore	S	Lieberman	NO
2004	Kerry	NO	Edwards	S
2008	Obama	MW	Biden	S ²⁸

Anmerkung: MW = Mittlerer Westen, NO = Nordosten, S = Süden

(eigene Darstellung)

Lediglich das demokratische Ticket von 1992 kam aus einer Region – aus dem Süden der USA. Clinton/Gore gewannen die Wahl und traten 1996 abermals erfolgreich an.

Keiner der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten der Partei kam aus der westlichen Region der USA. Die Hälfte der vierzehn demokratischen Kandidaten kam aus dem Süden. Lediglich 1984 kamen weder Präsidentschafts-, noch Vizepräsidentschaftskandidat aus dieser Region. Die Auswahl von demokratischen Vizepräsidentschaftskandidaten aus dem Süden der USA kann zum Teil als Gegenreaktion auf die erhebliche Veränderungen des Wahlverhaltens dieser Region erklärt werden.

Seit dem Amerikanischen Bürgerkrieg hatte die Demokratische Partei den Süden der USA auf allen politischen Ebenen dominiert (Anm.: „Solid South“). Dies änderte sich seit ab Sechzigerjahren dramatisch. Die Positionierung der demokratischen Führung in Bürgerrechtsfragen verärgerte konservative Weiße. Der Süden entwickelte sich zu einer „republikanischen Bastion“²⁹. (Vgl. Patterson 2007, S. 258)

Demnach kamen Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten der Periode 1976 bis 2008 überwiegend aus unterschiedlichen Regionen der USA. Lediglich in zwei von dreizehn Fällen war dies nicht so – Ford/Dole 1976 (Wahlniederlage), Clinton/ Gore 1992 und 1996 (jeweils Wahlsieg). Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Bedeutung eines

²⁸ Wobei Delaware, Bidens Heimatstaat, auch als „Grenzstaat“, d. h. zwischen den Regionen Süden und Nordosten gelegen, angesehen werden kann.

²⁹ Obama/Biden konnten, anders als zuvor Gore/Lieberman (2000) und Kerry/Edwards“ (2004), einstige Konföderationsstaaten für sich entscheiden – Florida, North Carolina und Virginia. Dies ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass der afroamerikanische Kandidat Obama Wähler afroamerikanischer (wie auch lateinamerikanischer) Herkunft mobilisieren konnte. (Vgl. Towers 2009, S. 17)

geografisch ausbalancierten Tickets im Laufe der Entwicklung des politischen Systems der USA abgenommen hat.

Vor den Tagen unmittelbarer massenmedialer Berichterstattung konnten Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat einer Partei zur gleichen Zeit einander widersprechende Wahlkampfversprechungen in unterschiedlichen Teilen des Landes abgeben. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 43)

Im Folgenden werden Alter und Erfahrung als mögliche Faktoren für Ticket-Balancing überprüft. Als Indikator dient dabei die Anzahl der Dienstjahre in Washington.

Wobei von einem nonlinearen Effekt der politischen Erfahrung auf die Wahrscheinlichkeit als Vizepräsidentschaftskandidat gewählt zu werden, auszugehen ist. Es lässt sich jedoch die Schlussfolgerung ziehen, dass, falls die politische Erfahrung in Washington ausschlaggebend ist, ein „Veteran“ mit siebzehnjähriger Diensterfahrung eher den Vorzug erhalten wird, als jemand der auf acht Jahre im öffentlichen Dienst zurückblicken kann. Zudem wird der Politiker mit siebzehnjähriger Washington-Erfahrung in der Regel in merklich größerem Ausmaß dem prüfenden Blick der Öffentlichkeit unterzogen worden sein. Wohingegen im Hinblick auf Erfahrung die Unterschiede zwischen einem Volksvertreter mit sechsundzwanzig und einem mit fünfunddreißig Dienstjahren geringer sein werden. (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 413)

Abb. 8: Alter³⁰ und Washington-Erfahrung³¹ (Republikaner)

Kandidat P	Alter; Jahre in Washington	Kandidat VP	Alter; Jahre in Washington
Ford	63 (28)	Dole	53 (16)
Reagan	69 (0)	G. H. W. Bush	56 (4)
G. H. W. Bush	64 (12)	Quayle	41 (12)
Dole	73 (36)	Kemp	61 (20)
G. W. Bush	54 (0)	Cheney	59 (14)
McCain	72 (26)	Palin	44 (0)

(eigene Darstellung)

³⁰ „Alter“ wurde operationalisiert als die Anzahl der vollendeten Lebensjahre an dem Tag, an dem der jeweilige Präsidentschafts- oder Vizepräsidentschaftskandidat die Präsidentschaft bzw. Vizepräsidentschaft angetreten hat (bzw. im Fall einer Wahlniederlage angetreten hätte) – d. h. Stichtag ist der 20. Januar, als erster Tag einer neuen Amtsperiode.

³¹ „Washington Erfahrung wurde operationalisiert als die Gesamtzahl der Dienstjahre als Präsident, als Vizepräsident, Minister, Senator und Abgeordneter im Repräsentantenhaus (auf Bundesebene). Eine Amtsdauer von mehr als 6 Monaten wurde als zusätzliches Dienstjahr gerechnet – d. h. eine Amtszeit von einem Jahr, sechs Monaten und einem Tag als Minister würde als zweijährige Amtszeit gewertet.

Bis auf George W. Bush (rund 5 Jahre jünger als Richard Cheney) waren sämtliche Präsidentschaftskandidaten der Periode 1976 bis 2008 mindestens 10 Jahre älter als „ihre“ Vizepräsidentschaftskandidaten (im Schnitt ca. 15 Jahre). Den größten Altersunterschied wiesen John McCain und Sarah Palin auf (rund 27 Jahre), gefolgt von George Herbert Walker Bush und Dan Quayle³² (rund 23 Jahre). Nur George W. Bush und Richard Cheney hatten eine Altersdifferenz von weniger als zehn Jahren.

Wird ein Präsidentschaftskandidat in der Öffentlichkeit als zu alt wahrgenommen, kann dies zu Diskussionen über seinen Gesundheitszustand führen. Dies war der Fall als Ronald Reagan 1980 Präsidentschaftskandidat war. Reagans Entscheidung für George Bush ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass er durch die Wahl eines jüngeren Vizepräsidentschaftskandidaten Bedenken über sein Alter abschwächen wollte. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 77)

Lediglich Sarah Palin verfügte über keine Diensterfahrung in Washington. Jack Kemp hatte die längste Dienstzeit in der Hauptstadt (20 Jahre als Minister und Mitglied des Repräsentantenhauses), gefolgt von Bob Dole mit 16 Dienstjahren. George H. W. Bush und Richard Cheney kandidierten mit Präsidentschaftskandidaten, die über keinerlei Washington-Erfahrung verfügten („Outsider“). Wobei anzufügen ist, dass beide Vizepräsidentschaftskandidaten über eine längere Dienstzeit in Washington verfügten, als in obiger Tabelle aufscheint (über nicht berücksichtigte Funktionen). George Bush war Vorsitzender der Republikanischen Partei („Chairman of the Republican National Committee“) und Koordinator der US-Geheimdienste und damit ex officio Leiter des Geheimdienstes CIA („Director of Central Intelligence“). Richard Cheney arbeitete einige Jahre im Stab des Weißen Hauses (Administrationen Nixon und Ford). Republikanische Vizepräsidentschaftskandidaten wiesen im Schnitt eine Dienstzeit in Washington von 11 Jahren auf (Präsidentschaftskandidaten im Schnitt eine von 17 Jahren).

³² Hätte Quayle während der ersten Monate seiner Amtszeit die Nachfolge von Bush angetreten, wäre er der jüngste Präsident in der Geschichte der USA geworden.

Abb. 9: Alter³⁰ und Washington-Erfahrung³¹ (Demokraten)

Kandidat P	Alter; Jahre in Washington	Kandidat VP	Alter; Jahre in Washington
Carter	52 (0)	Mondale	49 (12)
Mondale	57 (16)	Ferraro	49 (6)
Dukakis	55 (0)	Bentsen	67 (24)
Clinton	46 (0)	Gore	44 (16)
Gore	52 (24)	Lieberman	58 (12)
Kerry	61 (20)	Edwards	51 (6)
Obama	47 (4)	Biden	66 (36)

(eigene Darstellung)

Zwei demokratische „Gespanne“ waren in etwa gleich alt – Carter-Mondale und Clinton-Gore, ca. 3 bzw. 2 Jahre Differenz). Präsidentschaftskandidat Walter Mondale war rund 8 Jahre älter als Geraldine Ferraro, Präsidentschaftskandidat Al Gore war rund sechs Jahre jünger als Joseph Lieberman – in beiden Fällen bestanden Altersdifferenzen von weniger als 10 Jahren. Zwischen John Kerry und John Edwards bestand ein Altersunterschied von nahezu 10 Jahren. Altersdifferenzen von mehr als 10 Jahren bestanden zwischen Dukakis-Bentsen und Obama-Biden (mit rund 19 Jahren die größte Differenz in der Periode 1976 bis 2008). 4 demokratische Vizepräsidentschaftskandidaten waren jünger als die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten (im Schnitt 6 Jahre), 3 älter (im Schnitt 13 Jahre).

Jeder demokratische Vizepräsidentschaftskandidat der Periode 1976 bis 2008 verfügte über Washington-Erfahrung. Jedoch gibt es in der Anzahl der Dienstjahre in der Hauptstadt beträchtliche Unterschiede. Geraldine Ferraro und John Edwards hatten mit jeweils 6 Jahren (drei Amtsperioden im Abgeordnetenhaus bzw. eine im Senat) die geringste Anzahl an Washington-Jahren. Joseph Biden verfügte über die mit Abstand längste Dienstzeit in Washington (36 Jahre im Senat), gefolgt von Lloyd Bentsen (24 Jahre in Senat und Abgeordnetenhaus). Demokratische Vizepräsidentschaftskandidaten haben im Schnitt 16 Dienstjahre in Washington zugebracht (demokratische Präsidentschaftskandidaten etwa 9). Drei Vizepräsidentschaftskandidaten kandidierten mit „Washington-Outsidern“, das heißt mit Präsidentschaftskandidaten, die über keine Diensterfahrung in Washington verfügten – Mondale, Bentsen, Gore. Joseph Biden kandidierte mit einem Präsidentschaftskandidaten, der noch keine Amtsperiode in der Hauptstadt vollendet hatte.

Definiert man altersmäßig ausbalancierte Tickets als solche mit einer Altersdifferenz von mindestens zehn Jahren zwischen Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat, erfüllen lediglich zwei Kandidaten-Paarungen der Demokratischen Partei dieses Kriterium (die Altersdifferenz zwischen Kerry und Edwards betrug knapp weniger als zehn Jahre). Seitens der Republikanischen Partei waren fünf von sechs Tickets altersmäßig ausbalanciert.

Republikanische und demokratische Präsidentschaftskandidaten legen seit den Siebzigerjahren erhöhten Wert darauf, dass der Vizepräsidentschaftskandidat über „governing experience“ verfügt, d. h. bereits in einem der drei Zweige des Regierungssystems amtiert hat. Auslöser war die „desaströse Entscheidung“ von George McGovern für Thomas Eagleton als Vizepräsidentschaftskandidaten. Der Präsidentschaftskandidat hatte sich „in letzter Minute“, das heißt unmittelbar vor dem Nominierungsparteitag, für Eagleton entschieden - nach Absage anderer Kandidaten. Die Presse erfuhr, dass Eagleton mittels Elektroschock-Therapie gegen Depressionen behandelt worden war. Schließlich musste er als Vizepräsidentschaftskandidat zurücktreten. Die Wahl eines Running Mates, der bereits jahrelang im Licht der Öffentlichkeit stand, soll die Chance auf Enthüllungen vermindern. Zudem stellt die Öffentlichkeit, nach schrittweisen Kompetenzerweiterungen und der Erhöhung des Ansehens des Vizepräsidentenamtes, höhere Anforderungen an potentielle Amtsträger. Durch die Wahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten mit politischer Erfahrung versuchen Präsidentschaftskandidaten diese Erwartungshaltung zu befriedigen. (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 406-408)

Nach einer weiteren Ansicht haben Präsidentschaftskandidaten bereits nach dem Zweiten Weltkrieg damit begonnen „Erfahrung“ als wichtiges Kriterium in der Entscheidung zwischen verschiedenen potentiellen Running Mates miteinfließen zu lassen. Vizepräsident Truman hatte gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, bzw. zu Beginn des Kalten Krieges, unvorbereitet die Nachfolge Präsident Roosevelts antreten müssen. Dies besorgte die Öffentlichkeit. Als Konsequenz stiegen die Anforderungen der Bürger an die Kompetenz künftiger Vizepräsidenten. Präsidentschaftskandidaten reagierten u. a. darauf, indem sie die bisher gesammelte politische Erfahrung potentieller Running Mates stärker berücksichtigten. (Vgl. Nelson 1988a, S. 34)

Zahlreiche Präsidentschaftskandidaten haben als „Outsider“ Wahlkampf geführt, mit dem Versprechen „die Sauerei in Washington aufzuräumen“. Seit dem Zweiten Weltkrieg war der Vizepräsidentschaftskandidat oft derjenige Teil des Tickets mit der größeren

politischen Erfahrung auf Bundesebene. Jimmy Carter, der nie ein Amt in der Hauptstadt bekleidet hatte, war der Auffassung, dass die Wahl eines Vizepräsidentenskandidaten mit Washington-Erfahrung, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung, das heißt eines Senators oder Kongressabgeordneten, für ihn unerlässlich sei. (Vgl. Nelson 1988 b, S. 856) Während sich republikanische Präsidentschaftskandidaten für mindestens zehn Jahre jüngere Vizepräsidentenskandidaten entschieden (Ausnahme Bush-Cheney), ist ein solches Ausbalancieren nach dem Faktor Alter für die Demokratische Partei nicht in der Mehrzahl der berücksichtigten Fälle feststellbar – fünf von sieben Tickets wiesen eine Altersdifferenz von weniger als zehn Jahren auf. Bill Clinton und Barack Obama waren die beiden jüngsten demokratischen Präsidentschaftskandidaten im Untersuchungszeitraum. Obama entschied sich für den weitaus älteren Joseph Biden, Clinton hingegen wählte den noch jüngeren Al Gore.

Bei beiden Parteien ist eine Ausbalancierung zwischen Präsidentschaftskandidaten ohne Washington-Erfahrung (bekleideten zuvor Gouverneursposten) und Vizepräsidentenskandidaten mit Washington-Erfahrung. Das heißt Outsider wurden Insider an die Seite gestellt. Die Kombination „Insider-Präsidentschaftskandidat“ – „Outsider-Vizepräsidentenskandidat“ kam hingegen nur in einem von dreizehn Fällen vor (McCain/Palin). Bis auf Sarah Palin hatten sämtliche Vizepräsidentenskandidaten der Periode 1976 bis 2008 vor ihrer Nominierung Ämter auf Bundesebene bekleidet (waren also Insider).

Es ist anzunehmen, dass Alter und Erfahrung des Präsidentschaftskandidaten Rahmenbedingungen in der Suche nach einem Vizepräsidentenskandidaten darstellen.

Da George H. W. Bush über Washington-Erfahrung verfügte, konnte er sowohl Gouverneure, als auch Parlamentarier in Erwägung ziehen. Er entschied sich für den weitaus jüngeren Dan Quayle – in der Hoffnung dadurch zusätzliche Bevölkerungsschichten ansprechen zu können. (Vgl. Nelson 1988b, S. 863 f.)

Tickets mit einem Kandidaten, der über keinerlei Washington-Erfahrung verfügte und einem mit Washington-Erfahrung, werden als nach Erfahrung ausbalanciert gewertet (Insider-Outsider). Dies trifft auf drei demokratische und drei republikanische Kandidaten-Paarungen zu. Auch Insider-Insider-Paarungen, mit einem Kandidaten mit weniger als zehn Jahren an Washington-Erfahrung und einem mit mehr als zehn Jahren an Washington-Erfahrung, werden als ausbalanciert gewertet – dies trifft auf drei demokratische Tickets zu. Insgesamt waren also sechs demokratische Tickets nach Erfahrung ausbalanciert und drei republikanische.

Als nächster möglicher Faktor für Ticket-Balancing wird „Ideologie“ behandelt.

Generell ist anzuführen, dass die Vorstellung, dass sich ein Politiker stets von einer bestimmten Ideologie leiten lässt, eine idealtypische ist. So ist es denkbar, dass ein Politiker in einem Politikbereich eine eher liberale, in einem anderen eine eher konservative Haltung aufweist. Das Abstimmungsverhalten eines Parlamentariers kann auch von anderen Faktoren als der persönlichen Weltanschauung beeinflusst werden.

Die unten dargestellten ideologischen Einstellungen amerikanischer Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten sind daher als Annäherungen aufzufassen, die nötig sind, um „Ideologie“ als (möglichen) Faktor in der Auswahl von Vizepräsidentschaftskandidaten behandeln zu können. Als Ausprägungen politischer Ideologie werden „liberal“³³, „konservativ“³⁴ und „moderat“³⁵ herangezogen.

³³ Liberale befürworten Eingriffe der Regierung in wirtschaftliche Abläufe und staatliche Sozialleistungen, die den Einzelnen vor ungünstigen Wirtschaftslagen schützen sollen oder Ungerechtigkeiten der Vergangenheit korrigieren sollen. Zudem treten sie für den Schutz der Rechte von Frauen, Minderheiten und älteren Bürgern, sowie für Umweltschutz ein. Eingriffe der Regierung in privates Verhalten werden abgelehnt. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 16)

³⁴ Konservative glauben, dass diejenige Regierung, die am wenigsten reguliert, die beste ist. „Big Government“ kann nach konservativer Ansicht nur zur Verletzung persönlicher und ökonomischer Rechte führen. Konservative ziehen Interventionen der öffentlichen Hand auf lokaler und einzelstaatlicher Ebene solchen auf bundesstaatlicher Ebene vor. Die Wichtigkeit ausgeglichener öffentlicher Haushalte wird betont. In der Lösung von Problemen wie Armut oder Diskriminierung wird der Privatsektor als effektiver angesehen als der Staat. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 16)

³⁵ Moderate liegen auf der „ideologischen Skala“ irgendwo zwischen den Liberalen und den Konservativen oder sie haben zu einigen politischen Themen konservative, zu anderen liberale Positionen. Sie stellen die Mehrheit der amerikanischen Wahlbevölkerung. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 16)

Abb. 10: Ideologie von republikanischen Kandidaten (1976-2008)

Jahr	Kandidat P	Ideologie	Kandidat VP	Ideologie
1976	Ford	M-C ³⁶	Dole	C
1980	Reagan	C	G. H. W. Bush	M
1988	G. H. W. Bush	M	Quayle	C
1996	Dole	M	Kemp	C
2000	G. W. Bush	C	Cheney	C
2008	McCain	M ³⁷	Palin	C ³⁸

Anmerkung:, M = moderat, C = konservativ

(eigene Darstellung, Daten entnommen aus Sigelman; Wahlbeck 1997, S. 858; Baumgartner 2006, S. 78; National Journal 2009, online)

Bush/Cheney waren das einzige eindeutig unausgewogene republikanische Ticket in der Periode 1976 bis 2008 – in der Hinsicht, dass mit zwei konservativen Kandidaten nur eine Ideologie repräsentiert wurde (Ford/Dole wird als ausgewogen gewertet). In vier Fällen war der Präsidentschaftskandidat als moderater einzustufen als sein Running Mate. Die jeweiligen Vizepräsidentschaftskandidaten können als Angebot an den konservativen Flügel der Republikanischen Partei interpretiert werden.

³⁶ Zu Fords ideologischer Einstellung gibt es unterschiedliche Einschätzungen: Moderat (Baumgartner 2006, S. 99), konservativ oder moderat (Goldstein 1982, S. 73), konservativ (Sigelman und Wahlbeck 1997, S. 858).

³⁷ Einordnung erfolgte aufgrund der „Voting Ratings“ des „National Journals“ von 2004, 2005, 2006.

³⁸ Sarah Palin wird als „social conservative“ bezeichnet (Vgl. Holmes 2008, online). „Social Conservatives“ (auch als „religiöse Rechte“ bezeichnet) sind Personen, die glauben, dass die Regierung traditionelle moralische Lehren unterstützen und fördern sollte. Der „moralische Zerfall“ (z. B. in Form von Abtreibung und gleichgeschlechtlicher Ehe) soll bekämpft werden. Um zu dieses Ziel zu erreichen, werden staatliche Eingriffe befürwortet. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 16).

Abb. 11: Ideologie von demokratischen Kandidaten (1976-2008)

Jahr	Kandidat P	Ideologie	Kandidat VP	Ideologie
1976	Carter	M	Mondale	L ³⁹
1984	Mondale	L	Ferraro	L
1988	Dukakis	L	Bentsen	C
1992	Clinton	M	Gore	M
2000	Gore	M	Lieberman	M
2004	Kerry	L ⁴⁰	Edwards	M ⁴¹⁴²
2008	Obama	L ⁴³	Biden	L ⁴⁴

Anmerkung: L = liberal, M = moderat, C = konservativ

(eigene Darstellung, Daten entnommen aus Sigelman; Wahlbeck 1997, S. 858; Baumgartner 2006, S. 78; National Journal 2009, online)

Seitens der Demokratischen Partei gab es mehr „unausgewogene“ als „ausgewogene“ Tickets (1976 bis 2008). 1984 (Mondale/Ferraro und 2008 (Obama/Biden) traten jeweils zwei liberale Kandidaten an, 1992 traten mit Clinton/Gore (abermals 1996) und 2000 mit Gore/Lieberman jeweils zwei moderate Kandidaten an.

Ideologisch ausbalancierte Tickets, das heißt solche, in denen Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat unterschiedlichen ideologischen Strömungen angehörten, gab es lediglich in acht (rechnet man Ford/Dole hinzu) von dreizehn Fällen. Jedoch gab es bei den Demokraten vier ideologisch nichtbalancierte Paarungen, bei den Republikanern nur eine, im Zeitraum 1976 bis 2008.

Als nächster Faktor wird „Religion“ betrachtet.

³⁹ Es gibt die Ansicht, dass sich Mondale vor der Präsidentschaftswahl 1980 nach „rechts bewegt“ habe (im Vergleich zu 1976) und somit liberal-moderat im Wahlkampf auftrat. (Vgl. Goldstein 1982, S. 73)

⁴⁰ Einordnung erfolgte aufgrund der „Voting Ratings“ des „National Journals“ von 2001, 2002, 2003.

⁴¹ Einordnung erfolgte aufgrund der „Voting Ratings“ des „National Journals“ von 2001, 2002, 2003.

⁴² Nach Baumgartners Einschätzung gab es 2004 keinen ideologischen Unterschied zwischen Kerry und Edwards. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 78)

⁴³ Einordnung erfolgte aufgrund der „Voting Ratings“ des „National Journals“ von 2005, 2006, 2007.

⁴⁴ Einordnung erfolgte aufgrund der „Voting Ratings“ des „National Journals“ von 2005, 2006, 2007, 2008.

Abb. 12: Religionsbekenntnisse demokratischer Kandidaten

Jahr	Kandidat P	Religion	Kandidat VP	Religion
1976	Carter	P	Mondale	P
1984	Mondale	P	Ferraro	C
1988	Dukakis	GO	Bentsen	P
1992	Clinton	P	Gore	P
2000	Gore	P	Lieberman	J
2004	Kerry	C	Edwards	P
2008	Obama	P	Biden	C

Anmerkung: C = katholisch, GO = griechisch-orthodox, J = jüdisch, P = protestantisch

(eigene Darstellung)

In zwei demokratischen Tickets war nur ein Religionsbekenntnis vertreten – Carter/Mondale und Clinton/Gore waren protestantisch. Ansonsten waren entweder der Präsidentschafts-, oder der Vizepräsidentschaftskandidat Protestant und das zweite Mitglied des Tickets gehörte einer anderen Konfession an. Zwei Vizepräsidentschaftskandidaten waren katholisch⁴⁵, ebenso ein Präsidentschaftskandidat.

Kennedys Wahlsieg von 1960 bewies, dass ein Katholik in das Präsidentschaftsamt gewählt werden kann. Seither nominierten die Parteien immer wieder einen katholischen Vizepräsidentschaftskandidaten, neben einem protestantischen Präsidentschaftskandidaten und umgekehrt. So entschieden sich Hubert Humphrey und George McGovern entschieden sich 1968 bzw. 1972 für katholische Vizepräsidentschaftskandidaten - Katholiken sind eine wichtige Wählerschicht für die Demokraten. (Vgl. Goldstein 1982, S. 75 f.)

Die Mehrheit der Katholiken, die traditionell zur Demokratischen Partei tendierten, wählt mittlerweile in den meisten Wahlen republikanische Kandidaten. Seit 1976 unterstützten die katholischen Wähler immer mehrheitlich den siegreichen Präsidentschaftskandidaten – dies macht die Katholiken zu einer der wichtigsten Wählerschichten. Auf den Katholiken John Kerry entfiel 2004 nicht die Mehrheit der katholischen Wählerstimmen (nur 40 Prozent). Barack Obama hingegen erhielt mit 54 Prozent bei der Wahl 2008 die „katholische Mehrheit“, wobei sich die Mehrheit der weißen Katholiken für McCain entschied. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 462).

Al Gore entschied sich 2000 mit Joseph Lieberman für einen jüdischen Vizepräsidentschaftskandidaten.

⁴⁵ Joseph Biden trat als erster Katholik das Amt des Vizepräsidenten an.

Eine der Hauptaufgaben Liebermans im Wahlkampf war es Gebiete mit hoher Konzentration an jüdischen Wählern in Florida zu besuchen. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 89)

Abb. 13: Religionsbekenntnisse republikanischer Kandidaten

Jahr	Kandidat P	Religion	Kandidat VP	Religion
1976	Ford	P	Dole	P
1980	Reagan	P	G. H. W. Bush	P
1988	G. H. W. Bush	P	Quayle	P
1996	Dole	P	Kemp	P
2000	G. W. Bush	P	Cheney	P
2008	McCain	P	Palin	ND

Anmerkung: P = protestantisch, ND = christlich (ohne Konfession)

(eigene Darstellung)

Anders als die Demokraten, scheint die Republikanische Partei der „religiösen Ausbalancierung“ von Tickets keine maßgebliche Bedeutung während der Periode 1976 bis 2008 beigemessen zu haben⁴⁶. Denn bis auf Sarah Palin waren alle Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten Protestanten⁴⁷.

Es scheint die Ausnahme zu sein, dass sich Präsidentschaftskandidaten für Vizepräsidentschaftskandidatinnen entscheiden. John McCain trat 2008 mit Sarah Palin an, Walter Mondale 1984 mit Geraldine Ferraro, der ersten Vizepräsidentschaftskandidatin einer der beiden großen Parteien.

Gary Hart, der sich ebenfalls um die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat beworben hatte, hatte die Möglichkeit einer Vizepräsidentschaftskandidatin „ins Spiel gebracht“. Mondale reagierte darauf, indem er versprach, dass er sich für eine Frau entscheiden würde, sollte er nominiert werden. Eine feministische Organisation, die „National Organization for Women“, kündigte daraufhin an, gegen jeden männlichen Vizepräsidentschaftskandidaten Widerstand zu leisten. Vor dem Hintergrund der Vorwählerfolge von Jesse Jackson erwog Mondale auch die Wahl

⁴⁶ Barry Goldwater, republikanischer Präsidentschaftskandidat von 1964, entschied sich für den Katholiken William E. Miller, zum Teil um katholische Wähler im Nordosten der USA anzusprechen. (Vgl. Goldstein 1982, S. 75)

⁴⁷ Seit den Dreißigerjahren („New Deal“) unterstützt die Mehrheit der Protestanten (insbesondere weiße Protestanten) die republikanischen Partei. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 462)

eines afroamerikanischen Vizepräsidentschaftskandidaten, entschied sich aber schließlich für Geraldine Ferraro. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 73 f.)

Im Zeitraum 1976 bis 2008 war keiner der Vizepräsidentschaftskandidaten afroamerikanischer, asiatischer oder lateinamerikanischer Herkunft. Der afroamerikanische Präsidentschaftskandidat Barack Obama trat jedoch mit dem weißen Vizepräsidentschaftskandidaten Joseph Biden an. Es scheint, dass das Antreten eines weißen Präsidentschaftskandidaten nicht zur Auswahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten afroamerikanischer, lateinamerikanischer oder asiatischer Abstammung führt. Es fehlen die historischen Beispiele, um erkennen zu können, ob die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten aus einer der drei Minderheiten-Gruppen in der Regel zur Nominierung eines weißen Vizepräsidentschaftskandidaten führen würde.

Die Entscheidung für eine bestimmte Person kann auch als Reaktion auf bestimmte Ereignisse im Vorfeld der Wahl interpretiert werden. Ein Beispiel hierfür ist Al Gores Entscheidung für Joseph Lieberman. Gore dürfte Lieberman gewählt haben, um negative Auswirkungen des „Lewinsky-Skandals“ auf seinen Wahlkampf abzuwenden.

Der orthodoxe Jude Lieberman gehörte zu denjenigen Senatoren, die Präsident Clintons außereheliche Affäre am schärfsten kritisiert hatte. (Vgl. Norris 2001, S. 15)

Nun folgt eine abschließende Darstellung der Analyse der biografischen Hintergründe der Vizepräsidentschaftskandidaten 1976 nach ausgewählten „Balancing Faktoren“.

Abb. 14: Demokratische, republikanische Tickets in Zusammenhang mit Balancing-Faktoren

Balancing-Fakoren	Anteil der balanced Tickets Demokraten	Anteil der balanced Tickets Republikaner
Geografie	6/7	5/6
Alter	2/7	5/6
Erfahrung in Wash.	6/7	3/6
Religion	5/7	1/6
Ideologie	3/7	5/6

(eigene Darstellung)

Fünf Demokratische Tickets, vier republikanische Tickets waren nach mindestens drei der fünf Faktoren ausbalanciert. McCain/Palin und Dukakis/Bentsen waren nach allen fünf Faktoren ausbalanciert. Ford/Dole und Clinton/Gore waren nach lediglich einem Faktor ausbalanciert.

Elf der dreizehn Tickets, im Untersuchungszeitraum 1976 bis 2008, waren geografisch ausbalanciert, neun waren nach Erfahrung ausbalanciert. Präsidentschaftskandidaten ohne Washington-Erfahrung, oder mit noch keiner vollendeten Amtsperiode im Kongress (Obama), wählten stets erfahrene „Washington-Veteranen“. Acht von dreizehn Tickets waren ideologisch ausgewogen, das heißt Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat vertraten unterschiedliche ideologische Strömungen innerhalb der Partei. Während republikanische Kandidaten-Paarungen in der Regel ideologisch ausbalanciert waren (mit der Ausnahme Bush/Cheney), war dies bei den demokratischen Kandidaten-Paarungen in der Mehrzahl der Fälle nicht der Fall. Während demokratische Tickets mehrheitlich von Kandidaten mit unterschiedlichem Religionsbekenntnis besetzt waren, war dies bei republikanischen Tickets in der Regel nicht der Fall. Auch beim Balancierungs-Faktor Alter gibt es unterschiedliche Muster – republikanische Tickets wiesen in der Regel einen Altersunterschied von mehr als zehn Jahren (mit der Ausnahme Bush/Cheney) auf, demokratische Tickets in der Regel nicht.

„Parteienübergreifend“ lässt sich festhalten, dass amerikanische Vizepräsidentschaftskandidaten der Periode 1976 bis 2008 in der Regel aus einer anderen Region der USA, als der jeweilige Präsidentschaftskandidat stammten (Ausnahmen sind Dole 1976, Gore 1992 und 1996). Zudem wählten sowohl demokratische, als auch republikanische Präsidentschaftskandidaten ohne Washington-Erfahrung Vizepräsidentschaftskandidaten mit Washington-Erfahrung. Das Beispiel Clinton/Gore zeigt, dass ein Ticket, welches nach Berücksichtigung traditionellen Balancing-Kriterien niemals zustande gekommen wäre, Präsidentschaftswahlen gewinnen kann.

Präsidentschaftskandidaten entscheiden sich nach wie vor für Running Mates, die bestimmte Eigenschaften haben, die ihnen fehlen oder die sie für wünschenswert halten. Aber aufgrund der medialen Wahlkampfberichterstattung und der Kandidatenzentrierung moderner Wahlkampagnen begannen bestimmte politische Faktoren traditionelle Ticket-Balancing-Kriterien zu überragen. Bei diesen Faktoren handelt es sich beispielsweise um Regierungserfahrung (Cheney 2000), um Charisma (Edwards 2004), um das Image des Familienmenschen – Gore 1992. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 82)

Es bleibt noch anzumerken, dass Tickets „auf dem Papier“ zwar nach bestimmten Kriterien ausbalanciert sein können, diese Kriterien in den strategischen Überlegungen des Präsidentschaftskandidaten und seiner Berater tatsächlich aber keine Rolle gespielt haben. So kann sich beispielsweise eine geografische Ausbalancierung eines Tickets zufällig ergeben haben.

4.1.2 Home State Advantage

Einem „vorherrschenden Glauben“ zufolge, berücksichtigen Präsidentschaftskandidaten die Größe der Heimatstaaten (bzw. die Anzahl der Wahlmänner) potentieller Vizepräsidentschaftskandidaten als Auswahlkriterium. Wenn sich ein Präsidentschaftskandidat zwischen zwei Kandidaten entscheiden müsste, die übrige Kriterien in gleichem Masse erfüllen, würde demnach derjenige, der aus dem Bundesstaat mit der größeren Anzahl an Wahlmännerstimmen stammt, den Vorzug erhalten. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 104)

Diese verbreitete Mutmaßung geht davon aus, dass Vizepräsidentschaftskandidaten in ihrem Heimatstaat einen Vorteil bei Wahlen genießen („Home State Advantage“), der für das Ticket nutzbar gemacht werden kann. Der Vizepräsidentschaftskandidat tritt gemeinsam mit dem Präsidentschaftskandidaten seiner Partei im Heimatstaat an. Eine daraus mündende Strategie wäre, dass Präsidentschaftskandidaten Vizepräsidentschaftskandidaten wählen, die aus einem „unkämpften Bundesstaat“ stammen, der vor der Wahl keine eindeutige Tendenz in Richtung Demokratischer oder Republikanischer Partei aufweist. Zudem sollte der Bundesstaat „wahlarithmetisch“ relevant sein. Das heißt, addieren der Präsidentschaftskandidat und seine Wahlkampfberater vor der Wahl die Wahlmännerstimmen der „sicheren Staaten“ - Staaten, die in aller Regel Kandidaten der Partei des Präsidentschaftskandidaten wählen und/oder solche sind, in denen Meinungsumfragen einen eindeutigen Sieg prognostizieren – sollten die Wahlmännerstimmen des Heimatstaats des Vizepräsidentschaftskandidaten einen „entscheidenden Sprung“ in Richtung der notwendigen Mehrheit von 270 Wahlmännerstimmen bringen können.

Gelegentlich wird ein Vizepräsidentschaftskandidat ausgewählt, um einen „Swing State“ mit großer Anzahl an Wahlmännerstimmen zu holen. Eisenhowers Mitarbeiter waren der Ansicht, dass Nixon dabei helfen würde die zweiunddreißig Wahlmännerstimmen Kaliforniens für ihren Kandidaten zu sichern. Kennedy hoffte, dass Johnson den Bundesstaat Texas mit seinen vierundzwanzig Wahlmännerstimmen für ihn „drehen“ würde. (Vgl. Goldstein 1982, S. 82)

Im Folgenden wird versucht herauszuarbeiten inwiefern die „Strategie des Heimvorteils“, im Zeitraum 1976 bis 2008, die Entscheidungen für bestimmte Vizepräsidentschaftskandidaten beeinflusst hat. Abschließend werden Studien präsentiert, die zu ergründen versuchen, ob und in welchem Ausmaß ein Heimvorteil für Vizepräsidentschaftskandidaten tatsächlich besteht.

Abb. 15: Republikanische Vizepräsidentschaftskandidaten 1976 bis 2008 - Heimatstaaten⁴⁸

Jahr	Kandidat	Heimatstaat (Wahlmännerstimmen); Wahlsieg	Anzahl Wahlsiege republikanischer Kandidaten in den 4 Wahlen davor; letzter Sieg
1976	Dole	Kansas (7); JA	3 / 4; 1972
1980	Bush	Texas (26); JA	1 / 4; 1972
1988	Quayle	Indiana (12); JA	4 / 4; 1984
1996	Kemp	New York (33); NEIN	2 / 4; 1984
2000	Cheney	Wyoming (3); JA	4 / 4; 1996
2008	Palin	Alaska (3; JA)	4 / 4; 2004

(eigene Darstellung)

Republikanische Vizepräsidentschaftskandidaten kamen überwiegend aus „Red States“⁴⁹, das heißt aus Bundesstaaten, in denen sich in der Regel der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei durchsetzt, bzw. galt dies zum Zeitpunkt der jeweiligen Wahl. Beispielsweise gewannen republikanische Kandidaten den Bundesstaat Indiana (Heimatstaat Quayles) in allen vier Wahlen vor dem Wahlgang 1988, den Bundesstaat Wyoming in allen vier Wahlen vor der Wahl 2000 (Heimatstaat Cheneys), den Bundesstaat Alaska (Palins Heimatstaat) in allen vier Wahlen vor der Präsidentschaftswahl 2008. In Kansas (Heimatstaat Doles) gewannen Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei drei von vier Wahlen vor der Präsidentschaftswahl 1976, wobei die letzte Wahlniederlage bereits 12 Jahre zurücklag. Red States wurden beim Antreten eines „favorite sons“, das heißt eines Bürgers des jeweiligen Bundesstaates, als republikanischer Vizepräsidentschaftskandidat vom jeweiligen republikanischen Ticket gewonnen.

Die Bilanz für Kemps Heimatstaat New York scheint ausgeglichen zu sein – zwei der vier Wahlen davor gewannen republikanische Kandidaten. Jedoch lag 1996 der letzte Wahlsieg eines republikanischen Kandidaten in New York bereits 12 Jahre zurück, auch bei der Wahl 1996 setzte sich Clinton gegen Dole in diesem Bundesstaat durch. Die „große Ausnahme“ bildet Texas, der Heimatstaat von Bush. In der Wahl zuvor, 1976, konnte der Demokrat Jimmy Carter den Bundesstaat für sich entscheiden, 1964 bzw. 1968 gewannen

⁴⁸ Dabei muss es sich keineswegs um jenen Bundesstaat handeln, in dem der Kandidat geboren wurde und/oder aufgewachsen ist. Es handelt sich um jenen Bundesstaat, in welchem der jeweilige Vizepräsidentschaftskandidat ein politisches Amt inne hatte, bzw. um jenen, den er in Washington vertrat. Zum Beispiel wurde George Bush in Massachusetts geboren und wuchs dort auf, vertrat aber später Texas im Repräsentantenhaus.

⁴⁹ Die „Red States“, das heißt die Bastionen der Republikanischen Partei, liegen im Süden, in den „Great Plains“ und den „Rocky Mountains“. (Vgl. Patterson 2007, S. 212)

dort ebenfalls demokratische Präsidentschaftskandidaten. Bezüglich der Bevölkerungsgrößen der Heimatstaaten, die in Zusammenhang mit der Anzahl der Wahlmännerstimmen des jeweiligen Staates stehen, lässt sich kein einheitliches Muster erkennen. So kamen Kemp und Bush aus Staaten mit vergleichsweise vielen Wahlmännerstimmen (33 bzw. 26), Cheney und Palin aus Staaten mit lediglich der Minimalanzahl an Wahlmännerstimmen (3). Im Schnitt kamen republikanische Vizepräsidentschaftskandidaten der Periode 1976 bis 2008 aus Bundesstaaten mit 14 Wahlmännerstimmen.

Abb. 16: Demokratische Vizepräsidentschaftskandidaten 1976 bis 2008 - Heimatstaaten⁴⁸

Jahr	Kandidat	Heimatstaat (Wahlmännerstimmen); Wahlsieg	Anzahl Wahlsiege demokratischer Kandidaten in den 4 Wahlen davor; letzter Sieg
1976	Mondale	Minnesota (10); JA	3 / 4; 1968
1984	Ferraro	New York (36); NEIN	2 / 4; 1976
1988	Bentsen	Texas (29); NEIN	1 / 4; 1976
1992	Gore	Tennessee (11); JA	1 / 4; 1976
2000	Lieberman	Connecticut (8); JA	2 / 4; 1996
2004	Edwards	North Carolina (15); NEIN	0 / 4; 1976
2008	Biden	Delaware (3); JA	4 / 4; 2004

(eigene Darstellung)

Anders als die republikanischen Präsidentschaftskandidaten (lediglich Jack Kems Heimatstaat wurde 1996 nicht gewonnen), gewannen nicht nahezu alle demokratischen Präsidentschaftskandidaten die Wahlmännerstimmen des Heimatstaates des Vizepräsidentschaftskandidaten für sich. So war John Kerry 2004 nicht in North Carolina erfolgreich. Alle Vizepräsidentschaftskandidaten (1976 bis 2008), deren Heimatstaaten nicht gewonnen wurden (Demokraten und Republikaner), mussten dort deutliche Niederlagen „einstecken“, z. B. lagen Kerry/Edwards 2004 ca. 13 Prozent hinter Bush/Cheney in North Carolina.

Lediglich Joseph Biden kam aus einem eindeutigen „Blue State“⁵⁰, das heißt aus einem Bundesstaat, in dem in sämtlichen vier Wahlen zuvor der demokratische Spitzenkandidat

⁵⁰ „Blue States“, das sind die Bastionen der Demokratischen Partei, befinden sich hauptsächlich im Nordosten, im nördlichen Mittleren Westen und an der Westküste. (Vgl. Patterson 2007, S. 212)

gesiegt hatte. Die Bürger von Walter Mondales Heimatstaat Minnesota tendierten dazu, mehrheitlich für demokratische Präsidentschaftskandidaten zu stimmen (1972 war eine Ausnahme). Somit kann Minnesota ebenfalls als Blue State klassifiziert werden. Ferraros Heimatstaat New York war 1984 ein „Swing State“ – je zweimal hatten zuvor demokratische und republikanische Präsidentschaftskandidaten dort gewonnen. In Joseph Liebermans Heimatstaat Connecticut gewannen vor 2000 ebenso jeweils zweimal demokratische und republikanische Spitzenkandidaten. Jedoch hatte Bill Clinton 1992 und 1996 in Connecticut gewonnen, das heißt der letzte Wahlerfolg eines republikanischen Kandidaten lag bereits 12 Jahre zurück, was die Kategorisierung von Connecticut als Blue State zulässt. In Lloyd Bentsens Heimatstaat Texas hatten demokratische Präsidentschaftskandidaten nur eine der vier Wahlen vor 1988 für sich entscheiden können, wobei dieser Wahlsieg bereits 12 Jahre zurücklag. Auch in Al Gores Heimatstaat Tennessee hatten die Demokraten nur eine der vier davorliegenden Wahlen gewonnen (lag damals 16 Jahre zurück). In John Edwards Heimatstaat North Carolina konnten demokratische Präsidentschaftskandidaten keinen Wahlsieg in den vier Wahlgängen vor 2004 „verbuchen“. Demokratische Vizepräsidentschaftskandidaten kamen in der Periode 1976 bis 2008 in der Regel nicht aus „blauen Bundesstaaten“. In vier von sieben Fällen gewann der jeweilige demokratische Präsidentschaftskandidat den Heimatstaat „seines“ Vizepräsidentschaftskandidaten. Besonders bemerkenswert ist, dass Bill Clinton 1992 die Wahlmännerstimmen des Staates Tennessee gewann – der letzte Wahlerfolg eines demokratischen Präsidentschaftskandidaten in diesem Bundesstaat lag, zum damaligen Zeitpunkt, bereits 16 Jahre zurück. Wobei anzufügen ist, dass sowohl Clinton, als auch Vizepräsidentschaftskandidat Gore aus der Region der USA, in der Tennessee liegt, stammten. Die Wahlmännerstimmen der Heimatstaaten demokratischer Vizepräsidentschaftskandidaten variierten – von „großen“ Staaten wie New York (36) und Texas (29), über Staaten mit 15 Wahlmännerstimmen (North Carolina), bis hin zu Delaware mit der Minimalanzahl an Wahlmännerstimmen (3). Die durchschnittliche Anzahl an Wahlmännerstimmen eines Heimatstaates eines demokratischen Vizepräsidentschaftskandidaten der Periode 1976 bis 2008 liegt bei 16 (um 2 höher als bei republikanischen Kandidaten).

Die Strategie des Ausnutzens eines vermuteten Heimvorteils des Vizepräsidentschaftskandidaten dürfte in der Mehrzahl der betrachteten Fälle (1976 bis 2008) die Entscheidung des Präsidentschaftskandidaten für einen bestimmten Running Mate nicht maßgeblich beeinflusst haben. Von den sechs republikanischen

Vizepräsidentschaftskandidaten kamen vier aus Red States, das heißt, dass vor der Wahl davon auszugehen war, dass sich die Wähler dieser Bundesstaaten auch ohne einheimischen Vizepräsidentschaftskandidaten mehrheitlich für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten entscheiden würden. Kemp und Bush kamen aus Bundesstaaten, die nicht als republikanische Bastion einzustufen waren. Bushs Heimatstaat Texas war 1980 eher als demokratische Bastion einzustufen. In den vier Wahlen zuvor hatte lediglich einmal ein republikanischer Präsidentschaftskandidat dort gewonnen – Richard Nixon im Jahr 1972. Jedoch ist anzumerken, dass bei dieser Wahl bis auf Massachusetts sämtliche Bundesstaaten mehrheitlich für Nixon votierten. Ab 1980 gewann kein demokratischer Präsidentschaftskandidat mehr die Wahlmännerstimmen von Texas. Die Vizepräsidentschaftskandidatur von Bush könnte zum republikanischen Wahlsieg in Texas beigetragen haben, doch gilt es zu beachten, dass sich der Süden der USA generell in Richtung Republikanische Partei „umorientierte“. Seit 1980 gewannen auch republikanische Tickets ohne Kandidaten aus Texas die Wahlmännerstimmen dieses Bundesstaates (Dole/Kemp, McCain/Palin). Die Herkunft von Bush mag ein Faktor gewesen sein, aufgrund dessen sich Reagan für ihn entschied, doch balancierte „der Texaner“ das Ticket auch alters- und erfahrungsmäßig, sowie ideologisch aus. Zudem war Bush der Hauptkontrahent Reagans in den Vorwahlen gewesen und konnte demnach auf eine nicht unerhebliche Anhängerschaft innerhalb der Partei verweisen.

Seitens der Demokratischen Partei kam insbesondere Biden aus einem Blue State (Delaware). Auch Mondale und Lieberman kamen aus demokratischen Bastionen. Al Gores Heimatstatt Tennessee war 1992 eine republikanische Bastion. Da Bill Clinton aus Arkansas, einem Nachbarstaat Tennessees, stammte, konnte er ohnehin auf einen gewissen Heimvorteil hoffen. Dies lässt es als wenig plausibel erscheinen, dass er sich vorwiegend für Gore entschied, um Tennessee zu gewinnen. Die Entscheidungen für Ferraro (aus dem damaligen Swing State New York“, sowie für Bentsen und Edwards, beide aus Red States, lassen zumindest die Möglichkeit offen, dass die Hoffnung auf einen Home State Advantage zumindest ein Faktor im Entscheidungsfindungsprozess der jeweiligen Präsidentschaftskandidaten war.

Michael Dukakis Entscheidung für Lloyd Bentsen ist ein „Textbuchbeispiel“ für Ticket-Balancing. Anders als Dukakis war Bentsen bejahrt, konservativ, ein Washington-Insider, ein Südstaatler und ein „WASP“⁵¹. Ein weiterer Vorzug Bentsens war, dass er aus Texas stammte, einem großen Bundesstaat, der 1980 und 1984 mehrheitlich für den Republikaner

⁵¹ Dies bedeutet „Weißer, angelsächsischer Herkunft, mit protestantischer Konfession“.

Reagan gestimmt hatte, den die Demokraten jedoch 1988 für sich entscheiden wollten. Bei Mondales Entscheidung für Ferraro dürfte vor allem das Vorhaben des Präsidentschaftskandidaten durch eine „Aufsehen erregende“ Entscheidung, etwa der Wahl einer Frau oder eines Afroamerikaners oder Latinos als Running Mate, dem Wahlkampf eine Wende zu geben, entscheidend gewesen sein. (Vgl. Siegelman; Wahlbeck 1997, S. 856)

Angenommen der Heimvorteil für den Vizepräsidentschaftskandidaten existiert nicht oder ist nicht signifikant. Dann würden Präsidentschaftskandidaten, die sich deswegen für einen bestimmten Vizepräsidentschaftskandidaten entscheiden, um ihre Ausgangsposition in dessen Heimatstaat entscheidend zu verbessern, „auf Sand bauen“.

Studien, die sich statistischer Verfahren bedient haben, kommen dazu zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Eine Studie aus dem Jahr 2003 kommt zum Ergebnis, dass Vizepräsidentschaftskandidaten im Zeitraum von 1972 bis 2000 durchschnittlich einen Home State Advantage genossen, der groß genug war, um ihren Heimatstaat, so dieser umkämpft war, für ihr Ticket entscheiden zu können (durchschnittlicher Vorteil von 3,3 Prozent). In der Region, in der ihr Heimatstaat liegt, war hingegen kein Heimvorteil für die Vizepräsidentschaftskandidaten vorhanden. (Vgl. Powell 2003, S. 7)

Eine andere Studie hingegen kommt zu dem Schluss, dass der Einfluss der Vizepräsidentschaftskandidaten auf das Wahlergebnis in ihrem Heimatstaat nicht signifikant ist – durchschnittlich 0,3 Prozent im Zeitraum, 1884 bis 1984. Wobei Kandidaten, die aus sehr kleinen Bundesstaaten stammten, einen größeren Heimvorteil genossen. (Vgl. Dudley; Rapoport 1989, S. 538-540)

Eine weitere Forschungsarbeit aus den Achtzigerjahren, die den selben Untersuchungszeitraum wählte (1884 bis 1984), kommt zu einem konträren Ergebnis – durchschnittlicher Home State Advantage für Vizepräsidentschaftskandidaten von ca. 3 Prozent. Zur Frage eines etwaigen „Stimmenbonusses“ in der Heimatregion kommt diese Studie zu dem Schluss, dass dieser nicht vorhanden ist. (Vgl. Garand 1988, S. 101)

Grundsätzlich dürfte es überaus schwierig sein den Anteil der Person des Vizepräsidentschaftskandidaten am Zustandekommen des Wahlergebnisses in seinem Heimatstaat (bzw. den Anteil am landesweiten Wahlergebnis) zu quantifizieren. Es ist fraglich, ob es gelingen kann den Faktor „Person des Vizepräsidenten“ von anderen Faktoren wie „Parteiidentifikation“, „Themenorientierung“ oder „Person des Präsidentschaftskandidaten des Tickets“ (keine getrennte Volkswahl von Präsident und

Vizepräsident) ausreichend „trennscharf“ abzugrenzen. Somit hat die Betrachtung der Wahlergebnisse in den Heimatstaaten der einzelnen Vizepräsidentschaftskandidaten nur begrenzte Aussagekraft.

Die Strategie des Home State Advantage zielt nicht nur darauf ab, einen Vizepräsidentschaftskandidaten aus einem Swing State (eventuell auch aus einem der anderen Partei zugerechneten Bundesstaat) zu nehmen, sie betrachtet auch die Größe des Heimatstaates, bzw. die Anzahl seiner Wahlmänner.

Demokratische Running Mates kamen im Zeitraum 1976 bis 2008 aus Bundesstaaten mit durchschnittlich 16 Wahlmännerstimmen⁵², republikanische aus solchen mit durchschnittlich 14 Wahlmännerstimmen⁵³ - zum Vergleich: bei den Wahlen 2004 stellte Kalifornien mit 55 Wahlmännern die höchste Anzahl, gefolgt von Texas mit 34, New York mit 31 und Florida mit 27. Die republikanischen und demokratischen Vizepräsidentschaftskandidaten kamen damit im Schnitt zwar nicht aus den „größten“ Bundesstaaten, aber aus den „größeren“.

Bemerkenswert ist, dass ab 2000 drei der fünf Vizepräsidentschaftskandidaten aus Staaten kamen, die lediglich über die verfassungsmäßige Mindestanzahl von Wahlmännerstimmen, das heißt über 3, verfügten. (Vgl. US Const., art. II, sec. 1)

In diesen Fällen scheint es wenig plausibel, dass die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten die Hoffnung auf einen Home State Advantage in ihre Entscheidung einfließen lassen haben.

4.1.3 Weitere politische, staatsmännische Auswahlkriterien

Ein weiteres „politisches Kalkül“, dass der Entscheidung für einen bestimmten Vizepräsidentschaftskandidaten zugrunde liegen kann, ist der Wunsch die Partei nach der Vorwahlzeit zu einen, das heißt einem, während der Vorwahlen, gegnerischen Parteiflügel ein Angebot zu machen, und damit geschlossenes Engagement für den Präsidentschaftskandidaten zu erreichen.

Zwei auf das Erreichen eines Wahlerfolges ausgerichtete Kriterien haben traditionell die Entscheidung des Präsidentschaftskandidaten zwischen verschiedenen möglichen Vizepräsidentschaftskandidaten beeinflusst – das Potenzial der jeweiligen Politiker

⁵² Bei den Wahlen 2004 und 2008 hatten 42 Bundesstaaten und Washington D. C. weniger als 16 Wahlmännerstimmen, 8 Bundesstaaten hatten mehr.

⁵³ Bei den Wahlen 2004 und 2008 hatten 39 Bundesstaaten und Washington D. C. weniger als 14 Wahlmännerstimmen, 11 Bundesstaaten hatten mehr.

zusätzliche Wählerschichten für das Ticket zu erschließen und ihr jeweiliger möglicher Beitrag zur Einigung der Partei. (Vgl. Nelson 1988 b, S. 859)

Verschiedene Vizepräsidentenskandidaten der Periode 1976 bis 2008 haben sich vor ihrer Kandidatur um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat ihrer Partei beworben, zum Teil im selben Jahr. Dies bedeutet, dass der Vizepräsidentenskandidat direkter Kontrahent des Präsidentschaftskandidaten in den Vorwahlen der Partei war. Dies geschah 1980 (George Bush), 2004 (John Edwards) und 2008 (Joseph Biden). Andere Vizepräsidentenskandidaten hatten sich vor vorherigen Präsidentschaftswahlen konkret um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat ihrer Partei bemüht, das heißt sie waren in Vorwahlen angetreten. Dies gilt für Al Gore und Jack Kemp (beide 1988) und Lloyd Bentsen (1976).

Einige Vizepräsidentenskandidaten wurden ausgewählt, weil sie über nationale Bekanntheit verfügten – sie hatten bei Vorwahlen zu Präsidentschaftswahlen Unterstützer um sich geschart. Ronald Reagan wählte 1980 mit George Bush seinen Hauptherausforderer um die Präsidentschaftskandidatur der Republikanischen Partei als Vizepräsidentenskandidat. John Edwards, Vizepräsidentenskandidat der Demokratischen Partei 2004, hatte in den Vorwahlen überraschend gut abgeschnitten. Ein weiterer Beweggrund für die Auswahl einer bestimmten Person als Vizepräsidentenskandidat ist der Versuch eine bestimmte Parteifraktion bzw. eine bestimmte Wählergruppe anzusprechen. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 53-55)

Eine weitere politisch motivierte Erwägung, die Präsidentschaftskandidaten bei der Wahl eines Running Mates beeinflussen kann, ist der Versuch eine Person ohne „Bedrohungspotential“ für die eigene Karriere zu finden. Analog zu Ticket-Balancing oder Home State Advantage, Strategien, die primär auf den Wahlerfolg abzielen, steht auch hierbei die Qualifikation des Vizepräsidentenskandidaten für eine etwaige Übernahme des Präsidentenamtes nicht im Vordergrund.

George W. Bush war beeindruckt davon, dass Richard Cheney eine Vizepräsidentenskandidatur zunächst ablehnte. Der Präsidentschaftskandidat suchte einen Partner, dessen eigener politischer Ehrgeiz nicht die Loyalität ihm gegenüber verdrängen würde. (Vgl. Gellman 2008, S. 15 f.)

Wie sein Vorgänger Richard Cheney, wird auch Joseph Biden „seine Amtszeit nicht damit verbringen, sich um einen künftigen Präsidentschaftswahlkampf zu sorgen“. In Gesprächen mit Obama schloss er eine Kandidatur im Jahr 2016 aus. (Vg. Lizza 2008, online)

Dies dürfte keineswegs der einzige Beweggrund für Obama (und dessen Berater) gewesen sein, sich für Biden zu entscheiden.

Robert Gibbs⁵⁴, hochrangiger Wahlkampfberater Obamas, betonte in einem Fernsehauftritt Bidens „außenpolitische Erfahrung“ und Bidens „möglichen Anklang bei Wählern der Arbeiterklasse“. (Vgl. Tapper; Wheeler; Parker 2008, online)

Nun folgt die Betrachtung des zweiten möglichen Hauptmotivs in der Entscheidung für einen bestimmten Vizepräsidentenskandidaten – die Wahl eines qualifizierten Nachfolgers.

Kategorisiert man Ticket-Balancing, das Hoffen auf Home State Advantage und „den Schutz“ der eigenen Karriere (Running Mate ohne „Bedrohungspotenzial“) als „politische Motive“, die den Entscheidungsfindungsprozess des Präsidentschaftskandidaten beeinflussen können, kann der Wunsch einen Vizepräsidentenskandidaten zu finden, der dazu in der Lage ist in Ausnahmesituationen die Präsidentschaft zu übernehmen und das Land überlegt zu führen als „staatsmännisches Motiv“ kategorisiert werden.

Die Vizepräsidentschaft ist zu einem Amt mit ansehnlicher Autorität gereift. Das rasche Wachstum der Verantwortlichkeiten des Vizepräsidenten ist vor allem auf die Aufnahme von Vizepräsident Mondale in Präsident Carters engsten Beraterkreis zurückzuführen. Seither haben Präsidenten die jeweiligen Vizepräsidenten mit effektiven Kompetenzen ausgestattet. Clinton und Gore, Bush und Cheney pflegten partnerschaftsähnliche Arbeitsverhältnisse. Die Reformierung des Vorwahlsystems in den 1970ern stärkte die Position der Präsidentschaftskandidaten maßgeblich – zu Ungunsten örtlicher und bundesstaatlicher Parteibosse. Da seither in der Regel schon vor dem Nominierungsparteitag feststeht, wer als Präsidentschaftskandidat für die Partei antreten wird, bleibt mehr Zeit für die Suche nach einem Running Mate. Präsidentschaftskandidaten sind nicht mehr auf die Unterstützung von Parteiführern aus den großen Bundesstaaten angewiesen, um einen erfolgreichen Wahlkampf führen zu können. Daher ist es weniger wichtig für Präsidentschaftskandidaten einen Vizepräsidentenskandidaten aus einem Bundesstaat, in dem seine Partei stark verankert ist, zu wählen, als in der Vergangenheit. Dem Ziel einen mit Erfahrung in Exekutive und/oder Legislative ausgestatteten Running Mate zu finden, der dazu fähig ist das Präsidentenamt zu übernehmen und der später einen Teil der Regierungsarbeit übernehmen kann, steht jedoch die Notwendigkeit die Wahl zu gewinnen gegenüber. (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 401-406)

⁵⁴ Mit dem Amtsantritt Obamas wurde Robert Gibbs Pressesprecher des Weißen Hauses.

Ein staatsmännisches Motiv, welches die Suche nach einem Vizepräsidentschaftskandidaten leiten kann, ist das Bestreben einen Politiker zu wählen, der (zumindest vermeintlich) dazu qualifiziert ist in einer Notsituation, wie z. B. Tod oder Rücktritt des Präsidenten, die Präsidentschaft zu übernehmen, möglicherweise bereits im ersten Jahr seiner Vizepräsidentschaft.

Acht Vizepräsidenten traten nach dem Tod des Präsidenten dessen Nachfolge an, einer nach Rücktritt des Präsidenten (Gerald Ford). Fünf dieser Fälle ereigneten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts (zuletzt 1974).

Vizepräsident Harry Truman trat 1945 während des ersten Jahres seiner Vizepräsidentschaft die Nachfolge Präsident Roosevelts an. Er war darauf nicht vorbereitet worden. Truman wusste höchstens was über die Existenz der Atombombe und die Pläne der USA für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Bescheid. Diese unvorbereitete Nachfolge und der beginnende Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion, mit einem Nukleararsenal auf beiden Seiten, steigerte die öffentliche Besorgnis in Bezug auf die Besetzung des Vizepräsidentenamts. Die meisten Präsidentschaftskandidaten trugen dem in weiterer Folge Rechnung, indem sie Erfahrung und Leistungsfähigkeit möglicher Vizepräsidentschaftskandidaten in ihre Überlegungen miteinbezogen. (Vgl. Nelson 1988a, S. 34)

In der Regel (Periode 1976 bis 2008) wurden Running Mates gewählt, die über Washington-Erfahrung verfügten, allerdings zumeist im Bereich der Legislative (im Bedarfsfall müssen Vizepräsidenten die Leitung der Exekutive übernehmen). Lediglich Richard Cheney und Jack Kemp hatten als ehemalige Minister, George Bush als Leiter der CIA, hochrangige Ämter der Exekutive innegehabt. Nur Sarah Palin verfügte über keinerlei Washington-Erfahrung.

Die Auswahl eines kompetenten Running Mates garantiert noch keine produktive Zusammenarbeit zwischen Präsident und Vizepräsident.

Durch die Möglichkeit selbst zu entscheiden, wer ihr Running Mate wird, können Präsidentschaftskandidaten jemanden wählen, dessen politische Positionen mit den ihren kompatibel sind und dem sie vertrauen können. Beispielsweise erfüllte für Jimmy Carter Walter Mondale diese Kriterien. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 45)

Die Wahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten, der sich den politischen Programmen des Präsidentschaftskandidaten verpflichtet fühlt, sorgt für ein gewisses Maß an politischer Kontinuität, sollte er später als Vizepräsident die Nachfolge des Präsidenten antreten. (Vgl. Nelson 1988b, S. 858)

Politische und staatsmännische Motive können durchaus miteinander harmonieren. Vizepräsidentschaftskandidaten, die kompetent und kompatibel sind, können durchaus auch traditionellen Ticket-Balancing- Kriterien genügen.

Durch die Erwartungen der Wähler, deren Beachtung als zentral für das Erreichen eines Wahlsieges angenommen werden kann, werden politische und staatsmännische Motive zusammengeführt.

Die Anforderungen, die die Bevölkerung an Vizepräsidenten (und damit auch an Vizepräsidentschaftskandidaten) stellt, haben sich durch das sukzessive Wachstum von Macht und Ansehen des Amtes erhöht. Kompetenz und Loyalität gegenüber der Politik des Präsidenten werden mittlerweile von den Wählern mehr beachtet, als religiöses Bekenntnis oder Zugehörigkeit zu einem bestimmten Parteiflügel. (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 408)

„Schlechte Entscheidungen“ der Präsidentschaftskandidaten führen zu öffentlicher Kritik. John McCain konnte 2008 durch die Wahl von Sarah Palin, der landesweit bis dahin unbekannten Gouverneurin von Alaska, seinen Wahlkampf um einen Überraschungseffekt bereichern und Social Conservatives, die bis dahin nicht entschlossen hinter ihm gestanden waren, begeistern. Doch nach der Wahl meinten politische Kommentatoren, dass Palin mit wichtigen politischen Themenbereichen nicht vertraut gewirkt habe und somit zur Wahlniederlage McCains entscheidend beigetragen habe. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 292)

Von wissenschaftlicher Seite wurden Empfehlungen abgegeben, welche Kriterien und Qualifikationen ein Vizepräsidentschaftskandidat erfüllen sollte.

Nach Ansicht einer Kommission des Miller Centers⁵⁵ sollte der „ideale Vizepräsidentschaftskandidat“ drei Punkte erfüllen. Er sollte über „presidential calibre“ verfügen, dass heißt er sollte im Bedarfsfall das Präsidentenamt ausfüllen können, er sollte politisch kompatibel mit dem Präsidentschaftskandidaten sein, um ein partnerschaftliches Verhältnis zu ihm aufbauen zu können, sowie um bei einer eventuellen Nachfolge für eine Kontinuität der politischen Philosophie an der Staatsspitze sorgen zu können. Zudem sollte nach wie vor darauf geachtet werden, was der Vizepräsidentschaftskandidat in das Ticket miteinbringen kann. (Vgl. Miller Center Commission No. 6 1992, S. 4)

Bisher wurde ein Bild von „passiven Anwärtern“ auf die Vizepräsidentschaftskandidatur gezeichnet. Der Präsidentschaftskandidat wählt eine Person aus einer Liste von Politikern seiner Partei, die ihm geeignet erscheinen, aus. Es gibt jedoch auch aktive Bemühungen von Politikern um die Vizepräsidentschaftskandidatur.

⁵⁵ Dabei handelt es sich um eine überparteiliche Einrichtung zur Erforschung amerikanischer Politik (Schwerpunkt Präsidentschaft) an der Universität von Virginia. (Vgl. Miller Center 2009, online)

Bei „Kampagnen um die Vizepräsidentschaft“ handelt es sich nicht um Kampagnen im klassischen Sinn – es geht nicht darum die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen (sondern den Präsidentschaftskandidaten und seine Berater), vom Staat zur Verfügung gestellte finanzielle Mittel spielen keine Rolle. Die breite Öffentlichkeit bekommt nur „die Spitze des Eisbergs“ zu sehen. An der Vizepräsidentschaft interessierte Politiker und/oder deren Berater signalisieren dem Präsidentschaftskandidaten und dessen Beratern, dass sie grundsätzlich zur Verfügung stehen, ohne allzu übereifrig zu wirken. Beispielsweise intensivierte Dan Quayle ab Beginn der republikanischen Präsidentschaftsvorwahlen 1988 seine Redetätigkeit im Senat, schrieb vermehrt Leserbriefe, erhöhte die Anzahl seiner Presseaussendungen, bewarb sich als Redner für die programmatische Rede am kommenden Nominierungsparteitag („keynote speech“), und suchte den Kontakt zu Vizepräsident Bush. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 69-72)

Es gibt immer wieder Vermutungen, dass bestimmte Politiker vorwiegend deshalb an Präsidentschaftsvorwahlen ihrer Partei teilnehmen, um als möglicher Vizepräsidentschaftskandidat ins Gespräch zu kommen.

Viele politische Beobachter sind der Ansicht, dass John Edwards (2004) und Bill Richardson (2008), als sie bei Vorwahlen antraten, „mit einem Auge“ auf die Vizepräsidentschaftskandidatur blickten. (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 418)

Sarah Palin wirkte 2008 zwar wie eine „absolute Überraschungskandidatin“, doch dürfte sie sich schon länger um die Vizepräsidentschaftskandidatur bemüht haben.

Palin baute, nachdem sie 2006 zur Gouverneurin von Alaska gewählt worden war, Bekanntschaften zu Washington-Insidern ihrer Partei auf. Im Jahr 2007 lud sie einige konservative politische Kommentatoren in ihren Amtssitz ein. (Vgl. Mayer 2008, online)

Die Vizepräsidentschaft hat sich zu einem „wichtigen Sprungbrett“ entwickelt. Seit 1960 erhielt jeder amtierende Vizepräsident, der sich darum bewarb, die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei. Dies dürfte, neben den gestiegenen Handlungsmöglichkeiten, die mittlerweile mit dem Amt verbunden sind, ein wichtiger Grund sein, warum Politiker aktiv die Nominierung als Vizepräsidentschaftskandidat ihrer Partei anstreben.

Präsidentschaftskandidaten konnten keineswegs stets ihre „Wunschkandidaten“ als Running Mates gewinnen.

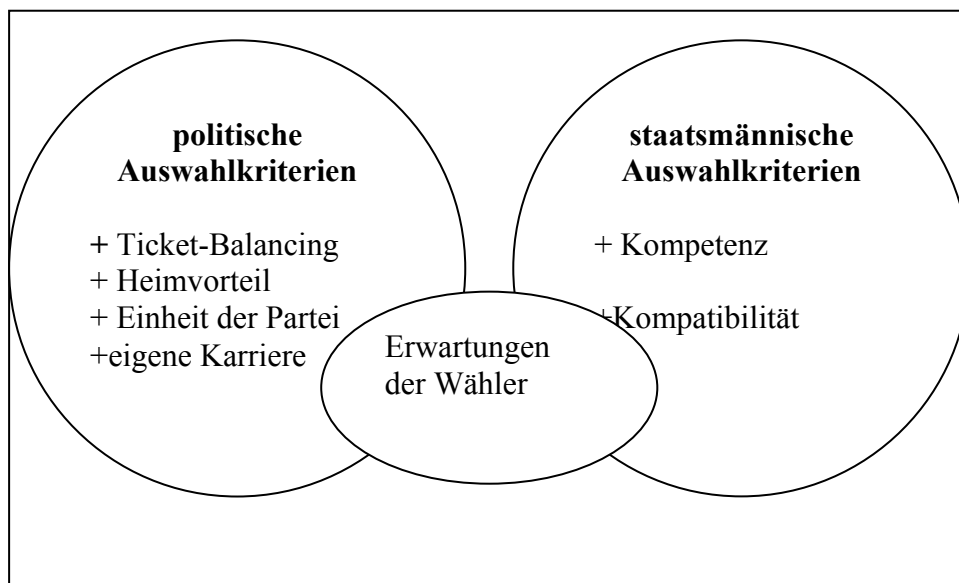
So präferierte John Kerry im Jahr 2004 Senator John McCain als Running Mate (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 410)

Ein Ticket aus demokratischem Präsidentschaftskandidaten und republikanischem Vizepräsidentschaftskandidaten wäre ein Novum gewesen.

Colin Powell wäre 1996 Bob Doles Running Mate geworden, hätte er nicht abgelehnt. (Vgl. Baumgartner 2006, S.73)

Powell wäre, seit Sargent Shriver im Jahr 1972, der erste Vizepräsidentschaftskandidat gewesen, der zuvor weder Gouverneur eines Bundesstaates, noch Mitglied des Kongresses gewesen ist.

Abb. 17: Auswahlkriterien bei der Entscheidung für einen VP-Kandidaten



(eigene Darstellung)

4.2 Auswahl des Vizepräsidentschaftskandidaten - Prozess

Zunächst wird darauf eingegangen wie Auswahlprozesse grundsätzlich bis zu Beginn der Zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abliefen. Dadurch werden Unterschiede zu den Auswahlverfahren der jüngeren Vergangenheit, insbesondere des Zeitraums von 1976 bis 2008, verdeutlicht. Als nach wie vor prototypisch ist die Vorgehensweise von Jimmy Carter und dessen Beratern anzusehen. Dieser konkrete Selektionsprozess wird ausführlicher behandelt. Zudem werden weitere Fallbeispiele aus der jüngeren Vergangenheit angeführt.

Präsidentschaftskandidaten hatten bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts in der Regel nicht die Möglichkeit ihren Running Mate selbst auszuwählen.

Die versammelten Delegierten auf den Nominierungsparteitagen von Republikanern und Demokraten spielten die entscheidende Rolle. Präsidentschaftskandidaten konnten meist nicht ihre Wunschkandidaten durchsetzen oder befassten sich nicht mit der Besetzung der Vizepräsidentschaftskandidatur. Der Republikaner William McKinley (1900) und der Demokrat William Jennings Bryan (1896, 1900, 1908) äußerten keine Empfehlungen und bekamen anschließend Running Mates „an die Seite gestellt“, mit denen sie unzufrieden waren. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Warren G. Harding wollte 1920 gemeinsam mit Senator Irwin L. Lenroot das Ticket der Partei bilden. Dies wurde jedoch von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Der Parteikonvent entschied sich für Calvin Coolidge als Vizepräsidentschaftskandidaten. Präsidentschaftskandidaten übten zu wenig Kontrolle über die versammelten Delegierten aus, um ihre präferierten Running Mates durchsetzen zu können. (Vgl. Goldstein 1982, S.47)

Es ist jedoch keineswegs so, dass sich die Delegierten nach freier Willensbildung auf einen Vizepräsidentschaftskandidaten festlegten.

„Die Bosse“ entschieden über den Vizepräsidentschaftskandidaten. Dabei handelte es sich um Parteiführer, die auf lokaler oder bundesstaatlicher Ebene Macht ausübten. Die einzelnen Bosse kontrollierten jeweils einen Teil der Delegierten, dessen Abstimmungsverhalten sie festlegten. In „rauchgefüllten Räumen“ wurde der Vizepräsidentschaftskandidat der Partei ausgehandelt, oft auch der Präsidentschaftskandidat. (Vgl. Silberdick-Feinberg 1996, S. 40)

Die Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts brachte eine entscheidende Wende in der Entwicklung des Auswahlverfahrens.

Im Jahr 1936 sorgte der Präsident dafür, dass die „Zweidrittel-Regel“ für Nominierungsparteitage der Demokratischen Partei abgeschafft wurde. Diese hatte besagt, dass Anwärtler auf die Präsidentschaftskandidatur nicht nur eine einfache Mehrheit, sondern eine Mehrheit von Zweidrittel der Delegiertenstimmen benötigten, um nominiert zu werden. Diese Änderung verringerte die Notwendigkeit für Kandidaten Posten in einer späteren Administration zu versprechen, um sich die nötige Stimmenmehrheit sichern zu können. Die Zweidrittel-Regel fiel auch bei der Abstimmung zur Nominierung des Vizepräsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei. Im Jahr 1940 gelang es Roosevelt seinen Wunschkandidaten, Agrarminister Henry Wallace, durchzusetzen. Er drohte den Delegierten, nicht mehr als Präsidentschaftskandidat antreten zu wollen, sollte

ihre Entscheidung nicht auf Wallace fallen. Dies war die „Initialzündung“ für eine Modifizierung des Auswahlprozesses, die zur Förderung der Harmonie zwischen Präsidenten und Vizepräsidenten führte. (Vgl. Milkis; Nelson 1999, S. 408 f.)

Neben dem Beginn des Kalten Krieges beeinflussten, ab Beginn der Fünfzigerjahre, weitere sich verändernde Rahmenbedingungen den Auswahlprozess, bzw. stärkten die Position des Präsidentschaftskandidaten.

Mit der Zunahme der Bedeutung von Vorwahlen verdankte eine immer größere Anzahl der Delegierten ihre Delegiertenposition nicht Parteiführern, sondern der frühzeitigen Unterstützung des schließlichen Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei. Die Delegierten fühlen sich in erster Linie dem Präsidentschaftskandidaten verpflichtet. Eine weitere Rolle spielte das Aufkommen des Mediums Fernsehen. Die Delegierten wollen den Bannerträger („standard bearer“) ihrer Partei nicht demütigen, indem sie ihm seinen präferierten Running Mate vor einem landesweiten TV-Publikum verweigern. Dies würde die Chance auf einen Wahlerfolg von Präsidentschaftskandidat und Partei schmälern. Dass die Präsidentschaftskandidaten alleine die Auswahl der Vizepräsidenten treffen, wird jedoch immer wieder als undemokratisch kritisiert. (Vgl. Goldsein 1982, S. 47-49)

Somit erhielten die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien das Recht über ihren Running Mate zu entscheiden. Sie mussten diese Entscheidung jedoch immer wieder unter Zeitdruck treffen.

John F. Kennedy war 1960 vor dem demokratischen Parteikonvent, nach Vorwahlsiegen in mehreren Bundesstaaten, Favorit auf die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten. Jedoch konnte sich Kennedy der notwendigen Mehrheit der Delegiertenstimmen nicht sicher sein. Sein Hauptkonkurrent um die Nominierung war Lyndon B. Johnson, demokratischer Mehrheitsführer im Senat. Im vorrangigen Bestreben sich die absolute Stimmenmehrheit zu sichern, stellten Kennedy und seine Mitarbeiter verschiedenen Politikern ihrer Partei die Vizepräsidenten kandidatur in Aussicht. Ob Kennedy vor dem Parteikonvent Johnson als möglichen Running Mate in Betracht gezogen hatte, bleibt unklar. Er entschied sich, nachdem seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat vollzogen war, schließlich für den Senatoren aus Texas. Es gibt die Vermutung, dass Kennedy Lyndon B. Johnson die Vizepräsidenten kandidatur in dem Glauben, dass dieser ablehnen würde, angeboten hat. Laut Robert Kennedy⁵⁶ habe es John F. Kennedy als

⁵⁶ Bruder von John F. Kennedy

„furchtbar“ empfunden nur vierundzwanzig Stunden Zeit gehabt zu haben sich für einen Vizepräsidentenskandidaten zu entscheiden. (Vgl. Witcover 1992, S. 144-158)

Wie bereits erwähnt, entschied sich der demokratische Präsidentschaftskandidat George McGovern 1972 für Senator Thomas Eagleton als Running Mate, konnte mit diesem aber nicht bei der Präsidentschaftswahl antreten.

McGovern schien sich die Nominierung als Präsidentschaftskandidat bereits vor dem Parteitag im Juli gesichert zu haben. Jedoch verzögerten Kontroversen um die personelle Zusammensetzung von Delegationen seine Nominierung (und damit auch die Auswahl eines Vizepräsidentenskandidaten). Nominiert um Mitternacht herum, hatte McGovern, gemäß Parteiregeln, lediglich bis Vier Uhr Nachmittags Zeit den Namen seines Running Mates bekannt zu geben. Mehrere Personen wiesen McGovern's Einladung mit ihm zusammen das Ticket der Partei zu bilden ab. Schließlich verblieb nur mehr der Name von Senator Thomas Eagleton auf einer von McGovern's Beratern zusammengestellten Liste. Zwar gab es Gerüchte über psychische Probleme und eine Alkoholerkrankung Eagletons, doch ein eilig durchgeführter „Background-Check“ erhärtete diese nicht. Nach seiner Nominierung begannen die Medien Nachforschungen über das Privatleben des Vizepräsidentenskandidaten anzustellen. Dieser musste schließlich zugeben mittels Elektroschocktherapie gegen nervliche Erschöpfung behandelt worden zu sein. McGovern hielt zunächst an Eagleton fest, gab aber letztlich dem auf ihn ausgeübten Druck einen anderen Vizepräsidentenskandidaten auszuwählen nach. Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter zog vier Jahre später seine Schlüsse aus der „Eagleton-Affäre“. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 60-62.)

Jimmy Carter und Walter Mondale definierten in einigen Bereichen die Rolle des Vizepräsidenten neu. In weiter Folge wird der Selektionsprozess, der zu Carters Entscheidung für Mondale führte, nachgezeichnet.

Jimmy Carter konnte 1976 bereits einige Zeit vor Beginn des Nominierungsparteitages im Sommer das Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur für sich entscheiden. Dies gab ihm Zeit eine durchdachte Suche nach einem Running Mate durchzuführen. Bereits im April stellten Carters Mitarbeiter eine Liste von vierhundert demokratischen Amtsträgern zusammen. Der Präsidentschaftskandidat entschied sich für vierzehn Finalisten. Meinungsforscher Patrick Cadell ermittelte Stärken und Schwächen der Kandidaten. Carters Mitarbeiter Charles Kirbo interviewte einige von ihnen. Potenzielle Running Mates mussten in Fragebögen detaillierte Angaben zu ihren finanziellen Verhältnissen, zu ihrer persönlichen, gesundheitlichen und politischen

Vergangenheit machen. Carter traf sich schließlich mit sieben Kandidaten zu persönlichen Gesprächen. (Vgl. Nelson 1988a, S. 44 f.)

Unter diesen sieben Politikern befand sich Senator Walter Mondale aus Minnesota.

Er wurde von Carter zu einem Treffen in dessen Heimatstadt Plains, im Bundesstaat Georgia, eingeladen. Die beiden Politiker erkannten dabei, dass sie nicht nur mit den politischen Positionen des jeweils anderen einverstanden waren, sondern dass sie auch „miteinander harmonierten“. Carter und Mondale tauschten ihre Gedanken zur Vizepräsidentschaft, die sie sich im Vorfeld gemacht hatten (Mondale hatte von seinem Stab ein entsprechendes Memo ausarbeiten lassen), aus. (Vgl. Moe 2008, S. 392)

Eine wichtige Bedingung für den Auswahlprozess war, dass Carter bereits vor dem Nominierungsparteitag als Präsidentschaftskandidat feststand. Dies ermöglichte es ihm, anders als Kennedy oder McGovern, die Suche nach einem Running Mate nicht als „sekundäres Unterfangen“ zu behandeln.

Der Auswahlprozess wurde 1970 maßgeblich durch die Ergebnisse der Arbeit einer Kommission der Demokratischen Partei zur Umstrukturierung von Partei und zur Reform der Bestellung von Delegierten für den Nominierungsparteitag („Democratic Commission on Party Structure and Delegate Selection“) modifiziert. George McGovern war daran federführend beteiligt. Die von der Kommission präsentierten Richtlinien verschoben die Macht über die Auswahl der Delegierten endgültig von Parteiführern zur wahlberechtigten Bevölkerung. Einer der sich daraus ergebenden Effekte war, dass Präsidentschaftskandidaten seither in der Regel vor dem Parteikonvent ihre Nominierung gesichert haben (häufig Wochen oder gar Monate davor). Eine hastig betriebene Suche nach einem Running Mate kann somit vermieden werden. (Vgl. Hiller; Kriner 2008, S. 405)

Carter nützte jedoch nicht nur diese Veränderte Rahmenbedingung, er lieferte durch den von ihm und seinen Beratern entworfenen Selektionsprozess wichtige Referenzpunkte für die Durchführung der Suche nach einem Running Mate.

Falls sich Walter Mondale als „schwacher“ Vizepräsident erwiesen hätte, hätte das „Carter-Modell“ wohl keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Da dies nicht der Fall war, folgten die meisten Präsidentschaftskandidaten weitgehend den Eckpunkten von Carters Auswahlssystem. Vertrauenswürdige Mitarbeiter stellen Listen potentieller Kandidaten zusammen und überprüfen diese eingehend. Bill Clinton beauftragte 1992 ein dreiköpfiges Komitee mit Warren Christopher an der Spitze, der auch 2000 für Al Gore die Suche nach einem Vizepräsidentschaftskandidaten leitete. Die Presse erhält Informationen

über den Verlauf des Auswahlprozesses, um sich an Nachforschungen über in Frage kommende Vizepräsidentenskandidaten beteiligen zu können. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 59-63)

Im Jahr 2000 beauftragte der republikanische Präsidentschaftskandidat George W. Bush Richard Cheney mit der Leitung der Suche nach einem Running Mate. Schließlich wurde Cheney selbst Vizepräsidentenskandidat.

Dies brachte Cheney den Vorwurf ein, den Suchprozess derart manipuliert zu haben, dass ihm Bush schließlich den zweiten Platz am Ticket anbot. Jedoch dürfte Bush Cheney schon vor dessen Tätigkeit als Leiter des Suchkomitees als möglichen Vizepräsidentenskandidaten erwogen haben. (Vgl. Gellman 2008, S. 15)

Am Ende von Barack Obamas und John McCains Suchprozessen im Jahr 2008 standen die Entscheidungen für Joseph Biden bzw. Sarah Palin als Running Mates.

Barack Obama beauftragte Eric Holder⁵⁷, Caroline Kennedy⁵⁸ und James Johnson⁵⁹ mit der Leitung der Suche nach einem Vizepräsidentenskandidaten. Am 10. Juni, etwa zweieinhalb Monate vor Beginn des demokratischen Parteikonvents, präsentierte das Suchkomitee Kent Conrad, dem demokratischen Senator aus North Dakota, eine Liste mit zwanzig potentiellen Kandidaten, mit der Bitte seine Eindrücke dazu zu äußern. Laut Conrad befanden sich hochrangige Amtsträger, ehemalige Parlamentarier und ehemalige hochrangige Militärs auf der Liste. Als mögliche Anwärter auf die Vizepräsidentenskandidatur wurden zu diesem Zeitpunkt in den Medien u. a. Senatorin Hillary Clinton⁶⁰, Obamas Hauptkonkurrenten in den demokratischen Vorwahlen, sowie die Senatoren Joseph Biden, Christopher Dodd, der frühere Senator John Edwards und Gouverneur Bill Richardson, die alle ebenfalls in Vorwahlen angetreten waren, genannt. Weitere Nennungen betrafen die demokratischen Gouverneure Ted Strickland (Ohio), Kathleen Sebelius⁶¹ (Kansas), Edward Rendell (Pennsylvania), sowie James Webb, den demokratischen Senator von Virginia, Wesley Clark, einen ehemaligen General, und Michael Bloomberg, den parteilosen Bürgermeister von New York. (Vgl. Barrett 2008, online)

⁵⁷ Eric Holder wurde nach Obamas Amtsantritt Justizminister. Holder war von 1997 bis 2001 Stellvertretender Justizminister („Deputy Attorney General“) unter Präsident Clinton gewesen.

⁵⁸ Diese ist die Tochter des früheren US-Präsidenten John F. Kennedy.

⁵⁹ Johnson, früherer Vorsitzender des Unternehmens „Fannie Mae“, verließ am 11. Juni Obamas Suchkomitee, nachdem von einer Zeitung berichtet worden war, dass er einen vergünstigten Hypothekensatz von einer in die US-Immobilienkrise involvierten Bank erhalten habe. Johnson war 1984 Walter Mondales Wahlkampfmanager gewesen und hatte 2004 John Kerry bei der Suche nach einem Running Mate unterstützt. (Vgl. Goldman 2008, online)

⁶⁰ Clinton wurde nach Obamas Amtsantritt Außenministerin.

⁶¹ Sebelius wurde nach Obamas Amtsantritt Gesundheitsministerin.

Die genannten Christopher, Cheney und Holder zeigen, dass Personen, die von Präsidentschaftskandidaten als vertrauensvoll genug eingestuft werden, um die Suche nach einem Running Mate zu leiten, gute Aussichten haben später ein hochrangiges Amt in der Administration einzunehmen.

Barack Obama war nicht geneigt sich für Hillary Clinton als Running Mate zu entscheiden, vor allem wegen ihres Ehemannes Bill Clinton, der während der Zeit der Vorwahlen durch einige Äußerungen als „unberechenbar“ erschienen war. Obama favorisierte Tim Kaine, den reformorientierten, demokratischen Gouverneur des Red States Virginia. Da die Republikaner im Wahlkampf Obama als zu unerfahren darzustellen versuchten und Kaine politisch relativ unerfahren war, wurde seine Wahl schließlich als zu riskant verworfen. In einer noch relativ frühen Phase des Suchprozesses begann Obama Joseph Biden zu favorisieren, wegen dessen Erfahrung als Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und dessen volksnahen Auftretens, das „gut bei Wählern der Arbeiterklasse ankam“. (Vgl. Thomas 2008, online)

McCain, der seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat wesentlich früher⁶² gesichert hatte als Barack Obama, hatte somit grundsätzlich auch mehr Zeit zur Verfügung, um nach einem Running Mate zu suchen.

Anders als Barack Obama, stellte McCain (zumindest formal) nur eine Person an die Spitze seines „Suchteams“.

Am 25. März wurde bekannt, dass McCain Arthur B. Culvahouse, Partner in einer Rechtsanwaltskanzlei und einst Rechtsberater Präsident Reagans, mit der Leitung beauftragte. (Vgl. Rushing 2008, online)

Am letzten Wochenende im Mai, das wegen des „Memorial Day“ „ein verlängertes“ war (24. bis 26. Mai), empfing McCain mehrere Personen, die in den Medien als mögliche Running Mates gehandelt wurden als Gäste auf seiner Ranch in Arizona. Darunter befanden sich Charlie Crist, republikanischer Gouverneur von Florida, Bobby Jindal, republikanischer Gouverneur von Louisiana und Mitt Romney, der sich ebenfalls um die Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat beworben hatte. (Vgl. Falcone 2008, online)

Sarah Palin dürfte sich an diesem Wochenende nicht unter McCains Gästen befunden haben.

⁶² Barack Obama konnte sich erst am 3. Juni, nach den letzten demokratischen Vorwahlen, zum designierten Präsidentschaftskandidaten erklären (ab diesem Zeitpunkt hatte er vermutlich die Mehrheit der Delegiertenstimmen hinter sich). John McCain gelang es bereits am „Super Tuesday“ (5. Februar) eine Vorentscheidung herbeizuführen. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 446)

Wie bei Obama dürfte bei McCain die am Beginn des Suchprozesses favorisierte Person nicht ident mit dem letztendlichen Running Mate gewesen sein.

Ursprünglich war Senator Joseph Lieberman, nomineller (sic!)⁶³ Demokrat, McCains „erste Wahl“. Bei einem hochrangigen Beratertreffen zur Vorbereitung der Entscheidung für einen Vizepräsidentschaftskandidaten, am 24. August, wurde McCain jedoch davor gewarnt, sich für Lieberman zu entscheiden. Mit der Begründung, dass dessen Ansichten zu Abtreibung (Befürwortung der Wahlfreiheit) bei der Religiösen Rechten auf massive Ablehnung stoßen würde. Mit derselben Begründung wurde eine weiterer potentieller Kandidat, Tom Ridge, der frühere republikanische Gouverneur von Pennsylvania, ausgeschieden. Als Kandidaten verblieben Tim Pawlenty, der republikanische Gouverneur von Minnesota (für diesen Bundesstaat rechnete sich McCains Wahlkampfteam Siegesschancen aus), der in wirtschaftlichen Angelegenheiten bewanderte Mitt Romney, früherer republikanischer Gouverneur von Massachusetts und Konkurrent McCains in den Vorwahlen, und die „Außenseiterin“ Sarah Palin, republikanische Gouverneurin von Alaska. (Vgl. Thomas 2008, online)

Noch am selben Tag (d. h. am 24. August) dürfte McCain erstmals mit Sarah Palin die Möglichkeit einer Vizepräsidentschaftskandidatur besprochen haben, per Telefon. McCain und sein Wahlkampfleiter Rick Davis hatten Palin erstmals im Februar 2008 getroffen. Für die Entscheidung für Palin als Running Mate sprachen die Möglichkeit weibliche Wählerinnen anzusprechen (darunter enttäuschte Anhängerinnen Hillary Clintons) und die Möglichkeit durch die Entscheidung für eine Überraschungskandidatin den Wahlkampf zu beleben (Vgl. Draper 2008, online)

4.3 Der Vizepräsidentschaftskandidat im Präsidentschaftswahlkampf

An dem Tag, an dem der Präsidentschaftskandidat seinen Running Mate öffentlich bekannt gibt, komplettiert dieser das Ticket der Partei und tritt als (designierter) Vizepräsidentschaftskandidat in den Wahlkampf ein.

⁶³ Lieberman stellte sich 2006 als Amtsinhaber eines der beiden Senatssitze des Bundesstaates Connecticut der Wiederwahl, da er jedoch die Vorwahl verloren hatte, tat er dies nicht als offizieller Kandidat der Demokratischen Partei. Seither vertritt er Connecticut als unabhängiger Senator, nimmt aber an den Versammlungen seiner demokratischen Amtskollegen teil. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 419). Lieberman wäre, hätte sich McCain für ihn entschieden, Vizepräsidentschaftskandidat beider großen Parteien gewesen (2000 war er Running Mate von Gore).

Abb. 18: Bekanntgabe des Running Mates, Beginn des Parteikonvents

Vizepräsidentschaftskandidat	Tag der Bekanntgabe	Beginn des Parteikonvents
Dole	19. August	16. August 1976
Mondale	15. Juli 1976	12. Juli 1976
Bush	17. Juli 1980	14. Juli 1980
Ferraro	12. Juli 1984	16. Juli 1984
Quayle	17. August 1988	15. August 1988
Bentsen	13. Juli 1988	18. Juli 1988
Gore	10. Juli 1992	13. Juli 1992
Kemp	10. August 1996	12. August 1996
Cheney	25. Juli 2000	31. Juli
Lieberman	8. August 2000	14. August 2000
Edwards	6. Juli 2004	26. Juli 2004
Palin	29. August 2008	1. September 2009
Biden	23. August 2008	25. August 2009

(eigene Darstellung)

Im Jahr 1976 wurden die Namen der Running Mates der Präsidentschaftskandidaten beider Parteien erst während des Parteikonvents bekannt gegeben. Im Jahr 1980 galt dies für die Republikanische Partei (George Bush als Running Mate von Ronald Reagan). Die Demokratische Partei trat in jenem Jahr mit Amtsinhaber Walter Mondale als Vizepräsidentschaftskandidat an. Walter Mondale gab 1984 den Namen seines Running Mates (Geraldine Ferraro) bereits vier Tage vor Beginn des Parteikonvents preis. Die Republikanische Partei trat mit Amtsinhaber George Bush als Vizepräsidentschaftskandidat an. Im Jahr 1988 gab Michael Dukakis bereits fünf Tage vor Beginn des demokratischen Parteikonvents bekannt, dass Lloyd Bentsen sein Running Mate sein würde. Der republikanische Präsidentschaftskandidat George Bush hingegen gab erst während des Konvents seiner Partei bekannt, dass Dan Quayle der Vizepräsidentschaftskandidat sein würde. Seit 1992 verlautbarten die Präsidentschaftskandidaten beider Parteien die Namen ihrer Running Mates stets vor Beginn des Konvents.

Am längsten vor Beginn des Konvents tat dies John Kerry 2004 – zwanzig Tage vorher. Am kürzesten vorher taten dies Bob Dole und Barack Obama 1996 bzw. 2008 – jeweils zwei Tage vorher. Im Schnitt gaben die Präsidentschaftskandidaten, seit 1992, die Namen ihrer Running Mates (Amtsinhaber ausgenommen) sechs Tage vor Beginn des Konvents ihrer Partei bekannt.

John McCain gab am 29. August 2008, einen Tag nach dem Ende des Demokratischen Parteikonvents, bekannt, dass Sarah Palin sein Running Mate sein würde. Es ist anzunehmen, dass McCain dadurch den Fokus der medialen Berichterstattung vom Parteikonvent der Demokraten zu dieser Verkündung verschieben wollte.

Es ist prinzipiell anzunehmen, dass strategisches Kalkül hinter der zeitlichen Planung der Bekanntgabe des Vizepräsidentschaftskandidaten steckt.

In der Zeit vor der Veröffentlichung der Entscheidungen der Präsidentschaftskandidaten wird in den Medien intensiv über mögliche Running Mates spekuliert. Dies wird von den Wahlkampforganisationen gefördert, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu wahren. Präsidentschaftskandidaten treffen ihre Entscheidungen nicht mehr buchstäblich in letzter Minute. John Kerry hatte 2004 die Nominierung durch die Demokratische Partei bereits Anfang März abgesichert – nahezu fünf Monate vor Beginn des Parteikonvents. Indem er am 6. Juli bekanntgab, dass John Edwards den zweiten Platz am Ticket ausfüllen würde, versuchte Kerry öffentliche Aufmerksamkeit für seine Wahlkampagne zu generieren und einen Spannungsbogen hin zum Beginn des Konvents aufzubauen. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 63 f.)

George W. Bush gab 2000 einige Tage vor Beginn des Parteikonvents am 31. Juli die Vizepräsidentschaftskandidatur Dick Cheneys bekannt. Cheney, der unter Bushs Vater Verteidigungsminister gewesen war, war zwar kein Charismatiker, verlieh dem Ticket aber „Gravitas“. Am Parteikonvent konnten die Republikaner den Eindruck einer geschlossen auftretenden Partei vermitteln. Dies führte dazu, dass Bush um fünf Prozent in den Meinungsumfragen zulegte. Gore, der in den Umfragen hinter Bush lag, gelang es durch die Bekanntgabe, dass Senator Joseph Lieberman sein Running Mate sein würde, seinen Wahlkampf, rechtzeitig vor Beginn des Parteikonvents, „neu zu entflammen“. Nach dem Demokratischen Parteikonvent lag Gore in den Meinungsumfragen vor Bush. (Vgl. Norris 2001, S. 15)

Bis zu den Abstimmungen am Parteikonvent sind Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien nur designierte Kandidaten, am Parteitag werden sie offiziell nominiert. Dies verschafft den Running Mates, die in der

Regel erst einige Tage vor Beginn des Konvents namentlich bekannt gegeben werden, zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Nationalen Parteikonvente haben sich, mit dem Aufkommen des Mediums Fernsehen, maßgeblich verändert. Aus Parteiversammlungen wurden Medienereignisse von landesweitem Interesse. Wichtige Programmpunkte werden zeitlich so angesetzt und gestaltet, dass sie ein möglichst breites TV-Publikum finden. Am vierten und letzten Tag der Konvente findet gewöhnlich⁶⁴ die Abstimmung zur Nominierung des Vizepräsidentenskandidaten statt, jene zur Nominierung des Präsidentschaftskandidaten findet am Tag zuvor statt. Im Anschluss nimmt der Vizepräsidentenskandidat in einer Rede die Nominierung an – „acceptance speech“. Den Abschluss des Parteikonvents bildet die Rede des Präsidentschaftskandidaten, in der jener seine Nominierung annimmt. (Vgl. Coleman; Cantor; Neale. 2000, S. 20-30)

Analog zu den Debatten zwischen den Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen und der Demokratischen Partei kommt es seit 1976 (mit der Ausnahme von 1980) vor der Wahl auch zu einem direkten Aufeinandertreffen der Vizepräsidentenskandidaten beider Parteien..

Zumindest zweimal während des Präsidentschaftswahlkampfes sind „die Scheinwerfer auf die Vizepräsidentenskandidaten gerichtet“ - am Tag der Bekanntgabe ihrer Kandidatur und am Tag der Debatte. (Vgl. Romero 2001, S. 455)

Die beiden Running Mates werden von Mitarbeitern ihres Wahlkampfteams und Wahlhelfern des Präsidentschaftskandidaten detailliert auf die Debatte vorbereitet. Die Mitarbeiter des Präsidentschaftskandidaten sind deswegen involviert, weil der Verlauf der Debatte auf das gesamte Ticket zurückstrahlt. Die Bedingungen unter denen die Debatte stattfindet, werden im Vorfeld zwischen „beiden Lagern“ ausverhandelt – Anzahl, Auswahl und Platzierung der Zuschauer, Auswahl der Moderatoren, Gesprächsthemen und Länge der Redezeit. Die Mitarbeiter beider Wahlkampfstäbe sind im Vorfeld der Debatte bestrebt die Medienberichterstattung in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. So spielen sie Debattierfähigkeit ihres Kandidaten und Bedeutung der Debatte üblicherweise herunter. Im Fall einer schlechten Performance des Kandidaten kann auf zuvor aufgebaute niedrige Erwartungen verwiesen werden, im Fall einer guten Performance kann ein

⁶⁴ 2008 war dies nicht der Fall: Die republikanische Vizepräsidentenskandidatin Palin wurde bereits am dritten Tag des Konvents, vor Präsidentschaftskandidat McCain, von ihrer Partei nominiert und hielt an diesem Tag auch ihre Rede. (Vgl. Reuters o. J., online). Die Demokraten nominierten Präsidentschaftskandidat Obama und Vizepräsidentenskandidat Biden ebenfalls am dritten Tag des Konvents, allerdings fand die Abstimmung zur Nominierung Bidens nach jener zur Nominierung Obamas statt. Biden hielt an diesem Tag auch seine „acceptance speech“. (Vgl. CBS; Associated Press 2008, online)

„Überraschungssieg“ verbucht werden. Vor der Debatte werden Positionen zu politischen Themen ausgearbeitet, Antworten auf mögliche Fragen des Moderators und Aussagen des Gegners vorbereitet. Die Kandidaten ziehen sich üblicherweise einige Tage aus dem Wahlkampf zurück und üben mit einem Partner, der den Vizepräsidentenskandidaten der anderen Partei mimt. Mitarbeiter analysieren diese Übungsdebatten. Beispielsweise absolvierte Al Gore 1996 vier neunzigminütige Debatten mit dem früheren Kongressabgeordneten Thomas Downey. Dick Cheney wählte 2000 und 2004 Rob Portman, Mitglied des Repräsentantenhauses. Ausgearbeitete Strategien müssen Rücksicht darauf nehmen, ob der Kandidat als Amtsinhaber oder Herausforderer antritt, müssen die stilistischen und thematischen Stärken und Schwächen beider Kandidaten einkalkulieren. So wollte Dan Quayle seinen Herausforderer Al Gore in der Debatte von 1992 als „weltfremd“ darstellen. Gore und seine Berater nahmen sich vor „die Wirtschaft“, das zentrale Kampagnenthema von Präsidentschaftskandidat Clinton, hervorzuheben und hofften darauf, dass Quayle „oberflächlich“ wirken würde. Generell ist es für Vizepräsidentenskandidaten wichtig als Führungspersönlichkeit aufzutreten – im Hinblick auf eine mögliche Nachfolge als Präsident. Richard Cheney trat in den Debatten von 2000 und 2004 unerwartet „moderat“ auf. Damit gelang es ihm möglicherweise seine Kontrahenten zu überraschen (Vgl. Baumgartner 2006, S. 97-100).

Nach dem Ende der Debatten speisten sich nachhaltige Eindrücke immer wieder aus einzelnen Aussagen eines der Kandidaten oder aus einem bestimmten Wortwechsel zwischen den Kandidaten.

Bob Dole, republikanischer Vizepräsidentenskandidat, schockierte in der Debatte von 1976 viele der Fernsehzuschauer mit zwei aufeinander folgenden Aussagen. Einer der Moderatoren wollte eine Stellungnahme von Dole zu einer Aussage aus dem Jahr 1974, in der dieser die Begnadigung des zurückgetretenen Richard Nixon durch den nunmehrigen Präsidentschaftskandidaten Gerald Ford kritisiert hatte. Dole entgegnete, dass der Watergate-Skandal kein gutes Wahlkampfthema sei, genauso wenig wie der Vietnamkrieg oder der Erste Weltkrieg oder der Zweite Weltkrieg oder der Koreakrieg, die allesamt Kriege der Demokraten gewesen seien. Daran anknüpfend stellte Dole die Behauptung auf, dass 1,6 Millionen Amerikaner in den Kriegen der Demokraten getötet oder verwundet worden seien, „genug um die Stadt Detroit zu füllen“. (Vgl. Witcover 1992, S. 297)

In der Debatte von 1988 meinte der republikanische Vizepräsidentenskandidat Dan Quayle, dass er über weit mehr Erfahrung verfüge, als viele der Vizepräsidentenskandidaten vor ihm. Er meinte weiters, dass er genauso viel Kongress-

Erfahrung mitbringe wie John F. Kennedy gehabt habe, als dieser für die Präsidentschaft kandidierte. Der demokratische Vizepräsidentschaftskandidat Llyod Bentsen entgegnete, dass er Kennedy gekannt habe und dass Quayle „kein John F. Kennedy sei“. (Vgl. Witcover 1992, S. 351)

Abb. 19: Seherzahlen⁶⁵ der Debatten zwischen Vizepräsidentschaftskandidaten 1976-2008 (ohne 1980)

	durchschnittliche Seherzahl	höchste Seherzahl
Debatten Kandidaten VP ⁶⁶	ca. 57 Mio.	ca. 69,9 Mio. (1992)
Debatten Kandidaten P ⁶⁷	ca. 46 Mio.	ca. 69,9 (2008)

(eigene Darstellung Daten entnommen aus Commission on Presidential Debates o. J., online)

Es fand stets nur eine Debatte der Vizepräsidentschaftskandidaten statt (stets während der ersten Oktober-Hälfte). Zwischen den Präsidentschaftskandidaten fanden 1976 bis 2008 zwei bis drei Debatten vor den einzelnen Wahlen statt. Mit einer Ausnahme gab es „Duelle“ zwischen den Vizepräsidentschaftskandidaten der Republikanischen und der Demokratischen Partei. Neben Al Gore und Dan Quayle nahm 1992 auch James Stockdale, Running Mate des parteilosen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot, an der Debatte teil. (Vgl. Commission on Presidential Debates o. J., online)

Wie obige Tabelle zeigt, war die durchschnittliche Anzahl der TV-Seher bei Übertragungen von Debatten zwischen Präsidentschaftskandidaten merklich höher als bei Ausstrahlungen von Debatten zwischen Vizepräsidentschaftskandidaten – durchschnittlich wiesen Debatten zwischen Präsidentschaftskandidaten neun Millionen mehr Seher auf. Jedoch gleicht die Rekordseherzahl für eine Debatte zwischen Vizepräsidentschaftskandidaten, erreicht 2008, jener für einer Debatte zwischen Präsidentschaftskandidaten – jeweils 69,9 Millionen Zuseher (Zeitraum 1976 bis 2008, ohne Präsidentschaftsdebatten 1980).

Im Jahr 2008 hatte die Debatte zwischen den Vizepräsidentschaftskandidaten, Sarah Palin und Joe Biden, erstmals eine höhere Seherzahl als die im selben Jahr stattfindenden

⁶⁵ Diese wurden aus Angaben der Nonprofit-Organisation „Commission on Presidential Debates“, die sich auf Berechnungen des Unternehmens „Nielsen Media Research“ beziehen, zu den einzelnen Debatten im Untersuchungszeitraum errechnet. Von dieser Quelle stammt auch „die höchste Seherzahl“ im Untersuchungszeitraum. (Vgl. Commission on Presidential Debates o. J., online)

⁶⁶ Dabei handelt es sich um Debatten zwischen Vizepräsidentschaftskandidaten.

⁶⁷ Dabei handelt es sich um Debatten zwischen Präsidentschaftskandidaten.

Debatten zwischen den Präsidentschaftskandidaten Barack Obama und John McCain. (Vgl. Commission on Presidential Debates o. J., online)

Nach dem Ende der Debatten wird die Frage nach dem Sieger gestellt. Ein Weg diese zu beantworten sind Meinungsumfragen, die jedoch zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen kommen können (u. a. sind Unterschiede in Zusammensetzung und Größe von Stichproben zu beachten).

So befragte das amerikanische Fernseh-Network „CBS“ im Jahr 2004, unmittelbar nach der Debatte, 178 Zuseher, die angegeben hatten „uncommitted voters“ zu sein (keine Präferenz oder nur schwache Präferenz für einen der Kandidaten). 41 Prozent dieser Personen sahen John Edwards als Sieger, 28 Prozent Dick Cheney und nach Meinung von 31 Prozent endete die Debatte unentschieden (Vgl. Cosgrove-Mather, online)

Zu einem völlig anderen Ergebnis kam das amerikanische Meinungsforschungsinstitut „Rasmussen Reports“, welches über Telefoninterviews 1000 Personen befragte, die angegeben hatten wahrscheinlich zur Wahl zu gehen. In dieser Stichprobe sahen 43 Prozent Cheney als Sieger der Debatte, 37 Prozent John Edwards. (Vgl. Rasmussen Reports 2004, online)

Der (mehrheitlich wahrgenommene) Sieg in einer Debatte kann wohl nur als relevant eingestuft werden, wenn dadurch Wähler in signifikantem Ausmaß für das Ticket gewonnen werden können.

Eine Analyse von Nachwahlbefragungen zu den Wahlen von 1984, 1988 und 1992 kam zu dem Resultat, dass die Performances der Vizepräsidentschaftskandidaten in den Debatten die öffentliche Meinung nicht substanziell beeinflussten. (Vgl. Holbrooke 1996, S. 109)

Richard Nixon vertrat die Auffassung, dass der Vizepräsidentschaftskandidat dem Präsidentschaftskandidaten nicht helfen könne, sondern ihm nur schaden könne. (Vgl. Schlesinger 1987, S. 362)

Grundsätzlich können Vizepräsidentschaftskandidaten während des Wahlkampfes zwei Rollen einnehmen – jene des „Advokaten des Präsidentschaftskandidaten“ und jene des „Angreifers“. Wobei keine Entweder-oder-Entscheidung getroffen werden muss.

Zunächst wird die Rolle des Advokaten dargelegt.

Vizepräsidentschaftskandidaten unterstreichen immer wieder politische Positionen des Präsidentschaftskandidaten. Sie können auf diesem Weg zu einem erfolgreichen Ausgang der Wahl beitragen – die zeitlichen Möglichkeiten des Präsidentschaftskandidaten für Wahlkampfauftritte sind begrenzt. Zudem müssen Präsidentschaftskandidaten darauf

achten, nicht zuviel Eigenlob zu „versprühen“. Ihre Running Mates hingegen können als enthusiastische Fürsprecher auftreten. (Vgl. Goldstein 1982, S. 98-100)

Im Wahlkampf von 2008 traten Biden und Palin als Advokaten „ihrer“ Präsidentschaftskandidaten auf.

So fand Biden in der Rede nach seiner Nominierung als Vizepräsidentschaftskandidat, dass er in den Debatten zwischen den demokratischen Vorwahl-Kandidaten, an denen er und Obama teilgenommen hatten, „die geistige Stärke Obamas und dessen Fähigkeit die Leute zu berühren und zu inspirieren“ kennen gelernt habe. (Vgl. CBS; Associated Press 2008, online)

Palin bezeichnete McCain während eines Wahlkampfauftritts im Bundesstaat Maine als „wahren Reformer, der Steuern senken und Arbeitsplätze schaffen will“. (Vgl. ABC News 2008, online))

Nun zur Rolle des Angreifers: Da in amerikanischen Wahlen vorwiegend Personen, nicht programmatisch unterfütterte Parteien, gegeneinander antreten, ist der Anreiz für personenbezogene Angriffe groß. Insbesondere Kandidaten, die als Herausforderer gegen Amtsinhaber antreten, sehen intensive verbale Attacken oft als erfolgsversprechende Strategie. Unter Umständen gelingt es auf diesem Weg Schwachpunkte in der bisherigen Amtsausübung durch den Amtsinhaber in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken. Auch Parteitickets, die in Meinungsumfragen deutlich zurücklagen, greifen oft zu einer Angriffsstrategie. Das in Führung liegende Ticket hingegen hat wenig Anreiz persönliche Angriffe zu forcieren, denn dies könnte potentielle Wähler befremden. Präsidentschaftskandidaten verwenden zwar einen Anteil ihrer Redezeit während des Wahlkampfes, um ihre Kontrahenten zu attackieren, jedoch versuchen sie diesen Anteil gering zu halten, so sie staatsmännisch wirken wollen. Somit kann dem Vizepräsidentschaftskandidaten die Aufgabe zufallen das gegnerische Ticket zu attackieren. (Vgl. Goldstein 1982, S. 104 f.)

Eine statistische Analyse von Äußerungen von Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten während der Präsidentschaftswahlkämpfe von 1960 bis 2000 (entnommen aus Artikel der Zeitung „New York Times“) kamen zu folgenden Ergebnissen: Tickets, die in Meinungsumfragen deutlich zurücklagen, hatten eine hohe Neigung zu kritischen Äußerungen über die Gegenseite. Lediglich Vizepräsidentschaftskandidaten von Tickets, die in Meinungsumfragen deutlich voranlagen, griffen im Untersuchungszeitraum durchschnittlich merklich öfter zu

kritischen Äußerungen als der Präsidentschaftskandidat des Tickets – durchschnittlich um 26,6 Prozent mehr kritische Äußerungen. (Vgl. Sigelman; Buell 2003, S. 529)

Dieses Ergebnis unterstützt die Annahme, dass Tickets, die in den Meinungsumfragen deutlich zurückliegen, einen großen Anreiz haben eine Angriffsstrategie zu wählen. Die etwaige Annahme, dass der Vizepräsidentschaftskandidat in der Regel den „Angriffspart“ übernimmt, wird nicht unterstützt.

Übernimmt der Vizepräsidentschaftskandidat eine betonte Angreifer-Rolle, kann es zu einem „Trade-Off“ zwischen den Erfolgsaussichten seines Tickets, Kritik an der Gegenseite kann Wählerstimmen bringen, und seinen Erfolgsaussichten im Falle einer späteren Präsidentschaftskandidatur kommen. Entsteht durch die Angreiferrolle im früheren Wahlkampf das nachhaltige Image des „angriffswütigen Parteipolitikers“, könnte dies Wähler ohne Parteibindung befremden.

Im Wahlkampf attackierte Palin den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Obama wegen dessen Kontakte zu Bill Ayers, einem Professor an der Universität von Chicago. Ayers hatte in den Sechzigerjahren der radikalen Antikriegsbewegung angehört. Auf einer Veranstaltung zur Beschaffung von Wahlkampfspenden in Denver, Colorado, äußerte sich Palin folgendermaßen über Obama: „Dies ist kein Mann, der Amerika sieht, wie ihr es seht und wie ich Amerika sehe.“ (Vgl. Murray ; Berger 2008, online)

Biden attackierte den republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain in seiner Rede nach der Nominierung als Vizepräsidentschaftskandidat – unter anderem mit der Bemerkung, dass McCains politische Vorhaben keine Änderung bringen würden, sondern eine Fortsetzung der Politik der Administration Bush seien – „just more of the same“. (Vgl. BBC News 2008, online)

Abb. 20: Wahlkampfveranstaltungen⁶⁸, unterteilt nach Regionen⁶⁹, Zeitraum 1.9. 2008 – 4.11. 2008

Kandidat	Nordosten	Mittler Westen	Süden	Westen	Veranstaltungen
Biden	14 (16 %) 10 Pennsylvania	34 (38 %) / 20 Ohio	34 (38 %) / 12 Florida	7 (9 %) 5 Colorado	89 (100 %)
Palin	14 (16 %) 15 Pennsylvania	34 (38 %) / 20 Ohio	34 (38 %) / 10 Florida	7 (9 %) 5 Colorado	89 (100 %)

(eigene Darstellung, Daten entnommen aus Washington Post Campaign Tracker 2008, online)

Augenfällig ist, dass beide Vizepräsidentschaftskandidaten 2008 denselben regionalen Schwerpunkt bei Wahlkampfauftritten setzten – Süden und Mittler Westen der USA (jeweils 76 Prozent der Auftritte). Auch absolvierten Biden und Palin in jeder der vier Regionen im selben Bundesstaat die größte Anzahl an Wahlkampfauftritten – Pennsylvania (Nordosten), Ohio (Mittlerer Westen), Florida (Süden), Colorado (Westen).

Diese vier Bundesstaaten wurden vor der Wahl als „Battleground States“ angesehen.⁷⁰ (Vgl Washington Post 2008, online; The Economist 2008, S. 45 f.)

Vizepräsidentschaftskandidaten erhielten in der Vergangenheit den Auftrag sich im Wahlkampf vorwiegend auf jene Region zu konzentrieren, aus der sie stammten.

Lyndon B. Johnson verbrachte 1960 44 Prozent seiner Wahlkampfzeit im Süden der USA. Es scheint so zu sein, dass Johnson einen wichtigen Beitrag zu den Siegen des demokratischen Tickets in den Bundesstaaten Texas und South Carolina, wahrscheinlich auch zu jenem in North Carolina, geleistet hat. (Vgl. David 1967, S. 736)

Walter Mondale, der aus dem Mittleren Westen stammte, wahlkämpfte vorwiegend dort und im Nordosten. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 88)

⁶⁸ Die Wahlkampfveranstaltungen wurden dem „Campaign Tracker“ (Kalender mit Wahlkampfveranstaltungsterminen von Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten) der Onlineausgabe der Zeitung „Washington Post“ entnommen. Anspruch auf Vollständigkeit wird keiner erhoben. Insbesondere wird angeführt, dass Veranstaltungen zum Sammeln von Wahlkampfspenden oft nicht angekündigt wurden. (Vgl. Washington Post Campaign Tracker 2008, online) In der Tabelle finden sich die Gesamtzahl der im Untersuchungszeitraum absolvierten Veranstaltungen von Biden und Palin, sowie die Anzahlen der jeweils in den einzelnen Regionen absolvierten Veranstaltungen (mit prozentuellem Anteil an der Gesamtzahl der Veranstaltungen) und es findet sich derjenige Bundesstaat der einzelnen Regionen, der jeweils am häufigsten für Wahlkampfveranstaltungen besucht wurde (mit Anzahl der Wahlkampfveranstaltungen).

⁶⁹ Die Einteilung der Bundesstaaten erfolgte gemäß der Definition des „US Census Bureau“ (Vgl. U.S. Census Bureau o. J.; online)

⁷⁰ Obama/Biden konnten schließlich alle vier Staaten für sich entscheiden.

Im Jahr 2008 dürften, wenn man obige Tabelle zugrunde legt, beide Kandidaten vorwiegend auf (dieselben) Battleground States „angesetzt worden sein“, unabhängig von ihrer regionalen Herkunft.

4.3.1 Einfluss der Vizepräsidentschaftskandidaten auf das Wahlergebnis

Abschließend wird die Fragestellung erörtert inwiefern Vizepräsidentschaftskandidaten Einfluss auf das Wahlergebnis im November haben.

Die Bezeichnung „amerikanische Vizepräsidentschaftswahl“ bzw. „American vice presidential election“ ist unüblich.⁷¹ In der Regel wird von der „amerikanischen Präsidentschaftswahl“ gesprochen, wenn dies auch formal nicht korrekt ist, denn die Wähler wählen die Wahlmänner ihres Bundesstaates, die zu einem späteren Zeitpunkt Präsident und Vizepräsident wählen.

Vizepräsidentschaftskandidaten führen nicht direkt Wahlkampf für ein Amt, sie treten eher als Wahlhelfer des Präsidentschaftskandidaten auf. (Vgl. Baumgartner 2006, S. 90)

Der Einsatz des Vizepräsidentschaftskandidaten ist dabei keineswegs uneigennützig, erreicht er doch (in aller Regel) das Vizepräsidentenamt nur, wenn die zweite Person am Ticket die notwendige Mehrheit der Wahlmännerstimmen erhält, um zum Präsidenten gewählt zu werden.

Jedoch ist die Frage zu stellen, ob Vizepräsidentschaftskandidaten den Ausgang der Präsidentschaftswahl in signifikantem Maß beeinflussen können.

Verschiedene Politologen vertreten die These, dass die Vizepräsidentschaftskandidaten den Wahlausgang nicht, oder nur in geringem Maße beeinflussen können (Vgl. z. B. Schlesinger 1974, S. 483 f.; Polsby; Wildavsky; Hopkins 2007, S. 146)

Grundsätzlich dürfte es überaus schwierig sein den Anteil der Person des Vizepräsidentschaftskandidaten am Zustandekommen des Wahlergebnisses in seinem Heimatstaat (bzw. den Anteil am landesweiten Wahlergebnis) zu quantifizieren. Es ist fraglich, ob es gelingen kann den Faktor „Person des Vizepräsidenten“ von anderen Faktoren, wie „Parteiidentifikation“, „Themenorientierung“ oder „Person des Präsidentschaftskandidaten des Tickets“ (keine getrennte Volkswahl von Präsident und Vizepräsident) zu isolieren

Eine Meinungsumfrage von CBS (durchgeführt zwischen 31.7. und 5.8. 2008), landesweite Zufallsstichprobe von 1.034 Personen, kam zu dem Ergebnis, dass für rund zwei Drittel der

⁷¹ Die Internetsuchmaschine „Google“ liefert keinen einzigen Treffer für „American vice presidential election“. (Vgl. Google-Suche 2009, online)

(in das Wählerregister eingetragenen) Befragten die Running Mates der Präsidentschaftskandidaten für die Entscheidung, welchen Präsidentschaftskandidaten sie wählen werden, unerheblich sind. 30 Prozent der (registrierten) Wähler gaben an, dass die Auswahl der Running Mates durch die Präsidentschaftskandidaten ihre Wahlentscheidung maßgeblich beeinflusst - ein doppelt so großer Anteil als bei einer Befragung im Jahr 2000. (Vgl. CBS News Poll 2008, online)

Eine Analyse der Ergebnisse von Nachwahlbefragungen zu den Wahlen im Zeitraum 1972 bis 2008 kam zu den Resultaten, dass im Untersuchungszeitraum Empfindungen gegenüber Präsidentschaftskandidaten die Wahlentscheidung durchwegs beeinflusst haben, aber dass dem gegenüber die Bedeutung der Vizepräsidentschaftskandidaten für die Wahlentscheidung stark variierte. Bei einigen Wahlen hatten Empfindungen der Wähler gegenüber einem oder beiden Vizepräsidentschaftskandidaten Einfluss auf die Wahlentscheidung, bei anderen Urnengängen hatte keiner der beiden Vizepräsidentschaftskandidaten einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung. Bei Wahlen (z. B. 2008), bei denen einer der beiden Vizepräsidentschaftskandidaten einen relativ großen Einfluss auf die Wahlentscheidung ausübte (Sarah Palin), übte der Vizepräsidentschaftskandidat des anderen Parteitickets typischerweise einen sehr geringen Einfluss auf die Wahlentscheidung aus (Joe Biden). Wobei Tickets mit Vizepräsidentschaftskandidaten mit überdurchschnittlichem Einfluss auf die Wahlentscheidung in der Regel die Wahl verloren – McCain/Palin, Gore/Lieberman, Mondale/Ferraro (erste weibliche Kandidatin). Es ist zudem eine starke Korrelation festzustellen zwischen dem relativen Einfluss eines Vizepräsidentschaftskandidaten auf die Wahlentscheidung und dem Ausmaß der Medienberichterstattung – über Palin berichteten die Medien in überdurchschnittlichem (Zeitraum 1972 bis 2008), über Biden in etwa durchschnittlichem Ausmaß. (Ulbig 2009, S. 5 -13)

Abb. 21: Artikel⁷² über Kandidaten auf der Titelseite der „New York Times“ (1. 9. 2008 – 4.9. 2008)

Obama	100
McCain	107
Biden	13
Palin	52

(eigene Darstellung, Daten entnommen aus New York Times Article Archive 2009, online)

⁷² Gewertet wurden Artikel auf der Titelseite (erste Seite) der Zeitung, in denen der Kandidat mindestens zweimal namentlich erwähnt wurde.

Während sich in etwa gleich viele Titelblattartikel mit den beiden Präsidentschaftskandidaten McCain und Obama befassten, gab es mehr als dreimal so viele Titelblattartikel über Palin als über Biden.

Eine relativ umfangreiche mediale Berichterstattung über den Vizepräsidentschaftskandidaten muss für ein Parteiticket jedoch keineswegs vorteilhaft sein.

Denn oft werden Vizepräsidentschaftskandidaten in Titelblattartikeln von Zeitungen in Zusammenhang mit Skandalen und Fehltritten erwähnt. (Vgl. Goldstein 1982, S. 125 f.)

So berichtete die „New York Times“ über Untersuchungen gegen Palin wegen Amtsmissbrauchs – Palin geriet in Verdacht ihre Macht als Gouverneurin dazu missbraucht zu haben ihren ehemaligen Schwager, einen Polizisten, um dessen Arbeitsplatz zu bringen. (Vgl. Kovalevski 2008, online)

5.0 Vizepräsidenten und Außenpolitik – 3 Fallbeispiele

Anhand von drei Fallbeispielen aus dem Politikfeld Außenpolitik sollen Handlungsmöglichkeiten des Vizepräsidenten innerhalb des Gefüges hochrangiger außenpolitischer Berater des Präsidenten aufgezeigt werden und Amtstile und politische Ansichten zweier Vizepräsidenten, Biden und Cheney, exemplarisch dargestellt werden. Ein Fallbeispiel befasst sich mit der Positionierung Vizepräsident Bidens im Entscheidungsfindungsprozess der Administration Obama bezüglich der Festlegung von Strategien für den Afghanistankrieg. Zwei weitere Fallbeispiele befassen sich mit dem Bestreben Vizepräsident Cheneys die Irakpolitik der Administration Bush zu beeinflussen. Eine dieser beiden Case Studies behandelt Cheneys Positionierung in der Zeit vor Beginn des Irakkriegs, die andere Cheneys Positionierung in Bezug auf die Aufstockung der US-Truppen im Irak im Jahr 2007. Neben dem Vizepräsidenten gehören Außenminister, Verteidigungsminister, Nationaler Sicherheitsberater und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs zu den hochrangigen außen- und sicherheitspolitischen Beratern des Präsidenten.

Alle genannten Amtsträger nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates teil. Außenminister und Verteidigungsminister sind Mitglieder des Kabinetts des Präsidenten.

Das Außenministerium ist verantwortlich für die Formulierung und Implementierung der amerikanischen Außenpolitik. Es vertritt die USA bei Verhandlungen und in den internationalen Organisationen. Das Verteidigungsministerium ist verantwortlich für Formulierung und Implementierung der amerikanischen Militärpolitik. Es gehört zu den einflussreichsten Ministerien und verfügt, wie das Außenministerium, über einen weitverzweigten Apparat mit ausgedehnten personelle Ressourcen. Die Vereinigten Stabschefs⁷³, die in das Verteidigungsministerium eingegliedert sind, bilden ein wichtiges Beratungsgremium des Präsidenten und stellen eine Verbindung zwischen führenden zivilen Amtsträgern im Verteidigungsministerium und hochrangigen Militärs her. Der Nationale Sicherheitsrat, der Außen- und Verteidigungspolitik miteinander koordiniert, ist ein weiteres Beratungsgremium und Bestandteil des Executive Office. An der Spitze seines im Weißen Haus angesiedelten Stabes, klein im Vergleich zur Mitarbeiterzahl von Außen- und Verteidigungsministerium, steht der Nationale Sicherheitsberater. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 692)

Außen-, Verteidigungsminister und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs werden vom Präsidenten nominiert⁷⁴, benötigen für die Amtsübernahme jedoch die Bestätigung des Senats. Der Nationale Sicherheitsberater wird vom Präsidenten ernannt, die Zustimmung des Senats ist nicht nötig⁷⁵.

In der Verfassung gibt es keine Bestimmung, aus der hervorgehen würde, dass der Präsident Minister und andere Amtsträger der bundesstaatlichen Exekutive entlassen darf. Bereits kurz nach Inkrafttreten der Verfassung kam es zu Debatten darüber, ob der Präsident Amtsträger der Exekutive entlassen darf, bzw. ob er dies nur mit Zustimmung des Senats tun darf. James Madison, der für eine uneingeschränkte „removal power“ des Präsidenten eintrat, berief sich dabei auf die Verfassung, die ja dem Präsidenten die Pflicht

⁷³ Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs („Chairmen of the Joint Chiefs of Staff“), ernannt vom Präsidenten, hat eine Amtszeit von zwei Jahren, mit der Möglichkeit für zwei weitere Amtszeiten ernannt zu werden (zusätzliche Verlängerung in Kriegszeiten möglich). Er ist der oberste militärische Berater des Präsidenten, des Verteidigungsministers und des Nationalen Sicherheitsrates. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs ist im Auftrag von Präsident und Verteidigungsminister führend an der Erarbeitung der strategischen Ausrichtung der amerikanischen Streitkräfte beteiligt, führt jedoch kein militärisches Kommando. (Vgl. 10 USC 151-153, 2006)

⁷⁴ Die Verfassung gibt dem Präsidenten die Befugnis hochrangige Amtsträger der Exekutive, mit Zustimmung des Senats, zu ernennen. Der Präsident kann schriftliche Stellungnahmen zu Themen, die die Amtsgeschäfte eines Amtsträgers betreffen, einfordern. (Vgl. US Const, art. II, sec. 4)

⁷⁵ Das Gesetz bestimmt, dass der Nationale Sicherheitsberater, der den Stab des Nationalen Sicherheitsrates leitet, nach Ernennung durch den Präsidenten sein Amt antreten kann. (Vgl. 50 USC 402, 2007)

auferlegt, dafür zu sorgen, dass Gesetze rechtmäßig exekutiert werden. Seither gibt es ein Spannungsfeld zwischen der Macht des Präsidenten Amtsträger der Exekutive zu entlassen und dem Versuch des Kongresses diese zu beschneiden. (Vgl. Fisher 1998; S. 121-123)

Der Vizepräsident wird im Gegensatz zu den übrigen genannten, im Bereich der Außenpolitik tätigen Amtsträgern, nicht vom Präsidenten ernannt, sondern für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt (von Ausnahmesituationen, denen im Fünfundzwanzigsten Verfassungszusatz Rechnung getragen wird, abgesehen). Wie aber im Kapitel „Der Vizepräsident als Running Mate“ verdeutlicht wurde, verdankt der Vizepräsident genauso wie andere Amtsträger, z. B. wie Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater, sein Amt der Person des Präsidenten. Der Vizepräsident steht somit in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Präsidenten, kann von diesem jedoch, anders als die übrigen hochrangigen außenpolitischen Berater, nicht entlassen werden. Dies garantiert dem Vizepräsidenten zwar ein gewisses Maß an Unabhängigkeit, welches einerseits eine effektive Beraterrolle ermöglichen kann, andererseits kann seine „Unkündbarkeit“ den Präsidenten jedoch davon abhalten, ihm verantwortungsvolle Aufgaben im Bereich der Außenpolitik zu übertragen, da das „Drohpotenzial“ der Entlassung entfällt. Der Präsident kann dem Vizepräsidenten Aufgaben und Kompetenzen wieder entziehen, so sie nicht durch die Verfassung zugewiesen sind. Vizepräsidenten verfügen über keinen Apparat, der annähernd mit jenen von Außen- und Verteidigungsminister vergleichbar ist. Vizepräsidenten können somit nicht auf die Vorteile der Unterstützung durch umfangreiche personelle Ressourcen zurückgreifen, entgehen jedoch den mit der Leitung großer Institutionen verbundenen „bürokratischen Zwängen“. Sie verfügen durch ihr Büro im Westflügel des Weißen Hauses über den Vorteil der räumlichen Nähe zum Präsidenten. Die Verfassung sieht keine Rolle des Vizepräsidenten im Bereich der Außenpolitik vor. Dennoch kam es zu einer Einbindung des Vizepräsidenten in dieses Politikfeld.

Einer der Gründe hierfür ist, dass die Präsidenten der Ära des Kalten Krieges die Vizepräsidenten auf eine mögliche Amtsübernahme vorbereiten wollten, unter dem Eindruck, dass es in der amerikanischen Geschichte wiederholt zum unerwarteten Versterben von Präsidenten gekommen war. Weiters ermöglichten zusätzliche Ressourcen, die dem Vizepräsidenten zur Verfügung gestellt wurden, z. B. Anstieg der Mitarbeiterzahl, eine Rolle im Bereich der Außenpolitik. Zudem hat der sich erweiternde Aufgabenbereich des Präsidenten dazu geführt, dass dieser immer wieder auf Unterstützung durch den Vizepräsidenten zurückgreift. Die Involvierung des Vizepräsidenten in die Außenpolitik steigerte sich seit 1945 von der Teilnahme an Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates,

zur Übernahme der Rolle eines Vertreters der Regierung im Ausland (z. B. Johnsons Reise nach Berlin) und im Kongress, zur Führung von Verhandlungen mit ausländischen Politikern, unterstützt seit Mondale durch eigene außenpolitische Berater (z. B. Quayles Verhandlungen in Lateinamerika), bis hin zur aktiven Gestaltung von Bereichen der Außenpolitik der Administration durch den Vizepräsidenten. (Vgl. Kengor 2000, S. 20-30) Es folgen drei Fallbeispiele, die exemplarisch die Beteiligung des Vizepräsidenten an außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozessen aufzeigen.

5.1 Fallbeispiel 1: Biden und die Afghanistan-Strategie der Administration Obama

Abb. 22: Hochrangige außenpolitische Berater in der Administration Obama
(Zeitraum: 20.1. 2009 bis 1.12. 2009)

Nationaler Sicherheitsberater	Außenminister	Vizepräsident	Verteidigungsminister	Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs
General James L. Jones	Hillary Clinton	Joseph Biden	Robert Gates	Admiral Michael Mullen

(eigene Darstellung)

Der Krieg in Afghanistan begann im Oktober 2001, als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September. In den Jahren 2008 und 2009 verstärkten die USA ihre militärische Präsenz in Afghanistan massiv. Im Januar 2008 befanden sich 26.607 amerikanische Soldaten im Land. In den darauf folgenden sechs Monaten erhöhte die Administration Bush diese Zahl auf 48.250. Im Januar 2009 wurden weitere 3.000 Militärangehörige in Afghanistan stationiert (noch auf Order Präsident Bushs). Präsident Obama befahl im darauffolgenden Februar die Entsendung von 17.000 Soldaten nach Afghanistan – auf Ersuchen von General David McKiernan, des damaligen Befehlshabers in Afghanistan. (Vgl. Zakaria 2009, online)

Joseph Biden hatte sich bereits vor Amtsantritt als Vizepräsident mit der Lage in

Afghanistan befasst - in seiner Funktion als Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Zu Beginn des Jahres 2002 besuchte Biden Afghanistan und traf dabei den afghanischen Führer (und späteren Präsidenten) Hamid Karzai. In den darauffolgenden Jahren setzte sich Biden für eine Stärkung der Position Karzais ein. Nach Bidens Ansicht führte die Fokussierung der Administration Bush auf den Irak zum Wiedererstarken der Taliban in Afghanistan und in weiterer Folge zur Entstehung von Zufluchtsorten für Terroristen und somit zu einer potentiellen Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA. (Vgl. Kurz 2009, online)

Im Januar 2009, kurz vor seinem Amtsantritt als Vizepräsident, reiste Biden abermals nach Afghanistan.

Biden befragte Präsident Karzai bei einem Dinner zur Korruption in dessen Regierung (nach diversen Schätzungen sollen die afghanischen Behörden zu den korruptesten der Welt gehören). Nachdem Karzai versichert habe, dass es in seiner Regierung keine Korruption gäbe, soll Biden, nach Angaben eines Anwesenden, das Dinner vorzeitig verlassen haben. (Vgl. Filkins 2009, online)

Dieser Vorfall spricht dafür, dass sich Bidens Meinung zu den Führungsqualitäten Karzais signifikant verändert hat. Auch änderte sich Bidens Einschätzung des wünschenswerten Ausmaßes des amerikanischen Engagements in Afghanistan.

Im Februar 2002 sprach sich Biden noch für das überaus ambitionierte Vorhaben des Nation-Building in Afghanistan aus. (Vgl. Traub 2009, online)

Nach seinem Afghanistan-Aufenthalt reiste Biden nach Pakistan weiter.

Im Juli 2008 hatte Biden im Senat einen Gesetzesvorschlag eingebracht, u. a. unterstützt durch den republikanischen Senator Richard Lugar, Barack Obama und Hillary Clinton, der die jährliche Zurverfügungstellung von 1,5 Milliarden US-Dollar (Zeitraum 2009-2013) zur Unterstützung von Pakistan vorgesehen hatte. (Vgl. GovTrack.us 2008, online)

Bei einem Treffen mit dem pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari im Rahmen seiner Januar-Reise soll Biden auf die enge Verknüpfung „islamischer Militanz“ in Afghanistan und Pakistan und die Notwendigkeit sich mit der Lage in Pakistan zu befassen, um Fortschritt in Afghanistan erzielen zu können, hingewiesen haben. (Vgl. Oppel; Masood 2009, online)

Am 27. März veröffentlichte die Administration Obama ein Weißbuch, in dem sie ihre Strategie gegenüber Afghanistan und Pakistan darlegt. Als Kernziel wird dabei die nachhaltige Auflösung und Besiegung des Terrornetzwerkes Al Kaida, unter Beseitigung

seiner Zufluchtsorte in beiden Staaten, formuliert. Dies soll u. a. durch die Etablierung eines funktionierenden Regierungssystems in Afghanistan, durch den Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte, die die Führung im Kampf gegen Taliban und Al Kaida übernehmen können, durch die Reintegration ideologisch nicht überzeugter Taliban in die afghanische Gesellschaft und durch Unterstützung für Pakistan zur Stabilisierung der Regierung und Förderung der Wirtschaft, erreicht werden. (Vgl. The White House 2009b, S. 1-4) Ebenfalls am 27. März gab Präsident Obama, in einer Rede zur Erörterung der neuen Afghanistan-Strategie, die Entsendung von etwa 4000 zusätzlichen Militärangehörigen nach Afghanistan, im Laufe des Frühjahrs 2009, bekannt, mit dem Auftrag die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden. Obama sprach zwar von einem „drastischen Anstieg“ des Engagements ziviler amerikanischer Kräfte in Afghanistan, etwa in den Bereichen Bildung und Landwirtschaft, vermied aber konkretere Zusagen. Zudem kündigte er die Fortsetzung der Überprüfung von in Afghanistan eingesetzten Mittel und Taktiken an. (Vgl. The White House 2009c, online)

Der entsprechende Entscheidungsfindungsprozess hatte mit dem Start der Administration Obama begonnen.

Barack Obama kündigte am 21. Januar, am Tag nach seiner Angelobung als Präsident, an, dass er die Situation in Afghanistan umfassend überprüfen wolle, um ein flächendeckendes politisches Programm für die gesamte Region entwickeln zu können. (Vgl. Baker ; Shanker 2009, online)

In den folgenden zwei Monaten wurden unterschiedliche strategische Ansätze hochrangiger außenpolitischer Berater Obamas bekannt.

Biden warnte in einer internen Debatte davor, dass die USA „in einen militärischen und politischen Sumpf“ in Afghanistan geraten könnten. Nach Ansicht mehrerer Mitarbeiter des Weißen Hauses tat er dies beeinflusst durch seinen Afghanistan-Besuch vom Januar. Auch warnte Biden davor, dass zu ambitionierte Pläne auf einen skeptischen Kongress treffen würden. Verteidigungsminister Robert Gates und Michael Mullen, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, forderten (erfolgreich) die Entsendung 4.000 zusätzlicher Soldaten, um afghanische Sicherheitskräfte auszubilden. Außenministerin Hillary Clinton, unterstützt von Richard Holbrooke, Obamas Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, trat für weitreichende Bemühungen zur Bekämpfung von Korruption, zur Ausbildung afghanischer Amtsträger, zur Transformierung der Landwirtschaft (weg vom Mohnanbau) ein. Grundsätzlich herrschte unter den hochrangigen Beratern Obamas

Einigkeit über die Bekämpfung von Al Kaida als Primärziel. (Vgl. Cooper, Schmitt 2009, online)

Biden gab zu bedenken, dass eine Strategie der Bekämpfung von Aufständischen („counterinsurgency“) zu lange dauern könnte, um erfolgreich zu Ende geführt werden zu können, bzw. um von der amerikanischen Bevölkerung mitgetragen zu werden. (Vgl. Coll 2009, online)

Im abschließenden Paper der Administration und in der Rede Obamas fanden sich einige Standpunkte Bidens wieder. So wurden nicht die Bekämpfung der Taliban oder ein Nation-Building-Prozess als Kernziele formuliert, sondern die Bekämpfung von Al Kaida. Zudem wurde der große Einfluss der Situation in Pakistan auf Afghanistan festgehalten und Unterstützung für Pakistan angekündigt (Biden war als Senator für eine massive Zurverfügungstellung von Hilfsmitteln für Pakistan eingetreten). Nicht zuletzt kam es zu keiner weiteren Aufstockung amerikanischer Kampftruppen in Afghanistan. Wobei anzumerken ist, dass Obama im Monat davor die Entsendung 17.000 zusätzlicher Soldaten angekündigt hatte.

Im Spätsommer/Herbst 2009 kam es zu einer erneuten Debatte über die Afghanistan-Politik unter den hochrangigen außen- und sicherheitspolitischen Beratern Obamas.

Präsident Obama hielt neun Treffen des Nationalen Sicherheitsrates ab, beriet sich mit Verbündeten, u. a. mit den Regierungen Afghanistans und Pakistans, um bisherige Zielsetzungen, bisherige Mittel zur Erreichung der Ziele und den bisherigen Ressourceneinsatz zu evaluieren. (Vgl. The White House 2009d, online)

Auslöser für die erneute Diskussion der Afghanistan-Strategie, die erst einige Monate zuvor formuliert worden war, war ein Memorandum, welches General Stanley McChrystal, amerikanischer Oberkommandierender in Afghanistan, an Verteidigungsminister Gates gesandt hatte.

Der General bewertet die Situation in Afghanistan darin als „ernst“, räumt aber ein, dass „ein Erfolg erreichbar ist“. McChrystal fordert die Erhöhung der amerikanischen Ressourcen, nennt in diesem Memorandum jedoch keine konkreten Zahlen zu zusätzlichen militärischen Kapazitäten. Er bekennt sich zu einem, mit angemessenen Ressourcen ausgestatteten, zivil-militärischen Feldzug gegen die Aufständischen (Anm.: anders als Biden), um die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen und für eine sichere Umwelt zu sorgen. (Vgl. McChrystal 2009, S. 1)

In einer Anfrage an Präsident Obama, betreffend die Aufstockung der amerikanischen Truppen in Afghanistan, präsentierte McChrystal schließlich drei Optionen. Eine Option

sah die Entsendung von 10.000 zusätzlichen Militärangehörigen vor – keine Kampftruppen, sondern Ausbilder für die afghanischen Sicherheitskräfte. Eine weitere Option (vermutlich von McChrystal favorisiert) hatte die Aufstockung der amerikanischen Truppen um 40.000 Soldaten zum Inhalt. Die dritte Option sah eine wesentlich massivere Aufstockung vor – um 80.000 Soldaten. (Vgl. Raddatz 2009, online)

Die von Biden vertretenen Standpunkte lassen sich als „Biden-Plan“ zusammenfassen.

Der Vizepräsident trat dafür ein, den Akzent verstärkt auf eine Strategie der Terrorismusbekämpfung zu setzen („counter-terrorism“), anstatt primär auf die Bekämpfung der Taliban zu setzen („counterinsurgency“). Als Mittel im Kampf gegen Al Kaida sollten, vorwiegend in Pakistan, unbemannte Drohnen, Spezialeinheiten und weitere „chirurgische Taktiken“ dienen. Dieser Strategie liegt die Ansicht zu Grunde, dass die tatsächliche Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA von Pakistan ausgeht, nicht von Afghanistan. (Vgl. Baker; Schmitt 2009, online)

Aus dieser Strategie der Fokussierung auf die Bekämpfung von Terroristen ergibt sich keineswegs zwingend ein Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan.

Biden sprach sich aber gegen eine zusätzliche Truppenaufstockung aus, mit der Begründung, dass diese von der afghanischen Bevölkerung abgelehnt würde, was wiederum den Taliban entgegenkommen würde. Biden und weitere Mitarbeiter des Weißen Hauses schlugen als Alternative eine Beschleunigung des Trainings der afghanischen Sicherheitskräfte vor, sowie zusätzliche Unterstützung für die Nuklearmacht Pakistan in ihrem Kampf gegen die Taliban.

Der überwiegende Teil der hochrangigen außen- und sicherheitspolitischen Berater Obamas vertrat Standpunkte, die von jenen des Vizepräsidenten merklich abwichen.

Verteidigungsminister Gates und der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs Mullen befürworteten die Forderung von McChrystal nach einer Truppenaufstockung um 40.000 Soldaten – nicht mit dem Ziel die Taliban vollständig zu besiegen, sondern afghanischen Dorfbewohnern im Norden und Westen zusätzlichen Schutz zu geben, um sie gegen die Taliban mobilisieren zu können. (Vgl. Bast 2009, online)

Außenministerin Clinton befürwortete ebenfalls eine Truppenaufstockung – um etwa 30.000 Soldaten (Vgl. Bumiller; Sanger 2009 online)

Doch war Vizepräsident Biden nicht der einzige Berater Obamas, der skeptisch gegenüber einer weiteren Truppenaufstockung in Afghanistan war.

Rahm Emmanuel, Stabschef des Weißen Hauses, gab zu bedenken, dass vor der Entscheidung über die Entsendung zusätzlicher Militärangehöriger nach Afghanistan erst

analysiert werden müsse, ob die afghanische Regierung dazu in der Lage sei, durch eine etwaige Truppenaufstockung erzielte Erfolge überhaupt zu nützen. (Vgl. Stewart 2009, online)

General Jones, Obamas Nationaler Sicherheitsberater, sagte öffentlich, dass die Forderung nach einer Truppenaufstockung „McChrystals Meinung“ sei. Jones schätzte die Lage in Afghanistan wesentlich optimistischer ein als der dortige amerikanische Oberkommandierende. (Vgl. Berger 2009, online)

Am 1. Dezember verkündete Obama, in einer Rede an die Nation, Änderungen in seiner Afghanistan-Strategie.

Obama gab die Entsendung von 30.000 zusätzlichen Soldaten nach Afghanistan bekannt. Allerdings verlautbarte der Präsident weiters ab Juli 2011 mit dem Abzug der amerikanischen Truppen in Afghanistan beginnen zu wollen. Er bekräftigte die Besiegung Al Kaidas in Afghanistan und Pakistan wiederum als Kernziel der Administration. (Vgl. The White House 2009e, online)

Insbesondere aufgrund der von Obama angeordneten Truppenaufstockung erscheint es, dass Biden in der Diskussion um die Ausrichtung der Afghanistanpolitik eine Niederlage erlitten hat. Jedoch kann das Setzen eines Zeitpunktes für den Beginn des Abzuges als Erfolg für Biden gewertet werden, der ja davor gewarnt hatte, dass die USA in einen „militärischen Sumpf“ geraten könnten.

Im Zuge der öffentlichen Diskussion über die Afghanistanpolitik der Administration Obama kam es auch zu einem „Schlagabtausch“ zwischen Biden und seinem Vorgänger Cheney.

Cheney beklagte ein „Zögern“ Obamas bei der Entscheidung über die Entsendung zusätzlicher Truppen. Biden bezeichnete die Kritik seines Amtsvorgängers als „völlig falsch“. (Vgl. Baker 2009b, online)

5.2 Fallbeispiel 2: Cheney und der Weg zum Irakkrieg

Abb. 23: Hochrangige außenpolitische Berater in der Administration Bush
(Zeitraum: 20.1. 2001 bis 20.3. 2003)

Nationaler Sicherheitsberater	Außenminister	Vizepräsident	Verteidigungsminister	Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs
Condoleeza Rice	Colin Powell	Richard Cheney	Donald Rumsfeld	General Richard B. Myers

(eigene Darstellung)

Im Jahr 1997 war Richard Cheney Mitbegründer des Thinktanks „Project for a New American Century“.

In dessen Grundsatzpapier finden sich eine Forderung nach Erhöhung der Militärausgaben der USA und das Ansinnen „Regime, die unseren (Anm.: amerikanischen) Interessen gegenüber feindlich eingestellt sind, herauszufordern“. Neben Cheney setzten weitere spätere Mitarbeiter der Administration Bush ihre Unterschriften unter die gewählten Grundsätze des Thinktanks. Zu nennen sind Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Lewis Libby (Cheneys späterer Stabschef), Aaron Friedberg (weiterer späterer Mitarbeiter Cheneys), Zalmay Khalilzad, Paula Dobriansky, Elliot Abrams, Eliot A. Cohen, William J. Bennett, sowie der frühere Vizepräsident Dan Quayle. (Vgl. Project for a New American Century 1997, online)

Somit bekannte sich eine Reihe späterer, zum Teil hochrangiger, Amtsträger in der Administration Bush zu einem aggressiven außenpolitischen Vorgehen der USA. Zu dieser Gruppe gehörte Richard Cheney.

Im Jahr 2000, kurz vor dem Wahlsieg von George W. Bush, publizierte Project for a New American Century ein Paper mit Empfehlungen für die künftige amerikanische Sicherheitspolitik.

Darin wird auch auf den Irak unter Saddam Hussein eingegangen. Die Autoren warnen vor Bestrebungen des Regimes „ballistische Raketen und Atomwaffen zu entwickeln“. (Vgl.

Project for a New American Century 2000, S. 4) Es könne nicht zugelassen werden, dass der Irak die amerikanische Vorherrschaft unterminierte. (Vgl. ebd., S. 75)

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 stand die Administration Bush vor der Aufgabe über die militärische Reaktion zu entscheiden.

Der Stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und Lewis Libby drängten nicht nur auf einen Militärschlag gegen Al Kaida in Afghanistan, sondern auch auf einen Militärschlag gegen den Irak. Ohne stichhaltige Beweise behauptete Wolfowitz, dass der irakische Diktator Saddam Hussein Terrornetzwerke unterstütze. Verteidigungsminister Rumsfeld war sich darüber im Unklaren, ob es sich um einen günstigen Zeitpunkt für einen Angriff auf den Irak handelte. Außenminister Powell, der zu vorsichtigem Vorgehen mahnte, riet dazu, die diplomatischen Anstrengungen auf die Vorbereitung eines Militärschlages gegen Afghanistan zu konzentrieren. Er befürchtete, dass ein Krieg gegen den Irak die Verbündeten der USA befremden würde, da keine Beweise für Verbindungen zwischen dem Saddam-Regime und Al Kaida vorlagen. Vizepräsident Cheney unterstützte Powells Position, ohne einen Militärschlag gegen den Irak zu einem späteren Zeitpunkt auszuschließen. (Vgl. Montgomery 2009, S. 143 f.)

Auch Condoleeza Rice, Nationale Sicherheitsberaterin, plädierte für eine Konzentration der Anstrengungen der Administration auf den Irak. (Vgl. Woodward 2004, S. 12)

Die „Hardliner“ unter den außen- und sicherheitspolitischen Beratern von Präsident Bush konnten sich (vorläufig) nicht durchsetzen. Cheney dürfte dem Präsidenten in der Zeit unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September dazu geraten haben, keinen militärisch herbeigeführten Sturz des Saddam-Regimes zu befehlen. Die amerikanischen Streitkräfte begannen im Oktober den Krieg in Afghanistan.

Vizepräsident Cheney sah Afghanistan als ersten Schritt im Kampf gegen Terror. Mit der Besiegung des dortigen Taliban-Regimes, gegen Ende 2001, wandte er sich dem Irak zu. Im Februar 2002 begann das Verteidigungsministerium mit den Planungen für einen Krieg gegen den Irak. Cheney begann intensiv nach Hinweisen auf Verbindungen zwischen Saddam Hussein und Al Kaida und auf Programme des Regimes zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu forschen. (Vgl. Montgomery 2009, S. 146-152)

Die Frage eines Krieges gegen den Irak wurde abermals zu einem wichtigen Diskussionsthema unter den hochrangigen Beratern von Präsident Bush.

Außenminister Powell stellte sich gegen Cheney und Wolfowitz, die einen militärischen Sturz des Saddam-Regimes wünschten. Powell war für ein Vorgehen gegen den Irak auf diplomatischem Weg, „auf der Bühne“ der Vereinten Nation. Öffentliche Unterstützung

erhielt er dabei im August von Brent Scowcroft, der Nationaler Sicherheitsberater unter George H. W. Bush gewesen war. Scowcroft argumentierte gegen die unbewiesene Behauptung einer Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Kaida. Diese Gegenposition missfiel nicht nur Cheney, sondern auch Condoleeza Rice. (Vgl. Dubose; Bernstein 2006, S. 173 f.)

Der ehemalige Außenminister James Baker riet zur Vermeidung unilateraler Handlungen der USA. (Vgl. Woodward 2004, S. 192)

Cheneys Rede auf einer Veranstaltung der Veteranen Auswärtiger Kriege, vom 26. August 2002, kann als verbaler Gegenschlag gegen den sich formierenden Widerstand gegen einen Krieg interpretiert werden.

Der Vizepräsident warb unzweifelhaft öffentlich für einen Krieg gegen den Irak. Er argumentierte damit, dass der Irak an der Entwicklung von Atomwaffen arbeite und große Anstrengungen in den Ausbau seines Arsenal an biologischen und chemischen Waffen investiere. Saddam Hussein habe Waffeninspektionsteams der Vereinten Nationen immer wieder erfolgreich getäuscht. Eine Rückkehr der Waffeninspektoren in das Land käme Saddam sogar entgegen – der Welt würde ein falsches Gefühl der Sicherheit vermittelt werden. Es bestünde kein Zweifel, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge, die er gegen die USA und ihre Verbündeten einsetzen wolle. Die Risiken der Untätigkeit seien daher größer als das Risiko des Handelns. (Vgl. The Guardian 2002, online)

Diese Rede Cheneys war ein Angriff gegen Außenminister Powell, der sich energisch für eine Beteiligung der Vereinten Nationen an der Lösung des Konflikts mit dem Saddam-Regime eingesetzt hatte. (Vgl. Woodward 2004, S. 189-194)

Cheney äußerte sich noch vor Präsident Bush öffentlich zur Irakfrage. Bush hielt erst am 12. September, mehr als zwei Wochen nach Cheneys Rede, eine Rede zum Thema Irak vor der UN-Vollversammlung.

Der amerikanische Präsident kündigte eine Zusammenarbeit der USA mit dem Weltsicherheitsrat an - zur Beschließung von Resolutionen gegen das Saddam-Regime. Bei einem Bruch solcher Resolutionen sei ein militärisches Eingreifen der USA unvermeidlich. (CNN 2002, online)

Bushs Rede wirkt gemäßigter als jene Cheneys. Es scheint als habe der Präsident Cheneys Standpunkt nicht maßgeblich berücksichtigt, eher jenen Außenminister Powells.

Cheney und Rumsfeld hatten sich, während der Vorbereitungen für Bushs Rede vor den Vereinten Nationen, gegen den „langwierigen“ Resolutionsweg ausgesprochen. Rice hatte

als Alternative zu einer Resolution vorgeschlagen Saddam Hussein ein Ultimatum von 30 Tagen zu stellen - sollte der Irak binnen dieses Zeitraumes nicht abrüsten, würde dies zu einem Angriff der USA führen. (Vgl. Woodward 2004, S. 211 f.)

Außenminister Powell verhinderte durch seinen Einfluss auf Bush keineswegs einen Krieg gegen den Irak, er zögerte ihn hinaus. Der Präsident entschied sich zwar gegen Cheneys Rat die Vereinten Nationen zu umgehen, doch erschien es ohnehin unwahrscheinlich, dass sich Saddam an eine neue Resolution in Bezug auf Massenvernichtungswaffen halten würde, was letztlich zum Krieg führen würde. Cheney war maßgeblich daran beteiligt, dass es am 20. März 2003 zum Militärschlag gegen den Irak kam. Er entwickelte sich zum stärksten Befürworter eines Regimewechsels im Irak. Der Vizepräsident stellte den Krieg als „dringende Notwendigkeit“ dar, warnte immer wieder vor dem Aufbau eines Arsenal an Massenvernichtungswaffen durch das Saddam-Regime und vor Verbindungen zwischen dem Irak und Al Kaida. (Vgl. Montgomery 2009, S. 151 f.)

Cheney leistete Überzeugungsarbeit für seinen Kriegskurs.

Gegen Ende September 2002 lud er Richard Arme, republikanischer Mehrheitsführer im Kongress, zu einem Gespräch. Arme hatte sich gegen einen Krieg im Irak ausgesprochen. Cheney behauptete bei dieser Gelegenheit, dass die Familie Saddams mit Al Kaida zusammenarbeite würde. Zudem zeigte Cheney seinem Parteikollegen ein Bild einer Aluminiumröhre aus dem Irak, die er, ohne gesichertes Wissen darüber zu haben, als „Bestandteil einer Zentrifuge zur Anreicherung von Uranium“ darstellte (Vgl. Gellman 2008, S. 215-218)

Der Kongress ermächtigte die Administration Bush, mit großer Mehrheit in beiden Kammern, zum Einsatz von militärischer Gewalt gegen den Irak.

Am 16. März, wenige Tage vor Kriegsbeginn, bekräftigte Cheney in einem Fernsehinterview noch einmal seine Ansicht, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge. Er prognostizierte, dass die amerikanischen Truppen als Befreier empfangen würden und dass Schiiten, Sunniten und Kurden gemeinsame eine demokratische Nation bilden würden. (Vgl. Mount Holyoke College o. J., online)

Cheney und weitere hochrangige Mitglieder der Administration Bush, wie Rumsfeld und Wolfowitz, die bereits in den Neunzigerjahren unilaterales militärisches Vorgehen der USA gegen diktatorische Regime befürwortet hatten, setzten sich mit ihrem Bestreben Saddam Hussein militärisch zu stürzen durch.

Auch Senator Joseph Biden unterstützte jene Resolution des Kongresses, die Präsident Bush zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak ermächtigte.

Biden, der zum Zeitpunkt der Verhandlungen vor Beschluss der Resolution Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten war, erarbeitete gemeinsam mit den republikanischen Senatoren Chuck Hagel und Richard Lugar an einem Entwurf, der einen Militärschlag gegen den Irak lediglich als allerletzte Option vorsah. Bush wäre nur dann zum Einsatz militärischer Gewalt ermächtigt gewesen, wenn der Irak die Forderungen der Vereinten Nationen zur Abrüstung abgelehnt hätte. Dieser Entwurf konnte sich nicht durchsetzen. Biden stimmte dennoch für die letztlich verabschiedete Fassung. Er begründet dies folgendermaßen: Er habe die Resolution nicht als „Blankoscheck für einen Militärschlag“ gesehen. Er habe darauf vertraut, dass die Resolution Außenminister Powell die nötige Unterstützung geben würde, um eine neue Resolution des Weltsicherheitsrates zur Abrüstung des Iraks zu erwirken. Er habe jedoch die „Unaufrichtigkeit und Inkompetenz von Cheney und Rumsfeld unterschätzt“. (Vgl. Biden 2008, S. 337-342)

5.3 Fallbeispiel 3: Cheney und die Truppenaufstockung im Irak von 2007

Abb. 24: Hochrangige außenpolitische Berater in der Administration Bush
(Zeitraum: 7.11. 2006 bis 10.1. 2007)

Nationaler Sicherheitsberater	Außenminister	Vizepräsident	Verteidigungsminister	Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs
Stephen Hadley	Condoleeza Rice	Richard Cheney	Donald Rumsfeld / ab 18. 12. 2006 Robert Gates	General Peter Pace

(eigene Darstellung)

Die Kongresswahlen am 7. November 2006 brachten schwere Verluste für die Republikanische Partei. Sie verlor die Mehrheit im Repräsentantenhaus, die sie seit 1994 innegehabt hatte, und auch jene im Senat, in dem die Republikaner seit 2002 Mehrheitspartei waren. Der republikanische Präsident George W. Bush stand nun somit

einem Kongress gegenüber, dessen beide Kammern von der Demokratischen Partei kontrolliert wurden.

Diese Kongresswahlen, die zur Mitte der zweiten Amtszeit Bushs stattfanden („midterm elections“) waren im Vorfeld von vielen als Referendum über die Irakpolitik des Präsidenten angesehen worden. (Vgl. O'Connor; Sabato 2009, S. 482)

Am Tag nach den Wahlen, am 8. November, verkündete Präsident Bush den Rücktritt von Verteidigungsminister Rumsfeld und nominierte Robert Gates, CIA-Direktor und Stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater in der Administration seines Vaters.

Cheney hatte sich erfolgreich für die Nominierung seines früheren Förderers und langjährigen Freundes Rumsfeld als Verteidigungsminister eingesetzt. (Vgl. Montgomery 2009, S. 108)

Etwa sechs Jahre später entschied sich Präsident Bush jedoch gegen Vizepräsident Cheneys Rat Rumsfeld im Amt zu belassen. (Vgl. The Boston Globe 2006, online)

Die „Iraq Study Group“, eine vom Kongress eingesetzte Kommission⁷⁶, unter der Leitung des früheren republikanischen Außenministers James Baker und des früheren demokratischen Kongressabgeordneten Lee Hamilton, veröffentlichte am 6. Dezember ihren Abschlussbericht.

Darin finden sich, neben einer Analyse der damaligen Situation im Irak, Empfehlungen für Veränderungen der Irakpolitik der Administration Bush. So wird eine diplomatische Offensive zur Stärkung der Beziehungen des Iraks zu seinen Nachbarländern vorgeschlagen. Insbesondere wurde die Aufnahme von Gesprächen mit dem Iran und Syrien empfohlen. In diesem „weiteren regionalen Kontext“ werden auch erneute Bemühungen der USA zur Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern angeraten. Auch spricht sich der Kommissionsbericht für die Verlagerung politischer, ökonomischer und militärischer Ressourcen nach Afghanistan aus – u. a. über die Verschiebung amerikanischer Truppen aus dem Irak nach Afghanistan. Die Performance der irakischen Regierung soll an der Erreichung vereinbarter Ziele (u. a. Aussöhnung der verfeindeten irakischen Gruppen) gemessen werden. Als Konsequenz bei Nichterfüllung der Ziele soll der Entzug amerikanischer Ressourcen angedroht werden. Amerikanisches Training der irakischen Sicherheitskräfte und Unterstützung für die Regierung sollen eine schrittweise Reduzierung der zivilen und militärischen Präsenz der USA ermöglichen. Eine Lösung auf militärischem Weg schließt der Report aus. Die Study Group empfahl eine verstärkte Integrierung von US-Einheiten in irakische Armeekörper und den Abzug der

⁷⁶ Robert Gates, früherer CIA-Direktor, gehörte der Iraq Study Group bis zu seiner Nominierung als Verteidigungsminister an. (Vgl. CNN 2006, online)

amerikanischen Kampftruppen aus dem Irak im ersten Quartal 2008 (bei Ausbleiben unerwarteter Entwicklungen), Soldaten für Sicherungsaufgaben, Ausbilder für irakische Sicherheitskräfte und Spezialeinheiten ausgenommen. (Vgl. Iraq Study Group 2006, S. 32-49)

George Bush, der zu Beginn des Jahres 2007 die modifizierte Irakpolitik der Administration vorstellte, folgte Kernempfehlungen der Iraq Study Group nicht.

Am 10. Januar 2007 kündigte Bush in einer Rede an die Nation die Entsendung 20.000 zusätzlicher Soldaten in den Irak, vorwiegend in die Hauptstadt Bagdad, an – mit dem Auftrag „den Irakis bei der Säuberung und Sicherung von Gegenden zu helfen“. Zudem gab Bush die Verstärkung der amerikanischen Truppen in der Provinz Anbar, in der Al Kaida starke Präsenz zeigte, um 4.000 Militärangehörige, bekannt. Ein weiterer Punkt in der veränderten Irakstrategie der Administration war die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der irakischen Armee – über die Einbindung amerikanischer Berater in irakische Einheiten, über enge Zusammenarbeit zwischen bestimmten amerikanischen Verbänden, oder Verbänden aus anderen Staaten der Koalition, und bestimmten irakischen Verbänden.

(Vgl. The White House 2007, online)

Bush kündigte zwar, wie von der Study Group empfohlen, eine stärkere Verflechtung amerikanischer und irakischer Militäreinheiten an, erhöhte jedoch das militärische Engagement der USA im Irak (ohne einen Abzug in Aussicht zu stellen) und versprach keine diplomatischen Verhandlungen mit dem Iran und Syrien.

Es scheint, dass sich Bush eher den Empfehlungen eines anderen Reports anschloss.

Frederick Kagan vom Thinktank „American Enterprise Institute“ hatte sich für die Entsendung von etwa 30.000 zusätzlichen Soldaten in den Irak ausgesprochen. Den Abzug von Truppen lehnte Kagan entschieden ab. In seinem Report bezweifelt er eine Verbesserung der Situation im Irak durch Verhandlungen mit dem Iran und Syrien. (Vgl. Kagan 2007, S. 37-41)

Präsident Bush und Vizepräsident Cheney empfingen Kagan kurz vor Bekanntgabe der neuen Irakstrategie. (Vgl. Bumiller 2008, online)

In weiterer Folge wird betrachtet welche Standpunkte einzelne hochrangige Mitglieder der Administration Bush zum „Surge“ (Truppenaufstockung) einnahmen.

Der Nationale Sicherheitsberater Hadley war ein klarer Befürworter einer Truppenaufstockung im Irak. Außenministerin Rice hingegen war der Ansicht, dass eine Truppenaufstockung unter den gegebenen Umständen nicht zum Erfolg führen würde. Sie

sah verstärkte Bemühungen der irakischen Regierung zur Bekämpfung der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Milizen als unerlässliche Basisbedingung für die Verbesserung der Situation im Land. Auch der scheidende Verteidigungsminister Rumsfeld war der Auffassung, dass vor einer etwaigen Entsendung zusätzlicher Truppen erst entschlossene Schritte der irakischen Führung zur Lösung innerstaatlicher Konflikte sichtbar werden müssten. Rumsfeld befürwortete zudem die Erarbeitung eines Konzepts, das bei der Erreichung einer bestimmten Anzahl von vereinbarten Zielsetzungen durch die irakische Regierung den Abzug einer bestimmten Anzahl amerikanischer Truppen vorsehen sollte. General Peter Pace, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, positionierte sich nicht eindeutig „im Lager der Befürworter“ einer Truppenaufstockung. Er schlug eine zeitlich begrenzte Aufstockung in geringerem Ausmaß, als die von Bush schließlich angekündigte, vor. Robert Gates, der am 18. Dezember die Nachfolge Rumsfelds antrat, spielte keine aktive Rolle im Entscheidungsfindungsprozess, hatte sich jedoch als Mitglied der Iraq Study Group für eine Truppenaufstockung von bis zu 40.000 Mann ausgesprochen, geknüpft an eine bessere Performance der irakischen Regierung.

(Vgl. Woodward 2008, S. 224-325)

Nach Aussage eines hochrangigen Amtsträgers der Administration Bush gehörte Vizepräsident Cheney zu jenen Beratern Bushs, die sich für eine Truppenaufstockung aussprachen. (Vgl. Rutenberg; Sanger; Gordon 2007, online)

Cheney widersprach auch einer weiteren Kernempfehlung der Iraq Study Group – der Aufnahme diplomatischer Gespräche mit dem Iran und Syrien.

Er war vielmehr Advokat einer Politik der Abschreckung gegenüber diesen beiden Staaten.

(Vgl. Woodward 2008, S. 274)

Es finden sich eine Parallele, aber auch deutliche Unterschiede zwischen der Positionierung Bidens im Entscheidungsfindungsprozess vor der Bekanntgabe der Truppenaufstockung in Afghanistan durch Präsident Obama (Dezember 2009) und jener von Cheney im Entscheidungsfindungsprozess vor der Bekanntgabe einer Truppenaufstockung im Irak durch Präsident Bush (Januar 2007).

Der Einfluss von Cheney auf die Entscheidung Bushs ist schwer zu bemessen. Dürfte er dem Präsidenten seine Standpunkte doch vorwiegend in Einzelgesprächen dargelegt haben. Biden, damals noch Senator, lehnte 2007 die Truppenaufstockung im Irak ab. Einer der Gründe dafür war, dass er eine Truppenaufstockung in Afghanistan vorzog (Karzai genoss damals noch sein Vertrauen), zudem befand sich Biden im Wahlkampf um die demokratische Präsidentschaftskandidatur. (Vgl. Traub 2009, online)

Sowohl Cheney, als auch Biden, vertraten Minderheitenpositionen in den Diskussionen der hochrangigen außen- und sicherheitspolitischen Berater⁷⁷. Jedoch war Cheney in einer Entscheidungssituation für eine Truppenaufstockung und damit für eine Verstärkung militärischen Engagements, Biden hingegen sprach sich in einer anderen Entscheidungssituation gegen eine Truppenaufstockung aus und damit auch gegen eine Verstärkung militärischen Engagements. Biden machte seinen Standpunkt wiederholt öffentlich, Amtsvorgänger Cheney, der auf persönliche Gespräche mit Bush gebaut haben dürfte, hingegen nicht.

⁷⁷ Dazu gehören insbesondere Vizepräsident, Verteidigungsminister, Außenminister, Nationaler Sicherheitsberater, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs.

6.0 Resümee

Die amerikanische Vizepräsidentschaft wurde durch die Verfassung mit begrenzten Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet. Als einzige „tagesgeschäftliche“ Tätigkeit des Vizepräsidenten wurde die Vorsitzführung über den US-Senat festgelegt. Zudem findet sich die eine Regelung, die besagt, dass der Vizepräsident nach Tod, Rücktritt, Amtsenthebung oder Amtsunfähigkeit des Präsidenten dessen Nachfolge antreten soll. Wobei die „Verfassungsväter“ lediglich an eine zeitweilige Nachfolge, bis zur Abhaltung einer Neuwahl, gedacht haben dürften. Der ausschlaggebende Grund für die Schaffung des Amtes ist unklar.

Über diverse Zusätze zur Verfassung wurde die Rolle des Vizepräsidenten als Nachfolger des Präsidenten näher definiert. Der 25. Verfassungszusatz (1967 ratifiziert) regelt eine temporäre Übergabe der Amtsgeschäfte an den Vizepräsidenten.

In verschiedenen Bundesgesetzen und Verordnungen von Präsidenten (Executive Orders) wurde die Mitgliedschaft des Präsidenten in Kommissionen und Arbeitsgruppen festgelegt. Neben dieser Kommissionärsrolle haben sich (insbesondere ab der Mitte des 20. Jahrhunderts) weitere Rollen bzw. Aufgabenbereiche des Vizepräsidenten herausgebildet – Diplomatischer Gesandter, Hochrangiger Präsidentenberater, Lobbyist im Kongress, Sprecher der Administration, Oberster Wahlkämpfer der Partei. Wobei der Präsident Exekutivaufgaben, die er dem Vizepräsidenten übertragen hat, diesem jederzeit wieder entziehen kann.

Im Evolutionsprozess der Vizepräsidentschaft findet sich „ein Entwicklungssprung“ – die Vizepräsidentschaft Walter Mondales (1977-1981). Während dieser kam es zur Begründung der „modernen Vizepräsidentschaft“.

Vor Amtsantritt trafen Mondale und der designierte Präsident Jimmy Carter nachhaltig wirkende Vereinbarungen (u. a. Büro des Vizepräsidenten im Weißen Haus, regelmäßige Einzelgespräche mit dem Präsidenten, Zugang zu wichtigen Planungstreffen und Informationsströmen). Diese Voraussetzungen ermöglichen dem Vizepräsidenten seither die Rolle eines einflussreichen, politikfelderüberragenden Beraters des Präsidenten. Bereits während der Amtszeiten von Mondales Vorgängern Spiro Agnew und Gerald Ford waren finanzielle (eigener Posten im Bundesbudget) und personelle Ressourcen des Büros des Vizepräsidenten angestiegen. Insbesondere Gerald Ford erhielt vom durch die Watergate-

Affäre unter Druck geratenen Präsidenten Richard Nixon diesbezügliche Zugeständnisse. Es entstand ein Stab mit spezialisierten Mitarbeitern.

Al Gore und Richard Cheney, der von verschiedenen Kommentatoren gar als „imperial vice president“ bezeichnet wird, konnten ihre Beraterrolle um operationale Kompetenzen erweitern. Joseph Biden, der derzeit amtierende Vizepräsident, kündigte zu Amtsantritt an, das Amt wieder auf die Beraterrolle beschränken zu wollen.

Laut „Allgemeinwissen“ wählen Präsidentschaftskandidaten Vizepräsidentschaftskandidaten aus, die sie gut ergänzen (z. B. „Nordstaatler-Südstaatler“, Protestant-Katholik), oder die aus einem politisch umkämpften Bundesstaat mit möglichst vielen Wahlmännerstimmen (Nutzen des „Heimvorteils“) kommen. Im Untersuchungszeitraum 1976 bis 2008 waren 11 der insgesamt 13 Tickets der beiden Großparteien geografisch „ausbalanciert“, 8 ideologisch, 9 nach Erfahrung. Besonders der Faktor „Washington-Erfahrung“ scheint eine wichtige Rolle zu spielen. Jeder Präsidentschaftskandidat, der zuvor kein Amt in Washington innegehabt hatte, entschied sich für einen Vizepräsidentschaftskandidaten mit Erfahrung in Washington (in Senat oder Repräsentantenhaus). Zu beachten ist jedoch, dass auch „staatsmännische Motive“ eine entscheidende Rolle im Auswahlverfahren spielen können, wie die Wahl eines politisch kompatiblen „Arbeitspartners“, die Entscheidung für einen kompetenten Nachfolger. Erwartungshaltungen der Wähler können zur Zusammenführung politischer und staatsmännischer Motive führen.

Jimmy Carter und seine Mitarbeiter erlangten durch einen durchdachten, peniblen (detaillierte Fragebögen und Interviews) Suchprozess nach einem Running Mate Vorbildwirkung. („Carter-Modell“). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass Präsidentschaftskandidaten seit der Etablierung des Vorwahlsystems mehr Zeit bleibt, um einen Running Mate auszuwählen.

Vizepräsidentschaftskandidaten führen weniger Wahlkampf für die Vizepräsidentschaft, sie treten vielmehr als Wahlhelfer des Präsidentschaftskandidaten auf.

Der Vizepräsident gehört zur Riege hochrangiger außen- und sicherheitspolitischer Berater des Präsidenten, neben Außen- und Verteidigungsminister, Nationalen Sicherheitsberater, Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs. Vizepräsidenten müssen sich innerhalb dieses Personengefüges, über welches maßgebliche Entscheidungsfindungsprozesse ablaufen, behaupten.

7.0 Quellenverzeichnis

ABC News (2008): Palin Praises McCain in Maine. 16.10. 2008. URL: <http://blogs.abcnews.com/politicalradar/2008/10/palin-praises-m.html> (6.12. 2009).

Associated Press (1982): Around the Nation; Bush Announces Grant For Morehouse School. In: The New York Times, 22.7. 1982. URL: <http://www.nytimes.com/1982/07/22/us/around-the-nation-bush-announces-grant-for-morehouse-school.html?scp=1&sq=bush%20morehouse&st=cse> (20.10.2009).

Associated Press (2008a): Cheney is Ordered to Preserve Records. In: The New York Times. 20. 9. 2008. URL: http://www.nytimes.com/2008/09/21/washington/21cheney.html?_r=2 (21.7.2009).

Associated Press (2008b): World Briefing. Middle East; Saudi Arabia: King and Cheney Talk Oil. In: The New York Times, 22.3. 2008. URL: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9F07E7D91F3BF931A15750C0A96E9C8B63&scp=1&sq=cheney+%2B+saudi+arabia+&st=nyt>r (5.9. 2009).

Associated Press (2009): Cheney says Bush moved away from him in 2d term. In: The Boston Globe, 14.8. 2009. URL: http://www.boston.com/news/nation/washington/articles/2009/08/14/cheney_says_bush_moved_away_from_him_in_2d_term/ (10.10.2009).

Ayres, Drummond B. (2009): Political Briefing, Democrats in California Seek Racial Mediator. In The New York Times, 28.6. 1998. URL: <http://www.nytimes.com/1998/06/28/us/political-briefing-democrats-in-florida-seek-racial-mediator.html?scp=170&sq=gore+%2B+democratic+party&st=nyt> (11.10. 2009).

Baker, Peter (2009a): Biden Outlines Plan to Do More With Less Power. In: The New York Times, 14.1. 2009. URL: http://www.nytimes.com/2009/01/15/us/politics/15biden.html?_r=2&scp=363&sq=biden&st=nyt (17.8.2009).

Baker, Peter (2009b): Biden Dismisses Cheney's Criticisms Over Afghanistan. In: The New York Times, 23.10.2009. URL: <http://www.nytimes.com/2009/10/24/us/politics/24veep.html?scp=3&sq=cheney%20+%20dithering&st=cse> (14.12. 2009).

Baker, Peter; Schmitt, Eric (2009): Several Afghan Strategies, None a Clear Choice. In: The New York Times, 30.9. 2009. URL: http://www.nytimes.com/2009/10/01/world/asia/01policy.html?_r=1&scp=9&sq=biden+%2B+afghanistan&st=nyt (12.12. 2009).

Baker, Peter; Shanker, Thom (2009): Obama Meets With Officials on Iraq, Signaling His Commitment to Ending War. In: The New York Times, 21.1. 2009. URL:

http://www.nytimes.com/2009/01/22/us/politics/22prexy.html?_r=2&scp=15&sq=biden+%2B+afghanistan&st=nyt (10.12. 2009).

Barrett, Ted (2008): Obama VP team discusses 20 possible picks. CNN ElectionCenter 2008. 10.6. 2008. URL:

<http://www.cnn.com/2008/POLITICS/06/10/obama.vp/index.html?iref=storysearch> (10.11.2009).

Bast, Andrew (2009): Options on the Table. In: Newsweek, 11.10. 2009. URL:

<http://www.newsweek.com/id/222318> (10.12.2009).

Baumgartner, Jody C. (2006): *The American Vice Presidency Reconsidered*. Westport, London.

BBC News (2008): Biden attacks McCain policies. 28.8. 2008. URL:

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7585374.stm> (5.12. 2009).

Berger, Joseph (2009): Security Adviser Calls Troop Increase McChrystal's Opinion. In: The New York Times, 5.10. 2009. URL:

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9805E1DB1131F936A35753C1A96F9C8B63&scp=48&sq=jones+%2B+afghanistan&st=nyt> (13.12. 2009).

Biden, Joseph (2008): *Promises to Keep. On Life and Politics*. New York.

Blumenthal, Sidney (2007): The imperial vice presidency. 28.6. 2007. URL:

<http://www.salon.com/opinion/blumenthal/2007/06/28/cheney/index.html> (1.9. 2009).

Bumiller, Elisabeth (2008): Research Groups Boom in Washington. In: the New York Times, 30.1. 2008. URL:

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9E0CE0D7133BF933A05752C0A96E9C8B63&sec=&spon=&pagewanted=2> (17.12. 2009).

Bumiller, Elisabeth; **Sanger**, David E. (2009): 3 Obama Advisers Lean Toward Plan for 30,000 More Troops for Afghanistan. In: The new York Times, 11.10. 2009. URL:

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9E04E2DE123BF932A25752C1A96F9C8B63&scp=32&sq=clinton+%2B+afghanistan&st=nyt> (10.12. 2009).

Campbell, Colton C. (2003): *Presiding Officer: Senate*. CRS Report for Congress. URL:

https://www.policyarchive.org/bitstream/handle/10207/3754/RS21553_20030623.pdf?sequence=1 (6.7. 2009)

Cannon, James: *Gerald R. Ford and Nelson A. Rockefeller. A Vice Presidential Memoir*. In: Walch, Timothy (Hg.) (1997): *At the President's Side. The Vice Presidency in the Twentieth Century*. Columbia. S. 135-143.

CBS; Associated Press (2008): Biden Hails Obama, Slams McCain. "John McCain Was Wrong, And Barack Obama Was Right," Says The Democratic VP Nominee. CBS News. 28.8. 2008. URL:

<http://www.cbsnews.com/stories/2008/08/27/politics/main4388858.shtml?tag=currentVideoInfo;videoMetaInfo> (30.11.2009).

CBS News Poll (2008): Vice Presidential Choices. July 31 – August 5, 2008. URL: <http://www.cbsnews.com/htdocs/pdf/Jul08B-VP.pdf> (6.12. 2009).

Chait, Jonathan (2000): Marriage-Penalty Tax. In: Time, 24.7. 2000. URL: <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,997564,00.html> (16.1. 2010).

CNN (2002): President Bush's adress to the United Nations. 12.9. 2002. URL: <http://transcripts.cnn.com/2002/US/09/12/bush.transcript/> (19.12.2009).

CNN (2006): Bush, top officials to discuss Iraq options with panel. Iraq: Transition of Power. 11.11 2006. URL: <http://www.cnn.com/2006/POLITICS/11/10/bush.iraq.studygroup/index.html> (18.12. 2009).

Coleman, Kevin J.; **Cantor**, Joseph E.; **Neale**, Thomas H. (2000): Presidential Elections in the United States: A Primer. CRS Report for Congress. URL: <http://www.senate.gov/reference/resources/pdf/RL30527.pdf> (28.11. 2009).

Coll, Steve (2009): Arguing About Afghanistan. In: The New Yorker, 17.8. 2009. URL: <http://www.newyorker.com/online/blogs/stevecoll/2009/08/arguing-about-afghanistan.html> (13.12. 2009).

Commission on Presidential Debates (o. J.): Debate History. o. J. URL: <http://www.debates.org/index.php?page=debate-history> (1.12. 2009).

Commission on Security and Defense in Europe (o. J.): The Work of the Commission. o. J. URL: <http://www.csce.gov/index.cfm?FuseAction=AboutCommission.WorkOfCommission> (18.7.2009)

Committee on House Administration (o. J.): Joint Committee on Printing. O. J. URL: <http://cha.house.gov/printing.aspx> (20.7. 2009).

Cooper, Helen (2009): In Security Shuffle, White House Merges Staff. In: The New York Times, 27.5. 2009. URL: http://www.nytimes.com/2009/05/27/us/27homeland.html?_r=1&scp=1&sq=%22homeland%20security%20council%22&st=cse (20.7. 2009).

Cooper, Helen; **Schmitt**, Eric (2009): White House Debate Led to Plan to Widen Afghan Effort. In: The New York Times, 28.3. 2009. URL: http://www.nytimes.com/2009/03/28/us/politics/28prexy.html?_r=1&scp=3&sq=biden&st=nyt (12.12. 2009).

Cooper, Michael (2009): Biden Defends Federal Stimulus Program. In: The New York Times, 3.9. 2009. URL: <http://www.nytimes.com/2009/09/04/us/politics/04biden.html?scp=1&sq=biden+%2B+speech&st=nyt> (27.9. 2009).

David, Paul T. (1967): The Vice Presidency: Its Institutional Evolution and Contemporary Status. In: The Journal of Politics, Vol. 29 (4). S. 721-748.

Day, Dwane A (2004): A new space council?. 21.6. 2004. URL: <http://www.thespacereview.com/article/163/1> (9.8. 2009).

Deutsche Nationalbibliothek (2010): Katalog der Deutschen Nationalbibliothek. Gesamter Bestand. Suche nach „Vizepräsident“. 2010. URL: <https://portal.d-nb.de/opac.htm?method=simpleSearch&query=Vizepr%C3%A4sident> (6.1. 2010).

Dove, Robert B. (1997): Enactment of a Law. Washington. 1997. URL: http://www.senate.gov/legislative/common/briefing/Enactment_law.htm#20 (9.7. 2009).

Downie, James (2009): The Obamans Abroad. In: Foreign Policy, 24.7. 2009. URL: http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/07/24/the_obamans_abroad?page=0,5 (22.8.2009).

Draper, Robert: The Making (and Remaking) of McCain. In: The New York Times, 22.10. 2008. URL: http://www.nytimes.com/2008/10/26/magazine/26mccain.html?pagewanted=1&_r=1 (20.11. 2009).

Dubose, Lou; **Bernstein**, Jake (2006): Vice. Dick Cheney and the Hijacking of the American Presidency. London.

Dudley, Robert L.; **Rapoport**, Ronald B. (1989): Vice-Presidential Candidates and the Home State Advantage: Playing Second Banana at Home and on the Road. In: American Journal of Political Science, Vol. 33(2). S. 537-540.

Falcone, Michael (2008): A Glimpse of Weekend at McCain's. In: The New York Times, 26.5. 2008. URL: http://www.nytimes.com/2008/05/26/us/politics/26mccain.html?_r=1&scp=12&sq=mccain%20jindal&st=cse (19.11.2009).

Fisher, Louis (1998): The Politics of Shared Power. Congress and the Executive, 4. Aufl. College Station.

Garand, James C. (1988) : Localism and Regionalism in Presidential Elections: Is There a Home State or Regional Advantage?. In: The Western Political Quarterly, Vol. 41(1). S. 85-103.

Gellman, Barton (2008): Angler. The Cheney Vice Presidency. New York.

Goldman, Julianna (2008): Johnson Quits Obama's Vice Presidential Search Team (Update3). Bloomberg News. 11.6. 2008. URL: <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601087&sid=auHZ.1T7m1gw> (13.11. 2009).

Google-Suche (2009): "American vice presidential election". 6.12. 2009. URL: <http://www.google.at/#hl=de&q=%22American+vice+presidential+election%22&meta=&aq=&oq=%22American+vice+presidential+election%22&fp=1&cad=b> (6.12. 2009).

Edwards, George C.; **Jacobs**, Lawrence R. (2008): The New Vice Presidency: Institutions and Politics. In: Presidential Studies Quarterly, Vol. 38 (3). S. 369-373.

Filkins, Dexter (2009): Leader of Afghanistan Finds Himself Hero No More. In: The New York Times, 7.2. 2009. URL:

http://www.nytimes.com/2009/02/08/world/asia/08karzai.html?_r=3&pagewanted=1&sq=biden%20%20%20afghanistan&st=nyt&scp=27 (11.12. 2009).

Gillon, Steven M.: A New Framework: Walter Mondale as Vice President. In: Walch, Timothy (Hg.) (1997): At the President's Side. The Vice Presidency in the Twentieth Century. Columbia. S. 144-154.

Ginsberg, Wendy R. (2009): Presidential Records: Issues for the 111th Congress. Congressional Research Service. URL: <http://fas.org/sgp/crs/secrecy/R40238.pdf> (21.7.2009)

Goldstein, Joel K. (1982): The Modern American Vice Presidency. The Transformation of a Political Institution. Princeton.

Goldstein, Joel K. (2008): The Rising Power of the Modern Vice Presidency. In: Presidential Studies Quarterly, Vol. 38 (3). S. 374-389.

GovTrack.us (2008): Text of S. 3263 [110th]: Enhanced Partnership with Pakistan Act of 2008. 2008. URL: <http://www.govtrack.us/congress/billtext.xpd?bill=s110-3263> (7.12. 2009).

Greene, John Robert: "I'll Continue to Speak Out": Spiro T. Agnew as Vice President. In: Walch, Timothy (Hg.) (1997): At the President's Side. The Vice Presidency in the Twentieth Century. Columbia. S. 124-132.

Halbfinger, David M.; **Kocieniewski**, David (2009): Meanwhile, Next Door, It's Team Obama for Corzine. In: The New York Times, 24.9. 2009. URL: http://www.nytimes.com/2009/09/25/nyregion/25corzine.html?_r=1&scp=2&sq=biden+%2B+new+jersey&st=nyt (10.10. 2009).

Hiller, Mark; **Kriner**, Douglas (2008): Institutional Change and the Dynamics of Vice Presidential Selection. In: Presidential Studies Quarterly, Vol. 38 (3). S. 401-421.

Hoffman, David (1987): Bush, In Iowa, Promotes Foreign Policy Credentials: Vice President Seeks to Shore Up Troubled Campaign Before Starting European Tour. In: The Washington Post, 24.9. 1987. URL: <http://www.highbeam.com/doc/1P2-1344851.html> (26.8. 2009).

Holbrook, Thomas M. (1996): Do campaigns matter?. Thousand Oaks. London. New Delhi.

Holmes, Elizabeth (2008): Biden Faults Palin on Stem Cells. In: The Wall Street Journal, 10.9. 2008. URL: <http://online.wsj.com/article/SB122100778731917579.html> (4.11. 2009).

Hulse, Carl; Nagourney, Adam (2009): Specter Switches Parties; More Heft for Democrats. In: The New York Times, 29.4. 2009. URL: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9906E0D61E3DF93AA15757C0A96F9C8B63&sec=&spon=&pagewanted=1> (13.10.2009).

Joint Congressional Committee on Inaugural Ceremonies (o. J.): Inaugural. Day's Events. Vice President's Swearing-In Ceremony. o. J. URL: <http://inaugural.senate.gov/history/daysevents/vpswearingin.cfm> (1. 6. 2009).

Kagan, Frederick W. (2007): Choosing Victory. A Plan for Success in Iraq. Phase I Report. A Report of the Iraq Planning Group at the American Enterprise Institute. URL: <http://www.aei.org/paper/25396> (19.12. 2009).

Kengor, Paul (2000a): Wreath Layer or Policy Player?. The Vice President's Role in Foreign Policy. New York.

Kengor, Paul (2000b): The Vice President, Secretary of State, and Foreign Policy. In: Political Science Quarterly, Vol. 115 (2). S. 175-199.

Kovalevski, Serge F. (2008): laska Inquiry Concludes Palin Abused Powers. In: The New York Times, 10.10. 2008. URL: http://www.nytimes.com/2008/10/11/us/politics/11trooper.html?_r=1&scp=3&sq=palin+trooper&st=nyt (6.12. 2009).

Krikendall, Richard S.: In the Shadow of FDR: Henry A. Wallace as Vice President. In: Walch, Timothy (Hg.) (1997): At the President's Side. The Vice Presidency in the Twentieth Century. Columbia. S. 54-62.

Kruzel, John J. (2009): Biden Returns from Fact Finding Mission to Middle East. News American Forces Press Service. 15.1. 2009. URL: <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=52696> (25.8.2009).

Kurz, Norman J. (2009): Biden's Afghan Journey. Remembering the Original Goal: Security. In: The Washington Post, 8.10. 2009. URL: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/10/07/AR2009100703043.html> (8.12. 2009).

Lechelt, Jack (2009): The Vice Presidency in Foreign Policy. From Mondale to Cheney. El Paso.

Light, Paul (1984): Vice Presidential Power. Advice and Influence in the White House. Baltimore, London.

Lizza, Ryan (2008): Biden's Brief Obama picked his running mate to help him govern. In: The New Yorker, 20.10. 2008. URL: http://www.newyorker.com/reporting/2008/10/20/081020fa_fact_lizza?currentPage=all (9.11. 2009).

Longley, Robert (2009): Presidential Pay and Compensation. About.com: US Government Info. 2009. URL: <http://usgovinfo.about.com/od/thepresidentandcabinet/a/presidentialpay.htm> (17.1. 2010).

Mayer, Jane (2008): The Insiders. How John McCain came to pick Sarah Palin. In: The New Yorker 27.10. 2008. URL: http://www.newyorker.com/reporting/2008/10/27/081027fa_fact_mayer?currentPage=1#ixzz0bTbGdLFg (25.11. 2009).

McChrystal, Stanley A. (2009): Commander's Initial Assessment. 30 August 2009. URL: http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf?hpid=topnews (10.12. 2009)

Middle Class Task Force (2009a): Staff Report. Green Jobs: A Pathway to a Strong Middle Class. URL: http://www.whitehouse.gov/assets/documents/mctf_one_staff_report_final.pdf (18.8.2009)

Middle Class Task Force (2009b): Why Middle Class Americans Need Health Reform. URL: http://www.whitehouse.gov/assets/documents/071009_FINAL_Middle_Class_Task_Force_report2.pdf

Milkis, Sidney M.; **Nelson**, Michael (1999): The American Presidency: Origins and Development, 1776-1998, 3. Aufl. Washington.

Miller Center (2009): About the Miller Center. 2009. URL: <http://millercenter.org/about> (20.11. 2009).

Miller Center Commission No. 6 (1992): Report of the Commission on Choosing and Using Vice Presidents. 1992. URL: http://web1.millercenter.org/commissions/comm_1992.pdf (18.11. 2009).

Mitchell, Andrea; **Leist**, Libby (2009): The Scene at HRC's Swearing-In. URL: <http://firstread.msnbc.msn.com/archive/2009/02/02/1777943.aspx> (21.7. 2009).

Moe, Richard (2008): The Making of the Modern Vice Presidency: A Personal Reflection. In: Presidential Studies Quarterly, Vol. 38 (3). S. 390-400.

Mondale, Walter F. (1976): Mondale-Carter-Memo. The Role of the Vice President in the Carter Administration. URL: <http://www.mnhs.org/collections/upclose/Mondale-CarterMemo-Scanned.pdf> (22.8.2009).

Montgomery, Bruce B. (2009): Richard B. Cheney and the Rise of the Imperial Vice Presidency. Westport, London.

Mount Holyoke Collge (o. J.): Interview with Vice-President Dick Cheney, NBC, "Meet the Press," Transcript for March 16, 2003. o. J. URL: <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/bush/cheneymeetthepress.htm> (21.12.2009).

Murray, Mark; **Berger**, Matthew E. (2008): Palin attacks Obama with Ayers. MSNBC First Read. 4.10. 2008. URL: <http://firstread.msnbc.msn.com/archive/2008/10/04/1492729.aspx> (6.12. 2009).

Myers, James D.: Bringing the Vice President into the Fold: Executive Immunity and the Vice Presidency. In: Boston Law Review, Vol. 50 (3). S. 897-940.

National Journal (2009): 2008 Vote Ratings. 2009. URL: <http://www.nationaljournal.com/2008voteratings> (3.11.2009).

Neale, Thomas H. (2004): Presidential und Vice Presidential Succession. Overview and Current Legislation. CRS Report for Congress.
URL: <http://fas.org/sgp/crs/misc/RL31761.pdf> (12.6. 2009).

Neale, Thomas H. (2008): The President Elect. Succession and Disability Issues During the Transition Period. CRS Report for Congress.
URL: <http://ftp.fas.org/sgp/crs/misc/RS22992.pdf> (13.6. 2009).

Nelson, Michael (1988a): A Heartbeat Away. Report of the Twentieth Century Fund Task Force on the Vice Presidency. Background Paper by Michael Nelson.

Nelson, Michael (1988b): Choosing the Vice President. In: Political Science and Politics, Vol. 21 (4). S. 858-868.

New York Times Article Archive (2009): Article Archive: 1981 – present. 2009. URL: <http://query.nytimes.com/search/query?srchst=nyt&&srcht=a&srchr=n> (6.12. 2009).

Nichols, John (2004): The Rise and Rise of Richard B. Cheney. Unlocking the Mysteries of the Most Powerful Vice President in American History. New York, London.

Norris, Pippa: US Campaign 2000: Of Pregnant Chads, Butterfly Ballots and Partisan Vitriol. In: Government and Opposition, Vol. 35 (2). S. 1-24.

O'Brien, Michael (2009): Biden Returns to Caucus Lunch in First Week as VP. In: The Hill, 27.1. 2009. URL: <http://thehill.com/blogs/blog-briefing-room/news/lawmaker-news/39318-biden-returns-to-caucus-lunch-in-first-week-as-vp> (21.9. 2009)

O'Connor, Karen; **Sabato**, Larry J. (2009): American Government. Roots and Reform. 2009 Edition. New York, San Francisco, Boston (u. a.).

Office of the Senate Curator (o. J.): Artifacts. Senate Gavel. o. J. URL: http://www.senate.gov/artandhistory/art/artifact/Other_71_00002.htm (15.6. 2009).

Oppel, Richard A. ; **Masood**, Salman (2009): As Biden Meets Pakistani Leaders, Bombs Rattle a Cultural Hub. In: The New York Times, 10.1. 2009. URL: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9400E3D81230F933A25752C0A96F9C8B63&scp=2&sq=biden+%2B+afghanistan&st=nyt> (9.12.2009).

Patterson, Thomas E. (2007): We the People: A Concise Introduction to American Politics, 6. Aufl. Boston.

Polsby, Nelson W.; **Wildavsky**, Aaron; **Hopkins**, David A. (2007): Presidential Elections. Strategies and Structures of American Politics, 12. Aufl. Lanham, Plymouth.

Powell, Richard J. (2003): The Strategic Importance of State-Level Factors in Presidential Elections. Am jährlichen Treffen der American Political Science Association präsentiertes Paper (unveröffentlicht). 27.8. 2003. URL: http://www.allacademic.com/one/apsa/apsa03/index.php?cmd=apsa03_search&offset=0&limit=5&multi_search_search_mode=publication&multi_search_publication_fulltext_mod=fulltext&textfield_submit=true&search_module=multi_search&search=Search&search_fi

eld=title_idx&fulltext_search=The+Strategic+Importance+of+State-Level+Factors+in+Presidential+Elections (18.11. 2009).

Project for a New American Century (1997): Statement of Principles. 3.6. 1997. URL: <http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm> (18.12. 2009).

Project for a New American Century (2000): Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century. A Report of The Project for a New American Century. September 2000. URL: <http://resisttyranny.com/pnac/web.archive.org/web/20070628123811/www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf> (8.1. 2010).

Quayle, Dan (1994): Standing Firm. A Vice-Presidential Memoir. Dan Quayle. New York.

Raddatz, Martha (2009): 80,000 is the High Number of Troops Options in McChrystal's Request. ABC News. The Note. 13.10. 2009. URL: <http://blogs.abcnews.com/thenote/2009/10/80000-is-the-high-number-of-troops-recommended-in-mcchrystals-request.html> (11.12.2009).

Rasmussen Reports (2004): Voters Say Cheney Won Debate, Is More Qualified. 7.10. 2004. URL: http://www.rasmussenreports.com/public_content/politics/elections2/election_2004/voters_say_cheney_won_debate_is_more_qualified (4.12. 2009).

Reuters (o. J.): Palin touts small-town roots and rips Obama in speech to Republican national Convention. o. J. URL: http://reuters.viewdle.com/video?vid=reuters-403-USA-PALIN_REPUBLICANS-1220507630.mpg&pid=f13aa0a640bcc50d9eb0c6eb76ba5b9c (30.11. 2009)

Relyea, Harold; Arja, Charles (2002): The Vice Presidency of the United States: Evolution of the Modern Office. New York

Romero, David W. (2001): Requiem for a Lightweight: Vice Presidential Candidate Evaluations and the Presidential Vote. In: Presidential Studies Quarterly, 31 (3). S. 454-463.

Rushing, J. Taylor: McCain picks former Reagan official to head VP search. In: The Hill, 23.5. 2008. URL: <http://thehill.com/homenews/campaign/1383-mccain-%20picks-former-reagan-official-to-head-vp-search> (18.11.2009).

Rutenberg, Jim; Sanger David E.; Gordon, Michael R. (2007): A 2-Month Debate on Iraq, Capped by 'the Big Push'. In: The New York Times, 12.1. 2007. URL: http://www.nytimes.com/2007/01/12/washington/12ticktock.html?_r=1&scp=68&sq=cheney+%2B+surge+%2B+iraq&st=nyt (18.12. 2009).

Schlesinger, Arthur M. (1974): On the Presidential Succession. In: Political Science Quarterly, Vol. 89 (3). S. 475-505.

Schlesinger, Arthur M. (1987): The Cycles of American History. London.

Senate Historical Office (2008): Arts & History. Occasions when Vice Presidents have voted to break Tie Votes in the Senate. URL: <http://www.senate.gov/artandhistory/history/resources/pdf/VPTies.pdf> (4.7. 2009).

Senate Historical Office (o. J.): Albert Arnold Gore, Jr. 45th Vice President: 1993-2001. http://www.senate.gov/artandhistory/history/resources/pdf/Gore,_Albert.pdf (18.8.2009).

Senate Historical Office (o. J.): Power & Procedures. Filibuster and Cloture. O. J. URL: http://www.senate.gov/artandhistory/history/common/briefing/Filibuster_Clature.htm (11.7. 2009)

Sigelman, Lee; **Wahlbeck**, Paul J. (1997): The „Veepstakes“: Strategic Choice“ in Presidential Running Mate Selection. In: American Political Science Review, Vol. 91 (4): S. 855-864.

Sigelman, Lee; **Buell**, Emmett H. (2003): You Take the High Road and I'll Take the Low Road?. The Interplay of Attack Strategies and Tactics in Presidential Campaigns. In: The Journal of Politics, Vol. 65 (2). S. 518-531.

Silberdick-Feinberg, Barbara (1996): Next in Line. The American Vice Presidency. New York, London, Hong Kong (u. a.).

Smithsonian (o. J.): Welcome to the Smithsonian. o. J. URL: <http://www.si.edu> (20.7. 2009).

Stewart, Martina (2009): Emanuel: Obama asking questions that have never been asked. CNN Political Ticker. 18.10. 2009. URL: <http://politicalticker.blogs.cnn.com/2009/10/18/emanuel-obama-asking-questions-that-have-never-been-asked/> (12.12. 2009).

Stolberg, Sheryl Gay (2007): For a Short While Today, It will be President Cheney. In: The New York Times, 21.7. 2007. URL: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=950DE5DB1531F932A15754C0A9619C8B63&n=Top/Reference/Times%20Topics/Subjects/P/Politics%20and%20Government&sc p=2&sq=cheney%2025th%20amendment&st=cse> (30.6.2009).

Tapper, Jake; **Wheeler**, Brian; **Parker**, Jennifer (2008): Obama and Biden Begin Race Together. Veteran Senator Brings Foreign Policy Experience, Gravitas to Democratic Ticket. 23.8. 2008. URL: <http://abcnews.go.com/Politics/Vote2008/story?id=5467576&page=1> (17.11. 2009).

The American Presidency Project (2008): Presidential Debates. 1960 and 1978-2008. Vice-Presidential Debate at Washington University in St. Louis, 2.10. 2008. URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=84382> (5.9. 2009)

The Boston Globe (2006): The verdict on Rumsfeld. Globe Editorial. In: The Boston Globe, 9.11. 2006. URL: http://www.boston.com/news/nation/washington/articles/2006/11/09/the_verdict_on_rumsfeld (12.12 2009).

The Economist (2008): To 270...and beyond. In: The Economist, 1. November 2008. S. 45-46.

The Guardian (2002): Full text of Dick Cheney's Speech. 27.8. 2002. URL: <http://www.guardian.co.uk/world/2002/aug/27/usa.iraq> (8.1. 2010).

The Iowa Caucus (o. J.): Iowa Caucus historical election results. Democrat & Republican past results. O. J. URL: <http://www.theiowacaucus.com/Iowa-caucus-history-results.php> (5.10. 2009).

The Iraq Study Group (2006): The Iraq Study Group Report. URL: http://media.usip.org/reports/iraq_study_group_report.pdf (18.12.2009).

The National Archives (o. J.): The Information Security Oversight Office (ISOO). About ISOO. o. J. URL: <http://www.archives.gov/isoo> (25.9.2009).

The White House (2007): President's Address to the Nation. 10.1. 2007. URL: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/01/20070110-7.html> (17.12.2009).

The White House (2009a): About the Middle Class Task Force. 2009. URL: <http://www.whitehouse.gov/strongmiddleclass/about> (18.8.2009)

The White House (2009b): White Paper of the Interagency Policy Group's Report on U.S. Policy toward Afghanistan and Pakistan. URL: http://www.whitehouse.gov/assets/documents/Afghanistan-Pakistan_White_Paper.pdf (7.12. 2009).

The White House (2009c): Remarks by the President on a New Strategy for Afghanistan and Pakistan. Office of the Press Secretary. 27.3. 2009. URL: http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-on-a-New-Strategy-for-Afghanistan-and-Pakistan (9.12. 2009).

The White House (2009d): Fact Sheet: The Way Forward in Afghanistan. 1.12. 2009. URL: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/way-forward-afghanistan> (3.12.2009).

The White House (2009e): Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan. Office of the Press Secretary. 1.12. 2009. URL: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan> (13.12. 2009).

The White House (o. J. a): Our Presidents. 2. John Adams. 1797-1801. o. J. URL: <http://www.whitehouse.gov/about/presidents/johnadams> (8.1. 2009).

The White House (o. J. b): Executive Office of the President. National Security Council. O. J. URL: <http://www.whitehouse.gov/administration/eop/nsc> (15.7. 2009).

Thomas, Evan (2008): Center Stage. Obama's aides worried the Clintons might steal the show. McCain revved up his campaign with an impulsive choice—Sarah Palin Chapter 5. In: Newsweek, 6.11. 2008. URL: <http://www.newsweek.com/id/167905/page/1> (13.11.2009).

Towers, Frank (2009): Advantage Democrats: What the 2008 Elections mean for U.S. Politics. In: Journal of Military and Strategic Studies, Vol. 11 (1-2). S. 1-28.

Traub, James (2009): After Cheney. In: The New York Times Magazine, 29.11. 2009. URL: <http://www.nytimes.com/2009/11/29/magazine/29Biden-t.html> (6.12. 2009).

Untermeyer, Chase: Looking Forward: George Bush as Vice President. In: Walch, Timothy (Hg.) (1997): At the President's Side. The Vice Presidency in the Twentieth Century. Columbia. S. 157-168.

Ulbig, Stacy C. (2009): Senator Scranton and Governor Hockey Mom. The Importance of Vice Presidential Candidates in Presidential Vote Choice. Today & Yesterday. Am jährlichen Treffen der Midwest Political Science Association präsentierte Paper (unveröffentlicht). 2. 4. 2009. URL: http://www.allacademic.com/one/www/www/index.php?cmd=www_search&offset=0&limit=5&multi_search_search_mode=publication&multi_search_publication_fulltext_mod=fulltext&textfield_submit=true&search_module=multi_search&search=Search&search_field=title_idx&fulltext_search=Senator+Scranton+and+Governor+Hockey+Mom%3A_x000d_The+Importance+of+Vice+Presidential+Candidates+in+Presidential+Vote+Choice+Today+%26+Yesterday (5.12. 2009).

U.S. Census Bureau (o. J.): Census Regions and Divisions of the United States. URL: http://www.census.gov/geo/www/us_regdiv.pdf (12.11. 2009).

U.S. Government Printing Office (2009): Budget of the United States Government. 13.5. 2009. URL: <http://www.gpoaccess.gov/usbudget/> (8.11.2009)

U.S. Government Printing Office (o. J.): Committee on Indian Affairs. Jurisdiction and Authority. o. J. Url: <http://www.access.gpo.gov/congress/senate/sjuris19.html> (10.7. 2009).

U.S. Senate (2009): Russell Senate Office Building. The First Century. 1909 2009. URL: http://www.senate.gov/artandhistory/history/resources/pdf/RussellBrochure_web.pdf (9.11. 2009).

U.S. Senate (o. J. a): Glossary. Select or Special committee. O. J. URL: http://www.senate.gov/reference/glossary_term/select_or_special_committee.htm (13.7. 2009).

U. S: Senate (o. J. b): Dirksen Senate Office Building. The Second Senate Office Building. o. J. URL: http://www.senate.gov/pagelayout/visiting/d_three_sections_with_tasers/dirksen_senate_office_map_page.htm (9.11. 2009.)

Walsh, Kenneth T. (2009): Biden is a Key Adviser and Confidant in Obama's White House. Biden is settling into his job as second in command and is making the role his own. In: U.S. News & World Report, 20.5. 2009. URL: <http://www.usnews.com/articles/news/obama/2009/05/20/biden-is-a-key-adviser-and-confidant-in-obamas-white-house.html?PageNr=1> (7.9. 2009).

Washington Post Campaign Tracker (2008): Campaign Tracker. The Presidential Field. 2008. URL: <http://projects.washingtonpost.com/2008-presidential-candidates/tracker/> (6.12. 2009).

Washington Post (2008): Battleground States. 8.6. 2008. URL: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/graphic/2008/06/08/GR2008060800566.html> (3.12. 2009).

Washington Post (2009): Topic A. How's Biden doing These Days?. In: The Washington Post, 14.6. 2009. URL: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/06/12/AR2009061203322.html> (3.9.2009).

Witcover, Jules (1992): Crapshoot. Rolling the Dice on the Vice Presidency. From Adams and Jefferson to Truman und Quayle. New York.

Wilmerding, Lucius (1953): The Vice Presidency. In: Political Science Quarterly, Vol. 68 (1). S. 17-41.

Woodward, Bob (2003): Bush at War. Amerika im Krieg. München.

Woodward, Bob (2004): Der Angriff. Plan of Attack. München.

Woodward, Bob (2008): The War Within. A Secret White House History 2006-2008. New York.

WordNet – 3.0 (o. J.): Word to search for: running mate. o. J. URL: <http://wordnetweb.princeton.edu/perl/webwn?s=running+mate&o2=&o0=1&o7=&o5=&o1=1&o6=&o4=&o3=&h> (11.11.2009).

Zakaria, Fareed (2009): A Third Surge?. The troops need a smarter vision. In: Newsweek, 24.10. 2009. URL: <http://www.newsweek.com/id/219380> (10.12. 2009).

8.0 Anhang

8.1 Abstract (Deutsch & Englisch)

Die Diplomarbeit behandelt maßgebliche Aspekte der Entwicklung des amerikanischen Vizepräsidentenamtes. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf der „modernen amerikanischen Vizepräsidentschaft“, beginnend mit der Ära Mondale (d. h. ab 1977). Von der Verfassung, die den Rahmen vorgibt, mit geringen Kompetenzen ausgestattet, entwickelte sich die Vizepräsidentschaft nach dem Zweiten Weltkrieg über Verfassungszusätze, Gesetze, Verordnungen, informelle Aufträge des Präsidenten zu einem Amt mit verschiedenen Aufgabenbereichen (Kommissionsmitglied, Gesandter, Berater, Lobbyist, Wahlkämpfer, Parteifunktionär) und Gestaltungsmöglichkeiten, unterstützt durch eigenes Budget und Mitarbeiterstab. Vizepräsident Cheney hatte neben einer Beraterrolle auch operationale Befugnisse. Davon möchte sein Nachfolger Biden wieder abweichen. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wählen demokratische und republikanische Präsidentschaftskandidaten die jeweiligen Vizepräsidentschaftskandidaten aus. „Traditionelle Ansätze“ zur Erklärung von Auswahlentscheidungen fokussieren auf „Home State Advantage“ - Entscheidung für Vizepräsidentschaftskandidaten aufgrund deren Heimatstaaten und auf „Ticket-Balancing“ (Vizepräsidentschaftskandidat aus anderer Region, mit anderer Ideologie, anderem Religionsbekenntnis, differierendem Bereich politischer Erfahrung). Von diesen Faktoren spielten im Zeitraum 1976-2008 insbesondere „Region“ und „Erfahrung“ eine wichtige Rolle, Home State Advantage dürfte in der Regel nicht entscheidungsrelevant gewesen sein. Zu beachten sind jedoch auch „staatsmännische Auswahlmotive“ – Wahl eines kompetenten Vizepräsidenten, eines qualifizierten Nachfolgers (bei Tod, Rücktritt, Absetzung, Amtsunfähigkeit des Präsidenten). Vizepräsidentschaftskandidaten treten vor allem als Wahlhelfer des Präsidenten auf, insbesondere in TV-Debatten, Reden am Parteikongress. Fallbeispiele für das Politikfeld Außenpolitik zeigen auf, dass Vizepräsidenten zur Riege hochrangiger, potentiell konkurrierender Mitglieder der Administration gehören, die Entscheidungen des Präsidenten beeinflussen können.

The thesis discusses key aspects of the development of the American office of vice president. The temporal focus is on the „modern American vice presidency“, starting with the Mondale era (from 1977). By the constitution, which provides the framework, equipped with low authorities, the vice presidency emerged after the Second World War through constitutional amendments, laws, executive orders, informal appointments as an office with different functions (commission member, ambassador, advisor, lobbyist, campaigner, party official) and several scopes, supported by its own budget and staff. Vice President Cheney had in addition to an advisory role also operational power. His successor Biden seems to have a more conservative notion of office. Since the mid-20th Century Democratic and Republican presidential candidates select the respective vice presidential candidates. „Traditional approaches“ to explain the decisions of presidential candidates focus on „home-state advantage“ - choice of vice presidential candidates because of their home states - and on „ticket-balancing“ (vice presidential candidate from another region, with a different ideology, with another religion, with a differing range of political experience. Of these factors „region“ and „experience“ have played in particular an important role in the period 1976-2008, home state advantage has had little relevance. It should be noted that also „statesmanlike“ choice criterias - selection of a competent vice president, a qualified successor (in case of death, resignation, impeachment, inability of the President) are also relevant. Vice presidential candidates appear mainly as campaign worker for the President, particularly in televised debates, in speeches at national party conventions. Case studies for the foreign policy field indicate that the vice president belongs to the „squad“ of senior, potentially competing members of the administration, who can influence decisions of the president.

8.2 Curriculum Vitae

Christian Berger

Persönliche Daten:

Geburtstag: 18. 3. 1984

Geburtsort: Wels

Staatsbürgerschaft: Österreich

Bildungsweg:

Volksschule: Dr. Renner-Schule, Marchtrenk: 1991-1995

Allgemein Bildende Höhere Schule: BG/BRG Wels, Anton-Bruckner-Straße: 1995-2003

Studium: Universität Wien: seit WS 2004/05

- Politikwissenschaft
- Publizistik und Kommunikationswissenschaft (SS 2009 Abschluss mit Bakk. phil.)
- Volkswirtschaftslehre (seit SS 2008)

Praktika, Volontariate:

Teilnahme an der Solidarität- Lehrredaktion: 08-01 – 08-26 2005

Volontär beim „Kurier“, Oberösterreich- Redaktion in Linz: 07-05 – 07-31 2006

Volontär bei der „Welser Rundschau“: 08-02 – 08-30 2006

Volontär bei der „Oberösterreichischen Wirtschaft“: 07-09 – 08-17 2007

Volontär in der Presseabteilung der „Wirtschaftskammer Österreich“: 07-01 – 07-31 2008

Volontär in der „Politischen Akademie der ÖVP“: 02-02 – 02-27 2009

Volontär in der ÖVP Bundespartei, Abteilung Presse und Medien: 03-01 – 03-31 2010